

Eine Ausgabe • Ein Thema • Ein Mosaikstein hin zum grossen Bild



## GREAT RESET

### Perestroika-Täuschung 2.0

Die Zerstörung des Westens  
mit menschlichem Antlitz

Teil 2/2



«Wir brauchen eine neue Weltordnung, an deren Erschaffung China mitwirken muss. [...] China wird aufsteigen als die Ordnung, die den US-Konsumenten ersetzt.»

George Soros, Milliardär und «Philanthrop», 2009 im Interview mit der Financial Times



Was 2020 als «Great Reset» bekannt wurde, geht weit über Klaus Schwab, Weltwirtschaftsforum, Agenda 2030 usw. hinaus.

Je weiter man hinein blickt, desto grösser, vielschichtiger und verworrener wirkt diese Transformation unserer Gesellschaft hin zu einem totalitären Weltstaat.

Die [REDACTED] Zeitung beleuchtet in diesen und einigen weiteren Ausgaben, was sich bisher im Verborgenen ausbreitet und abseits der öffentlichen Wahrnehmung die Gesellschaft untergräbt.



Die [REDACTED] Zeitungen ab Ausgabe Nr. 40 sind als zusammenhängendes Grossprojekt zu verstehen.

Unser Anspruch: Verborgene und komplexe Machenschaften sichtbar und nachvollziehbar verständlich zu machen.



Nr. 40



Doppelausgabe  
Nr. 41/42



In kommenden Ausgaben behandeln wir eigenständige und voneinander unabhängige Themenkomplexe, die sich als weitere Mosaiksteine in das grosse Bild der nahenden totalitären Weltordnung einfügen.

Abonnements (auch PDF)  
und Einzelausgaben auf  
[www.\[REDACTED\]zeitung.com](http://www.[REDACTED]zeitung.com)







Im zweiten Teil der Doppelpublikation zur sowjetischen Langzeitstrategie knüpfen wir nahtlos am letzten Artikel von Ausgabe 41 an und erläutern Phase 3, die den inszenierten Untergang der Sowjetunion vorsah und die erfolgreich umgesetzt wurde. Damit einhergehend wurde das im Westen vollkommen missverständliche Programm namens «Perestroika» umgesetzt. «Perestroika» (deutsch: Umgestaltung) bedeutet nicht die Abschaffung des Kommunismus, sondern dessen Weiterentwicklung und letztendliche Einführung auf der ganzen Welt. Die Perestroika sollte dem Kommunismus ein menschliches Gesicht geben und ihn für die Weltbevölkerung attraktiver machen. Eine besondere Rolle spielte dabei der vermeintliche Umweltschutz, unter dessen Deckmantel man die internationale Planwirtschaft tarnt, die man über die UNO allmählich installiert. Der Plan der sowjetischen Langzeitstrategie scheint gelungen, denn tatsächlich wächst die Weltbevölkerung durch die Agenda 2030 und den Great Reset in eine neue Art Weltsozialismus hinein, den Gorbatschows Perestroika angestrebt hat. Die Maske der Humanität könnte dazu führen, dass der «umgestaltete» Marxismus eine Zerstörungskraft entfalten wird, von der selbst Lenin und Stalin nicht zu träumen wagten.

## Inhalt

### Michail Gorbatschow: Ein überzeugter Kommunist

Gorbatschow lobte die Oktoberrevolution, Lenin und sogar Stalins Kollektivierung. Er bekannte sich zur Planwirtschaft.

5

### Die Pseudo-Privatisierung in Phase 3

In Russland wurde nach dem vorgetäuschten Untergang der Sowjetunion ein korporatistisches System installiert.

11

### Merkel, Soros und EU

Brisante Informationen bringen die deutsche Kanzlerin, George Soros und die EU mit der sowjetischen Langzeitstrategie in Verbindung.

21

### Sozialistischer «Umweltschutz» und die Agenda 2030

Die Idee, den Weltkommunismus unter dem Deckmantel des Umweltschutzes einzuführen, geht bis ins UdSSR-Politbüro der 50er-Jahre zurück.

28

### Der Westen am Gas-Tropf Russlands

Das Energiedefizit durch die «Nachhaltigkeits»-Agenda führt in Europa zur Abhängigkeit von russischen Öl-, Gas- und Kohleimporten.

66

### Die Fabian Society als Teil der sowjetischen Langzeitstrategie

Sind die Konzepte von Lenin und Trotzki, auf denen die sowjetische Langzeitstrategie basiert, in Wahrheit die Konzepte der Fabian Society?

76

### Die «konservativen» Kriegs-Trotzkisten

Wurden die Konservativen in den USA trotzkistisch unterwandert, um sie zu diskreditieren?

89

### «Friedliches Hineinwachsen» oder Zerschlagung des Westens?

Manche Aussagen von Schwab, Kissinger und Gorbatschow wirken wie Drohungen, dass es zur gewaltsamen Eskalation kommen könnte, wenn das «Friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus» (Sacharow) scheitert.

97



**Verlag**  
**Herausgeber**  
**Kontakt**

InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil  
André Barmettler  
Tel +41 61 511 45 08 /  
info@metanoia-magazin.com  
www.metanoia-magazin.com  
8 x jährlich im Abonnement  
Schweiz: SFr 59.- / EU: EUR 59.-

**Website**  
**Erscheinung**  
**Abo-Preis**

**Redaktion**

**Satz/Layout**

**Fotos**

**Cover-Bild**

**Nächste Ausgabe**

Tilman Knechtel (tk) / André Barmettler (ab)  
Torsten Mann (tm), Axel Schad (as)  
Elementi Studio  
Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org / Envato  
Johannes Sonneaug  
Oktober 2021





# Zusammenfassung des ersten Teils der Doppelausgabe



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



In Ausgabe 41 durften wir erfahren, dass der Great Reset quasi deckungsgleich mit einer Agenda ist, die seit über 100 Jahren von einer unheiligen Allianz aus Hochfinanz und Marxisten vorangetrieben wird. Ihr gemeinsames Ziel: Eine Weltregierung.

Ein entscheidender Wegpunkt dafür war die in den 50er-Jahren eingeleitete sowjetische Langzeitstrategie, die einen vorgetäuschten Untergang der UdSSR und ihrer Satellitenstaaten vorsieht, um die marxistische Ideologie auf der ganzen Welt zu verbreiten, was schlussendlich zur Gründung einer Art Weltregierung oder eines marxistischen Weltentscheidungsorgans führen soll. Die sowjetische Langzeitstrategie setzte bzw. setzt auf Propaganda, Täuschung, Sabotage und Destabilisierung anstatt auf offene Kriegsführung. Sie war in vier Phasen aufgeteilt, die man in Kürze so zusammenfassen kann:

## Phase 1: Entspannung und Annäherung an den Westen

Die sowjetische Führung distanzierte sich vordergründig von Stalins Verbrechen, um Dialog, Kooperation und Handel mit dem Westen wieder zu ermöglichen.

## Phase 2: Destabilisierung des Westens/Subversion

Die westliche Gesellschaft sollte nach den Vorgaben Trotzki, Lenins und Sun Tsus durch Propaganda und hybride Kriegsführung zersetzt sowie marxistisch indoktriniert werden.

## Phase 3: Vorgetäuschter Untergang des Kommunismus

Eine kontrollierte Opposition, die man in den Phasen 1 und 2 aufgebaut hatte, sollte eingesetzt werden, um die herrschende Partei KPdSU zu «stürzen». Ein Ende des kommunistischen Ostblocks sollte offiziell stattfinden, während die Geheimdienst-, Militär- und Parteistrukturen, die in der UdSSR auf den Weltkommunismus hinarbeiteten, nicht aufgelöst wurden und ihr Ziel weiterhin verfolgen konnten.

## Phase 4: Weltkommunismus

Die Verbreitung des Sozialismus auf der ganzen Welt und die Errichtung einer Art Weltregierung – sei es mit politischen Mitteln oder Waffengewalt.

Dass Phase 1 und 2 der sowjetischen Langzeitstrategie augenscheinlich erfolgreich waren, wurde im ersten Teil der Doppel-Ausgabe ausführlich besprochen. Wir zeigten im Detail auf, wie die Sowjetunion eine «Abkühlung» des Kalten Kriegs erreichte und die Beziehungen zum Westen normalisierte, doch dabei nie das Endziel der kommunistischen

Weltregierung aus den Augen verlor. Dieses Endziel verfolgen offensichtlich auch mächtige Finanzeliten im Westen, weshalb sie die «Entspannungspolitik» mit der Sowjetunion vorantrieben. Besonders herausstechend in Phase 1 und 2 war Henry Kissinger, der nachweislich ein Auftragnehmer der Hochfinanz war, während er gleichzeitig von sehr glaubwürdigen Quellen der Sowjet-Spionage bezichtigt wurde. Er war der vielleicht wichtigste Erfüllungsgehilfe der sowjetischen Langzeitstrategie im Westen, und ausgerechnet ihn zählt Klaus Schwab – die Frontfigur des Great Reset – zu den wichtigsten Personen, die sein Denken prägten.

Daraufhin widmeten wir uns dem wichtigsten Aspekt der Phase 2: Der Zersetzung und Destabilisierung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in allen Staaten Westeuropas und Nordamerikas. Auch hier stellten wir fest, dass der Great Reset auf genau den Ideen aufbaut, die von der UdSSR eingesetzt wurden, um die Gesellschaft des Westens von innen heraus zu zerstören (Subversion). Die in Phase 2 vorgesehene marxistische Indoktrinierung und Schwächung der westlichen Gesellschaft gelang sehr erfolgreich, weshalb der Weg frei war für Phase 3. An dieser Stelle endete der erste Teil der Doppelausgabe.

Für den inszenierten Untergang der Sowjetunion griff man auf den neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow zurück. Er gilt als Vater der politischen und ökonomischen «Liberalisierung» der Sowjetunion namens «Perestroika», die dazu diente, dem Kommunismus ein neues menschliches Gesicht zu geben und ihn so auf der ganzen Welt einzuführen. Zwar ist im Westen die Vorstellung weit verbreitet, Gorbatschow habe mit der von ihm initiierten Perestroika den Kommunismus abgeschafft, doch dies ist ein Irrtum, wie bereits die wörtliche Übersetzung des Begriffs erkennen lässt, denn «Perestroika» bedeutet schlicht «Umgestaltung» oder «Umstrukturierung», ergo: Eine Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Marxismus und nicht dessen Ende.

Zwar wurde das Wesen der Perestroika schon im ersten Teil der Doppelausgabe erläutert, es lohnt sich allerdings nochmals einen genaueren Blick auf Michail Gorbatschow zu werfen, denn seine getätigten Aussagen sind so eindeutig, dass sie das Potenzial haben, jeden Leser davon zu überzeugen, dass Gorbatschow den Sozialismus nicht beendete, sondern – im Gegenteil – lange gehegte sozialistische Pläne erfüllte. (tk)

► Die Express-Route für diesen zweiten Teil der Doppelausgabe ab Seite 10



**Auf einen Blick**

► **Michail Gorbatschow verstand die Perestroika nie als Ende des Kommunismus.**

► **Im Gegenteil: Mit der Perestroika soll der Kommunismus auf der ganzen Welt durchgesetzt werden.**

► **Gorbatschow ist immer Kommunist geblieben. Er lobte die Oktoberrevolution, Lenin und sogar Stalins Kollektivierung. Er bekannte sich zur Planwirtschaft.**

► **Auch dass die Perestroika auf Lenins NÖP (Ausgabe 41, Vortäuschung des Untergangs der Sowjetunion) basiert, gab er offen zu.**

## Michail Gorbatschow: Vor, während und nach der Perestroika überzeugter Kommunist!

Mit dem Auftritt Michail Gorbatschows auf der weltpolitischen Bühne begann 1985 die Phase 3 des «dynamischen sozialen Wandels», der vorgetäuschte Untergang der UdSSR. Er war der neue, junge Parteiführer, den der Überläufer Golitsyn angekündigt hatte, und er gilt als Vater der Perestroika (Ausgabe 41, S.27 ff.), wenn auch die Bezeichnung Geburtshelfer treffender wäre – schliesslich führte er nur aus, was bereits Jahrzehnte zuvor geplant worden war. 1985 übernahm er den Posten des Generalsekretärs.

Gorbatschow gilt im Westen als der grosse liberale Reformpolitiker, der den Kommunismus abgeschafft hat und dem das Ende des Ost-West-Gegensatzes zu verdanken ist – jedoch könnte nichts weiter von der Wahrheit entfernt sein, und wenn Gorbatschow tatsächlich zum Ende des Gegensatzes zwischen Ost und West beigetragen hat, dann auf Kosten des Westens. Gorbatschows Auftreten an der Spitze des Politbüros war von langer Hand vorbereitet. <sup>(1)</sup> Schon von Beginn an war seine Karriere eng mit dem KGB verstrickt, seine praktische Ausbildung als Jurist absolvierte er nicht etwa, wie sonst üblich, bei Gericht oder bei der Staatsanwaltschaft, sondern beim Geheimdienst. <sup>(2)</sup> 1971 stieg er in das Zentralkomitee der KPdSU auf. Gefördert von KGB-Chef Juri Andropow, wurde er 1980 das jüngste Mitglied im Politbüro. <sup>(3)</sup>

### Völlig unzweideutig

Nicht nur seine berufliche bzw. politische Laufbahn bezeugt Gorbatschows Hingabe an das kommunistische System. Er selbst hat bei unzähligen Gelegenheiten wiederholt betont, dass er immer schon ein überzeugter Kommunist war und stets geblieben ist. In seinen Büchern verherrlicht er unablässig Lenin, dessen Politik und die «grosse Oktoberrevolution», die auch wäh-



Michail Gorbatschow (rechts) und Ronald Reagan bei ihrem Gipfeltreffen in Reykjavik 1986, ein Jahr nach Beginn der Perestroika. Dieses Treffen wurde von dem US-Autor Kenneth Adelman als «48 Stunden, die den Kalten Krieg beendeten» beschrieben. Angeblich soll es bald mit Christoph Waltz und Michael Douglas in der Hauptrolle als Miniserie verfilmt werden.

rend und gerade durch die Perestroika unbeirrbar weitergeführt werde. Auszüge aus seinem Buch «Perestroika: Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt» lassen keinen Zweifel daran, dass der bekennende Leninist Gorbatschow nie vom Ziel des Weltkommunismus abgelassen hat. Darin heisst es u.a.: «Das Wesen der Perestroika liegt ja gerade darin, dass in ihr Sozialismus und Demokratie zu einer Einheit verschmelzen, dass sie Lenins Konzept zum Aufbau des Sozialismus in Theorie und Praxis wieder voll zum Tragen bringt.» <sup>(4)</sup>

In einem anderen Buch feiert Gorbatschow die Oktoberrevolution von 1917: «Die Oktoberrevolution war in der Tat eine Sternstunde der Menschheit, war deren Morgenröte. Bei der Oktoberrevolution handelte es sich um eine Revolution des Volkes und für das Volk, für den Menschen, für dessen Befreiung und Entwicklung.» <sup>(5)</sup>

Zum Aufbau der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution findet Gorbatschow die folgenden Worte: «Es war eine echte Grosstat, die die Menschen für die Zukunft ihres Vaterlandes vollbrachten, aber auch







→ ein Beweis ihrer Loyalität gegenüber der Entscheidung, die sie 1917 aus freiem Entschluss getroffen hatten.»<sup>(6)</sup> Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen: Die Machtübernahme einer kleinen Gruppe von Revolutionären, der Enteignungen, Exekutionen und Massendeportationen von Millionen Russen folgten, wird von Gorbatschow als freier Entschluss des russischen Volkes für sein Vaterland dargestellt. Gründlicher und skrupelloser kann man Geschichte kaum verfälschen!

Auch über die zahllose Opfer fordernde Kollektivierung unter Stalin weiss Gorbatschow Gutes zu berichten: «Die Kollektivierung war ein bedeutender historischer Akt, die wichtigste gesellschaftliche Veränderung seit 1917.»<sup>(7)</sup>

## Sprung nach vorn

Entgegen allen Erwartungen des Westens war die Absicht der Perestroika nie die Beendigung des Kommunismus, genauso wenig wie Lenins Neue Ökonomische Politik (NÖP) (Ausgabe 41, S.18) das Ende des Kommunismus zum Ziel gehabt hatte, auch wenn der Westen dies in beiden Fällen geglaubt hatte. In seinem Buch heisst es: «Die Perestroika ist ein revolutionärer Prozess, denn sie ist ein Sprung nach vorn in der Entwicklung des Sozialismus, in der Verwirklichung seiner wesentlichen Merkmale.»<sup>(8)</sup> Es lohnt sich, diesen Satz mehrmals zu lesen, um die darin verborgene Bedeutung klar zu erfassen. Gorbatschow schreibt, die von ihm initiierte Perestroika sei ein Sprung nach vorn auf dem Weg zur Durchsetzung der kommunistischen Gesellschaftsordnung, und wenn man in seinem Buch ein paar Seiten weiter liest, dann wird angedeutet, in welchem Massstab



Natürlich könnte man den Untertitel «Die zweite russische Revolution» relativieren, indem man behauptet, es handle sich diesmal um eine marktwirtschaftliche russische Revolution. Im Kontext der Aussagen Gorbatschows in demselben Buch, ist jedoch gar kein anderer Schluss zulässig als derjenige, dass Gorbatschow die Perestroika als zweite Oktoberrevolution - diesmal im Weltmassstab - meint.

Der russische Begriff «Perestroika» bedeutet schlicht «Umgestaltung» oder «Umstrukturierung», ergo: Eine Umstrukturierung des Marxismus und nicht dessen Ende.

diese Durchsetzung der kommunistischen Gesellschaftsordnung erfolgen soll: «Vom Erfolg der Perestroika hängt das Schicksal des Sozialismus, hängt das Schicksal der Welt ab.»<sup>(9)</sup>

Ein weiteres Zitat Gorbatschows sollte auch die letzten Zweifel an den politischen Absichten dieses Mannes ausräumen. Im Jahr 1987, anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution, sagte er: «Im Oktober 1917 brachen wir aus der alten Welt aus, lehnten wir sie endgültig ab. Wir gehen einer neuen Welt entgegen, der Welt des Kommunismus. Von diesem Weg werden wir nie abweichen!»<sup>(10)</sup>

## Gegner der Marktwirtschaft

Dass Gorbatschows vielgelobte Perestroika der 1980er-Jahre auf dem Konzept von Lenins NÖP (Ausgabe 41) der 1920er-Jahre basierte, die damals schon die Stärkung des kommunistischen Lagers zum Ziel hatte, gefolgt von den inzwischen bekannten geschichtlichen Ereignissen, gab Gorbatschow selbst zu, als er bei derselben Gelegenheit erklärte: «Wir wen-

den uns heute immer häufiger den letzten Schriften Lenins, seinen Ideen von der Neuen Ökonomischen Politik zu und sind bemüht, aus diesen Erfahrungen alles zu übernehmen, was für uns heute wertvoll und notwendig ist.»<sup>(11)</sup>

Dass diese neue Form der NÖP nichts mit der Einführung wahrer Marktwirtschaft zu tun habe, wird von Gorbatschow ebenfalls mehrmals betont. Noch im Juli 1990 bekannte sich Gorbatschow ausdrücklich zur «sozialistischen Wahl» und lehnte die «Wiederherstellung kapitalistischer Praktiken» ab.<sup>(12)</sup> Bei anderer Gelegenheit hatte er gegenüber Befürwortern eines freien Unternehmertums auf der Grundlage von Privatbesitz erklärt, er könne solche Vorstellungen nicht unterstützen, denn «das sind unverantwortliche, einfach unverantwortliche Ideen».<sup>(13)</sup> Ungeachtet all dieser Fakten, die keinen Zweifel daran lassen, dass Gorbatschows Perestroika keineswegs eine Annäherung an eine marktwirtschaftliche Gesellschaftsordnung darstellte, wurde er besonders in den westlichen Medien frenetisch gefeiert. Es kam zu einer regelrechten «Gorbi-Manie», die den klaren Blick auf die Fakten jenseits des Eisernen Vorhangs verstellte, was ideale Möglichkeiten für den weiteren Verlauf der sowjetischen Langzeitstrategie eröffnete. (tk/tm)

«Die vielen Russen, die sich in den vergangenen Jahren um gute Beziehungen zum Westen bemüht haben, leiden heute unter dieser Situation. Die Begeisterung, die bei uns bis vor kurzem noch für die USA herrschte, wird nun durch einen Antiamerikanismus abgelöst. [...] Wir haben auf den Totalitarismus verzichtet, auf eine Einparteien-Ideologie und auf Staatseigentum. Das bedeutet aber nicht den Untergang des sozialistischen Wertesystems. Es ist doch eine Tatsache, dass der Sozialismus einen neuen Atem bekommt, sowohl in osteuropäischen Staaten als auch im Westen.»



Michail Gorbatschow in einem Interview aus dem Jahr 1999

Quelle: furche.at, Michail Gorbatschow: «Die sozialistischen Ideen leben immer noch», 18.11.1999

### Quellen:

1. Anatolij Golitsyn, The Perestroika Deception, Edward Harle, 1998, S.20
2. Hans Graf Huyn, Die Deutsche Karte, Universitas Verlag, 1991, S.74 f.
3. wdr.de, 2. März 1931 - Michail Gorbatschow wird geboren, 02.03.2016
4. Michail Gorbatschow, Perestroika: Die zweite russische Revolution - Eine neue Politik für Europa und die Welt, 1987, S.41
5. Michail Gorbatschow, Oktober und Umgestaltung, APN-Verlag, Moskau, 1987, S.3
6. Michail Gorbatschow, Perestroika: Die zweite russische Revolution - Eine neue Politik für Europa und die Welt, 1987, S.46
7. Ebenda, S.47
8. Ebenda, S.61
9. Ebenda, S.70
10. Michail Gorbatschow, Oktober und Umgestaltung, APN-Verlag, Moskau, 1987, S.79
11. Ebenda, S.14 f.
12. Hans Graf Huyn, Die Deutsche Karte, Universitas Verlag, 1991, S.19
13. Ebenda, S.25





Foto: Bundesarchiv, Bild  
183-1989-1208-420/  
Schöps, Elke/CC-BY-SA 3.0

„[Glasnost und Perestroika sind] wissenschaftlich begründete Orientierungen der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion, die anknüpfen an die Idee der Oktoberrevolution, getragen von den Ideen des Begründers dieses Staates, von Lenin, die von weitreichender Bedeutung sind für die Entwicklung dieses Landes. [...] Glasnost und Perestroika gehen ja auf die Ideen, die Ideale der ersten siegreichen sozialistischen Revolution, die hier in diesem Lande stattgefunden hat, zurück und genau auf denselben Ideen beruhen auch die Grundlagen unseres Staates, der DDR.»

Markus Wolf, Leiter des Auslandsnachrichtendienstes der DDR, in einem Interview mit dem Spiegel aus dem Jahr 1989

Quelle: spiegel.de, «Ich würde gern nach Stuttgart fahren», 01.01.1989

**Er musste es wissen: Markus Wolf war laut Spiegel «seit jeher ein Mann Moskaus» und er gab offen zu, die Agenda der Perestroika zu verfolgen.**

Quelle: spiegel.de, Ende des Scheinriesen, 01.05.1993

„[Stalins] Kollektivierung war ein bedeutender historischer Akt, die wichtigste gesellschaftliche Veränderung seit 1917.»

Michail Gorbatschow in einem Buch aus dem Jahr 1987

Quelle: Michail Gorbatschow, Perestroika: Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt, 1987, S.47

**Zur Erinnerung: Die von Gorbatschow gelobte Kollektivierung durch Stalin war einer der grössten Massenmorde der Menschheitsgeschichte.**



Die Opfer von Stalins Kollektivierung in der Ukraine liegen tot am Wegesrand.

„Die Werke Lenins und seine sozialistischen Ideale blieben für uns eine unerschöpfliche Quelle kreativen dialektischen Denkens, theoretischen Reichtums und politischen Scharfsinns. Gerade sein Vorbild ist uns ein unsterbliches Beispiel für hohe moralische Stärke, umfassende Bildung und selbstlose Hingabe an die Sache des Volkes und des Sozialismus. Lenin lebt weiter in den Köpfen und Herzen von Millionen von Menschen.»

„Die Perestroika verlangt Parteiführer, die sich Lenins Ideal der bolschewistischen Revolution eng verbunden fühlen.»

„Wir versuchen unsere Politik und Ideologie wieder mit dem lebendigen Geist des Leninismus zu erfüllen.»

„Wir werden von den Ideen der Oktoberrevolution von 1917, von den Gedanken Lenins und den Interessen des sowjetischen Volkes motiviert.»

Michail Gorbatschow, 1987

Quelle: Michail Gorbatschow, Perestroika: Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt, 1987, S.28,66,80 u. 333

**Das ist nur ein kleiner Teil der positiven Bezugnahmen auf Lenin, die sich wie ein roter Faden durch Gorbatschows Texte ziehen. Zu diesem Zeitpunkt brauchte es keine Überläufer mehr: Gorbatschow gab offen zu, was er mit der Perestroika vorhatte. Ist es nicht eine absolute Blamage für die akademische und journalistische Welt des Westens, dass so gut wie niemand Gorbatschow beim Wort nahm und das wahre Wesen der Perestroika thematisierte?**



**Einer der grössten Massenmörder der Geschichte!**

**Opfer der ersten grossen Hungersnot in der Sowjetunion im Jahr 1921. Die Hauptschuld dafür traf den Regierungschef Wladimir Lenin.**







„Um allen Gerüchten und Spekulationen ein Ende zu setzen, die im Westen über uns kursieren, möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, dass alle Reformen, die wir durchführen, in Übereinstimmung stehen mit unserem sozialistischen Weg. Nicht ausserhalb, sondern innerhalb des Sozialismus suchen wir nach Antworten auf die Fragen, die sich uns stellen. Wir beurteilen unsere Erfolge wie auch unsere Fehler nach sozialistischen Massstäben. **Diejenigen, die hoffen, dass wir von unserem sozialistischen Weg abweichen, werden bitter enttäuscht sein.** Jeder Teil unseres Perestroika-Programms [...] gründet sich auf dem Prinzip von mehr Sozialismus und mehr Demokratie. [...] Jede Hoffnung, wir würden eine andere, nichtsozialistische Gesellschaft anstreben und ins andere Lager umschwenken, ist unrealistisch und zwecklos. **Die Leute im Westen, die von uns eine Abkehr vom Sozialismus erwarten, werden enttäuscht sein.**»

Michail Gorbatschow, 1987

Quelle: Michail Gorbatschow, Perestroika: Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt, 1987, S.42–43

## Perestroika = Umgestaltung = Wende = Umbruch = Reset!

„Einer der schwerwiegendsten Mängel des Wirtschaftssystems, in dem die westliche Welt heute existiert und dessen Urhebererschaft in vielerlei Hinsicht Washington gehört, ist mit dem zu radikalen Charakter der Marktphilosophie verbunden. Es hat sich herausgestellt, dass dieser Weg nicht produktiv sein kann! Was haben wir im Endeffekt erhalten? «Blasen»! Und diese «Blasen» platzen nun eine nach der anderen.»

„Das Setzen allein auf Supergewinne und unbegrenzten Konsum führt in eine Sackgasse. Ein Milliardär, der ein privates U-Boot hat und dazu noch ein zweites bauen lassen möchte, wird dadurch nicht glücklicher.»

Michail Gorbatschow bei der Verleihung des Franz-Josef-Strauss-Preises durch Hanns-Seidel-Stiftung, 2011

hss.de, Franz Josef Strauss-Preis 2011 – Rede des Preisträgers, 13.03.2012

„Es könnte sein, dass genug Menschen so empört sind über die eklatante Ungerechtigkeit einer bevorzugten Behandlung, die ausschliesslich den Reichen zuteilwird, dass sie zu einem breiten gesellschaftlichen Gegenschlag ausholen. In den USA fordert möglicherweise eine Mehrheit oder eine sehr lautstarke Minderheit die nationale oder gemeinschaftliche Kontrolle über das Gesundheitswesen, während in Europa eine Unterfinanzierung des Gesundheitssystems politisch nicht mehr akzeptabel sein wird. Möglicherweise bringt uns die Pandemie zu einem Umdenkprozess bei Berufen, die wir wirklich schätzen, und zu einer Neugestaltung ihrer kollektiven Entlohnung. Wird die Gesellschaft in Zukunft akzeptieren, dass ein Hedgefonds-Spitzenmanager, der sich auf Leerverkäufe spezialisiert hat (und dessen Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehen bestenfalls zweifelhaft ist), ein Jahreseinkommen in Millionenhöhe erhält, während eine Krankenschwester (deren Beitrag zum sozialen Wohlergehen wohl unbestreitbar ist) einen winzigen Bruchteil dieses Betrags verdient? In solch einem optimistischen Szenario, in dem wir immer deutlicher wahrnehmen, dass viele schlecht bezahlte Arbeitskräfte mit unsicheren Jobs eine wesentliche Rolle für unser kollektives Wohlergehen spielen, würde die Politik nachziehen, um sowohl ihre Arbeitsbedingungen als auch ihre Entlohnung zu verbessern. Bessere Löhne wären die Folge, auch wenn sie mit geringeren Gewinnen für die Unternehmen oder höheren Preisen einhergehen; es würde einen starken sozialen und politischen Druck geben, befristete Verträge und ausbeuterische Schlupflöcher durch Festanstellungen und eine bessere Ausbildung zu ersetzen. Die Ungleichheiten könnten also geringer werden – die Geschichte hat uns jedoch gelehrt, dass dieses optimistische Szenario ohne vorausgehende massive soziale Unruhen unwahrscheinlich ist.»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.95-96



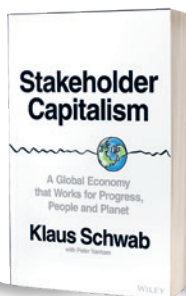
Eine kommunistische Bonze, die auch nach dem «Untergang» der Sowjetunion prächtig von ihrem Status als Reformler lebte, und der Gründer eines Milliardär-Clubs erdreisten sich, Stimmung gegen «Reiche» zu machen. Wie schon in Ausgabe 40 aufgezeigt, zielt die marktfeindliche Propaganda von Schwab sowie Gorbatschow nicht auf die Superreichen ab, sondern auf den Mittelstand! Noch anzumerken ist, dass die von «Gorbatschow» bemängelten «Blasen» durch die Zentralbanken entstehen, deren Errichtung Karl Marx forderte und die von den Verbündeten des Marxismus im Westen installiert wurden.





Da sich die Texte und Aussagen von Schwab sowie Gorbatschow mit Marx' Gedankengut decken, ist es - mal wieder - schwer, an Zufall zu glauben, wenn die beiden ihre Werke auch noch «Manifest» taufen. Das Kommunistische Manifest ist ein programmatischer Text aus dem Jahr 1848, in dem Karl Marx und Friedrich Engels grosse Teile der marxistischen Weltanschauung entwickelten. Erschienen ist das Manifest übrigens in London, wo sich wenig später die Fabian Society gründete (siehe S.76 ff.). Gorbatschow unterstützte mit seinem «Manifest für die Erde» (2003) die «Nachhaltigkeits»-Agenda der Vereinten Nationen (siehe S.39 ff.). Klaus Schwab stellte sein Stakeholder-Prinzip (Ausgabe 40) 1973 im «Manifest von Davos» vor.

«Die Presse unterbreitete einige Vorschläge, die unser System sprengten. Da war etwa die Meinung zu hören, wir sollten die Planwirtschaft aufgeben und Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Das können wir allerdings nicht zulassen, weil wir den Sozialismus stärken und nicht durch ein anderes System ersetzen wollen. Was uns vom Westen angeboten wird, von einem anderen Wirtschaftssystem, ist für uns unakzeptabel. Wir sind davon überzeugt, dass der Sozialismus weit mehr erreichen kann als der Kapitalismus, wenn wir tatsächlich das Potential des Sozialismus mobilisieren und seinen Grundprinzipien treu bleiben, die menschlichen Interessen voll berücksichtigen und die Vorteile unserer Planwirtschaft nutzen.»



Anfang 2021 erst erschienen:  
Klaus Schwabs neues Buch über  
den «Stakeholder-Kapitalismus».

Michail Gorbatschow, 1987

Quelle: Michail Gorbatschow, Perestroika: Die zweite russische Revolution - Eine neue Politik für Europa und die Welt, 1987, S.107

Ein Sozialismus, der die «menschlichen Interessen» voll berücksichtigt also. Das erinnert frappant an Klaus Schwabs «Stakeholder-Kapitalismus», der Konzerne dem «öffentlichen Interesse» verpflichtet (Ausgabe 40).

«Sie [Perestroika] bedeutet ferner Kopplung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit der Planwirtschaft.»

Michail Gorbatschow, 1987

Quelle: Michail Gorbatschow, Perestroika: Die zweite russische Revolution - Eine neue Politik für Europa und die Welt, 1987, S.40



Völlig unverfroren bekennt sich Michail Gorbatschow an dieser Stelle zur Planwirtschaft. Es muss als gigantischer Skandal gewertet werden, dass solch glasklare Aussagen von unserer Presse praktisch nie aufgegriffen und thematisiert wurden (wohinter allerdings System zu stecken scheint). Nach Lektüre von Gorbatschows Buch zur Perestroika kann man eigentlich nur zu der vollkommen offensichtlichen Schlussfolgerung gelangen, dass die Perestroika kein Ende des Sozialismus bedeutet, sondern dessen Ausweitung auf die ganze Welt!

Kommt hinzu: Man ersetze im obigen Zitat das Wort «Perestroika» durch «Great Reset» und man erhält eine Beschreibung der Initiative von Klaus Schwab, die wir prägnanter nicht hätten formulieren können!

Mit den technischen Aspekten der modernen Planwirtschaft, die im Zuge des Great Reset errichtet wird, werden wir uns in kommenden Ausgaben beschäftigen.





## EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Der vorgetäuschte Untergang der Sowjetunion in Phase 3 sah vor, dass all diejenigen, die schon vor ihm am Ziel des Weltkommunismus gearbeitet hatten, dieses Ziel auch nach Ende der UdSSR weiterverfolgten. Institutionen wurden zwar teils abgeschafft, teils umbenannt, an der Zielsetzung des russischen Staats- und Geheimdienstapparats änderte sich jedoch nichts.

Als Michail Gorbatschow 1985 den Posten des Generalsekretärs übernahm, begann Phase 3. Er war jener «liberale» Führer, den Anatoliy Golitsyn – der wohl glaubwürdigste sowjetische Überläufer aller Zeiten – bereits 1978 für Phase 3 angekündigt hatte, als Gorbatschow noch nicht einmal Mitglied im Politbüro war.

Er gilt als Vater der Perestroika (Ausgabe 41, S.27 ff.), wenn auch die Bezeichnung Geburtshelfer treffender wäre – schliesslich führte er nur aus, was bereits Jahrzehnte zuvor geplant worden war. Gorbatschow wurde jahrzehntelang im Westen als freiheitlicher Reformpolitiker gefeiert, doch nichts könnte der Wahrheit ferner sein: Seit seinen beruflichen Anfängen war er mit dem KGB verstrickt und wurde von KGB-Chef Yuri Andropow gefördert.

Bei ihm verblüfft die Diskrepanz zwischen dem Renommee, das er im Westen geniesst, und seiner echten Weltanschauung, ganz besonders: Er selbst hat bei unzähligen Gelegenheiten wiederholt betont, dass er immer schon ein überzeugter Kommunist war und

stets geblieben ist. In seinen Büchern verherrlicht er unablässig Lenin, die «grosse Oktoberrevolution» und sogar Stalins Kollektivierung.

Zudem gibt Gorbatschow unumwunden zu, dass Lenins Neue Ökonomische Politik (NÖP) das Modell darstellt, auf dem die Perestroika basiert. Genau das also, was von den sowjetischen Überläufern, die in die sowjetische Langzeitstrategie eingeweiht waren, berichtet wurde. Schon 1921 hatte Wladimir Lenin den Untergang des Kommunismus durch einen geschickten Schachzug erfolgreich vorgetäuscht, um dadurch westliche Technologie und Unterstützung zu erhalten. NÖP war der Name dieses Projekts. Gorbatschow betont in seinen Texten mehrfach und völlig unmissverständlich, dass seine Perestroika auf die NÖP zurückgreift, um die lang gehegten Ziele der Kommunisten zu erreichen. Von einer Abschaffung des Sozialismus und einem Siegeszug der Marktwirtschaft ist in seinen Texten keine Rede. Er sprach sich sogar mehrfach explizit für eine «Planwirtschaft» aus.

Eine korporatistische (Ausgaben 23,40) Planwirtschaft – und eben keine echte Marktwirtschaft – wurde dann auch 1991 nach dem erfolgreich inszenierten Untergang der Sowjetunion auf russischem Gebiet eingeführt. Mehr dazu im nächsten Abschnitt der Ausgabe.

Fortsetzung auf Seite 20

## KGB-Agent (?) Genscher und das WEF

Der zweite Protagonist neben Helmut Kohl während des Mauerfalls war der damalige FDP-Aussenminister Hans-Dietrich Genscher. Berühmt wurde vor allem seine Balkon-Rede in der Prager Botschaft am 30. September 1989. Hier verkündete er vor Tausenden ausreisewilligen DDR-Bürgern, der Weg in die BRD sei endlich frei: «Ich bin zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise [vom Jubel unterbrochen].»<sup>(1)</sup>

Am 13. Juli 1992 veröffentlichte der Spiegel eine kurze Meldung über den gerade zurückgetretenen Genscher, der seit 1974 fast ununterbrochen BRD-Aussenminister gewesen war: «Unter dem Decknamen «Tulpe» hat das DDR-Ministerium für Staatssicherheit Ex-Minister Hans-Dietrich Genscher als «Inoffiziellen Mitarbeiter» in seinen Akten geführt.» Die Schutzbehauptung schob der Spiegel gleich hinterher: «Wie ehemalige Stasi-Angehörige gegenüber Geheimdienstexperten sagten, wurden dabei Angaben aus dem Lebenslauf eines DDR-Bürgers benutzt und auf den Liberalen übertragen. Zweck der Manipulation sei es gewesen, den FDP-Politiker unter Druck zu setzen oder bei Bedarf im Zuge einer Desinformationskampagne als Mitarbeiter der Staatssicherheit zu diskreditieren.»<sup>(2)</sup>

Diese Behauptung klingt aber absurd. Wenn jeder mit einer gefälschten Akte erpressbar gewesen wäre, hätte man überhaupt niemanden anwerben müssen. Fakt ist: Genscher war nur



«Ich hatte am 1. Februar 1987 in Davos beim Weltwirtschaftsgipfel in einer Rede gesagt, wir sollten Gorbatschow beim Wort nehmen und eine historische Chance nicht versäumen. Diese Einschätzung wurde als blauäugig, als illusionär angesehen, weil viele sich noch nicht vorstellen konnten, dass in der Sowjetunion in Wahrheit der Machtwechsel stattgefunden hatte [...]»

Hans-Dietrich Genscher, 2007 im Interview mit der österreichischen Zeitung profil

Quelle: profil.at, Mir ist Putin lieber als Breschnew, 22.09.2007

drei Monate zuvor am 27.04.1992 ohne Anlass zurückgetreten, vermutlich weil ihm jemand gesteckt hatte, dass seine Akte gefunden worden war, möglicherweise dieselben ehemaligen Stasi-Angehörigen, die der Spiegel erwähnte. Die BBC und ein französischer Sender hatten z.B. gemeldet, dass er aufgrund von Spionagetätigkeit zurückgetreten war.<sup>(3)</sup>

### Historischer Moment beim WEF

Da Genscher 18 Jahre lang das Amt des Aussenministers innehatte, war er ganz offiziell oft in der Sowjetunion und der DDR. Möglicherweise wurde er direkt von Moskau geführt, denn er bekannte noch vor Helmut Kohl, dass er an die Idee der Perestroika glaube. Dies tat er ausgerechnet 1987 beim Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos, wo er die Teilnehmer anhielt, «Gorbatschow eine Chance zu geben». Tatsächlich wird die Rede, die Genscher damals beim

WEF hielt, heute als historischer Moment interpretiert.<sup>(4)</sup>

Laut Christopher Story, dem ehemaligen Regierungsberater der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, wurde Genscher direkt vom KGB gesteuert, namentlich vom ehemaligen sowjetischen Aussenminister Alexander Bessmertnyh, den Genscher wiederholt traf. Story schreibt in seinem Buch «The European Union Collective», dass Genschers Frau einmal im Monat in Genschers Heimatstadt Halle gewesen sei, um sich die neuesten Direktiven abzuholen. Story spekulierte sogar, dass Putin während seiner DDR-Zeit (Ausgabe 41, S.33) ihr Kontaktmann gewesen sein könnte.<sup>(5) (tk)</sup>

#### Quellen:

1. mdr.de, Genschers berühmte Balkonrede - und wie sie wirklich endete, 31.03.2021
2. spiegel.de, Genscher alias «Tulpe», 13.07.1992
3. Christopher Story, European Union Collective, Edward Harle Limited, 1997, S.91
4. handelszeitung.ch, WEF: Von Kriegspropaganda und Weltfrieden, 17.01.2014

### Auf einen Blick

🔴 Errichtung eines korporatistischen Systems (Verschmelzung von Staat und Konzernen) nach dem vorgetäuschten Untergang der Sowjetunion in Phase 3

🔴 Klaus Schwab an der Installierung dieses Systems in Russland mitbeteiligt

🔴 Korporatismus in Russland entspricht in etwa den «öffentlich-privaten Partnerschaften», die das WEF für den Westen vorgesehen hat.

🔴 Ziel der kommunistischen Strategen: Falsches Bild der Marktwirtschaft bei den Russen erzeugen und diese diskreditieren.

## Die Pseudo-Privatisierung im Russland der 90er

Die auf den Untergang des Sowjetimperiums folgende Pseudo-Privatisierung, die sich bei genauerer Betrachtung als Resowjetisierung unter dem Deckmantel der Marktwirtschaft entpuppte, war von der Kommunistischen Partei bereits Ende der 70er-Jahre in die Wege geleitet worden. Den Eindruck, den der russische Normalbürger von der «freien Marktwirtschaft» bekommen sollte, war, dass es unter dem kommunistischen System trotz aller Entbehrungen leichter gewesen war, seinen Alltag zu bewältigen, da der Staat ihn mit den nötigsten Gütern versorgt hatte. So sollte er wieder mit dem alten System sympathisieren. Zu seiner Verwunderung nahm seine wirtschaftliche Not nach den vermeintlichen wirtschaftlichen Liberalisierungen in vie-

len Fällen sogar weiter zu, da sich wieder nur eine kleine Gruppe von Partei- und Geheimdienstinsidern das Volksvermögen unter den Nagel riss. Die sogenannten «Oligarchen», die die «Filetstücke» (Gas, Öl, Mineralien etc.) der russischen Industrie erhielten, entstammten entweder der KPdSU, der Mafia oder den Geheimdiensten KGB/GRU, wobei die Trennung zwischen Mafia und Geheimdiensten sowieso nicht eindeutig zu ziehen ist. Wie die Plattform Soviet Analyst berichtete, wurden neben der Rekrutierung von Kriminellen junge KGB- und GRU-Agenten speziell für die Umstrukturierung der sowjetischen Wirtschaft unter der Kontrolle der Geheimdienste vorbereitet. Angehende Agenten seien damals buchstäblich von ihren Vorgesetzten gefragt worden, ob sie nicht Lust hätten,

Milliardär zu werden. Und nicht wenige von ihnen sollten später zu den Oligarchen werden, die Boris Jelzins Russland prägten, der Putin später zur Macht verhalf (Ausgabe 41, S.34 f.). (i) Anstatt Russland zu entsowjetisieren und die alte Elite zu bestrafen, sollten sie die «Liberalisierung» des neuen Russlands übernehmen. Kein Wunder, dass die Osteuropäer bald die Hoffnung auf die Marktwirtschaft wieder verloren hatten.

### Golitsyns Warnungen

In einem seiner zahllosen Memoranden an die CIA, die allesamt auf taube Ohren stiessen, versuchte Anatoliy Golitsyn im Herbst 1990 erneut den Zusammenhang zwischen der Einführung der «Marktwirtschaft» in der Sowjetunion und Lenins ➔



Bei der Simulation Event 201 im Jahr 2019, die das Geschehen 2020 rund um «Corona» auf verdächtig prophetische Art vorwegnahm (Ausgabe 33), äusserte sich Christopher Elias, der Vertreter der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, folgendermassen:

«Die Unternehmen, die unsere besten Partner sein werden, sind diejenigen, die schon zuvor über eine Situation wie diese nachgedacht haben. Diejenigen, die vorbereitet sind und Pläne für ihre Versorgungsketten haben. [...] **Wir müssen mit öffentlich-privaten Partnerschaften arbeiten, um Unternehmen zu unterstützen - aber nicht alle Unternehmen.»**

Quelle: youtube.com, Event 201 Pandemic Exercise: Segment 3, Finance Discussion, 04.11.2019, Min.: 26:14

«Nicht alle Unternehmen» also. Tatsächlich wurden wenig später «nicht alle Unternehmen» gerettet, unterstützt, entschädigt oder wenigstens fair behandelt. Bestimmte Unternehmen prosperierten, während andere durch unfaire, staatliche Methoden aus dem «Markt» gedrängt wurden. Man muss es so deutlich sagen: Was wir hier beobachten, ist Mafia-Methodik im grossen Stil und von höchster Ebene angeordnet.

»

«Der Westen versteht nicht den radikalen Unterschied zwischen einer echten kapitalistischen westlichen Wirtschaft und einer sowjetischen Quasi-Marktwirtschaft. Im Westen besitzen und führen die kapitalistischen Klassen vom Grossindustriellen bis zum kleinen Ladenbesitzer ihre Geschäfte. Die UdSSR hat ihre kapitalistischen Klassen physisch eliminiert. Die Partei und der Staat werden die Schlüsselindustrien auch weiterhin besitzen und leiten. Nur kalkulierte Marktelemente werden in etwas eingeführt werden, das auch weiterhin grundsätzlich eine Planwirtschaft bleiben wird.»

Der sowjetische Überläufer  
Anatoliy Golitsyn im Jahr 1990

Quelle: Anatoliy Golitsyn, The Perestroika Deception, Edward Harle, 1998, S.127 f.

Die Schnittstellen der Pseudo-Privatisierung in Russland mit den sogenannten «öffentlich-privaten Partnerschaften» (Quasi-Monopole, die vom Staat an Privatunternehmen übertragen werden) des WEF stechen ins Auge.





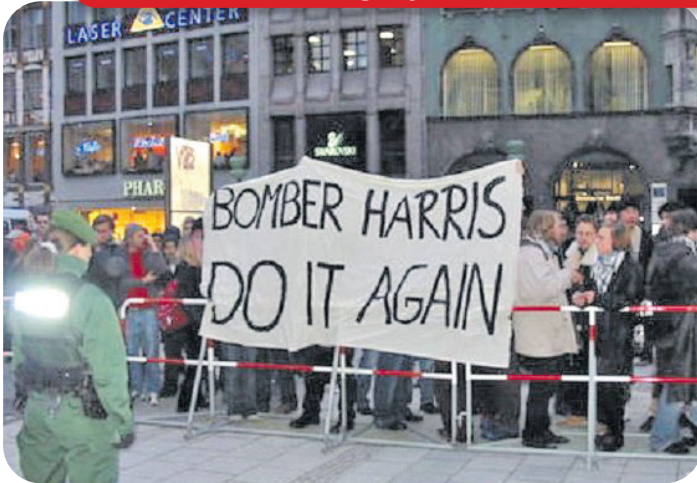
Foto: Algirdas (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Donatas\_Katkus.2011-06-05.jpg)  
https://de.wikipedia.org/wiki/GNU-Lizenz\_f%C3%BCr\_freie\_Dokumentation

„Im Westen glaubt man, dass die Mafia ein Produkt des Postkommunismus ist. In Wirklichkeit wird sie vom KGB organisiert, ausgerüstet und kontrolliert.“

Algirdas Katkus, ehemaliger Ministerpräsident von Litauen, im Jahr 1995

Quelle: The New American, 27. Mai 1996: «Dirty cops in the former Soviet Union run both sides of the law»

### «Entnazifizierung» (oder Entdeutschung?) (Ausgabe 30)



- Das gesamte deutsche Volk wurde der «Kollektivschuld» angeklagt.
- Tausende Verhaftungen und Hinrichtungen von ehemaligen Entscheidungsträgern
- Alle Deutschen wurden einer «Reeducation» (Umerziehung) unterzogen.



Eine Russin trägt das Konterfei Stalins bei der Feier seines Geburtstags in Moskau, 2015.

### «Untergang» der Sowjetunion

- Praktisch kein Verantwortungs-träger aus der UdSSR und ihren Satellitenstaaten wurde gerichtlich zur Verantwortung gezogen (dabei lebten 1991 sogar noch viele Stalin-Komplizen).
- Ehemalige Parteikader genossen ruhigen Lebensabend mit einer hohen staatlichen Pension.
- Im heutigen Russland wird die Sowjet-Geschichte verherrlicht (Ausgabe 41, S.33 ff.).

Eigentlich hätte es auf informierte Betrachter sowieso suspekt wirken müssen, dass ein Imperium sich selbst abschafft. Wann ist das jemals in der Geschichte vorgekommen? Es war nicht mal ein Geheimnis, dass die Perestroika vom kommunistischen Parteiapparat in die Wege geleitet wurde. Warum zog so gut wie niemand die richtigen Schlüsse daraus?

➔ NÖP (Ausgabe 41, S.18) klarzustellen: «Der Westen versteht nicht den radikalen Unterschied zwischen einer echten kapitalistischen westlichen Wirtschaft und einer sowjetischen Quasi-Marktwirtschaft. Im Westen besitzen und führen die kapitalistischen Klassen vom Grossindustriellen bis zum kleinen Ladenbesitzer ihre Geschäfte. Die UdSSR hat ihre kapitalistischen Klassen physisch eliminiert. Die Partei und der Staat werden die Schlüsselindustrien auch weiterhin besitzen und leiten. Nur kalkulierte Marktelemente werden in etwas eingeführt werden, das auch weiterhin grundsätzlich eine Planwirtschaft bleiben

wird. Der Westen und die internationalen Finanzinstitutionen sind naiv, wenn sie etwas anderes erwarten. Ein sowjetisches Ziel ist die Herbeiführung einer technologischen Revolution mit dem Zweck, die sozialistische Wirtschaft mit Hilfe westlichen Kapitals, westlicher Kompetenz und Technologie effizienter zu machen.»<sup>(2)</sup>

Was Golitsyn 1990 über die westliche Wirtschaft gesagt hatte, mag zur damaligen Zeit weitgehend zutreffend gewesen sein. Ca. 30 Jahre später, im Zuge des Great Reset, wird jedoch genau die Kontrolle des Staates über Unternehmen, die Golitsyn beschrieb, allmählich flächendeckend

„Wettbewerb ist eine Sünde.“

John D. Rockefeller, Ölmagnat, dessen Familie an der Finanzierung der Oktoberrevolution beteiligt war (Ausgabe 41)

Quelle: huffingtonpost.co.uk, Competition Is A Sin, 10.07.2017

„Zweitens wird Covid-19 wahrscheinlich den Tod des Neoliberalismus einläuten, einem Korpus von Ideen und Konzepten, der grob gesagt Wettbewerb über Solidarität stellt, schöpferische Zerstörung über staatliche Intervention und Wirtschaftswachstum über soziales Wohlergehen.“

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.89

Weder Schwab noch Rockefeller sind dem Wettbewerb also wohlgesonnen. Ihr bevorzugtes Modell ist offenkundig der Korporatismus, bei dem Staat und Konzerne verschmelzen.

eingeführt. Das Weltwirtschaftsforum spricht dabei verharmlosend von «öffentlich-privaten Partnerschaften». Das sind Quasi-Monopole, die vom Staat an Privatunternehmen übertragen werden und von diesem dann vor Konkurrenz geschützt werden (Ausgabe 40, S. 30). In anderen Worten: Eine Planwirtschaft, die in etwa der Pseudo-Privatisierung im ehemaligen Ostblock entspricht. (tk/tm)

#### Quellen:

1. Soviet Analyst, Vol. 28, Nr. 9 (November 2003): «British and American Oil Firms cohabit with KGB Mafiya crooks»
2. Anatoliy Golitsyn, The Perestroika Deception, Edward Harle, 1998, S.127 f.



# Das Zerschlagen der Hoffnung auf Marktwirtschaft

In den Worten des Überläufers Jan Sejna (Ausgabe 41, S.39) diente die wirtschaftliche «Öffnung» des Ostblocks ab Beginn der 90er dazu, die «Hoffnung auf falsche Demokratie» innerhalb der russischen Bevölkerung zu zerschlagen. Was verbirgt sich hinter diesem von Sejna etwas unpräzise formulierten Ausspruch? Es ging darum, nach dem Untergang der sowjetischen Planwirtschaft eine neue kontrollierte Wirtschaft zu errichten, die nicht wirklich frei war, jedoch als frei dargestellt wurde, um so ein falsches Bild der Marktwirtschaft zu erzeugen und diese zu diskreditieren. Die «Privatisierung» des sowjetischen Staatsvermögens änderte kaum etwas an den ehemaligen Besitzverhältnissen in der Sowjetunion. 1992 wurde unter den führenden «Reformern» Jegor Gaidar und Anatoli Tschubais das alte sowjetische Staatseigentum «an die russische Bevölkerung verteilt» – so die Version der Behörden und der zwei «Reformer», die beide zuvor dem kommunistischen Staatsapparat treu gedient hatten. Schon unter Gorbatschow waren Tschubais und Gaidar für ihre Aufgabe geschult worden, die russische Wirtschaft oberflächlich zu reformieren, doch dabei möglichst wenig an den alten Strukturen zu rütteln.

Durch die von Tschubais verordnete «Schocktherapie», die sich den Anstrich einer Marktwirtschaft gab, doch in Wahrheit die «Kronjuwelen» Russlands in staatlicher Hand beließ oder sie mit dem Staat verknüpften Oligarchen überreichte, sollte in der russischen Bevölkerung der Eindruck erzeugt werden, die Marktwirtschaft habe schon in ihrem Anfangsstadium versagt. Es folgte für die breite Masse ein Absturz des Lebensstandards, der teils unter das Niveau der Sowjet-Zeit reichte.

## «Kapitalisten»

Das Volk gab die Schuld für seine Misere den «marktwirtschaftlichen Reformern» wie Tschubais und der neu entstandenen Milliardärs-Schicht, die sich selbst als «Kapitalisten» bezeichneten, um den Eindruck zu erwecken, sie seien ernsthaft daran interessiert, Russland freie Märkte zu geben. Das verbrecherische Verhalten dieser Personengruppe wurde generell mit freier Marktwirtschaft gleichgesetzt, womit die Grundlage für ein Wiedererstarken der kommunistischen Ideologie geschaffen wurde. Tschubais appellierte in der Öffentlichkeit mit nahezu re-

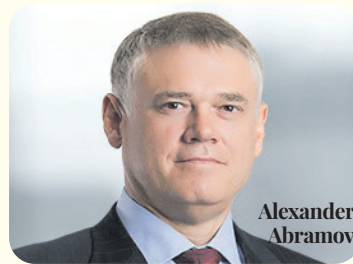


## «Russische» Oligarchen



**Roman Abramowitsch**

Foto: Mark Freeman from Hornchurch, UK ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roman\\_Abramovich\\_2.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roman_Abramovich_2.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>



**Alexander Abramov**



**Leonid Mikhelson**



**Petr Aven**

Die später zu «Oligarchen» getauften Insider bekamen die Filetstücke der sowjetischen Industrie quasi geschenkt, während die russische Normalbevölkerung für über 70 Jahre kommunistische Terrorherrschaft so gut wie gar nicht entschädigt wurde.



Foto: «Переставшая неделя» Ю. Н. Часов/ Wikimedia Commons / CC-BY-SA 3.0

Russen protestieren 1998 gegen die wirtschaftliche Depression, die durch die «Reformer» im Zusammenspiel mit ihren Beratern aus Harvard (Schwabs und Kissingers Universität) verursacht wurde. Sie tragen ein Transparent, auf dem steht: «Knast für den Rot-schopf!» (Anatoli Tschubais)





→ ligiöser Inbrunst an die Kraft des freien Marktes, wiederholte immer wieder, dass sich durch Privatbesitz letztlich alle sozialen und politischen Probleme lösen liessen. Dies habe schon Adam Smith mit seiner unsichtbaren Hand bewiesen. <sup>(1)</sup>

Damit zog er den Hass der verarmten Unterschicht auf sich, die unter seiner bei genauer Betrachtung zutiefst sozialistischen Politik zu leiden hatte. Auch wenn sich die Situation bis heute etwas gebessert hat, steht in Russland weiterhin einer extrem reichen Elite eine extrem verarmte Masse gegenüber, so ähnlich wie auch im Sowjetsystem. <sup>(2)</sup>

Der erste Regierungschef, den Staatspräsident Jelzin im neuen, «demokratischen» Russland einsetzte, war der «Radikalreformer» Jegor Gaidar. Gaidar gehörte zu einer Gruppe junger «Reformer» aus St. Petersburg, die «St.-Petersburg-Clan» oder «Tschubais-Clan» genannt wurde und zu der auch der spätere Präsident Wladimir Putin gerechnet wurde. Diese Gruppe hatte sich bereits unter Gorbatschow formiert und einen Verein mit dem Namen Reforma gegründet, der sich schon damals mit der wirtschaftlichen «Umgestaltung» der Sowjetwirtschaft beschäftigte. <sup>(3)</sup> Auch Putin, der zuvor 17 Jahre lang Mitglied der kommunistischen Partei gewesen war, wandte sich 1991 rhetorisch vom Kommunismus ab und lobte das neue angeblich kapitalistische System. <sup>(4)</sup>

## Freunde aus Harvard

Als auf der politischen Bühne Russlands im Herbst 1991 der Wechsel von Gorbatschow zu Jelzin stattfand, trafen sich Mitglieder des «St.-Petersburg-Clans», die inzwischen zu Beratern Jelzins geworden waren, mit Abgesandten der Harvard-Universität, die Schwab in den 60ern besucht hatte, auf einer Datscha in der Nähe von Moskau und berieten dort über die wirtschaftliche und politische Zukunft Russlands. Die Abgesandten von Harvard boten den russischen «Reformern» ihren Rat sowie den Zugriff auf westliche Gelder für die Einführung der «Marktwirtschaft» in Russland an. <sup>(5)</sup>

Mit der Unterstützung der Harvard-Universität, der Weltbank und des IWF wurde der «St.-Petersburg-Clan» im Westen zu Bilderbuchreformern der sowjetischen Wirtschaft erklärt und bekam die Kontrolle über den Grossteil der Gelder, die aus dem Westen an Demokratisierungs- und Aufbauhilfen nach Russland flossen (hunderte Milliarden). Die Zusammenarbeit zwischen dem «St.-Petersburg-Clan» und der Harvard-Gruppe wurde so intensiv, dass Jani-

**„«Zuallererst ist es wert, anzuerkennen, dass der Untergang der Sowjetunion die grösste geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts war. [...] Für das russische Volk wurde er zu einer echten Tragödie.»**

Wladimir Putin, 2005 in einer Ansprache an die Bürger Russlands

Quelle: nbcnews.com, Putin: Soviet collapse a «genuine tragedy», 25.04.2005

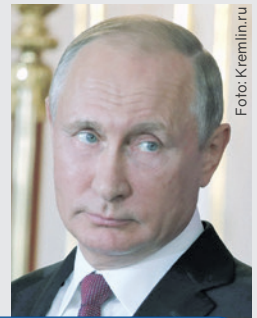


Foto: Kremlin.ru

**Diese Aussage Putins entspricht exakt dem, was der Überläufer Jan Sejna als «Zerschlagung der Hoffnung auf falsche Demokratie» beschrieb. Der fallende Lebensstandard in den 90er-Jahren wurde der Marktwirtschaft angehängt, was dazu führen sollte, dass die russische Bevölkerung mit dem alten Sowjet-System sympathisiert.**

ne Wedel, Autorin einer Untersuchung über die westlichen Finanzhilfen an Russland, zu dem Schluss kommt, dass beide Gruppen nach aussen hin schliesslich eine vereinigte Front bildeten. <sup>(6)</sup> Im Westen sorgten die Harvard-Vertreter dafür, dass der Eindruck aufkam, die Unterstützung der «Reformer» des «St.-Petersburg-Clans» sei die einzige Alternative zu einem Rückfall in den Kommunismus. Der privaten Harvard-Gruppe wurde die Aufsicht über einen erheblichen Anteil aller Hilfsprogramme für Russland

übertragen. <sup>(7)</sup>

Welcher Natur die merkwürdige Zusammenarbeit zwischen Harvard und den St. Petersburger Reformern rund um Jegor Gaidar und Anatoli Tschubais auch gewesen sein mag, das Ergebnis dieser Zusammenarbeit war Gaidars «Schocktherapie», mit der die russische Planwirtschaft in eine «freie Marktwirtschaft» umgewandelt werden sollte. Diese «Schocktherapie» ging mit einer extensiven Geldschöpfung der Zentralbanken einher: Russland schlitterte in eine



Gehört es zur Strategie, Klaus Schwab als Oberhosenwicht des Kapitalismus darzustellen? Falls das marxistisch-korporatistische Zukunftsmodell des WEF (Ausgabe 40) scheitern sollte und eine entsprechende Opposition entsteht, die den Great Reset mit Kapitalismus gleichsetzt, erreicht man möglicherweise genau das, was sich die verschworene Allianz aus Hochfinanz und Marxisten wünscht: Eine Abschaffung des alten, bürgerlichen, freiheitlichen Wirtschaftsmodells im Westen – nur dann eben wieder unter einem neuen Namen.

„«Wir wissen noch nicht, ob die **«Tyrannie des BIP-Wachstums»** ein Ende haben wird [...]»

„«Seit einigen Jahren ist die neoliberale Doktrin im Schwinden begriffen und viele Kommentatoren, Führungskräfte aus der Wirtschaft und Politiker prangern zunehmend ihren **«Marktfetischismus»** an – den Gnadenstoss versetzte ihr jedoch Covid-19.»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.68 u. S.89-90



**Trotz dieser klar marktfeindlichen Aussagen wird Schwab in alternativen sowie Mainstream-Medien häufig als «Turbo-Kapitalist» identifiziert. Steckt dahinter ein Angriff auf die freie Marktwirtschaft, den der Überläufer Jan Sejna als «Zerschlagung der Hoffnung auf falsche Demokratie» bezeichnete?**

Hyperinflation mit Inflationsraten von 1526% im Jahre 1992, 875% im Jahre 1993 und 311% im Jahre 1994. Geldvermögen in Rubel wurden real auf einen Wert von nahe Null reduziert, die Preise für Lebensmittel explodierten. Die Kreditexpansion machte die Ersparnisse, die die Menschen während einer ganzen Generation angehäuft hatten, praktisch wertlos. <sup>(8)</sup>

## Sündenbock Westen

Die breite Masse der russischen Bevölkerung stürzte ins Elend. Der US-Journalist Paul Klebnikow beschreibt die Folgen dieser Politik: «[...] über 100 Millionen Menschen, die sich während der Sowjetzeit einen gewissen Wohlstand erarbeitet hatten, [versanken] in bitterer Armut. Schullehrer, Ärzte, Physiker, Labortechniker, Ingenieure, Armeeoffiziere, Stahlarbeiter, Bergleute, Zimmerleute, Buchhalter, Telefonistinnen, Bauern – sie alle waren hinweggefegt worden. Die schlagartige Liberalisierung des Handels machte es unterdessen möglich, dass Russlands Reichtum an Bodenschätzen von einer Gruppe von Insidern geraubt wurde. [...] Gaidars Schocktherapie brachte einen unablässigen Niedergang ins Rollen – auf wirtschaftlicher, sozialer und demographischer Ebene –, der bis zum Ende der Jelzin-Ära andauern sollte.» <sup>(9)</sup>

Das Volk gab die Schuld für den Zusammenbruch des Lebensstandards, der ja zu Sowjetzeiten schon nicht besonders hoch gewesen war, der St. Petersburger Gruppe von «Reformern» rund um Jegor Gaidar und Anatoli Tschubais, deren Zusammenarbeit mit den Vertretern der Harvard-Universität wohl bekannt war. Der Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow sprach 1998 aus, was viele einfache Russen denken mussten, dass nämlich die Hauptschuld am Elend des russischen Volkes bei den Vertretern der Har-

vard-Universität lag, die stellvertretend für den westlichen Kapitalismus stand. <sup>(10)</sup>

Die «Zerschlagung der Hoffnung auf falsche Demokratie» gelang in Phase 3 der sowjetischen Langzeitstrategie so gründlich, dass im Jahr 1999 50 Millionen Russen weit unter dem Existenzminimum von damals 68 Mark leben mussten. <sup>(11)</sup> Über die 1990er-Jahre hinweg wuchs im russischen Volk die Überzeugung, dass der Westen verantwortlich für den russischen Niedergang sei und dass die westlichen Demokratisierungshilfen dazu dienten, das Land auszuplündern und in Abhängigkeit zu halten. 41% der befragten Russen waren der Ansicht, dass der Westen beabsichtige, Russland zum Dritte-Welt-Staat zu machen, 38% glaubten, der Westen beabsichtige, Russland als unabhängigen Staat zu zerstören, und nur vier Prozent sahen in den Hilfen des Westens eine aufrichtige Absicht. <sup>(12)</sup>

Hatten 1993 noch über 70% der Russen ein positives Bild von den USA, so waren es im Februar 2000 nur noch 37%. <sup>(13)</sup> Der Eindruck, den die russische Version von Demokratie und Marktwirtschaft beim einfachen Volk hinterlassen hat, ist, dass es unter dem kommunistischen System trotz allem doch leichter war zu leben, und das ist genau das, was Sejna als die «Zerschlagung der Hoffnung auf falsche Demokratie» bereits 1982 angekündigt hatte. Bemerkenswert dabei ist, dass trotz der bitteren Armut der Bevölkerung die Aufrüstung des russischen Militärs auch in den 1990er-Jahren fortgesetzt wurde.

## WEF-«Kapitalisten»

Und eine ähnliche Strategie könnte auch im Westen stattfinden – und zwar für die mit dem System Unzufriedenen. Oder ist es Zufall, dass das Weltwirtschaftsforum (WEF), das sich, wie der Name schon sagt,

die «Wirtschaft» auf die Fahnen geschrieben hat, gleichzeitig die mittelständische Wirtschaft in nie dagewesener Art angreift und zum Auslaufmodell erklärt? Steckt System dahinter, dass man als Repräsentanten des Great Reset einen gutbürgerlich wirkenden Klaus Schwab mit schwäbischem Akzent heranzog, und nicht etwa einen typischen marxistischen Bürokraten?

Wenn dies so wäre, würde die Strategie zumindest aufgehen, denn Schwab wird in alternativen sowie Mainstream-Medien nicht selten als «Kapitalist» identifiziert. Das von ihm erdachte Planwirtschaftsmodell trägt sogar den Namen «Stakeholder-Kapitalismus». Die Behauptung, gierige Kapitalisten seien beim Great Reset am Werk, wird oft zu einer politischen Deutung hingeführt, welche die alte Behauptung der Marxisten zu bestätigen scheint, dass die freie Marktwirtschaft der westlichen Staaten letztlich in einen Monopolkapitalismus übergehen werde, der dem totalitären Diktat einiger weniger multinationaler Konzerne unterworfen sei. Dass dabei der Staat eine gehörige Rolle spielt und dieser teils sogar von alten DDR-Kadern (wie Angela Merkel, siehe S.24 f.) besetzt ist, wird dabei sträflich ignoriert. Sehen immer mehr aufgebrachte Bürger im Vorsitzenden des Weltwirtschaftsforums einen finsternen kapitalistischen Schurken, dann fördert dies die Ablehnung einer freien Marktwirtschaft innerhalb der Bevölkerungsteile, die dem Great Reset kritisch gegenüberstehen. So wird auch die Opposition des Great Reset zu einer anti-freiheitlichen Deutung hingeführt und sozialistisch vereinnahmt. Sollte «Schwabs» Projekt scheitern, dann stünde vielleicht ein neues Gesellschaftsmodell bereit, das genauso wenig mit freier Marktwirtschaft zu tun hat wie der Great Reset. Die Parallelen zur «Zerschlagung der Hoffnung auf falsche Demokratie» sind nicht von der Hand zu weisen. (tk/tm)

### Quellen:

1. Alexander Goldfarb: Tod eines Dissidenten - Warum Alexander Litwinenko sterben musste, Hamburg, Hoffmann und Campe, 2007, S.69
2. russiabusinesses.today.com, Russia Surpasses U.S. in Wealth Inequality: Report, 24.01.2019
3. Janine R. Wedel, Collision and Collusion, Palgrave, New York, USA, 2001, S.134
4. dailymotion.com, EXCLUSIVE: Young Putin denounces communist ideology and Lenin in 1991
5. Janine R. Wedel, Collision and Collusion, Palgrave, New York, USA, 2001, S.126
6. Ebenda, S.129 f.
7. Ebenda, S.135 f.
8. bpb.de, Die Finanzkrise in Russland im Gefolge der Asienkrise, 26.05.2002
9. Ebenda, S.142
10. Janine R. Wedel, Collision and Collusion, Palgrave, New York, USA, 2001, S.151
11. Paul Klebnikow, Der Pate des Kreml, Econ Verlag, 2001, S.144
12. Janine R. Wedel, Collision and Collusion, Palgrave, New York, USA, 2001, S.172
13. Yahoo Schlagzeilen, 09.09.2002: «USA haben Terroranschläge nach Ansicht vieler Russen «verdient»

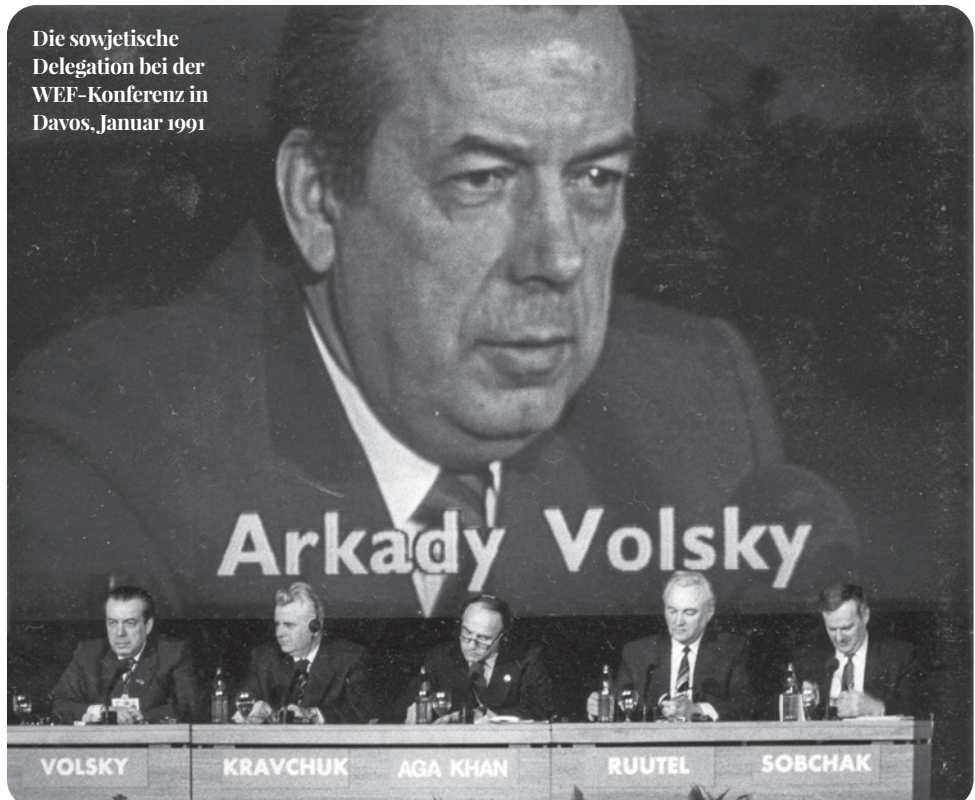




## Wie Klaus Schwab die Pseudo-Liberalisierung des Ostblocks unterstützte

Klaus Schwab hatte in den 1960er-Jahren in Harvard studiert, wo Henry Kissinger und John Kenneth Galbraith zu seinen Professoren zählten, die beide später auch häufig an den Pugwash-Konferenzen teilgenommen hatten (Ausgabe 41, S.46 ff.). Die Kontinuität ist nicht zu übersehen: Eine hochrangige Mitarbeiterin Schwabs, mit der die kanadische Journalistin Elaine Dewar zu Beginn der 1990er-Jahre ein Interview führte und die damals für die Beziehungen des Weltwirtschaftsforums (WEF) zur Sowjetunion verantwortlich war, beschrieb, dass es Anfang der 90er massgeblich darum ging, «Vereinbarungen mit verschiedenen Politikern und Staatsbetrieben des Ostblocks zu treffen, die es den multinationalen Konzernen erlaubten, dort Geschäfte zu machen». <sup>(1)</sup>

Diese Aussage legt nahe, dass die Sowjets das WEF in ähnlicher Weise benutzten wie auch frühere Konferenzen, jedoch mit dem Schwerpunkt auf Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Globalisierung, die beide primäre Zwischenziele der damals beginnenden Phase 3 der sowjetischen Langzeitstrategie waren. Die Zielsetzung Moskaus war es, Finanzhilfen und Technologie in möglichst grossem Umfang aus der westlichen Welt zu ergattern und dabei gleichzeitig die westlichen Staaten wirtschaftlich zu untergraben. Russlands Führungsschicht zielte zu Beginn der 1990er-Jahre ausdrücklich darauf ab, dass die Verlagerung der Produktion westlicher Konzerne nach Osteuropa und nach Rotchina die Situation mittelstän-

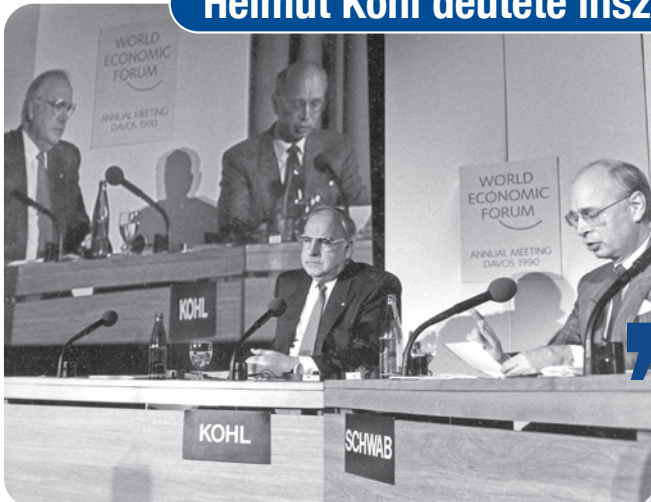


discher Unternehmen in den USA und in Westeuropa verschlechtern würde und zu einer steigenden Arbeitslosigkeit und einer Verschärfung der sozialen Situation führen würde.

Die Sowjets nahmen im Jahr 1986 erstmals in Form einer Satellitenverbindung zwischen Moskau und Davos am WEF teil und appellierten an die anwesenden Unternehmen, ihre Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR auszuweiten, um dem Land bei sei-

ner wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen und seine Produktionsbetriebe zu modernisieren. <sup>(2)</sup> So wie die Rockefeller-Familie, Kissinger & Co. zuvor massive technologische und wirtschaftliche Hilfe geleistet hatten (Ausgabe 41) und es auch weiterhin taten, wurde auch das WEF in Sachen Kollaboration mit dem Ostblock tätig. Kein Wunder, denn beim Rockefeller-Mann Kissinger handelt es sich schliesslich um Schwabs Mentor (siehe S.35 ff.).

## Helmut Kohl deutete inszenierten Fall der Mauer an



Klaus Schwab und Helmut Kohl, 1990, kurz nach dem Fall der Mauer, in Davos

Mauerfall

### Kohl vermutete Stasi hinter der DDR-Bürgerrechtsbewegung

Überschrift auf Spiegel-Online vom 09.11.2014

Im Gespräch mit seinem Ghostwriter Heribert Schwan anno 2001 sagte Kohl:

«Wir wissen ja bis heute nicht, wie hoch der Anteil der Stasi an diesen Inszenierungen der Friedensgebete [die zum Fall der Mauer führten] war und wie weit die Stasi zum Teil diese Sachen inszeniert hatte.»

Quelle: spiegel.de, Mauerfall: Kohl vermutete Stasi hinter der DDR-Bürgerrechtsbewegung, 09.11.2014



### **Pugwash-Konferenzen: Dienten den Sowjets zur Spionage uvm. (Ausgabe 41, S.46 ff.)**



## **Brücke zur westlichen Wirtschaft**

Wie Elaine Dewar berichtete, wurde Klaus Schwab im Jahr 1989 in den Kreml eingeladen, wo ihn der stellvertretende Premierminister Arkady Volsky empfing. Laut Elaine Dewar sahen die Sowjets im WEF einen Ort, an dem sie sich mit Vertretern der westlichen Wirtschaft treffen konnten, um informelle Gespräche zu führen, die zu «Übereinkünften» geführt hätten. Nach der Teilnahme von 60 sowjetischen Repräsentanten in Davos im Januar 1991 sollte eine Delegation westlicher Geschäftsleute im September 1991 nach Moskau reisen, wo sie mit den Vertretern sowjetischer Staatsbetriebe zusammenkommen sollten, um Geschäftsverbindungen aufzunehmen. Das WEF hatte seinen früheren Vize-Vorsitzenden Maurice Strong (siehe S.28 ff.) gebeten, an diesen Konferenzen teilzunehmen, und Strong war daraufhin «an allen Initiativen zur wirtschaftlichen Integration sehr eng beteiligt», da er daran «ein grosses Interesse» hatte.<sup>(3)</sup>

Die sowjetische Delegation in Davos im Januar 1991 wurde angeführt durch den sowjetischen Premierminister Walentin Pawlow, der versicherte, dass Moskau mit der Öffnung der sowjetischen Wirtschaft nur aufrichtige Interessen verfolge: «Die sowjetischen Reformen zielen darauf ab, die Sowjetunion uneingeschränkt an der Weltwirtschaft zu beteiligen. Diese Strategie basiert auf direktem wirtschaftlichem Interesse. Gleichzeitig glauben wir, dass der Rest der Welt davon profitieren kann, wenn er Zugang zu einem so umfangreichen Markt hat, wie ihn die UdSSR potentiell darstellt. Wir sind uns voll und ganz bewusst, dass grundlegende Wirtschaftsreformen durchgeführt werden müssen, und wir beabsichtigen, neue marktwirtschaftliche Institutionen und Strukturen zu schaffen. In



diesem Zusammenhang wurden bereits neue Gesetze verabschiedet. [...] Die alten Mechanismen und Strukturen zu beseitigen ist ein komplizierter und schmerzhafter Prozess. Aus diesem Grund schätzen wir die Bemühungen der Weltgemeinschaft zur Unterstützung unserer wirtschaftlichen Transformation sehr und daher sind wir auf eine weitere Zusammenarbeit in dieser Richtung angewiesen.»<sup>(2)</sup>

## **August-Putsch**

Was von diesen Beteuerungen zu halten war, zeigte sich schon ein halbes Jahr später, denn Pawlow war einer der Hauptakteure des August-Putsches, bei dem – so die offizielle Geschichte – kommunistische Hardliner den «Versuch» unternahmen, Michail Gorbatschow zu stürzen, weil ihnen die wirtschaftlichen Reformen der Perestroika zu weit gingen und sie diese als «rechte Abweichung» vom

Kommunismus deuteten. Zwar steckten hinter diesem «Putsch» andere Absichten (siehe S.18 ff.), doch allein die Tatsache, dass der Putschist Pawlow vor einem halben Jahr noch vor ihnen Loblieder auf die Marktwirtschaft gesungen hatte, hätte die WEF-Mitglieder ins Grübeln bringen müssen – zumindest wenn sie es je auf die Errichtung einer freien Marktwirtschaft in Russland abgesehen hätten, was wohl niemals der Fall war.

## **Davos in Moskau**

Trotz angespannter Lage fand die WEF-Konferenz im September 1991 in Moskau statt. Sie wurde nur wenige Tage nach dem «gescheiterten» August-Putsch der Kommunisten eröffnet. Man versammelte sich im Hotel Metropol in der Nähe des Roten Platzes. Anatoli Sobtschak, der als politischer Ziehvater Wladimir Putins gilt, ergriff das ➔





➔ Wort. In einer Publikation des WEF heisst es, Sobtschak habe in seiner Eröffnungsrede gesagt, «dass der Putschversuch der Kommunistischen Partei endgültig den Todesstoss versetzen würde. Zum ersten Mal sei das Volk bereit gewesen, die Verfassung und die Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen». <sup>(2)</sup>

Boris Jelzin habe sich, so heisst es in einer Publikation des WEF, als eine heldenhafte Figur erwiesen, da er sich auf einem Panzer den kommunistischen Putschisten entgegenstellte. Unter dem Eindruck der Ereignisse entwarfen die Konferenzteilnehmer ein 12 Punkte umfassendes Papier, das die wesentlichen Elemente eines umfassenden Transformationsplans für die scheinbar zusammenbrechende Sowjetunion darstellte und das von Klaus Schwab stellvertretend für die gesamte Delegation unterzeichnet wurde.

An Gorbatschow und Jelzin gerichtet hiess es darin: «Das vom Weltwirtschaftsforum vom 5. bis 7. September 1991 in Moskau abgehaltene Treffen brachte 150 westliche Geschäftsleute in einem Moment intensiven politischen Wandels und Triumphs in Ihr Land. Der Sieg der demokratischen Kräfte über den Putschversuch im August gab Anlass zur Freude. [...] Wir hatten die grosse Ehre, eine grosse Anzahl Ihrer prominenten politischen und wirtschaftlichen Führer zu treffen, die mit den Teilnehmern diskutierten und einen direkten Dialog mit ihnen führten. [...] Nach drei Tagen intensiver Sitzungen wurden die Führungskräfte aus der internationalen Geschäftswelt aufgefordert, Ihnen ihre Ansichten und Vorschläge sowohl zur Beschleunigung der Wirtschaftsreformen in Russland und den anderen Republiken als auch zur Gewinnung ausländischer Investitionen in Ihre Volkswirtschaften vorzulegen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass diese Ideen nur mit den besten Absichten für die Zukunft Ihres Landes vorgebracht werden. Es besteht kein Wunsch, sich in innere Angelegenheiten einzumischen. Wir sind jedoch der Meinung, dass es wichtig ist, Ihnen das Engagement der Teilnehmer unseres Treffens und die Ideen zu vermitteln [...], die mit dem aufrichtigen Ziel entstanden sind, etwas zu der sehr heiklen Aufgabe beizutragen, die vor Ihnen liegt, zum Übergang in eine Marktwirtschaft.» <sup>(2)</sup>

## Inszenierter Putsch-Versuch

Nur wenige Tage bevor Klaus Schwab diese Erklärung unterzeichnete, hatte sich der KGB-Überläufer Anatoliy Golitsyn (Ausgabe 41, S.38) mit einer Botschaft an die CIA gewandt, in der er davor warnte, dass der Putschversuch ein vorsätzliches Täuschungsmanöver der sowjetischen Strategen sei, mit dem sie den Zweck verfolgten, an westliche Investitionen



Der «Putschversuch» der KPdSU im August 1991, dem sich der Parteiinsider Jelzin «heldenhaft entgegenstellte», war nachweislich inszeniert (siehe S.20), um die Botschaft in den Westen zu senden: «Wenn wir keine Demokratisierungshilfen (in Höhe von hunderten Milliarden) von euch bekommen, dann wird Russland in den Kommunismus zurückfallen.» Auch das WEF stellte den «Putschversuch» kurz danach bei seinem Besuch in Moskau im September 1991 als real dar, obwohl der KGB-Überläufer Anatoliy Golitsyn nur wenige Tage zuvor gewarnt hatte, es handle sich dabei um ein Täuschungsmanöver. Das falsche Bild, es entstehe nach Ende des Ostblocks eine echte freie Marktwirtschaft in Russland, wurde dem Westen vom WEF und vielen anderen «Eliten» als authentisch verkauft.



### Wussten Sie...

...dass sich das WEF 1996 geschlossen hinter Boris Jelzin stellte, um eine Machtübernahme der «Kommunistischen Partei» (Nachfolgepartei der KPdSU) zu verhindern? Die «Kommunistische Partei» gab vor, Russland wieder in die Sowjetunion zurückverwandeln zu wollen. Durch den Beistand des WEF für Jelzin flossen weitere Milliardensummen aus dem Westen nach Russland. Die Unterstützung für Jelzin gegen die «Kommunistischen Hardliner» wurde «Dawas-Pakt» getauft. Was dabei «vergessen» wurde: Auch Jelzin entstammte dem kommunistischen System (Ausgabe 41, S.29 ff.).



Foto: kremlin.ru

Quelle: widgets.weforum.org, Mounting Backlash, 1996

zu gelangen: «Der gescheiterte <Putsch> und der <Widerstand> gegen ihn waren sorgfältig berechnete Inszenierungen, die hauptsächlich für den Westen bestimmt waren. [...] Die sowjetischen Strategen versuchten, für den Westen die dramatische Unfähigkeit der <Putschisten> und den spektakulären Mut und Widerstand der neuen <russischen Demokraten> und ihres Anführers Jelzin bei der <Verteidigung> des sowjetischen Parlaments zu unterstreichen [...]. Das Hauptziel der Inszenierung war, dem Westen zu demonstrieren, dass die sowjetische Demokratisierung echt ist, dass sie die Unterstützung des Volkes hat und dass sie funktioniert. Sie wollen den Westen davon überzeugen, dass sich westliche Investitionen in die UdSSR auszahlen werden. Sie erwarten, dass der Westen jetzt mit einem neuen Mars-

hall-Plan reagiert, der westliche Technologie in die Sowjetunion bringt, Joint Ventures fördert und eine Umstrukturierung der sowjetischen Wirtschaft anregt [...].» <sup>(4)</sup>

Der Plan gelang: Milliarden an «Demokratisierungshilfen» und westliche Technologie flossen in den «ehemaligen» Ostblock und dessen «ehemalige» Satellitenstaaten. Der Westen war nach Phase 3 offenes Territorium für jegliche Art von russischer Spionage, Beeinflussung oder Unterwanderung. (tk/tm)

### Quellen:

1. Elaine Dewar, Cloak of Green; James Lorimer & Company Publishers 1995, S.309
2. weforum.org, THE WORLD ECONOMIC FORUM: A Partner in Shaping History 1971–2020, abgerufen am: 28.07.2021
3. Elaine Dewar, Cloak of Green; James Lorimer & Company Publishers 1995, S.309
4. Anatoliy Golitsyn, The Perestroika Deception, Edward Harle, 1998, S.141



# Hat Putin die Oligarchen entmachtet?

Oft wird von Medien, die dem russischen Präsidenten unkritischen Beifall spenden, der Mythos verbreitet, Putin habe mit den Oligarchen aufgeräumt. Dabei hat sich Putin bis heute nur mit drei Oligarchen angelegt: Boris Beresowski, Michail Chodorkowski und Wladimir Gussinski. Die letzte dieser Auseinandersetzungen ist bald 20 Jahre her. Wie wir inzwischen wissen, waren inszenierte Konflikte stets Teil der sowjetischen Langzeitstrategie (Ausgabe 41, S.24), womit auch die Authentizität dieser «Machtkämpfe» in Frage steht. Da die Oligarchen von der russischen Bevölkerung als «Kapitalisten» wahrgenommen werden, würden Schaukämpfe dieser Art sowieso perfekt ins Bild der «Zerschlagung der Hoffnung auf falsche Demokratie» passen, welche Sejna bereits 1982 angekündigt hatte (siehe S.13 ff.). Nach dem Motto: Die harte Hand des Staates rettet die Bevölkerung vor den raffgierigen Kapitalisten. Eine Resowjetisierung, wie im ersten Teil der Doppelausgabe beschrieben (Ausgabe 41, S.33 ff.).

Doch selbst wenn die Konflikte real gewesen wären: Die Geschäfte der restlichen Oligarchen liefen und laufen weiterhin prächtig. Deren Namen werden in den westlichen Medien auch keine Rolle spielen, solange sie nicht von Putin verfolgt werden oder einen westlichen Fussballverein kaufen.

## Neue Oligarchen-Kaste

Die Zahl der Oligarchen ist unter Putin sogar gestiegen, da sich die alten Oligarchen in den Hintergrund zurückzogen, wobei Putin ihnen versprach, ihre Geschäfte nicht zu stören. Daneben entstand eine neue Oligarchen-Kaste, die sich aus alten KGB-Vertrauten des Präsidenten zusammensetzt. <sup>(1)</sup> Nach einer Studie aus dem Jahr 2005, als Putin schon alle ihm missliebigen Oligarchen entmachtet hatte, war Russland das Land mit der grössten sozialen Ungerechtigkeit in der Welt. 110 Oligarchen besaßen 35% des Haushaltsvermögens. Die Milliardärsdichte in Russland war 15-mal höher als im weltweiten Durchschnitt. Heute hat sich daran kaum etwas geändert. <sup>(2)</sup>

Im Jahr 2019 ergab eine Studie: Die reichsten 3% der Russen besitzen 90% des Finanzvermögens des Landes. <sup>(3)</sup> Wenig später ergab eine Umfrage, dass 65% aller russischen Familien keinerlei Ersparnisse haben. <sup>(4)</sup> Die Ungleichverteilung des Vermögens ist in Russland noch höher als in den USA. <sup>(5)</sup> Der Mittelstand, der im Westen allmählich verschwindet, worin Klaus Schwabs WEF eine wichtige Rolle spielt (Ausgabe 40), existierte in Russland nie. (tk)

### Quellen:

1. focus.de, Zum 60. Geburtstag des russischen Präsidenten - Mythos 5: Putin hat mit den Oligarchen aufgeräumt, 17.02.2015
2. Boris Reitschuster: Putins Demokratie - Ein Machtmensch und sein System, Berlin, Econ, 2014, Dritte Auflage, S.14
3. economist.com, Ruth Ben-Ghiat on the danger of strongmen leaders and how to rein them in, 02.07.2021
4. themoscowtimes.com, majority of russian families have no savings, 16.05.2019
5. russiabusinessday.com, Russia Surpasses U.S. in Wealth Inequality: Report, 24.01.2019

## Weitere «russische» Oligarchen



German Chan



Vitaly Malkin



Wiktor Wexselberg



Michail Fridman

Foto: Jürg Vollmer/Maiakinfo ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wiktor\\_Wexselberg,\\_Closeup.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wiktor_Wexselberg,_Closeup.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>



Jacob Rothschild

Nachdem der russische Oligarch Michail Chodorkowski 2003 in Untersuchungshaft gesteckt worden war, schrieb die Deutsche Welle:

„«Glaubt man der britischen *«Sunday Times»*, so werden seine Aktien jetzt vom englischen Bankier Jacob Rothschild verwaltet. An einen Rothschild kommt auch die russische Staatsanwaltschaft nicht heran. Chodorkowski hofft auf eine Internationalisierung des Konflikts. Seine Anwälte sind bereit, auch vor internationale Gerichte zu gehen.»

Quelle: dw.com, Ein Neureicher als letzte Bastion der russischen Demokratie?, 03.11.2003

**Interessant: Die Bankiersfamilie, die indirekt die Oktoberrevolution mitfinanzierte (Ausgabe 41, S.8 f.), taucht hier plötzlich als Aktien-Verwalter eines russischen Oligarchen auf. Wohl nur die Spitze eines unbekannten Eisbergs.**





## Operation «Golgotha»: Der vorgetäuschte Putschversuch

Den Sturz des sowjetischen Kommunismus sollte eine KGB-Operation mit dem Codenamen «Golgotha» glaubhaft erscheinen lassen. Dabei wurde im August 1991 ein Staatsstreich (siehe S.17 f.) einer Gruppe von kommunistischen Hardlinern gegen Gorbatschow inszeniert, dessen erfolgreiche «Niederschlagung» das symbolische Ende des Kommunismus markieren sollte. Der Überläufer Anatolij Golitsyn hatte die Auswechslung Gorbatschows als Staatsoberhaupt im März 1989 angekündigt und nannte als mögliche Nachfolgekandidaten den «liberalen» Boris Jelzin oder den «konservativen» Jegor Ligatschow. <sup>(1)</sup>

Der treue Parteisoldat Jelzin machte das Rennen. In einem von Anfang bis Ende einstudierten Theaterstück übernahm eine Gruppe

kommunistischer Hardliner, bestehend aus hochrangigen Mitgliedern von Gorbatschows Regierung, die Regierungsgeschäfte, verhängte den Notstand und liess verlauten, Gorbatschow sei aufgrund einer Krankheit nicht in der Lage, die Parteigeschäfte weiter auszuführen. Der Weltöffentlichkeit wurde daraufhin vorgespielt, wie Boris Jelzin das sowjetische Parlamentsgebäude mit Tausenden von zumeist jungen Anhängern besetzte. Danach inszenierten die radikal-kommunistischen Putschisten einen Angriff auf das Parlamentsgebäude, den sie jedoch scheitern liessen, um Boris Jelzin als Helden der Stunde und Retter der russischen Demokratie darzustellen. Kurze Zeit später durfte der «liberale Reform» sein Amt übernehmen. <sup>(2)</sup>

Hochrangige russische Politiker wie Oleg Shenin oder Alexander Lebed haben inzwischen bestätigt, dass es sich bei dem Putsch um eine organisierte Farce gehandelt hatte. Keiner der Putschisten musste mit einer langen Haftstrafe oder mit Nachteilen für seine Karriere rechnen. Viele der KGB-Offiziere, die an dem vorgetäuschten Putschversuch beteiligt waren, behielten ihre Positionen und wurden später sogar befördert. <sup>(3)</sup> (tk/tm)

### Quellen:

1. Anatolij Golitsyn, The Perestroika Deception, Edward Harle, 1998, S.34
2. Soviet Analyst, Vol. 27, Nr.5
3. Pravda, «There is no other way: We must restore the Soviet Union!», 17.08.2002



### EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Nach dem vorgetäuschten Untergang der Sowjetunion in Phase 3 der sowjetischen Langzeitstrategie wurde in Russland nie eine wirklich freie Wirtschaftsordnung eingeführt, in der sich ein gesunder Mittelstand hätte entfalten können. Stattdessen rissen sich Partei- und Geheimdienstinsider das Volksvermögen unter den Nagel. Der Wohlstand der Normalbevölkerung fiel teils sogar unter das Niveau, das er in der Sowjetunion gehabt hatte. Dennoch bezeichnete man das neue System sowohl im Westen als auch im Osten als «freie Marktwirtschaft» und genau die Insider, die die «Filetstücke» der russischen Industrie bekommen hatten, inszenierten sich als «Liberalen» und «Turbo-Kapitalisten». Dahinter steckte laut dem Überläufer Jan Sejna eine perfide Absicht: Der Eindruck, den der russische Normalbürger von der freien Marktwirtschaft bekommen sollte, war der, dass es unter dem kommunistischen System trotz aller Entbehrungen leichter gewesen war, seinen Alltag zu bewältigen, da der Staat ihn mit den nötigsten Gütern versorgt hatte. So sollte der Bürger dazu gebracht werden, wieder mit dem alten System zu sympathisieren.

Auch diese Strategie ging auf: Das Volk gab die Schuld für seine Misere den «marktwirtschaftlichen Reformern». Das verbrecherische Verhalten dieser Personengruppe wurde generell mit freier Marktwirtschaft gleichgesetzt, womit die Grundlage für ein Wiedererstarken der kommunistischen Ideologie geschaffen wurde. Zwar flossen unter dem Vorwand, einen Wiederaufstieg der Kommunisten zu verhindern, Milliardensummen aus dem Westen an die «marktwirtschaftlichen Reform» und den neuen «demokratischen» russischen Staat, doch kaum etwas von diesen Geldsummen erreichte die normale Bevölkerung.

Die «Reformer» erhielten u.a. Unterstützung von der Harvard-Universität, der Weltbank und dem IWF. Ihre Zusammenarbeit wurde öffentlich gemacht, sodass die Schuld für den Zusammenbruch des Lebensstandards, der ja zu Sowjetzeiten schon nicht besonders hoch gewesen war, dem Westen zugeschoben werden konnte. Der Eindruck, den die russische Version von Demokratie und Marktwirtschaft beim einfachen Volk hinterlassen hat, ist jener, dass es unter dem kommunistischen System trotz allem doch leichter war zu leben, und das ist genau das, was der Überläufer Jan Sejna als die «Zerschlagung der Hoffnung auf falsche Demokratie» bereits 1982 angekündigt hatte.

Und eine ähnliche Strategie könnte auch im Westen stattfinden. Oder ist es Zufall, dass das Weltwirtschaftsforum (WEF), das sich, wie

der Name schon sagt, die «Wirtschaft» auf die Fahnen geschrieben hat, gleichzeitig die mittelständische Wirtschaft in nie dagewesener Art angreift und zum Auslaufmodell erklärt? Steckt System dahinter, dass man als Repräsentanten des Great Reset einen gutbürgerlich wirkenden Klaus Schwab mit schwäbischem Akzent heranzog, und nicht etwa einen typischen marxistischen Bürokraten? Sehen immer mehr aufgebrachte Bürger im Vorsitzenden des Weltwirtschaftsforums einen finsternen kapitalistischen Schurken, dann fördert dies die Ablehnung einer freien Marktwirtschaft innerhalb der Bevölkerungsteile, die dem Great Reset kritisch gegenüberstehen. So wird auch die Opposition des Great Reset zu einer anti-freiheitlichen Deutung hingeführt und sozialistisch vereinnahmt. Sollte «Schwabs» Projekt scheitern, dann stünde vielleicht ein neues Gesellschaftsmodell bereit, das genauso wenig mit freier Marktwirtschaft zu tun hat wie der Great Reset.

Klaus Schwabs WEF war seit 1986 in die Perestroika involviert. Er war in den 90ern daran beteiligt, das neue russische Wirtschaftssystem im Westen fälschlicherweise als «marktwirtschaftlich» zu präsentieren, Russland mit westlicher Technologie auszustatten, Milliardensummen aus dem Westen für die «Demokratisierung» Russlands zur Verfügung zu stellen und vieles mehr. So wie die Rockefeller-Familie, Kissinger & Co. zuvor massive technologische und wirtschaftliche Hilfe geleistet hatten und es auch weiterhin taten, wurde auch das WEF in Sachen Kollaboration mit dem Ostblock tätig. Kein Wunder: Der Rockefeller-Mann Kissinger war schliesslich Schwabs Mentor gewesen.

Im Zuge von Schwabs Great Reset wird also 30 Jahre nach der «Wende» genau jene Kontrolle des Staates über Unternehmen wieder eingeführt, die bereits die Pseudo-Liberalisierung im Ostblock auszeichnete – und dies nun flächendeckend im ganzen Westen. Das WEF spricht dabei verharmlosend von «öffentlich-privaten Partnerschaften», die in etwa der klebrigen Verbindung entsprechen, die die Konzerne der Oligarchen zum russischen Staats- und Geheimdienstapparat haben.

Zur etwa gleichen Zeit, als das WEF in die Perestroika eingebunden wurde, organisierten sich in der DDR, den USA und Moskau Personen, deren Einfluss ebenfalls bis ins Heute reicht und die teils sogar eine gewichtige Rolle beim Great Reset spielen, z.B. Angela Merkel.

➡ Fortsetzung auf Seite 27

**Auf einen Blick**

🔍 **George Soros durfte in den 80ern Ableger seiner Stiftung in der Sowjetunion eröffnen und finanzierte Pseudo-Dissidenten wie Sacharow. War er Teil der Perestroika-Täuschung?**

🔍 **Das berufliche und familiäre Umfeld Angela Merkels zur Wendezeit bestand aus Stasi-Mitarbeitern, Dienern des DDR-Systems und Perestroikisten. Die Wahrscheinlichkeit, dass jene Personen Merkel nicht führten, tendiert gegen null.**

🔍 **Die Gründung der EU bereits 1989 bei einem Besuch von David Rockefeller und Henry Kissinger im UdSSR-Politbüro besprochen, drei Jahre bevor sie dann tatsächlich gegründet wurde.**

## George Soros - Agent im Dienst des Kremls und der Hochfinanz?

Der Name George Soros dürfte Lesern unserer Ausgaben gut bekannt sein. Bereits in mehreren Ausgaben spielte der Milliardär und so bezeichnete «Philanthrop» eine Rolle (Ausgaben 5,14,33,36). Soros ist beeindruckend gut vernetzt. Er ist ehemaliges Mitglied der einflussreichen Denkfabrik Council on Foreign Relations, Gründer der weltweit präsenten Open Society Stiftung und auf der Seite des Weltwirtschaftsforums (WEF) unter der Sektion «Beitragende zur Agenda» gelistet.<sup>(1)</sup> In seiner Rolle als scheinbar wohlmeinender «Philanthrop» befindet sich Soros in erlauchter und uns bereits gut bekannter Gesellschaft. Der Autor Waldemar Nielsen, eine Autorität auf dem Gebiet der amerikanischen Philanthropie, vergleicht Soros in seiner Rolle mehrfach mit der von Rockefeller<sup>(2)</sup>, und auch die Parallele zu Bill Gates (Ausgaben 32,33) sticht ins Auge. Von Forbes wurde Soros zum «grosszügigsten Spender» für «gemeinnützige Organisationen» erklärt.<sup>(3)</sup> Bemerkenswerterweise tauchen seine gespendeten Gelder immer genau dort auf, wo westliche Kultur infiltriert und zersetzt wird, so wie es der KGB-Agent Yuri Bezmenov (Ausgabe 41, S.72 ff.) dargelegt hatte. Egal ob nun als Finanzier von Klimademonstranten<sup>(4)</sup>, Black-Lives-Matter-Protesten, verschiedenen Farbrevolutionen (Ausgabe 36) oder als einer der zentralen Strippenzieher hinter der Massenmigration (Ausgaben 5,14), Soros scheint seine Finger wirklich überall im Spiel zu haben. Und vermutlich lässt sich deshalb auch beim Thema der vorliegenden Ausgabe unschwer eine Verbindung zu dem milliardenschweren, nach aussen hin als Kapitalist auftretenden, Akteur aus Ungarn ziehen. Es existieren nämlich so einige Hinweise darauf, dass Soros seine zersetzende Tätigkeit in Wahrheit im Auftrag der Kommunisten und ihrer Hintermänner im Westen absolviert.



### «Flucht» in den Westen?

George Soros wurde 1930 in Budapest in eine wohlhabende jüdische Familie hineingeboren. Während der Kriegsjahre soll die Familie von Soros, angeblich als Christen getarnt, mit der deutschen Besatzungsmacht kollaboriert haben.<sup>(5)</sup> Als Ungarn nach dem Ende des zweiten Weltkriegs unter sowjetische Kontrolle geriet, soll Soros das Land 1946 in Richtung London verlassen haben. Laut dem prominenten ehemaligen tschechischen Dissidentenführer Petr Cibulka und Jani Allan, einem einstigen britischen Spectator-Korrespondenten, muss die Art und Weise, wie diese «Flucht» vonstattenging, bereits als ein erstes Indiz für eine Zusammenarbeit von Soros mit dem GRU (Militärgeheimdienst) oder dem NKWD (der spätere KGB) gewertet werden. Um das Land zu verlassen, hätte der junge George nämlich zahllose Kontrollpunkte der Roten Armee passieren müssen. Ohne einen gültigen Reisepass, ohne eine von der Sowjetunion genehmigte Ausreisegenehmigung, ohne

Geld und ohne Hilfe von aussen eine nur sehr schwer zu vollbringende Leistung. Was sich insbesondere für jemanden, dessen Familie mit den deutschen Besatzern kollaboriert hatte, noch deutlich schwerer gestaltet haben dürfte, da er sowohl in den Augen der ungarischen Bevölkerung als auch in denen der neuen Besatzungsmacht als Feind betrachtet worden wäre. Die meisten hochrangigen Kollaborateure wurden von den Sowjets gehängt.

Doch all das scheint für Soros kein Problem gewesen zu sein. Er soll die Kontrollpunkte passiert und sogar die Grenze nach Österreich überquert haben, wo die Rote Armee zu dieser Zeit ebenfalls präsent war. So lief er in den Westen über und gelangte bis nach London. Für Cibulka und Allan ein Ding der Unmöglichkeit, es sei denn, Soros hätte es mit dem Einverständnis des Sowjet-Regimes getan.<sup>(6)</sup> 1947 immatrikulierte der junge Soros an der London School of Economics (Gründung der Fabier, siehe S.76 ff.), machte







→ 1952 dort seinen Abschluss und gründete, nach kurzer Betätigung in Grossbritanniens Finanzdienstleistungssektor, sein eigenes Finanzinstitut. Eine Leistung, die ohne beträchtliches Startkapital und Hilfe von aussen eigentlich nicht vorstellbar ist. Wer finanzierte Soros?

## Ein Mann der Perestroika

Betrachtet man Soros' Lebenswerk im Gesamtkontext des Perestroika-Betrugs, so scheint es durchaus wahrscheinlich, dass er im Geheimen von Anfang an für die Ziele der Kommunisten und ihrer Verbündeten im Westen arbeitete und dies heute immer noch tut. Der oben bereits als Experte für amerikanische Philanthropie angeführte Waldemar A. Nielsen schreibt über Soros' Tätigkeiten ab Mitte der 70er-Jahre bis Mitte der 90er: «[Soros] hat mit seiner Philanthropie nichts Geringeres unternommen, als die einst verschlossenen kommunistischen Gesellschaften Osteuropas für einen freien Fluss von Ideen und wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Aussenwelt zu öffnen. [...] zu dieser Zeit brach die kommunistische Kontrolle in ganz Osteuropa und in allen Regionen der Sowjetunion zusammen, und Soros konzentrierte seine Philanthropie schnell darauf, diesen strauchelnden Gesellschaften zu helfen, einen geordneten Übergang zu einem radikal veränderten politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Umfeld zu schaffen. [...] In weniger als einem Jahrzehnt finanzierte Soros



«Wir müssen beim Empfang und der Integration von Flüchtlingen einen besseren Job machen» sagt das WEF-Video «Acht Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030». Das WEF ist ganz auf Linie mit der gesteuerten Massenmigration, bei der George Soros ein wichtiger Strippenzieher ist (Ausgaben 5,14). Was diese Massenmigration - mal wieder - langfristig bedeutet: Die Destabilisierung des Westens, wie in der sowjetischen Langzeitstrategie vorgesehen.

Stiftungen in 22 Ländern, darunter in 19 ehemals kommunistischen Staaten.»<sup>(7)</sup>

Was aus dem Zitat nicht hervorgeht, aber als äusserst bemerkenswert zu bezeichnen ist, ist die Tatsache, dass Soros einzelne Zweigstellen seiner Open Society Stiftung nicht etwa erst nach dem offiziellen Zusammenbruch des Kommunismus in den Ostblockstaaten installierte. Im damals noch kommunistischen Ungarn eröffnete er die Stiftung 1984, in Moskau 1987, was Andrei Gromyko, der damalige sowjetische Aussenminister mit einem offiziellen Empfang von Soros im Kreml besiegelte. Ein Jahr vorher, 1986, wurde Soros unter der Aufsicht des ersten Generalsekretärs gestattet, seine Stiftung in China zu eröffnen.<sup>(8)</sup> Zwar blieb diese Stiftung nur für drei Jahre

bestehen, doch muss man trotzdem verstehen, wie unglaublich es ist, anzunehmen, die Kommunisten würden es einem echten antikommunistischen Westler erlauben, in ihren Ländern auch nur eine Pommeshude, geschweige denn eine aktivistische Stiftung zu eröffnen. Wenn man erfährt, wen Soros zu dieser Zeit parallel finanzierte, erkennt man, dass er an der «Umgestaltung» (Perestroika) des Kommunismus im Ostblock beteiligt war, und nicht an dessen Abschaffung.

## Unterstützung für «Dissidenten»

Zu dem Zeitpunkt, als die Staaten des Ostblocks Soros gestatteten, in ihrer Mitte Orga-



Die erste Verleihung der Carnegie Medaille für Philanthropie 2001 mit illustren Gästen. Andrew Carnegie war neben John D. Rockefeller der erste amerikanische Superreiche gewesen, der sich selbst zum «Philanthropen» erklärt hatte.





«Zur Unterstützung der historischen Bewegung der Nation in Richtung Rassengerechtigkeit kündigt die Open Society Stiftung heute Investitionen in Höhe von insgesamt 220 Millionen Dollar in aufstrebende Organisationen und Führungspersonlichkeiten an, die in schwarzen Gemeinden im ganzen Land Einfluss aufbauen, und setzt damit auf ihre Fähigkeit, die heutige Dynamik in Richtung einer besseren Zukunft zu tragen.»

Auf der Webseite von Soros' Open Society Stiftung, bezogen auf die USA, Juli 2020

**Es ist kein Geheimnis, dass George Soros einer der wichtigsten Geldgeber für Organisationen wie Black Lives Matter & Co. ist, die den Westen nach dem Prinzip der Subversion (Ausgabe 41, S.72 ff.) ethnisch spalten und destabilisieren.**



OPEN SOCIETY  
FOUNDATIONS



Howard Rubin, ein langjähriger Mitarbeiter und «rechte Hand» von George Soros, wurde von sechs Frauen beschuldigt, sie in einem «Sex-Verlies» in seiner Wohnung in New York geschlagen und vergewaltigt zu haben. Eine Klägerin behauptete, dass er, während sie in seiner Kammer gefesselt war und bevor er sie zum Geschlechtsverkehr zwang, gesagt habe: «Ich werde dich vergewaltigen, wie ich meine Tochter vergewaltigte.»



### Wussten Sie...

...dass die «Grüne» Kanzleranwärterin Annalena Baerbock neben ihrer Mitgliedschaft bei der WEF-Kaderschmiede «Young Global Leaders» (Ausgabe 40) auch zur Lobby-Organisation «European Council on Foreign Relations» in Berlin gehört?

Quelle: ecfr.eu, Deutsche Council Mitglieder, abgerufen am: 03.08.2021

Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin der Partei Bündnis90/Die Grünen, mit George Soros auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2019.



COUNCIL on  
FOREIGN  
RELATIONS

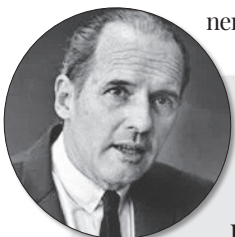


Die Lobby-Organisation Council on Foreign Relations (CFR) wurde 1921 von Paul M. Warburg, dessen Familie die Oktoberrevolution mitfinanziert hatte, in New York gegründet. Heute hat der CFR über 5.000 Mitglieder. Praktisch alle wichtigen Konzernchefs, Abgesandte der Grossbanken, Politiker beider Parteien und ihre Berater, Wissenschaftler, Militärs, Journalisten und Medienpersönlichkeiten sind Teil der Organisation, die von vielen Beobachtern als eine geheime Schaltstelle der USA bezeichnet wird. Der Hauptsponsor des europäischen CFR-Ablegers, des European Council on Foreign Relations, gegründet 2007, mit Büros in mehreren europäischen Grossstädten, ist George Soros.

nisationen aufzubauen, war Soros bereits seit längerer Zeit ein wichtiger Unterstützer von «antikommunistischen Bewegungen» im Sinne der Perestroika, darunter der polnischen «Unabhängigkeits-Bewegung», der «Charta 77» in der Tschechoslowakei und dem «Dissidenten» Andrei Sacharow im Herzen der Sowjetunion.<sup>60</sup> Wie bereits erläutert, handelte es sich bei diesen Bewegungen und «Dissidenten» um keine echte, sondern um kontrollierte Opposition. Mit Sacharow haben wir uns in Ausgabe 41 auseinandergesetzt und auch zur besagten «Charta 77» – bei der Soros von manchen Quellen sogar als Hauptgeldgeber identifiziert wird – finden sich glaubhafte Informationen dafür, dass die Organisation

in Wahrheit vom KGB gesteuert wurde.<sup>60</sup> Dass Soros seine Stiftungen in kommunistischen Staaten eröffnen durfte, macht nur Sinn, wenn man Soros' «Antikommunismus» als genau den «Antikommunismus» der kontrollierten Oppositionsbewegungen in Phase 2 und 3 versteht. Diese sprachen sich lediglich für einen Kommunismus «mit menschlicherem Antlitz» aus, doch nicht für die Einführung einer Marktwirtschaft (Ausgabe 41, S.25 ff.). Als Soros in die UdSSR kam, war die echte antikommunistische Opposition längst still und leise in KGB-Gefängnisse und psychiatrische Anstalten gesteckt worden, und auch sein «Antikommunismus» war offenkundig nicht echt, wenn man seine subversiven und oft klar sozialistisch

geprägten Tätigkeiten im Westen betrachtet. In Anbetracht des Gesamtbildes liegt es nahe, dass Soros ein wichtiger Akteur in der gesamten Perestroika-Täuschung war und einen wesentlichen Teil dazu beitrug, die scheinbare Umgestaltung des Sowjet-Systems glaubhaft zu inszenieren. In dieses Bild passt auch, dass in den ehemaligen Ostblock-Staaten überhaupt keine freie Marktwirtschaft eingeführt wurde (siehe S.11 ff.). (as)



«Der Council on Foreign Relations ist der amerikanische Zweig einer in England gegründeten Gesellschaft [...] und glaubt [...], nationale Grenzen müssten abgeschafft und eine Eine-Welt-Herrschaft etabliert werden.»

Der Historiker Carrol Quigley, Mentor von Bill Clinton, in seinem Buch «Tragedy and Hope», 1966

### Quellen:

1. weforum.org, George Soros, abgerufen am: 03.08.2021
2. Waldemar Nielsen, Inside American Philanthropy: The Dramas of Donorship, 1996, S.80
3. forbes.com, The New Forbes Philanthropy Score: How We Ranked Each Forbes 400 Billionaire Based On Their Giving, 08.09.2020
4. Breitbart.com, George Soros Emerges as Major Funder of «Global Climate Strike» Groups, 28.09.2019
5. youtube.com, Full George Soros 60 Minutes Interview Dec. 20, 1998 (unedited), 17.03.2018
6. web.archive.org, anti-communistanalyst.com, The case of George Soros, 22.12.2004
7. Waldemar Nielsen, Inside American Philanthropy: The Dramas of Donorship, 1996, S.77-78
8. George Soros, Opening the Soviet System, 1990, S.13
9. en.wikipedia.org, George Soros, Abgerufen am: 03.08.2021
10. jrnquist.com, A Little Bombshell: How secret communist structures organized the collapse of communism in Czechoslovakia and influenced Western governments to accept the collapse as spontaneous and genuine, The Dolejsi A nalysis (1991), Abgerufen am: 03.08.2021





## Angela Merkel Teil der sowjetischen Langzeitstrategie?



**Wolfgang Schnur, von 1965 bis 1989 inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Stasi, Perestroikist**

**Stellte Angela Merkel im Februar 1990 bei seiner Organisation «Demokratischer Aufbruch» an, die die Perestroika vorantrieb.**



**Lothar de Maizière, letzter Ministerpräsident der DDR, nach der Wendezeit als langjähriger Stasi-Mitarbeiter enttarnt**

**Ernannte Merkel im März 1990 zur stellvertretenden Regierungssprecherin der CDU-Ost**



**Angela Merkels Vater Horst Kasner, tief im DDR-System verstrickt, bekannt als der «rote Kasner»**

**Arbeitete mit den Stasi-Männern Wolfgang Schnur und Lothar de Maizière in der DDR-Kirche. Ebenso mit Klaus Gysi, dem Vater von Gregor Gysi.**

Dass es für echte Oppositionelle, geschweige denn normale Bürger, in den Ostblockstaaten eine Sache der Unmöglichkeit war, in den Westen zu reisen, wurde schon in Bezug auf die Frau des Pseudodissidenten Andrei Sacharow erläutert, die seinen Friedensnobelpreis 1975 im Westen entgegennehmen durfte (Ausgabe 41, S.26 ff.). Es liegt auf der Hand, dass nur Personen, bei denen man sich hinsichtlich ihrer Li-

nientreue besonders sicher war, ausreisen durften – meist Mitarbeiter oder Auftragnehmer des Sowjet-Systems.

Der Vater von Angela Merkel tourte regelmässig im Westen <sup>(1)</sup>, seine Tochter durfte ebenfalls die DDR-Grenzen überschreiten. <sup>(2)</sup> Pfarrer Horst Kasner, Angela Merkels Vater, war in der DDR als «der rote Kasner» bekannt, weil er eine besondere Nähe zum DDR-Regime besass. Er gehörte zusammen mit Albrecht Schönherr,

so die Welt am Sonntag, «zu jenem Kreis von Theologen, mit denen die sowjetisch kontrollierte DDR-Führung ihre kirchenpolitische Konzeption umsetzen wollte». <sup>(3)</sup> Zudem war Angela Merkel laut mehreren glaubwürdigen Zeitzeugen FDJ-Sekretärin für Propaganda und Agitation. <sup>(4)</sup> Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) war quasi die Jugendorganisation der DDR-Partei SED, auch wenn sie offiziell nicht so bezeichnet wurde.



«Merkel wünschte wie ihr Vater einen anderen Sozialismus für die DDR. Einen mit «menschlichem Antlitz», der anziehender wirkt als der von Massenrepression gezeichnete Stalinismus. Genau das ist der Grund für ihre Euphorie, ihre Begeisterung für Michail Gorbatschow und dessen **Perestroika**. Die Ideen Havemanns, Bahros, **Sacharows**, Marcuses oder de Beauvoirs waren mit Beginn der Perestroika für sie plötzlich nicht mehr bloss Theorie. Jetzt kamen sie vom grossen Bruder in Moskau, der nun auch von der DDR eine Reform des Kommunismus erwartete. Wer Angela Merkel verstehen will, der muss vor allem die Ziele der **Perestroika** verstehen. Jene Ziele, die intensiv von ihrem Vater vertreten wurden, der sie so sehr prägte und dessen Urteil ihr stets enorm wichtig war. Jenem Horst Kasner, der in den Fünfziger-Jahre freiwillig in die DDR übersiedelte. Der den Interessen der UdSSR stets nähergestanden hatte als denen der DDR. Dem der Stalinismus während des Kalten Krieges ebenso zuwider war, für den der SED-Staat Honeckers einstand. Der sich einen anderen Sozialismus herbeisehnte, kirchenpolitisch der marxistischen Befreiungstheologie nahestand und der von Moskau gesteuerten Christlichen Friedenskonferenz an-



gehörte. Und der den wohl stärksten Einfluss auf Angela Merkels politisches Weltbild hatte, auch wenn sie das heute aus naheliegenden Gründen so keinesfalls unterschreiben würde. Erst in dem Kontext der **Perestroika** als ein wesentliches Element der **kommunistischen Langzeitstrategie** ist das ambivalente Verhältnis von Horst Kasner und Angela Merkel gegenüber dem SED-Regime zu verstehen. Vor diesem Hintergrund gilt es Angela Merkels aktueller und künftiger EU-Politik besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie ist sicherlich nicht die Rache Erich Honeckers. Doch möglicherweise die eines **Michail Gorbatschow**. Denn während im Westen die **Perestroika** zumeist auf Gorbatschows Reformpolitik der späten Achtziger-Jahre reduziert und mit dem Ende des Kommunismus sowie mehr Freiheiten und der Einführung demokratischer Elemente in Osteuropa in Verbindung gebracht wird, umfasst sie **Golitsyn** zufolge erheblich weiträumigere Überlegungen. Demnach sei die **Perestroika Teil einer Langzeitstrategie**, einer Art Generallinie der KPdSU gewesen, deren planerische Grundlagen bis in die Fünfziger-Jahre zurückreichen sollen.»

*Hinrich Rohbohm, bis September 2020 stellvertretender Vorsitzender der Werteunion in der CDU, in seinem Buch «Merkels Maske – Kanzlerin einer anderen Republik» auf S.168 f.*

## Stasi- und Perestroika-Sumpf

In der DDR gab es zur Wendezeit zwei grosse Reformgruppen, die im Sinne der Perestroika arbeiteten: das Neue Forum und der Demokratische Aufbruch (DA). Mitbegründer und Vorsitzender des DA war Wolfgang Schnur, der laut den Journalisten Ralf Georg Reuth und Günther Lachmann «die Sache der Perestroikisten» verfolgte.<sup>(5)</sup>

Am 1. Februar 1990 stellte er Angela Merkel als hauptamtliche Mitarbeiterin des DA an und machte sie noch im gleichen Monat zu seiner Pressesprecherin. Schnur war gut vernetzt mit Angela Merkels Vater Horst Kasner, mit dem er in der DDR-Kirche zusam-

mengearbeitet hatte. Bei dieser Arbeit in der Kirche auch mit dabei: Lothar de Maizière, der später zum letzten Ministerpräsidenten der DDR aufstieg und der Merkel zu dieser Zeit zur stellvertretenden Regierungssprecherin der CDU-Ost ernannte. Mit Schnur, de Maizière und Kasner war übrigens auch der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi, der Vater von Gregor Gysi, vernetzt. Doch das nur am Rande.

Sowohl Schnur als auch de Maizière wurden später als informelle Mitarbeiter der Stasi enttarnt, was zeigt, dass sie dem DDR-System und damit wohl auch der Perestroika-Agenda Moskaus stets treu gedient hatten. Aus diesem Stasi/Perestroika-«Sumpf» stieg Angela Merkel auf und

machte grosse Karriere in der CDU. Kohl holte Merkel 1991 ins Kabinett, machte sie zur «Ministerin für Frauen und Jugend». Die Wahrscheinlichkeit, dass all die Perestroikisten, Stasi-Mitarbeiter und Diener des DDR-Systems um Merkel herum sie nicht geführt hätten, tendiert gegen null. Die Indizien für eine Einbindung Angela Merkels in die sowjetische Langzeitstrategie sind nicht von der Hand zu weisen. (tk)

### Quellen:

1. cicero.de, Angela Merkels roter Vater, abgerufen am: 02.08.2021
2. focus.de, Angela Merkel: DDR-Vergangenheit einer Angepassten, 15.11.2013
3. welt.de, Die Tochter des roten Pfarrers, 12.05.2013
4. welt.de, Angela Merkels zweierlei Welten, 19.06.2005
5. Reuth/Lachmann, Das erste Leben der Angela M., S.171 f.

## 18. Januar 1989: Rockefeller's Trilaterale Kommission plant die EU in Moskau

Am 18. Januar 1989 besuchte eine hochkarätige Delegation von David Rockefeller's Trilateraler Kommission (TK) das Zentralkomitee der KPdSU in Moskau. Der russische Dissident Wladimir Bukowski und der Historiker Pawel Stroilow gelangten in den Besitz der Gesprächsprotokolle des Politbüros, sodass wir hier einen der ganz seltenen Einblicke in das Innenleben der Trilateralen Kommission bekommen. Vonseiten der TK nahmen der Chef höchstpersönlich, David Rockefeller, und sein wichtigster Mann Henry Kissinger, dazu u.a. der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing für Europa und der frühere japanische Premierminister Yasuhiro Nakasone für Asien an dem Treffen teil.

Henry Kissinger fragte Gorbatschow bei diesem Treffen: «Was denken Sie über das Konzept eines «Europas vom Atlantik bis zum Ural»? [...] Welche Art der Beziehung wird es zwischen den USA und einem künftigen Europa geben? Meine Kollegen in der Trilateralen Kommission und ich wollen in einer konstruktiven Weise zum Bau dieses Europas beitragen, bei welchem sowohl die UdSSR als auch die USA eine ähnlich positive Rolle spielen würden.»

In seinem Buch «Perestroika» von 1987 hatte Gorbatschow bereits von einem Europa «vom Atlantik bis zum Ural» als Teil der «Liberalisierung» des Ostblocks geschrieben.<sup>(1)</sup> Henry Kissinger brachte Anfang 1989 eben diese Losung eines «Europas vom Atlantik bis zum Ural» in das Gespräch ein.



David Rockefeller (rechts) schüttelt dem KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow im Januar 1989 bei einem Besuch seiner Trilateralen Kommission in Moskau die Hand.

Man muss davon ausgehen, dass Kissinger Gorbatschows Parole kannte. Eine direkte Antwort von Gorbatschow, an den die Frage offensichtlich gerichtet war, ist aus den Dokumenten, die Bukowski/Stroilow 2004 publizierten, nicht ersichtlich.

### Planung vor dem Ereignis?

Im Mai 2009 veröffentlichte das National Security Archive der USA Teile der



Gorbatschows Buch «Das gemeinsame Haus Europa» aus dem Jahr 1990, in dem er für einen sozialistischen Zusammenschluss Europas plädiert.





→ Tagebücher von Anatoli Tschernjajew, Gorbatschows aussenpolitischen Berater. <sup>(2)</sup> Aus diesen geht hervor, dass die TK bereits 1989 von einer kommenden EU ausging, die allerdings erst drei Jahre später entstand. Diese kommende Entwicklung wurde Gorbatschow auch mitgeteilt.

Ende 2009, also etwa ein halbes Jahr nachdem das National Security Archive die Tagebücher zugänglich gemacht hatte, ging die Trilaterale Kommission in die Offensive und veröffentlichte ihrerseits Dokumente über das Treffen, wobei «veröffentlichte» zu viel gesagt ist. Man findet die Dokumente nur auf der TK-Webseite, wenn man weiss, wonach man suchen muss. <sup>(3)</sup>

In den Leitmedien findet man nichts davon, obwohl die Informationen über die geheime Planung der EU kaum brisanter sein könnten. Beispielsweise finden wir hier die Antwort auf Kissingers Frage nach einem Europa «vom Atlantik bis zum Ural». Gorbatschow sagte zu ihm: «Der Fakt, dass wir hier im Raum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei sitzen, zeigt, wie sich die Dinge geändert haben. Lenin sagte, ohne die generellen Fragen zu klären, kann man sich nicht mit den spezifischen beschäftigen. Der Kapitalismus hat sich an veränderte Bedingungen angepasst. So hat es der Sozialismus. Ein neues Verständnis ist notwendig. Die UdSSR wird bei ihrer Wahl bleiben und beim Sozialismus bleiben und ihn durch die Perestroika verbessern. Neue Verhandlungsmuster wurden bereits entwickelt. [...] Die UN muss mehr genutzt werden. Die Zeit war 40 Jahre lang noch nicht reif, aber jetzt ist es an der Zeit.» <sup>(4)</sup>

Gorbatschow machte also nochmals vor hochrangigen Vertretern aus dem Westen unmissverständlich deutlich, dass die Perestroika dem Sozialismus keinen Abbruch tat. Auch wenn es aus den Gesprächsprotokollen nicht konkret hervorgeht: Der Zeitpunkt der Besprechungen zwischen Kissinger, Rockefeller und Gorbatschow sowie die Themenauswahl deuten klar darauf hin, dass die Hochfinanz in den kommenden «Untergang» der UdSSR eingeweiht war. Wahrscheinlich war jenes eines der letzten Briefings vor dem Ereignis. (tk)

#### Quellen:

1. Zitiert nach der englischsprachigen Ausgabe: Perestroika. New Thinking for Our Country and the World, Harper & Row, 1987. S.197
2. nsarchive2.gwu.edu, The Diary of Anatoly Chernyaev, National Security Archive Electronic Briefing Book No.192
3. trilateral.org, Commemorating 1989, abgerufen am: 31.07.2021
4. Ebenda, S.9 ff.



**«Die Perestroika hat die Entwicklung zu einem neuen vereinten Europa massgeblich bestimmt.»**

*Eduard Schewardnadse, ehemaliger sowjetischer Aussenminister, 1992*

Quelle: John Laughland, The tainted source, S.266ff.



**«Niemand wurde in Moskau eine Entscheidung getroffen ohne die Anwesenheit der internationalen Hochfinanz.»**

*Jan Sejna, sowjetischer Überläufer (Ausgabe 41, S.39)*

Quelle: Joseph D. Douglass Jr., Red Cocaine, Edward Hale, 1999, S.160

## Insider bestätigte, dass Kommunisten und Hochfinanz eine Einheit darstellen!

*Christian Georgijewitsch Rakowski war ein bolschewistischer Politiker und absoluter Insider der UdSSR-Machtapparats. 1937 wurde er im Zuge der «Säuberungen» Stalins inhaftiert und verhört. Er starb 1941 in einem Gulag. Die Verhöre Rakowskis durch Stalins Geheimpolizei wurden allerdings aufgezeichnet und fanden später ihren Weg in die Öffentlichkeit. Darin enthüllt Rakowski Erstaunliches über die innere Funktionsweise der Sowjetunion. So sagte er zum GPU-Offizier Gabriel Kuzmin:*



**«Finanzmann und Kommunist sind beide Internationalisten. Beide, mit verschiedenen Begründungen und verschiedenen Mitteln, bekämpfen den bürgerlichen Nationalstaat. [...] Im Negativen, wie Sie sehen, gibt es eine individuelle Identität der internationalen Kommunisten und der kosmopolitischen Finanzmänner; als natürliche Folge besteht sie auch zwischen der kommunistischen Internationale und der Finanz-Internationale. [...] die fünf Brüder Rothschild mit ihren Banken, die Herren über die grösste Akkumulation des Kapitals, die die Welt bisher gesehen hatte. An dieser ungeheuren Tatsache, die die Einbildungskraft jener Zeit blendete, geht Marx unbemerkt vorüber. Das ist doch sonderbar nicht? Vielleicht ergibt sich aus dieser besonderen Blindheit von Marx ein gemeinsames Phänomen in den Revolutionen der letzten Zeit. Wir alle können beweisen, dass, wenn die Massen [kommunistische Revolutionäre] sich einer Stadt oder Nation bemächtigen, sie immer eine fast abergläubische Furcht vor Banken und Bankiers zeigen. Sie haben Könige, Generäle, Bischöfe, Polizisten, Priester und andere Vertreter der gehassten Vorrechte umgebracht, haben Kirchen, Paläste und sogar Stätten der Wissenschaft geplündert und in Brand gesetzt, aber als wirtschaftlich-soziale Revolutionäre haben sie das Leben der Bankiers respektiert und die prächtigen Bankgebäude unverletzt gelassen.»**

Quelle: Josef Landowsky, Rakowskij Protokoll, S.24 ff.



## Die EU: Ein marxistisches Projekt

EUdSSR ist eine schlagwortartige Bezeichnung der Europäischen Union (EU) - etabliert durch den Dissidenten Wladimir Bukowski (siehe unten) - in Anlehnung an die UdSSR, die ihre Kritiker verwenden, um ihre zentralistische Vereinnahmung und totalitäre Kontrolle der europäischen Bevölkerung zu bemängeln. Doch der Begriff EUdSSR deutet nicht auf rein zufällige ideologische Parallelen zwischen der EU und der Sowjetunion hin. Vielmehr ist eine vollkommen eindeutige historische Linie von den ersten Planungen Trotzki's zu Gorbatschows Perestroika über das Ende der UdSSR bis zur Gründung der EU auszumachen, die bestätigt, dass die Kommunisten und ihre Hintermänner aus dem Westen ihre Pläne erfolgreich verwirklichen konnten. Erfahren Sie mehr darüber in den **Ausgaben 23 u. 24 zur Europäischen Union**.



Foto: European People's Party ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jean-Claude\\_Juncker\\_2019.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jean-Claude_Juncker_2019.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

„Er ist der Hauptbegründer des Marxismus, der Begründer der marxistischen politischen Parteien, der Schöpfer des internationalen Kommunismus und der **grösste Denker der Neuzeit**.“

Jean-Claude Juncker, von 2014 bis 2019 Präsident der Europäischen Kommission bei einer Ausstellung zu Ehren von Marx' 200. Geburtstag in seinem Geburtsort Trier

Quelle: euronews.com, Juncker opens exhibition to Karl Marx, 04.05.2018



„Es ist auch kein Zufall, dass zum Beispiel das Europäische Parlament an den Obersten Sowjet erinnert. Es sieht so aus wie der Oberste Sowjet, weil es nach dessen Vorbild konzipiert wurde. Und wenn wir uns die Europäische Kommission ansehen, dann sieht diese so aus wie das Politbüro. Und zwar ziemlich genau, abgesehen von der Tatsache, dass die Kommission 25 Mitglieder hat und das Politbüro dreizehn oder fünfzehn Mitglieder hatte. Ansonsten gleichen sie sich haargenau: Sie sind niemandem Rechenschaft schuldig und werden von niemandem direkt gewählt. Wenn Sie einen Blick auf all diese bizarren Aktivitäten der EU mit ihren 80.000 Seiten an Regulierungen werfen, dann denken Sie an den Gosplan, den sowjetischen Staatsplan. Wir hatten eine Organisation, die alles Wirtschaftliche plante, bis zur letzten Schraube. Und fünf Jahre im Voraus. Genau dasselbe geschieht in der EU. Wenn Sie sich die Art von Korruption in der EU anschauen, dann ist dies genau der sowjetische Typ von Korruption [...]“



Wladimir Bukowski, russischer Dissident und Publizist, 2006

Quelle: brusselsjournal.com, Former Soviet Dissident Warns For EU Dictatorship, 27.02.2006



## EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Kaum eine Privatperson hat in den letzten beiden Jahrzehnten mehr zur Zerstörung der westlichen Kultur und Gesellschaft beigetragen als George Soros. Er finanziert genau die Personengruppen und Anliegen, die der KGB-Überläufer Yuri Bezmenov als subversiv beschrieb und die in Phase 2, als die Sowjetunion noch bestand, vom KGB unterstützt wurden. Sieht man den «Philanthropen» Soros als Akteur der sowjetischen Langzeitstrategie, macht vieles Sinn: Bereits ab 1984 – also lange vor dem Fall des Eisernen Vorhangs – wurde es ihm gestattet, seine «antikommunistischen» Stiftungen in der Sowjetunion zu eröffnen. Soros' «Antikommunismus» war genau der «Antikommunismus» der kontrollierten Oppositionsbewegungen, die sich lediglich für einen Kommunismus «mit menschlicherem Antlitz» aussprachen. Das war höchstwahrscheinlich auch der Grund, warum seine Stiftungen sich in der UdSSR niederlassen durften. Soros unterstützte sogar Andrei Sacharow finanziell, in dessen Aussagen man damals schon die Grundzüge des «grünen» Sozialismus der heutigen Zeit erkannte, des «grünen» Sozialismus, den Soros' Stiftungen weiterhin finanzieren.

Dass Sacharow ein gesteuerter Dissident war, erkennt man u.a. daran, dass seine Frau in den Westen reisen durfte. Das gilt auch für Angela Merkel und ihren Vater, der eng mit dem DDR-System verstrickt war. Es liegt auf der Hand, dass nur Personen, bei denen man sich hinsichtlich ihrer Linientreue besonders sicher war, ausreisen durften – meist Mit-

arbeiter oder Auftragnehmer des Sowjet-Systems. Zudem war Angela Merkel laut mehreren glaubwürdigen Zeitzeugen FDJ-Sekretärin für Propaganda und Agitation. Zur Zeit der Wende waren die ersten Förderer ihrer Karriere Perestroikisten und Stasi-Mitarbeiter. Die Wahrscheinlichkeit, dass all die Personen um Merkel herum sie nicht führten, tendiert gegen null. Die Indizien für eine Einbindung Angela Merkels in die sowjetische Langzeitstrategie sind nicht von der Hand zu weisen.

Angela Merkel war in ihrer 16-jährigen Amtszeit als BRD-Bundeskanslerin wie kaum eine andere Person am Machtausbau der Europäischen Union beteiligt. Über die Gründung der EU wurde bereits 1989 bei einem Besuch von David Rockefeller und Henry Kissinger im UdSSR-Politbüro gesprochen, drei Jahre bevor sie offiziell gegründet wurde. Bei diesem Treffen sagte Gorbatschow Kissinger nachweislich ins Gesicht, dass Russland «beim Sozialismus bleiben und ihn durch die Perestroika verbessern» werde. Ein weiteres Beispiel für die enge Kooperation zwischen der Finanz-Oligarchie und dem Kommunismus. In den Ausgaben 23 u. 24 haben wir die marxistischen Wurzeln der EU bereits gründlich durchleuchtet.

Im Mittelpunkt der EU-Politik und natürlich auch des Great Reset stehen «Klimaschutz», «Nachhaltigkeit» und «Naturschutz». Im folgenden Teil dieser Ausgabe werfen wir einen Blick auf die Ursprünge jener aktuellen Agenda-Punkte und beleuchten diese.

►► Fortsetzung auf Seite 38





### Auf einen Blick

► Strategie zur Einführung einer Planwirtschaft unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wurde in den 50ern im UdSSR-Politbüro erdacht.

► Hochfinanz gründete im Westen zahlreiche NGOs, die denselben planwirtschaftlichen «Umweltaktivismus» verfolgen.

► UNO-Umweltkonferenzen von Maurice Strong geleitet: Rockefeller-Vertrauter, Sozialist und Mentor von Klaus Schwab

► Michail Gorbatschow (mit Maurice Strong befreundet) nahm nach der Perestroika sofort eine neue Rolle als «Umweltschützer» an.

## Die Umweltbewegung aus Moskau

Wie schon im Falle der Oktoberrevolution bilden bei der vermeintlichen Umweltschutzpolitik, die den Westen seit Jahrzehnten dominiert und wirtschaftlich zersetzt, Finanz-Oligarchie und Kommunismus eine Einheit. Im Jahr 1972 fand in Stockholm die «Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen» statt, auf welcher der Grundstein für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gelegt wurde. Geleitet wurde diese Konferenz von dem Rockefeller-Vertrauten Maurice Strong (siehe S.34 f.), der anschließend als Exekutivdirektor die Leitung des UNEP übernahm. Auch beim WEF war Maurice Strong in einer leitenden Position tätig.

Im selben Jahr erschien auch der berühmte Bericht des Club of Rome, der auf einem Rockefeller-Anwesen gegründet worden war, mit dem Titel «Die Grenzen des Wachstums». Erstmals wurde darin versucht, auf der Basis von Computermodellen, die These der Überbevölkerung, der knappen Rohstoffreserven und der drohenden Umweltkatastrophe wissenschaftlich zu untermauern. Die Ergebnisse wurden mit einer Millionenaufgabe vor der Weltöffentlichkeit präsentiert. Aurelio Peccei, der Vorsitzende des Club of Rome, durfte beim dritten Treffen des WEF im Jahr 1973 genau diesen Bericht vorstellen (Ausgabe 40).

Seitdem wird der internationale «Umwelt- und Klimaschutz» im Namen der «Nachhaltigkeit» auf internationaler Ebene vorangetrieben, u.a. durch die Agenda 2030 (siehe S.45 ff.) und die Biodiversitäts-Konvention (siehe S.61 f.).

### Planungen im Politbüro

Die Strategie zur Einführung einer Planwirtschaft unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wurde allerdings schon weit früher von den Kommunisten erdacht: Im Verlauf mehrerer Jahrzehnte wollte Moskau seit den 1950ern die politische Souveränität und die wirtschaftliche Autonomie der westlichen Nationalstaaten untergraben und sie gesellschaftlich und ideologisch zersetzen,



um sie schliesslich dem Diktat einer internationalen sozialistischen Räteregierung zu unterwerfen. Wie das KPdSU-Politbüromitglied Iwan Frolow zu verstehen gab, käme eine wesentliche Rolle bei diesem Prozess der «Ökologieproblematik» zu, die zu den «klassischen Auffassungen» des Marxismus gehört. Karl Marx hatte schon im Jahr 1867 versucht, einen Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und einer «Zerstörung» der Umwelt zu konstruieren. Er behauptete, die «kapitalistische Produktion» störe «den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde» und untergrabe die «Springquellen allen Reichtums», nämlich «die Erde und den Arbeiter». <sup>(1)</sup>

Dem neuen Sozialismusbild der Langzeitstrategie entsprechend stand ab den

50ern nicht mehr die angebliche Ausbeutung der Arbeiterklasse in den westlichen Industriestaaten im Zentrum der kommunistischen Agitation, sondern der Klassenkampf wurde so umgestaltet, dass einerseits die Völker der Dritten Welt (der «globale Süden») und andererseits die Erde selbst zum neuen «Ersatzproletariat» erklärt wurden, das angeblich durch die kapitalistische Lebensweise in der westlichen Welt benachteiligt und bedroht werde. Eine drohende «Klimakatastrophe» sollte zukünftig die entscheidende Rolle «bei der Vermittlung und Vertiefung der Einsicht» spielen, «dass der Übergang der gesamten Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus eine Notwendigkeit» sei, so Frolow. <sup>(2)</sup>





Die in den 50ern im Politbüro erdachten Konzepte hatten zwei Jahrzehnte später ihren Weg auf die Titelseiten westlicher Zeitungen wie dem Spiegel gefunden.

## Der Feind CO<sub>2</sub>

Auch wenn Frolows Ausführungen bisweilen in der schwer verständlichen leninistischen Sprache eines sowjetischen Funktionärs gehalten sind, ist ihnen zu entnehmen, dass die KPdSU seit ihrem 20. Parteitag (1956, Ausgabe 41, S.21 f.) die ideologischen und theoretischen Grundlagen dafür geschaffen hat, die sowjetischen Bestrebungen zur Errichtung einer Weltregierung zukünftig unter dem Deckmantel des internationalen Umweltschutzes zu verbergen. Zu diesem Zweck behauptete Frolow bereits auf dem Höhepunkt der Breschnew-Ära, dass sich eine «Schicht von Kohlendioxid um die Erde» gebildet habe, die sie «wie eine Glasglocke» umhülle, wodurch «die Gefahr ungünstiger Klimaveränderungen entstanden» sei, «welche unseren blauen Planeten in den nächsten Jahrzehnten in ein gewaltiges Treibhaus verwandeln könnten, mit vielleicht katastrophalen Folgen». <sup>(3)</sup> Frolow betonte, wodurch allein man die Gefahr abwenden könne: «Eine umfassende Lösung dieses Problems kann nur durch eine radikale soziale Umgestaltung der Welt und die Überwindung der Klassengegensätze erreicht werden.» <sup>(4)</sup> Man sollte sich vergegenwärtigen, dass damit ein Funktionär des sowjetischen Politbüros – also des kommunistischen Führungsstabes – zu verstehen gab, dass die internationale «Umweltschutzbewegung» von Anfang an eine sowjetische Massnahme der politischen

Kriegsführung war, die keinem geringeren Zweck dient, als den Weltkommunismus zu errichten.

## Sacharow

Wie bereits in Ausgabe 41 angesprochen, handelte es sich bei Andrei Sacharow um einen vom KGB ausgebildeten Pseudo-Dissidenten, der in die Langzeitstrategie, die eine Auflösung der Sowjetunion vorsah, eingeweiht war. Ähnlich wie der KPdSU-Funktionär Frolow versuchte auch der Physiker Sacharow die Einführung einer globalen sozialistischen Gesellschaftsordnung mit der angeblich drohenden «Klimakatastrophe» und dem «Hunger in der Dritten Welt» zu legitimieren. Zu diesem Zweck behauptete Sacharow im Jahr 1968, also lange bevor dieses Thema im politischen Alltag des Westens auftauchte, «Kohlensäuregas aus Kohlenverbrennung» verändere «die hitzereflektierenden Eigenschaften der Atmosphäre», was «früher oder später [...] bedrohliche Ausmasse annehmen» würde. Diese Gefahr könne, ebenso wie die Armut in der Dritten Welt sowie die Bedrohung der Menschheit durch einen Atomkrieg, nur durch eine weltweite Zusammenarbeit und schliesslich die Errichtung einer sozialistischen Weltregierung abgewendet werden. <sup>(5)</sup> Auf dem Weg dorthin müsse aber erst die «psychologische Einstellung» der westlichen Völker so



Iwan Frolow, ein Funktionär des sowjetischen Politbüros – also des kommunistischen Führungsstabes – gab offen zu verstehen, dass die internationale «Umweltschutzbewegung» von Anfang an eine sowjetische Massnahme der politischen Kriegsführung war, die keinem geringeren Zweck dient, als den Weltkommunismus zu errichten.

«verändert» werden, dass sie «freiwillig und uneigennützig, allein für hohe und entfernte Ziele, zur Erhaltung von Zivilisation und Humanität auf unserem Planeten, ihre Regierung und die weltweiten Bestrebungen zur Änderung der Wirtschaftslage, der Technik und des Lebensstandards von Millionen unterstützen». Er ergänzte, dass dies in der westlichen Welt «natürlich eine bedeutende Verringerung des Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung» sowie eine «grundlegende Änderung der Besitzverhältnisse mit

„Es ist sicher, dass dieser Umweltaktionismus die moderne Inkarnation des Kommunismus ist.“

Václav Klaus, tschechischer Präsident, Februar 2007



Foto: che ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vaclav\\_Klaus\\_headshot.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Vaclav_Klaus_headshot.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/deed.en>







→ der Erweiterung des staatlichen und kooperativen Besitzes» bedeuten würde, also einen niedrigeren Lebensstandard und umfassende Eingriffe in das private Unternehmertum.<sup>(6)</sup> Ausdrücklich forderte Sacharow in diesem Zusammenhang die Ausarbeitung von Umweltschutzgesetzen, die «nach gründlicher wissenschaftlicher Beratung» in internationalem Umfang eingeführt werden müssten.<sup>(7)</sup>

## «Umweltschutz» im Westen

Frolow betonte auch die tragende Rolle, welche die traditionell von Moskau kontrollierten kommunistischen Parteien bereits in den 1960er-Jahren beim Aufbau der Ökobewegung in den westlichen Staaten spielten, also viele Jahre bevor das «Waldsterben», das «Ozonloch» und die «Klimakatastrophe» ins Bewusstsein der westlichen Öffentlichkeit drangen und mehr als ein Jahrzehnt, bevor die ersten «grünen» Parteien gegründet wurden. In diesem Zusammenhang erwähnte er beispielsweise ein internationales Symposium, das im März 1972 in Prag unter dem Motto «Der Marxismus-Leninismus und die Probleme der Umwelterhaltung» stattfand, bei dem Vertreter von 36 kommunistischen Parteien teilgenommen hatten. Bemerkenswert ist, welche Aspekte auf diesem Symposium besonders hervorgehoben wurden, nämlich nicht etwa der Schutz der Umwelt als Selbstzweck, sondern «der Umweltschutz im Zusammenhang mit den Aufgaben des antiimperialistischen Kampfes», «die Einstellung zur Natur als Bereich des Wettbewerbs der beiden sozialökonomischen Systeme – des Sozialismus und des Kapitalismus», sowie – und das ist besonders bemerkenswert – «die Einstellung zur Natur als Gegenstand des verstärkten ideologischen Kampfes».<sup>(2)</sup>

Die Nachfolgebewegungen der marxistischen 68er-Revolution schlossen sich im Januar 1980 in Karlsruhe zur neuen Partei «Die Grünen» zusammen. Rudi Dutschke, der «Lenin» der 68er-Bewegung, und der aus der DDR ausgereiste SED-Genosse Rudolf Bahro riefen die Mitglieder verschiedener kommunistischer Organisationen dazu auf, in die neue «grüne» Partei einzutreten. Die «grünen» Parteien in ganz Europa stehen in einer klar marxistischen Tradition und machen dort weiter, wo das Politbüro vor über 60 Jahren angefangen hat. (tk/tm)

Foto: Daniel Morsey ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Claudia\\_Kemfert\\_2011.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Claudia_Kemfert_2011.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>



## «Nachhaltigkeit sollte den Kapitalismus als Gesellschaftsmodell ablösen!»

Prof. Dr. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

Quelle: TAZ, Politik nutzt Energiesparpotentiale nicht, 9.10.06



«Die Roten behaupten, dass das Individuum nicht frei belassen werden dürfe, weil das Resultat «Ausbeutung», «Monopole» und Depressionen wäre. Die Grünen behaupten, dass das Individuum nicht frei belassen werden dürfe, weil das Resultat die Zerstörung der Ozonschicht, saurer Regen und die globale Erwärmung wäre.»

Der amerikanische Ökonom George Reisman

Quelle: wnd.com, Mutant Marxists in the «Heart of Darkness»

**Tatsächlich: So viel Sinn für Bevormundung, Verknappung, Mangelverwaltung und Umverteilung, wie ihn die Protagonisten der Ökobewegung an den Tag legen, war man historisch bisher nur von den roten Kommunisten im Ostblock gewohnt. Rote wie Grüne behaupten, die Lösung von Problemen (ob nun echt oder erfunden), sei jeweils eine internationale Bürokratie, die dem Individuum die Eigenverantwortung und die Freiheit abnimmt – was aber natürlich nur in seinem eigenen Interesse, zu seinem eigenen Nutzen geschehe. Bei näherer Betrachtung sind nicht nur die jeweilige Methodik, die Zielsetzung und das Feindbild sehr ähnlich – schliesslich geht es in beiden Fällen gegen die westliche Industriegesellschaft – selbst die Personen sind häufig dieselben, wie man nicht nur am grünen Spitzenpolitiker Jürgen Trittin sehen kann, der früher Mitglied im Kommunistischen Bund (KB) war, sondern auch am letzten Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, der direkt nach der Wende zum Umweltschützer mutierte, massgeblich am Zustandekommen des Erdgipfels von 1992 (siehe S.32 ff.) beteiligt war und seither hinter den Kulissen versucht, die Weltpolitik auf «grünen» statt wie zuvor auf roten Kurs zu bringen (siehe S.36 f.).**



Dino der Herzen @DinoZos... · 5h ...

Wozu Heizungen, wenn man sich an brennenden Deutschlandflaggen wärmen kann?

9

1

32



Die «Früchte», welche die «68er»-Bewegung trägt: Danilo Zoschnik war 2019 Direktkandidat der Grünen für den Brandenburger Landtag, bloggt für die Landeszentrale für politische Bildung, fungiert laut deren Homepage als politischer Geschäftsführer der Grünen Jugend Brandenburg und ist angehender Lehrer. Mittlerweile wird Zoschnik vorgeworfen, eine minderjährige Person sexuell belästigt zu haben.

### Quellen:

1. Das Kapital, Erster Band, S.528 ff.
2. Wadim/Frolow, Globale Probleme der Gegenwart, S.222 ff.
3. Iwan Frolow, Global Problems and the Future of Mankind S.120 f.

4. Ebenda, S.125
5. Andrei Sacharow, Wie ich mir die Zukunft vorstelle, Diogenes Verlag, 1968, S.35

6. Ebenda, S.32
7. Ebenda, S.83

## Unterminierung der westlichen Energie- und Rohstoffversorgung

Um die Staaten der Dritten Welt in den Einflussbereich der Sowjetunion zu bringen, setzte die Kreml-Führung seit Phase 2 auf die Organisation und Unterstützung sogenannter «nationaler Befreiungsbewegungen», die man präziser schlicht als Terroristen, Separatisten oder Marodeure bezeichnen könnte. Diese sollten in den Staaten der Dritten Welt, wo die Supermächte sich nicht direkt gegenüberstanden, das Machtvakuum, das die abziehenden Kolonialmächte hinterlassen hatten, nutzen und kommunistische oder zumindest Moskau-freundliche Regime installieren. Damit wollte man zum einen erreichen, dass sich das Verhältnis zwischen Kommunismus und «freier Welt» bei den Vereinten Nationen zugunsten des Ostblocks verschob, und zum anderen sollte dadurch der westliche Zugriff auf die Rohstoffvorkommen der Dritten Welt, die zum Teil von erheblicher strategischer Bedeutung waren, unterbunden werden. Durch die Kontrolle wichtiger Rohstoffproduzenten in der Dritten Welt beabsichtigte man, die Grundlage für die in Phase 4 vorgesehene Anwendung «externer wirtschaftlicher Waffen» (Ausgabe 41, S.31 u. 97) zu schaffen. Würde es der Sowjetunion darüber hinaus gelingen, die Nationen Mittelamerikas unter ihre Kontrolle zu bekommen und direkt vor der Haustür der Vereinigten Staaten Truppen zu stationieren, dann bedeutete dies eine erhebliche Verschiebung des strategischen Gleichgewichts zu Ungunsten des Westens.

### «Lokomotiven-Bericht»

Noch wichtiger für die westliche Wirtschaft und die westliche Verteidigungsfähigkeit war das Erdöl aus dem Nahen und Mittleren Osten. Daher war es mit Beginn der sowjetischen Kampagne ein erklärtes Ziel, die westliche Position in der islamischen Welt zu untergraben. Die Anfänge der Strategie für den Nahen Osten unter besonderer Berücksichtigung des Erdöls gingen auf den sogenannten «Lokomotiven-Bericht» zurück, den die für wirtschaftliche und strategische Ressourcen zuständige 10. Verwaltung der GRU 1954 angefertigt hatte. Um die «Lokomotive des Kapitalismus» lahmzulegen, hiess es darin, brauche man nicht ihr gesamtes Triebwerk zu zerstören, sondern es genüge, ihr ein unverzichtbares Element, namentlich das Erdöl, zu nehmen. <sup>(1)</sup> Daher



Foto: Philip May (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Windpark-Wind-Farm.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

### Jetzt wird die Energiewende zur Gefahr für ganz Deutschland

Überschrift auf Welt-Online am 31.03.2021

war z.B. die Sabotage der Energieversorgung durch die Sprengung arabischer Erdölpipelines geplant. <sup>(2)</sup>

Eine derartige Strategie wirkt heute allerdings altbacken, denn unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wird die Selbstversorgungsfähigkeit des Westens seit Jahrzehnten weit effizienter untergraben. Da der Westen «freiwillig» auf das Erdöl verzichtet und ineffiziente «Alternativen» einführt, ist auch keine Sabotage der Erdölversorgung aus dem fernen Osten mehr nötig.

### Die NGO-Fusssoldaten

Die Sabotage der westlichen Energieversorgung von innen heraus basiert nicht nur auf den Prinzipien der Subversion, die Yuri Bezmenov erläuterte (Ausgabe 41), sie geht auch auf die «68er»-Revolution zurück, die von Sowjet-Agenten, ihren Verbündeten und «nützlichen Idioten» (ein von Lenin geprägter Begriff) entfacht worden war. Dass die Ökobewegung zu Beginn der 1970er-Jahre nicht spontan entstanden ist, sondern sich personell hauptsächlich aus «68ern» zusammensetzte, wurde bereits beschrieben (siehe S.30). Heute sehen wir deren nicht weniger radikale Nachfol-

ger in Aktion, wenn sie im Zuge der «Fridays For Future»-Proteste ihre Eltern als «Klimasünder» brandmarken oder gar einen «Klimanotstand» einfordern. Sträubt sich die Regierung eines Staates gegen die «Global Governance» der UNO (Ausgabe 41), dann steht ein Heer bezahlter NGOs (Nichtregierungsorganisationen) Gewehr bei Fuss, um öffentlichen Druck auf diese Regierung auszuüben.

Die Forderungen der NGOs sind deckungsgleich mit denen des Great Reset und der Agenda 2030 (siehe S.45 ff.), die wiederum mit jenen Zielen übereinstimmen, die Hochfinanz und Marxismus verfolgen (Ausgabe 41). Das ist unübersehbar. Daher überrascht es nicht, dass diese NGOs von eben jenem Personenkreis finanziert und gefördert werden. So erlangte die Fridays-For-Future-Frontfigur Greta Thunberg erst durch ihre 2019 beim WEF in Davos gehaltene Rede weltweite Bekanntheit. Der Mann, der Greta im Jahr 2018 «entdeckt» haben will und sie daraufhin unter seine Fittiche nahm, war der schwedische Finanzinvestor Ingmar Rentzhog. Auch George Soros greift den Klimademonstranten unter die Hände (siehe S.69).







## Geldgeber der NGOs

Der Autor Gary Allen erklärte bereits vor Jahrzehnten, woher genau die NGOs u.a. ihre Gelder beziehen: «Die hauptsächlichsten Geldgeber für diese angeblich spontan entstandene Bewegung waren die zahlreichen Rockefeller-Stiftungen, die von Rockefeller kontrollierte Ford-Stiftung, die von Rockefeller kontrollierte Carnegie-Stiftung und die mit Rockefeller verflochtene Mellon-(Gulf-Oil)-Stiftung. [...] Die Nummer eins unter den Geldgebern für die Ökologiebewegung ist die Ford-Stiftung [...]. Sie hat Millionen von Dollars in alle möglichen Bewegungen zur Bevölkerungsplanung und Umweltkontrolle hineingesteckt.»<sup>(3)</sup>

Der Vorsitzende der grossen UNO-Umweltkonferenzen Maurice Strong (siehe S.34 f.) war in den 1970er-Jahren selbst Treuhänder der Rockefeller-Stiftung, die diese NGOs finanzierte. Das erklärt, warum tausende Vertreter der NGOs 1992 beim ersten Erdgipfel in Rio de Janeiro anwesend waren (siehe S.41). Sie waren eigens zu dem Zweck gegründet worden, um der «Umweltbewegung» einen Anschein von demokratischer Legitimation zu verleihen. In Wahrheit waren sie stets Repräsentanten ihrer Geldgeber.

## «Politische Hebel»

Zu genau einem solchen Schluss kam jedenfalls die kanadische Journalistin Elaine Dewar, der Maurice Strong ganz offen Einblick in die Vorbereitung seines Erdgipfels gewährte. Sie schreibt: «Es schien so, als wolle er, dass ich die volle Bedeutung seiner Arbeit verstehe, dass ich verstehe, wie er komplex miteinander ver-



**Ironischerweise haben die Klimademonstranten sogar recht. Nur mit dem kleinen, aber feinen Unterschied, dass nicht CO2-Emissionen, sondern sie selbst ihre eigene Zukunft zerstören.**

Die «Fridays For Future»-Demonstranten sind die nicht weniger radikalen Nachfolger der Ökobewegung, die wiederum ein Produkt der «68er»-Bewegung war.

bundene Gruppierungen leitet, wie er die PGOs, GOPs, die Wirtschaftslobbies und all die anderen Gruppen managt, die sich selbst NGOs nennen, und die zum Beispiel zum Erdgipfel kamen. Eindeutig betrachtete er sie als politische Hebel, die er einsetzen könne, um öffentlichen Druck auf die nationalen Regierungen im eigenen Land auszuüben – ohne dabei gesehen zu werden. [...] Wie Unkraut bildeten sie echte Graswurzelbewegungen, weil sie Geld, Unterstützung oder beides von Regierungen und grossen Stiftungen erhielten. Es spielte keine Rolle, dass sie nur wenige Mitglieder hatten: Sie hatten die Mittel. Durch eine konstante Öffentlichkeitsarbeit und Werbung gaben sie den Spielraum der öffentlichen Debatte vor. Sie legten die öffentliche Meinung fest, welche die Regierungen berücksichtigen mussten. Sie beförderten die Agenda, die Strong haben wollte. Es wurde für mich zu einer Art Spiel, die Ver-

bindungen zwischen den PGOs, welche die Weltherrschaftsagenda verbreiteten, und Maurice Strong zurückzuverfolgen.»<sup>(4)</sup>

Die Logik ist leicht zu durchschauen: Wenn es in der Öffentlichkeit keine ausreichende echte Unterstützung für die Errichtung einer globalen ökosozialistischen Diktatur gibt, dann muss diese Unterstützung eben künstlich erzeugt werden.

## Internationales Umweltgericht

Teil der UN-Agenda 2030 (siehe S.45 ff.) ist es, NGOs zu befugen, allgemein die Umwelt zu vertreten. Was in der Praxis bedeutet, dass zum Beispiel Umweltschutzgruppen gegen geplante Bauprojekte oder Betriebsgenehmigungen, beispielsweise von Strassen, Kraftwerken oder Industrieanlagen, die ihrer Ansicht nach umweltgefährdend sind, Klage erheben können. Dies versetzt NGOs in die



## Wussten Sie...

...dass die zwei bekanntesten «Fridays For Future»-Aktivistinnen Deutschlands mit einer der reichsten Familien Deutschlands verwandt sind? Carla Reemtsma ist laut eigener Aussage «Verwandte x-ten Grades» (Details nicht bekannt) der milliardenschweren Reemtsma-Familie (Zigaretten-Dynastie) und Luisa Neubauer ist ihre Cousine. Zwar ist es schon Überraschung genug, dass die beiden verwandt sind (Stichwort: Vetternwirtschaft?), dass sie sich ausgerechnet diesen auserwählten Stammbaum teilen, setzt dem Ganzen allerdings noch die Krone auf.

Quelle: tagesspiegel.de, «Wir sind halt einen Tacken radikaler als die Grünen», 03.06.2020



Foto: Andol ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Luisa\\_Neubauer\\_03.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Luisa_Neubauer_03.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>



Luisa Neubauer

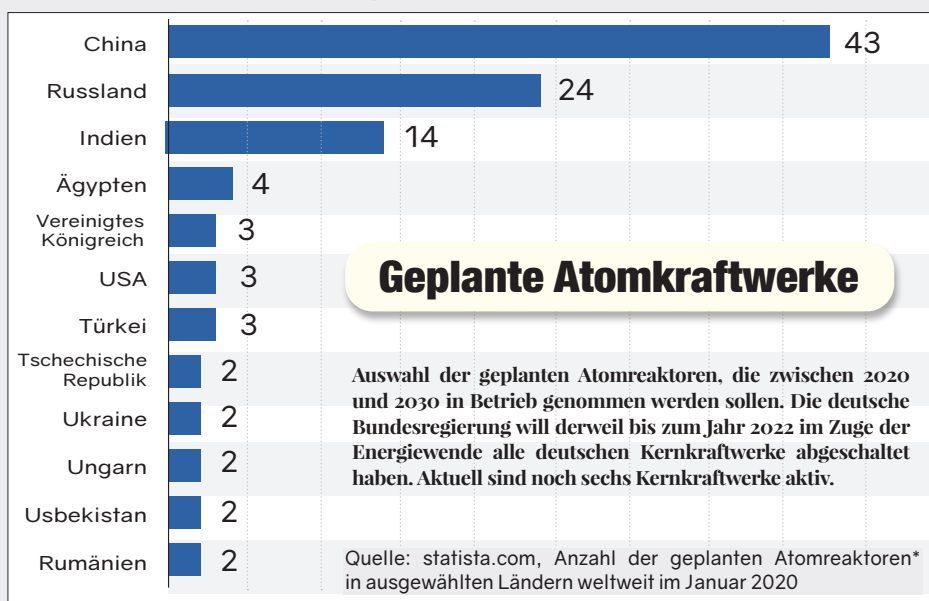
Carla Reemtsma bei einer Kundgebung vor einem Braunkohletagebau im Juni 2020

Foto: AdditM (Diskussion) ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carla\\_Reemtsma\\_2020.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carla_Reemtsma_2020.JPG)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

„«Der Verlust alter Alliierten und der Verlust der Ölreserven, der auf den ebenso katastrophalen Verlust Südafrikas folgt, würde die Rückkehr der GUS [Nachfolgestaaten der Sowjetunion] und Chinas als stärkere Gegner zur Folge haben und einen irreversiblen Wechsel im weltweiten Gleichgewicht der Kräfte zu deren Gunsten nach sich ziehen. Die Vereinigten Staaten wären geschwächt und zerrissen, und der Druck zu einer Konvergenz [siehe S.41] zwischen GUS und China einerseits und den USA andererseits zu chinesisch-russischen Bedingungen würde verstärkt.»<sup>(1)</sup>

«Zu spät wird erkannt werden, dass es keine gleichwertigen Reduzierungen in der Schlagkraft und Effektivität der russischen und chinesischen Streitkräfte gegeben hatte, und auch nicht bei ihren Nachrichten- und Geheimdiensten. Im Gleichgewicht der Kräfte wird eine echte Veränderung stattgefunden haben zugunsten einer chinesisch-sowjetischen Allianz gegenüber der freien Welt, die den Russen und den Chinesen den bestimmenden Anteil in der Aufsetzung der neuen Weltregierung geben wird, was dem Westen keine andere Wahl lassen wird, als mit ihnen die Neue Weltsozialordnung zu bilden.»<sup>(2)</sup>

*Der KGB-Überläufer Anatoliy Golitsyn, 1992 und 1993, über die Zukunft der USA*



Der Abstieg des Westens und der Aufstieg Chinas hängt auch entscheidend mit ihrer Energiepolitik zusammen. Während die deutsche und auch die europäische Energieerzeugung von Umweltauflagen abgewürgt wird, wird China nicht am Bau von Kohle- und Atomkraftwerken gehindert – und Russland übrigens auch nicht.

Die WEF-Prophezeiung «Die USA werden nicht mehr die führende Supermacht der Welt sein» (Ausgabe 41) scheint Goltzsyns Vorhersagen zu bestätigen.

Quellen:

1. Anatoliy Golitsyn, The Perestroika Deception, Edward Harle, 1998, S.151
2. Ladislav Bittman, The KGB and Soviet Disinformation Pergamon-Brassey's International Defense Publishers Inc., USA, 1985, S.201

Lage, willkürlich und unter Missbrauch des Rechtsstaats gegen unliebsame Unternehmen oder Einzelpersonen vorzugehen und so eine Kontrolle über die Wirtschaft auszuüben bzw. sogar eine flächendeckende Wirtschaftssabotage zu betreiben. Ginge es nach dem Altkommunisten, Grünen und ehemaligen Umweltminister Jürgen Trittin, dann müsste man die Verbandsklage auf globaler Ebene einführen, sodass NGOs vor einem internationalen Umweltgericht gegen Einzelpersonen, Industrieunternehmen oder ganze Staaten vorgehen könnten: «Denkbar wäre, ein solches Schiedsgericht beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzusiedeln oder im Kompetenzbereich einer weiterentwickelten UNEP.»<sup>(5)</sup>

Tatsächlich übernehmen die NGOs gemäss den Richtlinien der Agenda 2030 die

Funktion einer internationalen Polizei, welche die Durchführung von UNO-Beschlüssen vor Ort überwachen und direkt gegen Verstösse vorgehen. Darüber hinaus lassen viele NGOs keinen Zweifel daran, dass letztlich die USA das Hauptziel ihrer Anklagen sind. Zum Beispiel erklärte Hubert Weinzierl, 2002 Präsident der deutschen Naturschutzorganisation «Deutscher Naturschutzring»: «Wer wie die Amerikaner für 25 Prozent der vom Menschen verursachten Treibhausgase verantwortlich ist und gleichzeitig das Klimaschutzabkommen von Kyoto boykottiert, gehört auf die Anklagebank eines noch zu schaffenden internationalen Umweltgerichtshofs.»<sup>(6)</sup>

Die besondere Abneigung gegen die USA sollte nicht verwundern, schliesslich galten die Vereinigten Staaten von Amerika schon

seit Beginn der sowjetischen Langzeitstrategie als ihr Hauptgegner, der in ihrer Endphase politisch zu isolieren und mit einer Palette verschiedenster Methoden niederzuringen sei, zu denen auch internationale juristische Mittel gehören. Klaus Schwab findet ebenfalls in seinem Buch «COVID-19: The Great Reset» besonders entschiedene Worte gegen die «unsoziale» bzw. noch nicht komplett sozialistisch umerzogene USA (Ausgabe 40). (tk/tm)

Quellen:

1. Viktor Suworow, GRU - Die Speerspitze, Scherz Verlag, 1985, S.99
2. The London Times, 4. August 1975
3. Gary Allen, Die Insider Band II, VAP-Verlag 1995, S.186
4. Elaine Dewar, Cloak of Green; James Lorimer & Company Publishers 1995, S.296
5. Jürgen Trittin, Welt Um Welt, Aufbau Verlag, 2002, S.172
6. Deutscher Naturschutzring (DNR), USA führen Krieg gegen die Natur, 14.08.2002





BlackRock

JPMorganChase

Vanguard



„Eine Gruppe grüner Aktivisten könnte vor einem Kohlekraftwerk demonstrieren, um eine striktere Durchsetzung der Umweltschutzbestimmungen zu fordern, während eine Gruppe von Investoren im Sitzungssaal dasselbe tut, indem sie dem Werk den Zugang zu Kapital entzieht.“

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.173

**Entlarvend: Schwab bringt in diesem Textteil die eigentlich heute schon bestehende Einheit von Hochfinanz und Klimaaktivisten zur Sprache.**

## Wer war Maurice Strong?

Wie die kanadische Journalistin Elaine Dewar berichtete, war es ausgerechnet Maurice Strong, der das Weltwirtschaftsforum (WEF) Anfang der 80er-Jahre dazu veranlasste, den Umweltschutz auf die Tagesordnung der Davos-Konferenzen zu setzen.<sup>(1)</sup>

Strong war nicht nur Vize-Vorsitzender des WEF, sondern auch der Vorsitzende des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), der die beiden wegweisenden Umweltkonferenzen in Stockholm 1972 und Rio de Janeiro 1992 leitete (siehe S.39 ff.). Der 1929 geborene kanadische Milliardär, der Gorbatschow zu seinen Freunden zählte, war schon seit jungen Jahren ein bekennender Marxist, der sich selbst mit den Worten beschrieb: «Von der Ideologie her bin ich Sozialist, vom Lebensstil und der Methode her ein Kapitalist.»<sup>(2)</sup>

Strong's steile Karriere begann, als er schon in jungen Jahren in New York eine Stelle bei der UNO fand, wo er mit David Rockefeller in Kontakt kam, mit dem ihn anschließend eine lebenslange Freundschaft und Geschäftsbeziehung verband.<sup>(3)</sup>

### Strong's bekannte Cousine

Es ist zu vermuten, dass seine verwandtschaftlichen Verbindungen dabei eine Rolle spielten, denn Maurice Strong's

ältere Cousine Anna Louise Strong war in den 1920er- und 1930er-Jahren die wohl bekannteste und einflussreichste Kommunistin Amerikas, die mit den Führern der kommunistischen Welt von Leo Trotzki bis Zhou Enlai und Mao Tse-tung persönlich bekannt war.

Schon 1921 war Anna Louise Strong in die Sowjetunion gereist, wo sie Mitglied der Komintern wurde, deren Aufgabe es

war, nichtkommunistische Staaten von innen heraus zu schwächen oder gar die Machtübernahme der Kommunisten durch Revolutionen oder Wahlen herbeizuführen. In den 1930er-Jahren heiratete sie den stellvertretenden sowjetischen Landwirtschaftsminister Joel Shu-bin, der später Stalins Terror zum Opfer fiel. Anschließend reiste Anna Louise Strong nach China, wo sie während des Bürgerkriegs zwei



Maurice Strong's Cousine Anna Louise Strong 1967 im Gespräch mit dem kommunistischen Diktator Mao Tse-tung





„**«[Maurice Strong] war ein grossartiger Visionär, der in seinem Denken immer unserer Zeit voraus war. Er war mein Mentor seit der Gründung des Forums: ein grossartiger Freund; ein unverzichtbarer Berater; und viele Jahre lang Mitglied unseres Stiftungsrates. Ohne ihn hätte das [WEF] seine gegenwärtige Bedeutung nicht erreicht.»**



*Klaus Schwab in seinem Nachruf auf Maurice Strong*

Quelle: weforum.org, Maurice Strong: an appreciation, 29.11.2015

Jahre mit Mao Tse-tung und dessen zweiten Mann Zhou Enlai verbrachte. Als sie 1970 starb, wurde ihr Begräbnis vom damaligen Staatspräsidenten Zhou Enlai persönlich organisiert, was zeigt, welchen Stellenwert Anna Louise Strong im kommunistischen China genoss.<sup>(4)</sup> Ausserdem pflegte sie intensiven Briefkontakt zu Eleanor Roosevelt – zur Ehefrau des Präsidenten, der die USA sozialistisch umgestaltet und Stalin mit Milliardenhilfen ausgestattet hatte (Ausgaben 28,30,40,41).

Ähnlich wie Armand Hammer und Cyrus Eaton (Ausgabe 41) stieg auch Maurice

Strong ins Ölgeschäft ein. Später wurde er stellvertretender Minister in Kanadas Entwicklungshilfeministerium und während dieser Zeit war Strong auch aktiv daran beteiligt, eine Annäherung zwischen der Sowjetunion und dem Westen herzustellen, was Teil von Phase 1 und 2 der sowjetischen Langzeitstrategie war (Ausgabe 41).<sup>(5)</sup>

## Ein weiterer Mentor Schwabs

Im Jahr 1971 avancierte er schliesslich zum Treuhänder der Rockefeller-Stiftung,

die an der Finanzierung der beiden wichtigsten UNO-Umweltkonferenzen beteiligt war, und behielt diese Position bis 1977.<sup>(6)</sup> Strong machte nie einen Hehl daraus, welchem politischen Lager seine Sympathien galten. Ähnlich wie seine Cousine hatte auch Maurice Strong beste Beziehungen nicht nur nach Moskau, sondern ebenso nach Peking. Seiner Ansicht nach war es an der Zeit, dass die Volksrepublik China die USA als führende Supermacht der Erde ablöse, und wie es scheint nutzte Strong die ihm zur Verfügung stehende Macht, um diese Entwicklung nach Kräften zu beschleunigen.<sup>(7)</sup>

Vor dem Hintergrund der aktuellen «Corona-Krise» und des Great Reset gibt es zu denken, dass Klaus Schwab in seinem Nachruf auf den 2015 verstorbenen Strong die folgenden Worte fand: **«[Maurice Strong] war ein grossartiger Visionär, der in seinem Denken immer unserer Zeit voraus war. Er war mein Mentor seit der Gründung des Forums: ein grossartiger Freund; ein unverzichtbarer Berater; und viele Jahre lang Mitglied unseres Stiftungsrates. Ohne ihn hätte das Forum seine gegenwärtige Bedeutung nicht erreicht.»**<sup>(8)</sup> (tk/tm)



Anna Louise Strong's Grab in Peking. Als sie 1970 starb, wurde ihr Begräbnis vom damaligen Staatspräsidenten Zhou Enlai persönlich organisiert, was zeigt, welchen Stellenwert Anna Louise Strong im kommunistischen China genoss.

### Quellen:

1. Elaine Dewar, Cloak of Green; James Lorimer & Company Publishers 1995, S.311
2. The New Republic, «Who is Maurice Strong», 01.09.1997
3. Elaine Dewar, Cloak of Green; James Lorimer & Company Publishers 1995, S.259 f.
4. Ebenda, S.255
5. Ebenda, S.259 f.
6. Ebenda, S.277
7. Donald McAlvany, Toward a New World Order: The Countdown to Armageddon, S.328 f.
8. weforum.org, Maurice Strong: an appreciation, 29.11.2015





## Michail Gorbatschows neue Rolle als «Umweltschützer»

Nachdem die «68er»-Bewegung im Verlauf der 1970er-Jahre ihr kommunistisches Erscheinungsbild abgelegt und sich zu Beginn der 1980er-Jahre in Gestalt der Partei «Die Grünen» erfolgreich als politische Kraft etabliert hatte, vollzog sich unter dem Begriff der «Perestroika» eine ähnliche Transformation auch im Ostblock, wo aus dem Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, innerhalb kürzester Zeit ein «Umweltschützer» wurde, der sich anschickte, die nationale rote Revolution der Sowjetunion unter grünem Deckmantel international auszuweiten. Während sich Gorbatschow im Jahr 1990 mit den Worten «Ich bin jetzt, so wie ich es immer war, ein überzeugter Kommunist» noch offen und eindeutig zum Kommunismus bekannt hatte, beantwortete er die Frage nach seinen aktuellen politischen Aktivitäten im November 1993 wie folgt: «Ich verstecke mich nicht im Unterholz. Ich habe eine andere politische Rolle übernommen [...] Ich habe die Verbindung mit der Vergangenheit nicht aufgegeben [...] Ich arbeite an denselben Problemen wie vorher – an Neuem Denken und internationalen Beziehungen.»<sup>(1)</sup>

Mittels der Perestroika ging es nicht nur darum, den Kommunismus, wie von Lenin gefordert, in internationalem Rahmen zu errichten, anstatt nach stalinistischem Muster in nationalem Rahmen, sondern auch darum, für seine Errichtung leninistische Methoden zu verwenden, nämlich «zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit» zu greifen.<sup>(2)</sup>



Das Internationale Grüne Kreuz wurde 1993 von Michail Gorbatschow gegründet. Die «Umweltschutzorganisation» hat ihren Sitz in Genf nahe der UNO und ist auch mit ihr vernetzt.

### Aufhebung der Souveränität

Seit dem Beginn der Perestroika untermauert Gorbatschow seine Forderung nach globaler «Nachhaltigkeit» und «Gerechtigkeit» mit denselben Phrasen, die bereits seit Jahrzehnten von der marxistischen Ökobewegung vorgebracht werden. In seinen Reden und Veröffentlichungen spielte die angebliche Bedrohung der Umwelt durch «Waldsterben», «Ozonloch» und «Treibhauseffekt» eine grosse Rolle.

Genau wie Sacharow verbindet Gorbatschow «Umweltschutz» mit der Forderung nach einer Internationalisierung der Politik, so zum Beispiel im Januar 1990, als er sagte: «Die ökologische Krise, die wir erleben, ist der überzeugende, wenn auch tragische Beweis dafür, dass die Welt tatsächlich zusammenhängend und wechselseitig abhängig ist. [...] Daraus folgt aber, dass eine entsprechende internationale Politik auch im Bereich der Ökologie nötig ist. Nur bei einer solchen Politik, nur gemeinsam können wir die Tragödie verhüten. Die Ausarbeitung einer solchen

Politik wirft natürlich ungewöhnliche und keineswegs einfache Fragen auf, die zuweilen staatliche Souveränität berühren.»<sup>(3)</sup> Es liegt auf der Hand, dass eine internationalisierte Politik die staatliche Souveränität nicht nur berührt, sondern sie begrenzt und schliesslich völlig aufhebt.

### Jährliche Rechenschaftslegung

Auch die nachfolgende Aussage Gorbatschows vom September 1987 belegt, dass die gegenwärtige internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik bereits Jahre zuvor in der Sowjetunion vorgedacht wurde: «Die Probleme der ökologischen Sicherheit betreffen alle, unabhängig von Armut oder Reichtum. Notwendig sind eine globale Strategie für den Umweltschutz und die rationelle Nutzung der Ressourcen. Und wir schlagen auch vor, ihre Ausarbeitung im Rahmen eines UNO-Spezialprogramms in Angriff zu nehmen. [...] Wir meinen, dass dieses Verfahren für rechtsverbindlich erklärt und das Prinzip der jährlichen Rechenschaftslegung der Regierungen über ihre Arbeit auf dem Gebiet des Naturschutzes sowie über ökologische Vorfälle beziehungsweise deren Verhinderung auf dem Territorium ihrer Länder eingeführt werden sollte.»<sup>(4)</sup>

Selbst die beispiellose Medienkampagne, mit der die Öffentlichkeit gegenwärtig dazu erzogen wird, an die kommende Klimakatastrophe zu glauben, hat Michail Gorbatschow schon seit Jahren explizit gefordert: «Die Massenmedien müssen eine entscheidende Rolle bei der Ökologisierung des Bewusstseins spielen, wenn es darum geht, besonnene Verbraucher heranzuzie-



«Die Massenmedien müssen eine entscheidende Rolle bei der Ökologisierung des Bewusstseins spielen, wenn es darum geht, besonnene Verbraucher heranzuziehen, die bereit sind, sich Beschränkungen aufzuerlegen, um die Biosphäre zu schützen und letztlich das Leben auf der Erde zu retten.»

Michail Gorbatschow, 2003

Quelle: Michail Gorbatschow, Mein Manifest für die Erde, Campus Verlag, 2003, S.74

hen, die bereit sind, sich Beschränkungen aufzuerlegen, um die Biosphäre zu schützen und letztlich das Leben auf der Erde zu retten.»<sup>(5)</sup> Diese «ökologische Unterweisung» soll, so Gorbatschow, «bereits auf der Schulbank beginnen und sich ein Leben lang fortsetzen».<sup>(6)</sup>

## Unanfechtbare UNO

Die angeblichen ökologischen Bedrohungen sind für Gorbatschow der Beweis dafür, dass «alle Staaten wechselseitig voneinander abhängig» seien, weshalb die Welt eine gestärkte UNO brauche, deren «Autorität unanfechtbar» sein müsse. Oft benutzte er dafür den Ausdruck «Interdependenz», den auch Schwab in seinem Buch aufgreift (siehe S.43 ff.).<sup>(7)</sup> Daher forderte er, «dem UN-Sicherheitsrat auf diesem Gebiet Vollmacht zu erteilen» und «das UNO-Programm über die Umwelt zur Grundlage einer vollwertigen Weltorganisation zu machen».<sup>(8)</sup>

Darauf aufbauend fährt er fort: «Zahlreiche bereits bestehende internationale Konventionen könnten vereinheitlicht und ihre Umsetzung kontrolliert werden. Und die UNO könnte auch effektiven Druck auf jene Länder ausüben, die die Unterzeichnung und Ratifizierung internationaler Abkommen, Konventionen und Protokolle über Abrüstung, Klimaveränderungen, biologische Vielfalt, Versteppung und Wasserreserven allzu lange aufschieben. Eine andere Idee, zu deren Verwirklichung ich unermüdlich aufrufe, besteht darin, nach

„**«Die Notwendigkeit einer grundlegenden Revision der Beziehungen zwischen dem Menschen und dem Planeten, auf dem er lebt, drang in unser Leben mit Tschernobyl, mit saurem Regen, mit der Erschöpfung der Ozonschicht, mit dem Treibhauseffekt, mit dem Waldsterben und dem Mangel an Süßwasser ein.»**

Michail Gorbatschow,  
KPD/SU-Generalsekretär, am 22. Mai 1990

Quelle: Michail Gorbatschow, *Meine Vision*,  
Horizonte Verlag, 2. Auflage, 1990, S.132 f.



Der Spiegel, 07/1992

**Auffällig ist, dass all diese ach so fatalen «Umweltkrisen» verschwinden, sobald sie nicht mehr medial befeuert werden. Nach dem «Ozonloch» und dem «Waldsterben» (die genauso wie der «menschgemachte Klimawandel» längst widerlegt wurden), kräht kein Hahn mehr.**

dem Vorbild des Menschenrechtstribunals in Den Haag einen Internationalen Ökologischen Gerichtshof zu gründen, der einerseits Schiedsfunktionen wahrnehmen und andererseits sowohl Länder als auch Privatunternehmen verurteilen könnte, die der Umwelt und der Bevölkerung Schaden zugefügt haben.»<sup>(8)</sup>

## Internationale Planwirtschaft

In Gorbatschows Vorstellung sollen also internationale Umweltschutzab-

kommen, wie etwa das Kyoto-Protokoll, den Grundstein einer handlungsfähigen UNO-Weltregierung legen, welche die einstmaligen souveränen Nationalstaaten zu regionalen Verwaltungshelfern degradieren und gleichsam die nationale Rechtsprechung einer internationalen Gesetzgebung unterordnen würde. Damit könnte jedes Land und jedes private Industrieunternehmen, das sich nicht an die willkürlich festgelegten CO<sub>2</sub>-Emissionsquoten der UNO-Umweltbehörde hält, fortan direkt von der UNO bestraft werden, was nichts anderes bedeutet, als dass das privatwirtschaftliche Unternehmertum endgültig abgeschafft und unter Strafandrohung einer internationalen planwirtschaftlichen Kontrolle unterworfen wäre.

Anhand solcher Zitate wird deutlich, dass der einstige KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow den Kommunismus mit seinem Wandel zum Umweltschützer nicht abgeschafft, sondern lediglich umgestaltet hat, und zwar entsprechend den Vorgaben der sowjetischen Langzeitstrategie, welche den Ausführungen Andrei Sacharows entsprechen und deren Grundzüge bis in die Zeit Nikita Chruschtschows zurückreichen (siehe S.28 ff.). (tk)

### Quellen:

1. Christopher Story, European Union Collective, Edward Harle Limited, 1997, S.40
2. W.I.Lenin, *Ausgewählte Werke*, Ostberlin 1953, Bd.II, S.701
3. Michail Gorbatschow, *Meine Vision*, Horizonte Verlag, 2. Auflage, 1990, S.134
4. Ebenda, S.119
5. Michail Gorbatschow, *Mein Manifest für die Erde*, Campus Verlag, 2003, S.74
6. Ebenda, S.75
7. Ebenda, S.85/64
8. Ebenda, S.66 ff.



„**«Wir sollten einen existierenden Mechanismus benutzen, und ich denke, [die UN-Vertreterin] Sofia hat Recht, wenn sie sagt, dass die UNO die Basis der Operationen ist. [...] Wir müssen den Nationen klarmachen, wieviel zur Verfügung gestellt werden müsste, um diese Krankheit einzudämmen. So kann Druck ausgeübt werden, um sicherzustellen, dass die Staaten das machen, was der grössere Plan vorsieht.»**

Avril Haines, unter Joe Biden zur Direktorin der US-Nachrichtendienste ernannt, bei der Übung Event 201, welche die «Corona-Pandemie» bereits im Oktober 2019 vorwegnahm

Quelle: youtube.com, Event 201 Pandemic Exercise: Segment 1, Intro and Medical Countermeasures (MCM) Discussion, 04.11.2019, 48:29



Foto: veni markovski  
([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mikhail\\_Gorbachev\\_-\\_May\\_2010.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mikhail_Gorbachev_-_May_2010.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

„**«Und die UNO könnte auch effektiven Druck auf jene Länder ausüben, die die Unterzeichnung und Ratifizierung internationaler Abkommen, Konventionen und Protokolle über Abrüstung, Klimaveränderungen, biologische Vielfalt, Versteppung und Wasserreserven allzu lange aufschieben.»**

Michail Gorbatschow, 2003

Quelle: Michail Gorbatschow, *Mein Manifest für die Erde*, Campus Verlag, 2003, S.66 ff.





## EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Dass die Einführung einer Planwirtschaft unter dem Deckmantel des Umweltschutzes Teil der sowjetischen Langzeitstrategie war, ist klar nachvollziehbar. Sowohl das Politbüromitglied Iwan Frolow als auch der Pseudo-Dissident Andrei Sacharow «warnten» in den 70er- und 80er-Jahren vor «ungünstigen Klimaveränderungen» bzw. einer «Klimakatastrophe». Auch die vermeintlichen Phänomene «Waldsterben» und «Ozonloch», die sich beide längst als Unwahrheit entpuppten, wurden von Frolow und Sacharow als real beschrieben. Frolow betonte auch, dass die Ökologie schon in den 50er-Jahren Einzug in die sowjetische Strategie hielt. Er sprach auch über die tragende Rolle, welche die traditionell von Moskau kontrollierten kommunistischen Parteien bereits in den 1960er-Jahren beim Aufbau der Ökobilogbewegung in den westlichen Staaten spielten, also viele Jahre bevor das «Waldsterben», das «Ozonloch» und die «Klimakatastrophe» ins Bewusstsein der westlichen Öffentlichkeit drangen und mehr als ein Jahrzehnt, bevor die ersten «grünen» Parteien gegründet wurden.

Die Verbündeten der Kommunisten im Westen veranstalteten 1972 in Stockholm die «Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen», auf welcher der Grundstein für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gelegt wurde. Während die sowjetische Subversion vor allem die «68er»-Bewegung für planwirtschaftlichen «Umweltschutz» und die Sabotage der Energieversorgung im Westen instrumentalisierte, gründeten und finanzierten die Bankier-Kreise zahlreiche NGOs, die sich denselben «Umweltaktivismus» auf die Fahne schrieben. Heute sehen wir deren nicht weniger radikale Nachfolger in Aktion, die im Zuge der «Fridays For Future»-Proteste ihre Eltern als «Klimasünder» brandmarken oder gar einen «Klimanotstand» einfordern.

Geleitet wurde die Umweltkonferenz in Stockholm von dem Rockefeller-Vertrauten Maurice Strong, der anschliessend als Exe-

kutivdirektor die Leitung des UNEP übernahm. Maurice Strong ist eine weitere Schlüsselfigur in der unheiligen Allianz zwischen Finanzmännern und Marxisten. Zwei Tatsachen stechen ins Auge: Nicht nur dass Strong bekennender Sozialist war, sondern auch, dass seine Cousine Anna Louise Strong in den 1920er- und 1930er-Jahren die wohl bekannteste und einflussreichste Kommunistin Amerikas war und die Führer der kommunistischen Welt von Leo Trotzki bis Zhou Enlai und Mao Tse-Tung persönlich kannte.

Auch beim WEF war Maurice Strong in einer leitenden Position. Wie die kanadische Journalistin Elaine Dewar berichtete, war es ausgerechnet Maurice Strong, der das WEF Anfang der 80er-Jahre dazu veranlasste, den Umweltschutz auf die Tagesordnung der Davos-Konferenzen zu setzen. Auch in die Pseudo-Liberalisierung der Sowjetunion war Maurice Strong gemeinsam mit Klaus Schwab eingebunden. In seinem Nachruf auf den 2015 verstorbenen Strong schrieb Schwab: «Ohne ihn hätte das Forum seine gegenwärtige Bedeutung nicht erreicht.»

Auch der weiterhin überzeugte Kommunist Michail Gorbatschow wurde nach dem «Untergang» des Sowjet-Systems innerhalb kürzester Zeit zum «Umweltschützer», der sich unter grünem Deckmantel für Planwirtschaft und eine Weltregierung aussprach. Anhand von Gorbatschows Aussagen wird deutlich, dass der KPdSU-Generalsekretär den Kommunismus mit seinem Wandel zum Umweltschützer nicht abgeschafft, sondern lediglich umgestaltet hat und zwar entsprechend den Vorgaben der sowjetischen Langzeitstrategie.

Gorbatschow sollte auch eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der Agenda 2030 spielen, um die es im nächsten Teil gehen wird.

► Fortsetzung auf Seite 65



Maurice Strong (rechts) neben Michail Gorbatschow

«Wir haben nur noch 10 Jahre, um die [Umwelt]Katastrophe zu stoppen.»

Maurice Strong im Jahr 1972

Quelle: twitter.com, Bjorn Lomborg, 08.08.2021



«Die einzige Chance, [eine Erwärmung über 2 oder über 1,5 Grad zu verhindern,] ist, wenn wir schnell die Emissionen herunterfahren. Das muss praktisch in diesem Jahrzehnt passieren.»

Jochem Marotzke, Direktor am Max-Planck-Institut für Meteorologie und einer der Leitautoren des neuen Weltklimarat-Berichts

Quelle: mpg.de, Dürren und Überschwemmungen werden häufiger und heftiger, 09.08.2021

5



A billion people will be displaced by climate change

Die Gruselpropaganda für das Schreckgespenst «menschgemachter Klimawandel» wird auch in dem WEF-Video «Acht Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030» verbreitet. Die Erdoberfläche sei bald in vielen Ländern ausgetrocknet und die Menschen seien schuld daran – Beweise dafür: keine. Dazu heisst es: «Eine Milliarde Menschen werden durch den Klimawandel vertrieben werden.»

Wie oft muss der Klima-Fehlalarm noch ausgerufen und Klima-Deadlines überschritten werden, damit der breiten Bevölkerung auffällt, dass es nie um die Rettung des Klimas, sondern immer um die ökosozialistische «Umgestaltung» (Perestroika) der Welt ging?

**Auf einen Blick**

► 1987 erstellter Bericht, aus dem später die Agenda 21 bzw. Agenda 2030 hervorging, basierte auf dem Programm der Sozialistischen Internationale.

► Bei der Einführung des Begriffs «Nachhaltige Entwicklung» (Planwirtschaft unter dem Deckmantel des Umweltschutzes) in die internationale Politik war der Rockefeller-Mann Maurice Strong omnipräsent.

► Aktuelle Rhetorik von Schwab fast identisch mit der von Maurice Strong und Michail Gorbatschow

## Der Weg zur Agenda 2030

Einige Jahre nachdem die Ökologie als Werkzeug der Revolution Einzug in die sowjetische Strategie gehalten hatte (siehe S.28 ff.) und der gesteuerte «Dissident» Andrei Sacharow die Errichtung einer Weltregierung mit der Begründung einer kommenden Umweltkatastrophe gefordert hatte, begann das Thema «Umweltschutz» wie durch «Geisterhand» auch auf UNO-Ebene aktuell zu werden, und so fand im Jahr 1972 in Stockholm die «Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen» statt, auf welcher der Grundstein für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gelegt wurde. Geleitet wurde diese Konferenz von dem Rockefeller-Vertrauten Maurice Strong (siehe S.34 f.). In seiner Eröffnungsrede warnte Strong vor der globalen Erwärmung, der Zerstörung der Wälder, dem Verlust der Artenvielfalt, den verschmutzten Weltmeeren und der Überbevölkerung und forderte bereits damals eine Energiesteuer, mit der die Errichtung einer grossen UNO-Bürokratie zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung finanziert werden



Das Logo der Sozialistischen Internationale

Foto: World Economic Forum ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gro\\_Harlem\\_Brundtland,\\_World\\_Economic\\_Forum\\_1989.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gro_Harlem_Brundtland,_World_Economic_Forum_1989.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>

Gro Harlem Brundtland, damals Vizepräsidentin der Sozialistischen Internationale und vielleicht wichtigste Urheberin der Agenda 2030, 1989 neben Klaus Schwab in Davos.

sollte. <sup>(1)</sup> Im selben Jahr erschien auch der berühmte Bericht des Club of Rome mit dem Titel «Die Grenzen des Wachstums» (siehe S.28).

### «Unsere gemeinsame Zukunft»

Noch während Gorbatschow mit der Perestroika beschäftigt war, setzte die UNO die «Weltkommission für Umwelt und Entwicklung» ein, deren Vorsitz die Vizepräsidentin der Sozialistischen Internationale Gro Harlem Brundtland übernahm und an der erneut Maurice Strong beteiligt war. Diese Kommission veröffentlichte 1987 unter dem Titel «Unsere gemeinsame Zukunft» ein ökosozialistisches Manifest, in dem erstmals das Konzept der «nachhaltigen Entwicklung» definiert wurde, aus dem später die Agenda 21 bzw. Agenda 2030 hervorging. Basis dieses Konzepts war, wie Brundtland freimütig bekannte, das Programm der Sozialistischen Internationale (siehe S.78 f.). <sup>(2)</sup>

Die Arbeit der Brundtland-Kommission diente als Auftakt für eine neue UNO-Konferenz, welche der Entwicklung, die 1972

auf internationaler Ebene ihren Anfang genommen hatte, endlich zum Durchbruch verhelfen sollte. Erneut war es der Rockefeller-Vertraute Maurice Strong, der zum 20. Jahrestag der Stockholmer Konferenz mit der Organisation eines neuen Weltgipfels beauftragt wurde, der 1992 in Rio de Janeiro stattfinden sollte. Finanziert wurde seine Arbeit auch dieses Mal wieder durch die Stiftungen der internationalen Hochfinanz. Doch anders als in den Jahrzehnten zuvor konnte Strong nun auch direkt durch die sowjetische Propaganda unterstützt werden, schliesslich war das kommunistische Lager durch Gorbatschows Charmeoffensive mittlerweile gesellschaftsfähig geworden.

### Senkung des Lebensstandards

Während der Vorbereitung dieses Gipfels in Rio äusserte Strong, dass die Industrieländer beim Übergang in eine «nachhaltige» – Euphemismus für sozialistische – Zukunft die Führung übernehmen müssten, denn «sie haben nicht-nachhaltige



Der Bericht «Unsere gemeinsame Zukunft», Grundlage der Agenda 2030, 1987 federführend entworfen von Gro Harlem Brundtland, Vizepräsidentin der Sozialistischen Internationale. Ein ursprünglicheres Dokument wurde allerdings bereits 10 Jahre zuvor von der Rockefeller-Stiftung erstellt (siehe S.46 ff.).





**Gro Harlem Brundtland war einst Vizepräsidentin der Sozialistischen Internationalen.**



**Sie ist die geistige Mutter der Agenda 2030 (Ökosozialismus).**

**Heute ist sie Vorsitzende von GPMB (Projekt von WHO und Weltbank).**



**Im September 2019 kündigte GPMB eine Pandemie an, die der «Corona-Pandemie» sehr ähnlich ist.**

Foto: Sandra Skillingsås, Arbeiderpartiet

**GPMB verknüpfte die Pandemie mit den Themen, die auf der Agenda-2030-Liste stehen: Die angebliche Zerstörung der Umwelt führe zu mehr Pandemien.**

**Brundtland treibt die Agenda 2030 heute also als «Seuchen-Expertin» voran.**



Logo der Erd-Charta. Eine «Deklaration grundlegender ethischer Prinzipien für eine nachhaltige Entwicklung». 1987 entworfen von Maurice Strong, Michail Gorbatschow und dem Club of Rome. Sie ist die Grundlage der «Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung».



Logo der «Kommission der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung» deren Aufgabe es war, die Fortschritte der «Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung» aus dem Jahr 1992 zu überwachen. 2013 wurde sie durch das «Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung» abgelöst.



**Earth Council Geneva**

Logo der Maurice Strong nahestehenden Stiftung «Earth Council» in Genf.

➔ Produktions- und Konsummuster entwickelt und davon profitiert [...]. Und hauptsächlich sie haben die Mittel und die Verantwortung, sie zu ändern [...] Es ist klar, dass der gegenwärtige Lebensstil und die Konsummuster der reichen Mittelschicht - mit hohem Fleischkonsum, dem Verzehr grosser Mengen von Tiefkühl- und Fertiggerichten, dem Verbrauch von fossilen Brennstoffen, dem Besitz von Kraftfahrzeugen und kleinen Elektrogeräten, mit Klimaanlage zu Hause und bei der Arbeit und mit einem Leben in Wohngebieten - nicht nachhaltig sind. Eine Veränderung ist notwendig hin zu einem Lebensstil, der weniger auf die Umwelt schädigende Konsummuster angelegt ist.»<sup>(2)</sup>

Angesichts solcher Aussagen gewinnt man den Eindruck, als seien die Bürger der westlichen Welt für die Vertreter der internationalen Hochfinanz und ihre roten Genossen nichts weiter als unnötige Esser. Auch Aussagen von Klaus Schwab und dem WEF sind an Feindlichkeit gegenüber menschlichem Leben kaum zu überbieten, wie wir bereits in Ausgabe 40 herausgearbeitet haben.

## Klimarahmenkonvention & Co.

Die zukünftige internationale Verfassung, an der in Rio gearbeitet wurde, trägt seither den offiziellen Arbeitstitel «Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung». Ihr zugrunde liegt die sogenannte «Erd-Charta», die ein gemeinsames Projekt von Michail Gorbatschow und Maurice Strong darstellt.

Ein Resultat der Rio-Konferenz war die Unterzeichnung der Klimarahmenkonvention, aus der 1997 schliesslich das berühmte Kyoto-Protokoll hervorging, das seither die Kohlendioxidemissionen und damit verbunden die Wirtschaftsleistung der westlichen Unterzeichnerstaaten planmässig beschneidet. Weitere bedeutende Ereignisse waren die Unterzeichnung der Biodiversitäts-Konvention (siehe S.61 f.) zur schleichenden Verstaatlichung von Grund und Boden sowie der Agenda 21 (neu: Agenda 2030), mit deren Richtlinien die gesamte Welt einheitlich sozialistisch durchorganisiert werden soll (siehe S.45 ff.). Direkt im Anschluss an die Rio-Konfe-

renz wurde die «Kommission der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung» (CSD, inzwischen durch Nachfolgeorganisation ersetzt) gegründet, deren Aufgabe es seither ist, die Fortschritte der «Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung» sowie der Agenda 21/2030 zu überwachen, womit die Forderung Gorbatschows nach einer «jährlichen Rechenschaftslegung der Regierungen über ihre Arbeit auf dem Gebiet des Naturschutzes» aus dem Jahr 1987 erfüllt wurde (siehe S.36).<sup>(3)</sup>

Dieser Kommission und ihrer Nachfolgeorganisation obliegt es auch, «den Dialog» zwischen den nationalen Regierungen und den von der UNO für wichtig befundenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu fördern, womit nichts anderes gemeint ist, als den Einfluss dieser NGOs auf die Regierungen zu vergrössern. Wie die Journalistin Elaine Dewar berichtet, wird die Arbeit dieser Kommission ihrerseits durch eine NGO überwacht, die unter dem Namen «Earth Council» (Rat der Erde) eigens zu diesem Zweck gegründet wurde. Ihr erster Vorsitzender hiess: Maurice Strong.<sup>(4)</sup>

## NGOs in Rio

Um eine Beteiligung zivilgesellschaftlicher Graswurzel-Organisationen vorzutäuschen, nahmen am Erdgipfel in Rio de Janeiro neben den 172 Regierungsvertretern auch 2400 Vertreter von NGOs teil, während weitere 17.000 «Beobachter» am gleichzeitig stattfindenden NGO-Forum anwesend waren. Selbstverständlich waren alle NGOs, die für diesen Gipfel zugelassen wurden, bereits im Vorfeld handverlesen, das heisst, dass nur solche Gruppen teilnehmen konnten, die mit den ideologischen Zielen der UNO grundsätzlich übereinstimmten.

Die Rio-Konferenz im Juni 1992 markierte den Beginn jener beispiellosen Klimaschutzhysterie, die seither die Schlagzeilen der Massenmedien bestimmt und mit der die «nachhaltige Entwicklung» zur obersten Maxime auf allen Ebenen des politischen Lebens gemacht wurde, bis hinunter in die Stadt- und Gemeinderäte, ohne dass die Masse der alltäglich davon betroffenen Menschen realisieren würde, was dies bedeutet, nämlich die schleichende Einführung einer sozialistischen



Auch bei der Rio-Konferenz 1992 durfte ein Kind den Anwesenden ins «Gewissen» reden: Die Kanadierin Severn Cullis-Suzuki, die bis heute als «Umweltaktivistin» aktiv ist. Erinnernte man sich an sie zurück, als man Ende 2018 Greta Thunberg «entdeckte»?

Gesellschaftsform, welche das Ende der für westliche Bürger so selbstverständlichen individuellen Freiheit mit sich bringt und das langsame Ausbluten des Mittelstandes einläutet. Viele Leute bemerken zwar schmerzlich, dass ihre Ausgaben für Strom, Heizöl und inzwischen auch für Lebensmittel immer weiter steigen und dass ihre Arbeitsplätze in Gefahr sind, doch den Zusammenhang mit der

vorsätzlichen, «nachhaltigen» Senkung des westlichen Lebensstandards erkennen sie nicht. (tm/tk)

### Quellen:

1. Elaine Dewar, Cloak of Green; James Lorimer & Company Publishers 1995, S.279
2. Dixy Lee Ray, Environmental Overkill, Regnery Gateway, 1993, S.4 f.
3. Michail Gorbatschow, Meine Vision, Horizonte Verlag, 2. Auflage, 1990, S.119
4. Elaine Dewar, Cloak of Green; James Lorimer & Company Publishers 1995, S.404

## Klaus Schwabs und Sacharows «Konvergenz»



„«Sieg des linken, reformistischen Flügels der Bourgeoisie, der in seiner Tätigkeit das Programm der Annäherung (<Konvergenz>) an den Sozialismus annimmt, das heisst das Programm sozialer Reformen, friedlicher Koexistenz und der Zusammenarbeit mit dem Sozialismus in weltumfassendem Massstab und einer Änderung der Eigentumsstruktur [...] [Diese] sozialistische Konvergenz führt [...] zur Glättung der Unterschiede in der sozialen Struktur, [...] zur Schaffung einer Weltregierung und zum Ausgleich nationaler Widersprüche.»

Prognose des sowjetischen Pseudodissidenten Andrei Sacharow für die Zukunft des Westens, 1968

Quelle: Andrei Sacharow, Wie ich mir die Zukunft vorstelle, Diogenes Verlag, 1968, S.82 ff.

„«In all diesen Ländern [arme Länder] könnte die Covid-Krise den schrittweisen Konvergenzprozess beenden, der hoch entwickelte Länder und Schwellen- bzw. Entwicklungsländer einander näher bringen sollte.»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.86



„«Doch die Originalidee [beim Treffen der Trilateralen Kommission in Moskau, siehe S.25 f.] war etwas, was von den Beteiligten <Konvergenz> genannt wurde, wonach die Sowjetunion sich etwas abmildern und mehr sozialdemokratisch, während Westeuropa sozialdemokratisch und sozialistisch werden sollte. Danach hätte man die Konvergenz erreicht und die Strukturen würden zueinander passen. Daher wurden die Strukturen der EU anfänglich so konstruiert, dass sie dem Ziel entsprachen, zu den sowjetischen Strukturen zu passen. Nicht von ungefähr sind beide Systeme in ihrer Funktionsweise und ihren Strukturen einander so ähnlich.»

Wladimir Bukowski, russischer Dissident und Publizist, 2006

Quelle: brusselsjournal.com, Former Soviet Dissident Warns For EU Dictatorship, 27.02.2006



«Konvergenz» war für Andrei Sacharow schon in den 60er-Jahren der Begriff, mit dem er die kommende Verschmelzung des Westens mit dem Osten zu einem weltweiten sozialistischen System beschrieb. Mehr als 50 Jahre später greift Klaus Schwab in seinem Buch auf genau diese Formulierung zurück, ebenso wie auf Gorbatschows «Interdependenz» (siehe S.43 f.).





### Aussage eines Milliardärs!

«Es ist klar, dass der gegenwärtige Lebensstil und die Konsummuster der reichen **Mittelschicht** - mit hohem Fleischkonsum, dem Verzehr grosser Mengen von Tiefkühl- und Fertiggerichten, dem Verbrauch von fossilen Brennstoffen, dem Besitz von Kraftfahrzeugen und kleinen Elektrogeräten, mit Klimaanlage zu Hause und bei der Arbeit und mit einem Leben in Wohngebieten - nicht nachhaltig sind. Eine Veränderung ist notwendig hin zu einem Lebensstil, der weniger auf die Umwelt schädigende Konsummuster angelegt ist.»

*Maurice Strong, einst Vize-Vorsitzender des WEF*

Quelle: Dixy Lee Ray, Environmental Overkill, Regnery Gateway, 1993, S.4 f.

COVID-19:  
THE GREAT  
RESET

### Aussage des Gründers eines Milliardär-Clubs!

«Wenn wir in der Zeit nach der Pandemie beschliessen, unser Leben wieder genauso weiterzuführen wie zuvor (indem wir die gleichen Autos fahren, die gleichen Ziele anfliegen, die gleichen Dinge essen, unser Haus auf die gleiche Weise heizen usw.), dann ist die Covid-19-Krise klimapolitisch gesehen umsonst gewesen. Wenn wir hingegen einige der Gewohnheiten, die wir während der Pandemie gezwungenermassen annehmen mussten, als strukturelle Verhaltensänderungen in die Zeit nach Corona hüberretten können, könnte das Ergebnis für das Klima ganz anders aussehen. Weniger pendeln, etwas mehr im Homeoffice oder mobil arbeiten, Radfahren und zu Fuss gehen statt mit dem Auto fahren, um die Luft in unseren Städten so sauber zu halten, wie sie während der Lockdowns war, Urlaub in der Nähe des Wohnorts: All dies könnte im richtigen Mass zusammengekommen zu einer nachhaltigen Verringerung der Kohlenstoffemissionen führen.»

*Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.165-166*

Schwab scheint dazugelernt zu haben, denn die Mittelschicht (im Marxismus «Bourgeoisie» genannt) greift er in seinem Buch zwar an (Ausgabe 40), doch vermeidet im Gegensatz zu Maurice Strong zumindest das Wort «Mittelschicht».



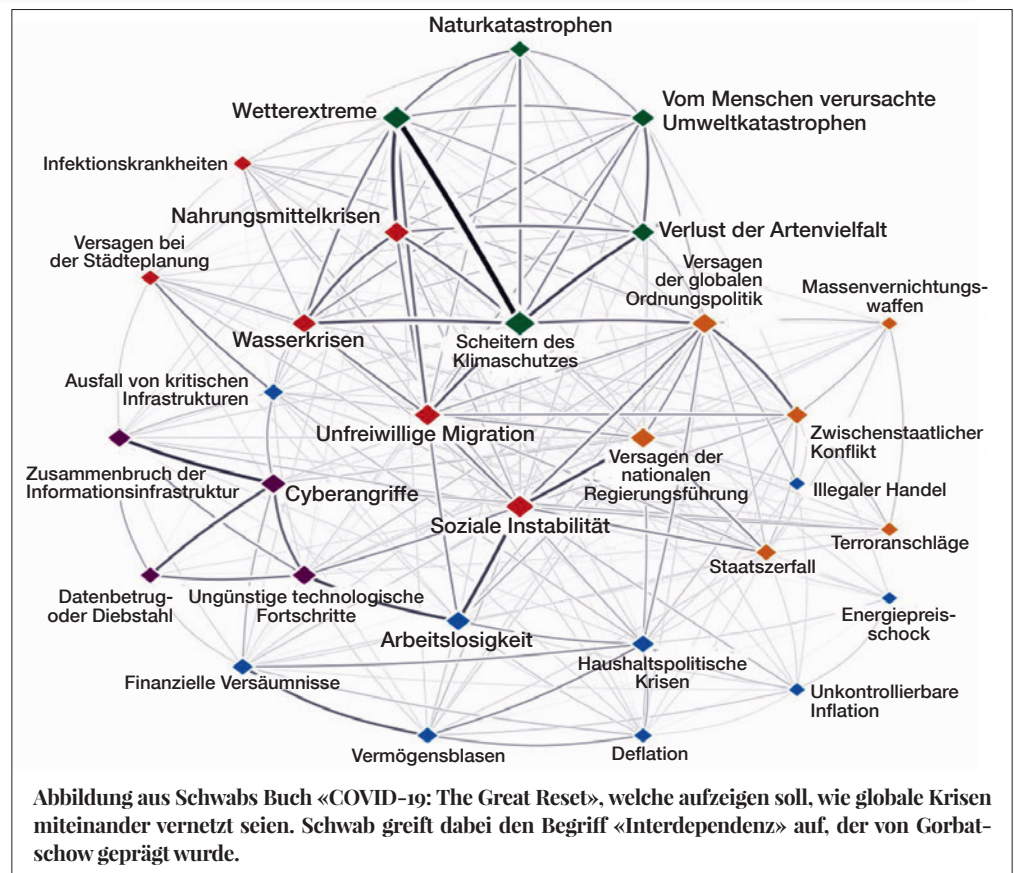
In entlarvenden Videos wie «Lockdowns verbessern leise Städte rund um die Welt!» freute sich das WEF förmlich darüber, dass dem Wohlstand des Normalbürgers 2020 der Garaus gemacht wurde.

# Klaus Schwabs und Gorbatschows «Interdependenz»

**M**ikhail Gorbatschow wiederholte in den 1980er-Jahren gebetsmühlenartig das Schlagwort «Interdependenz», was so viel bedeutet wie eine wechselseitige Abhängigkeit der verschiedenen Staaten. Diese Abhängigkeit müsse durch die Vereinten Nationen oder gar eine Art Weltregierung koordiniert werden, so Gorbatschows Schlussfolgerung.

«Ausdrücklich hatte Gorbatschow bereits in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen von der Interdependenz aller nationalen bzw. regionalen Probleme und von den gemeinsamen Aufgaben der Weltgesellschaft gesprochen. Und daraus wiederum hatte er die Berechtigung einer – freilich reformierten – UNO abgeleitet, auch mit den Mitteln der Gewalt «rule of law» durchzusetzen», schrieb die TAZ 1991.<sup>(1)</sup>

Schwab verwendet dieselbe Terminologie mehrmals in seinem Buch «COVID-19: The Great Reset»:



## Buchauszug



«Müsste man das Wesen des 21. Jahrhunderts mit nur einem Schlagwort beschreiben, dann wäre dies **Interdependenz**. Sie ist ein Nebenprodukt der Globalisierung und des technologischen Fortschritts und kann im Wesentlichen als die Dynamik der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen den Komponenten definiert werden, aus denen sich ein System zusammensetzt. Der Riesenfortschritt der Globalisierung und Technologie in den letzten Jahrzehnten hat einige Experten zu der Aussage veranlasst, dass die Welt nun «hypervernetzt» sei – eine Variante der Interdependenz auf Steroiden! Was bedeutet diese Interdependenz in der Praxis? Ganz einfach, dass die Welt «verkettet» oder miteinander verflochten ist. In den frühen 2010er-Jahren gab Kishore Mahbubani, ein Wissenschaftler und ehemaliger Diplomat aus Singapur, diese Realität mit der Bootmetapher wieder: «Die 7 Milliarden Menschen, die den Planeten Erde bewohnen, leben nicht mehr in mehr als einhundert separaten Booten [Ländern]. Stattdessen leben sie alle in 193 separaten Kabinen auf demselben Boot.» Er wollte damit sagen, dass dies eine der größten Transformationen sei, die es je gegeben hat. Im Jahr 2020 kam er im Kontext der Pandemie auf diese Metapher zurück und schrieb: «Wenn wir 7,5 Milliarden Menschen jetzt auf einem virusinfizierten Kreuzfahrtschiff zusammengepfercht sind, macht es dann Sinn, nur unsere eigenen Kabinen zu reinigen und zu schrubben und dabei die Gänge und Luftschächte draussen zu ignorieren, durch die sich das Virus ausbreitet? Die Antwort lautet eindeutig nein. Und trotzdem haben wir genau das getan. [...] Da wir jetzt alle im selben Boot sitzen, muss sich die Menschheit um dieses eine Boot als Ganzes kümmern.»

Eine **interdependente** Welt ist eine Welt der tiefen systemischen Vernetzung, in der sich alle Risiken durch ein Netz komplexer Wechselwirkungen gegenseitig beeinflussen. Unter derartigen Bedingungen ist die These, dass sich ein wirtschaftliches Risiko auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt oder dass ein Umweltisiko keine Auswirkungen auf Risiken anderer Art (wirtschaftlicher, geopolitischer Art etc.) hat, nicht mehr haltbar. Wir alle können uns vorstellen, dass wirtschaftliche Risiken zu politischen Risiken werden (wie ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit, der zu sozialen Unruhen führt), oder dass technologische Risiken zu gesellschaftlichen Risiken mutieren (wie Corona-Tracing-Apps, die Proteste in der Gesellschaft auslösen). Einzelne Risiken – ob wirtschaftlicher, geopolitischer, gesellschaftlicher oder ökologischer Natur – erwecken bei isolierter Betrachtung den falschen Eindruck, sie könnten eingedämmt oder gemindert werden; in der Realität zeigt uns die systemische Vernetzung, dass es sich dabei um ein künstliches Konstrukt handelt. In einer **interdependenten** Welt verstärken sich die Risiken gegenseitig und haben dadurch Dominoeffekte.<sup>(2)</sup>

Natürlich sind die Worte Schwabs wie auch jene Gorbatschows ein Wink mit dem Zaunpfahl, denn was aus der wachsenden Interdependenz folgen müsse: Ein globaler Kontrollmechanismus oder gar eine Weltregierung.

Wie schon so oft, erfüllt diese Textstelle an allen Ecken und Enden den Tatbestand der Propaganda. Erstens wird die Prämisse einer gefährlichen, globalen «Coronapandemie» in den Raum gestellt, für deren Korrektheit es keinerlei wissenschaftliche Beweise gibt (Ausgaben 32, 38, 39). Wer mit unbewiesenen Hypothesen argumentiert, argumentiert überhaupt nicht, macht sich hingegen der Demagogie schuldig. Anzunehmen, dass dies auch für die anderen «Risiken» gilt, die Gorbatschow anführt.

Zweitens arbeitet Schwab mit vollkommen unpräzisen Metaphern: Die Weltbevölkerung ist nunmal kein virusinfiziertes Kreuzfahrtschiff, auf dem man zu putzen hat. Und wen oder was genau die «Gänge und Luftschächte» repräsentieren, bleibt sowieso im Dunkeln.

Drittens vermischt er die durchaus wünschenswerte globale Zusammenarbeit von privaten Unternehmen und nationalen Regierungen mit der von ihm bevor-







→ zogen «Global Governance» bzw. «Globalen Ordnungspolitik» (Ausgabe 41, S.11 ff.), was nichts anderes als die totale Zentralisierung von Macht in den Händen einer winzig kleinen Gruppe bedeutet. Die «Global Governance» ist der internationalen Kooperation jedoch nahezu diametral entgegengesetzt. Anstatt der Lösung von globalen Problemen durch zahlreiche kleine, dezentrale Akteure (seien es Unternehmen, private Organisationen oder Regierungen) wird der ganzen Welt durch «Global Governance» eine alternativlose «Problemlösung» aufgedrückt. Unternehmen respektive Staaten arbeiten in Schwabs Modell nicht zusammen, sie werden von einer zentralen Institution gezwungen, das zu tun, was die Organisation will. Wie es für Demagogen typisch ist, verwischen sowohl Schwab als auch Gorbatschow die Trennlinien zwischen Begriffen. Wenn sie von «Interdependenz» sprechen, dann meinen sie nicht internationale Kooperation, sondern eine Weltregierung.

Zwei Ideen, die unterschiedlicher kaum sein könnten: Freie Menschen und souveräne Staaten, die miteinander an der Lösung



Foto: Shutterstock/  
Corona Borealis Studio

Ein weiterer plastischer Vergleich, den Schwab ins Spiel bringt, um den Leser von «globaler Ordnungspolitik» zu überzeugen: Der Dominoeffekt. Schwab verpasst es jedoch, glaubhaft zu erklären, wie dieser globale Dominoeffekt aussehen soll. Ausserdem drängt sich eine andere Metapher auf: Die Nationalstaaten als Mauern, die zwischen die Dominosteine gestellt werden, um einen Dominoeffekt der Macht zu verhindern. In anderen Worten: Die Nationalstaaten als Schutzschilder gegen eine globale Diktatur nach Schwabs Geschmack.

globaler Probleme arbeiten, haben nichts zu tun mit einer globalen Tyrannei, geführt von einer winzigen Herrscherkaste. (tk)

#### Quellen:

1. taz.de, Wie Präsident Gorbatschow am Golf gescheitert ist, 30.01.1991
2. Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.24-25

## Noch mehr Informationen zur sowjetischen Langzeitstrategie in diesen Büchern!



### Torsten Mann,

Jahrgang 1976, ist politischer Publizist (Weltoktober, Rote Lügen in grünem Gewand, Am Vorabend der Weltrevolution). Er vertritt die These, dass der Kommunismus zu Beginn der 1990er Jahre nicht untergegangen ist, sondern unter Beibehaltung seiner Ziele lediglich eine planmässige Umgestaltung seiner Methoden vorgenommen hat. Er betreibt die Webseite [www.weltoktober.de](http://www.weltoktober.de).



Rote Lügen in grünem Gewand – Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung  
224 Seiten  
ISBN 978-3-946168-058



Weltoktober – Wer plant die sozialistische Weltregierung?  
304 Seiten  
ISBN 978-3-946168-027



**Oliver Janich** ist ein investigativer Journalist, renommierter Buchautor und Youtuber. Seine ersten beiden Bücher «Das Kapitalismus Komplott» und «Die Vereinigten Staaten von Europa» waren Bestseller. Bereits seit vielen Jahren beleuchtet Oliver Janich mit erschreckender Deutlichkeit, welche Strippenzieher hinter den Kulissen der Macht stehen und beschäftigt sich intensiv mit den Mechanismen der Tyrannei sowie möglichen Wegen in die Freiheit.



### Auf einen Blick

► Weltbevölkerung wächst durch die Agenda 2030 (Zielsetzungen der UN) allmählich in die neue Art Weltsozialismus hinein, den Gorbatschows Perestroika als Teil der sowjetischen Langzeitstrategie angestrebt hat.

► Offizieller Ursprung der Agenda 2030 ist das Manifest «Unsere gemeinsame Zukunft» (was beunruhigend genug ist, siehe S.39). Allerdings existiert ein noch ursprünglicheres Dokument, finanziert von der Rockefeller-Stiftung, mit dem bezeichnenden Titel «Die unvollendete Agenda» (1977).

► Im Gegensatz zur mild formulierten Agenda 2030 gibt das Rockefeller-Strategieprogramm die ihr zugrunde liegenden Motive und Zielsetzungen weitaus unverblümt zu erkennen. Es geht darin um die totale Kontrolle der Weltbevölkerung, die Senkung ihres Lebensstandards und sogar ihrer Reproduktion.

► Parallelen zwischen Great Reset, Agenda 2030 und Rockefeller-Dokument sind unübersehbar.

► Umsetzung der im Rockefeller-Dokument beschriebenen Ideen zeichnet sich in jedem Bereich unserer Gesellschaft ab. Dabei kann nur ein Bruchteil der möglichen Beispiele dafür genannt werden: Z.B. Verunmöglichung von Landwirtschaft, Senkung der Fleischproduktion, Aufbau einer Sharing Economy, Enteignung des Mittelstands durch «Corona» und vieles mehr.

## Was ist die Agenda 2030?

Ein Projekt, das 1992 in Rio de Janeiro (siehe S.39 ff.) international auf den Weg gebracht wurde und wie kein anderes Dokument den Geist dieser Konferenz erkennen lässt, als auch von der unglaublichen Hybris ihrer Hintermänner zeugt, ist die sogenannte Agenda 21 bzw. Agenda 2030, welche den Plan einer nachhaltig-sozialistischen Gleichschaltung der gesamten Menschheit darstellt und die geplante weltweite Perestroika auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bis ins Detail regelt, das heisst von der «obersten»

Ebene der UNO über die Nationalstaaten, die Kommunen und Gemeinden bis hinein in die Familien. Unter dem Deckmantel von Umweltschutz und Entwicklungshilfe wird darin ein weltweit gleichförmiges Gesellschaftssystem vorgegeben, das die gewachsenen kulturellen und nationalen Eigenheiten der verschiedenen Völker auf Erden beseitigt und an ihre Stelle ein einförmiges egalitäres Menschenbild setzt, das der «sozialistischen Persönlichkeit» – die im kommunistischen Ostblock als erzieherisches Ideal galt – zum Verwechseln ähnlich sieht.

Die Verbindung dieses Programms zu einem Dokument der internationalen Hochfinanz ist unverkennbar: 1977 erschien unter dem bezeichnenden Titel «Die unvollendete Agenda» (englisch: The Unfinished Agenda) ein Strategieprogramm, das von der Rockefeller-Brothers-Stiftung finanziert wurde und an dessen Ausarbeitung eine ganze Anzahl von NGO-Funktionären beteiligt war. Darüber hinaus finden sich in der Liste der an der Entstehung beteiligten Personen neben Vertretern der Dynastien



Der Great Reset ist mehr oder weniger deckungsgleich mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, weshalb deren Umsetzung auch voll und ganz durch das WEF unterstützt wird. Die WEF-Webseite schreibt explizit, die UNO wolle «die Welt [...] retten».

## The UN has a 17-point plan to save the world. So how's it doing?

Das WEF titelt auf seiner Webseite im August 2019 zur Agenda 2030: «Die UNO hat einen 17-Punkte-Plan, um die Welt zu retten. Und wie läuft es?»





➔ Rockefeller und Rothschild auch so illustre Gestalten wie die einstigen Chefs der US-Umweltbehörde (EPA) William Ruckelshaus und William Reilly, Dennis Meadows vom Club of Rome sowie ein Ur-Ideologe der Ökobewegung namens Murray Bookchin (Ausgabe 27).

Der Inhalt dieses Strategieprogramms ist weitgehend identisch mit der 1992 unterzeichneten Agenda 21, jedoch ist die offiziell verabschiedete Version in offenbar vorsätzlich irreführender und beschwichtigender Weise langatmig, unverständlich und politisch korrekt formuliert, während das Strategieprogramm von 1977 die zugrunde liegenden Motive und Zielsetzungen weitaus offener und unverblümt zu erkennen gibt. Im Wesentlichen geht es darin um die Kontrolle der Weltbevölkerung, und zwar durch Abtreibung und Sterilisation, die weltweite Rationierung der Lebensmittel- und Trinkwasserversorgung, die massive Beschneidung des Individualverkehrs, die Einschränkung des Konsums und die Einführung von Planwirtschaft. Begründet werden diese Ambitionen mit denselben Unwahrheiten, mit denen auch heute offiziell versucht wird, den Great Reset zu rechtfertigen (Ausgabe 40).

## Mangelwirtschaft

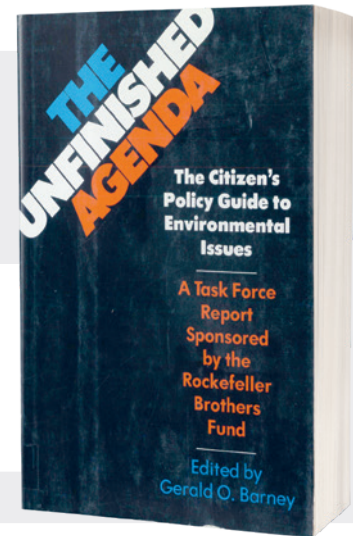
Statt einer wachstumsorientierten Marktwirtschaft, die nach einer kontinuierlichen Verbesserung des gesamtgesellschaftlichen Lebensstandards strebt, sei



Ziel 10 der Agenda 2030 fordert «weniger Ungleichheiten» und folglich mehr «Gleichheit» ein. Den wohlklingenden Begriff «Gleichheit» schrieben sich schon die Kommunisten auf die Fahne. Eigentlich sollte aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts mit all den vielen Dutzend gescheiterten Versuchen, eine egalitäre, «gleiche» Gesellschaft herzustellen, die Lehre gezogen werden, dass das Konzept «Gleichheit» nicht mit den fundamentalen Grundsätzen einer freien, prosperierenden Gesellschaft vereinbar ist.

## Rockefeller-Dokument: Blaupause für die Agenda 2030!

1977 erschien unter dem bezeichnenden Titel «Die unvollendete Agenda» ein Strategieprogramm der Rockefeller-Stiftung, dessen Inhalt weitgehend identisch mit der 1992 unterzeichneten Agenda 21 ist. Deren Nachfolger ist die Agenda 2030.



„«Wenn die Volkswirtschaften wieder in Schwung kommen, besteht die Chance, eine grössere gesellschaftliche Gleichheit und Nachhaltigkeit in den Aufschwung zu integrieren und dadurch die Fortschritte auf dem Weg zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen bis 2030 eher zu beschleunigen als zu verzögern, und eine neue Ära des Wohlstands einzuläuten.»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, S.230

eine «Steady State Economy» ohne jegliches Wachstum anzustreben. Sehr ähnliche Töne stimmt auch Klaus Schwab mehr als 40 Jahre später in seinem Buch an (siehe S.47).

Die Verfasser der «unvollendeten Agenda» stellten unmissverständlich klar, dass es bei ihrem Strategieprogramm um die weltweite Umgestaltung der Gesellschaft vom Überfluss zur Mangelwirtschaft geht. Die Verknappung betreffe alle Bereiche: Das Land, das Wasser, die Luft, die Ressourcen, die Lebensmittel und das Kapital. Unmissverständlich heisst es in der «unvollendeten Agenda»: «Der Übergang vom Überfluss zum Mangel an Allgemeingütern erfordert einen tiefgreifenden Wertewandel. Im Überfluss sind das Eigeninteresse und der Individualismus die Schlüssel für Erfolg und Wachstum. Im Mangel sind die überlebenswichtigen Werte genau gegensätzlich: Da ist es das wichtigste Interesse jedes einzelnen Individuums, die Interessen der Gemeinschaft über seine eigenen zu stellen; nur dadurch sind Überleben und Stabilität möglich. All jene, die in der gemeinsamen Umwelt des Planeten leben, erfahren jetzt den Übergang vom Überfluss zum Mangel. Die unmittelbar anstehende Herausforderung ist nicht die physische Grenze des Wachstums [...], sondern die Herausforderung zu einer grundlegenden Umgestaltung der menschlichen Werte.»<sup>(1)</sup>

Das Rockefeller-Strategieprogramm, aus dem schliesslich die Agenda 21 hervorging, ruft also zur Kollektivierung des menschlichen Lebens auf, anstelle der In-

dividualisierung. Besser hätten das weder Marx noch Lenin oder Mao formulieren können. Charakterisiert wird die «Nachhaltigkeits»-Wirtschaft der «unvollendeten Agenda» durch die folgenden vier Eigenschaften:

- «1) eine konstante menschliche Population;
- 2) ein konstanter Bestand (oder Vorrat) an Waren, einschliesslich Kapital;
- 3) das Niveau dieser beiden Bestände wird konstant gehalten, sodass es ausreicht für ein gutes Leben und **nachhaltig** ist für eine lange Zukunft;
- 4) die Konsumrate von Material und Energie wird auf das für die menschliche Bevölkerung niedrigstmögliche Niveau reduziert. Die Geburtenrate ist auf niedrigem Niveau gleich gross wie die Todesrate, sodass die Lebenserwartung hoch ist.»<sup>(2)</sup>

Daraus wird klar ersichtlich, dass es bei der Agenda 2030 nicht um Umweltschutz und Entwicklungshilfe geht, und dass selbst die gezielte Verarmung der westlichen Welt noch nicht das letzte Ziel ihrer Hintermänner ist. Es geht buchstäblich um die Totalregulierung des menschlichen Lebens auf Erden, einschliesslich der Herrschaft über Leben und Tod. Die Hintermänner der Agenda 2030 möchten sein wie Gott! (tm/tk)

### Quellen:

1. Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.156 f.
2. Ebenda, S.149 f.



„Der Übergang vom Überfluss zum Mangel an Allgemeingütern erfordert einen tiefgreifenden Wertewandel. Im Überfluss sind das **Eigeninteresse** und der Individualismus die Schlüssel für Erfolg und Wachstum. Im Mangel sind die überlebenswichtigen Werte genau gegensätzlich: Da ist es das wichtigste Interesse jedes einzelnen Individuums, **die Interessen der Gemeinschaft über seine eigenen zu stellen**; nur dadurch sind Überleben und Stabilität möglich.»

Ausschnitt aus dem Rockefeller-Strategieprogramm «Die unvollendete Agenda» aus dem Jahr 1977

Quelle: Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.156 f.

**DIESE VIER PERSONEN HABEN AUCH BEHAUPTET, SIE WÜRDEN «DIE INTERESSEN DER GEMEINSCHAFT» SCHÜTZEN.**



„Auch wurde der Ruf nach **«Degrowth»** bzw. **Wachstumsrücknahme** oder Postwachstum laut, einem Null- oder sogar negativen BIP-Wachstum, das (zumindest in den reichsten Ländern) eine gewisse Zugkraft gewinnt. Mit der zunehmenden Kritik am Wirtschaftswachstum wird die finanzielle und kulturelle Dominanz der Konsumkultur im öffentlichen und privaten Leben überholt.»

„Zumindest können wir davon ausgehen, dass jeder Einzelne sich nun bewusster ist, dass Entscheidungen mit Werten verbunden und von moralischen Entscheidungen geprägt sind. Daraus könnte folgen, dass, falls (aber es ist ein grosses FALLS) wir in Zukunft **die Haltung des Eigeninteresses aufgeben**, **die so viele unserer sozialen Interaktionen vergiftet**, wir in der Lage sein könnten, Themen wie Inklusivität und Fairness mehr Aufmerksamkeit zu schenken.»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.72 u. S.266-267



### Drei Puzzlestücke des grossen Bilds



**Mehr Puzzlestücke in den kommenden Ausgaben**





## Die Rolle der Erziehung in der Agenda 2030

Schon 1977 war im Rockefeller-Dokument «Die unvollendete Agenda» davon die Rede, dass die Öffentlichkeit mit grossem Aufwand «erzogen» werden müsste, da die angestrebte Nachhaltigkeitsrevolution sonst keine öffentliche Unterstützung fände. Ausdrücklich wird dabei die Massenwirkung der Medien betont, insbesondere des Fernsehens, aber auch eine Veränderung der Lehrpläne sei «dringend erforderlich, in der ökologische Denkweisen, die knappen Ressourcen, die Wirkung von Schadstoffen, die menschliche Sexualität und Methoden der Schwangerschaftsverhütung hervorgehoben werden».<sup>(1)</sup>

Das erinnert an Andrei Sacharows Ausführungen, der schon 1968 gefordert hatte, die westlichen Völker im Sinne eines globalen Sozialismus umzuerziehen (siehe S.29). Wiederzufinden ist die Forderung nach weltweiter ökosozialistischer Umerziehung in Unterziel 4.7 der Agenda 2030: «Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die für nachhaltige Entwicklung notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung, Global Citizenship Education und Wertschätzung kultureller Vielfalt.»<sup>(2)</sup>

„«Angesichts unserer sich rasch ändernden Existenzbedingungen und des möglichen Auftauchens neuer Gefahren sollte die ökologische Unterweisung bereits auf der Schulbank beginnen und sich ein Leben lang fortsetzen. Jedes Kind muss sich als Bürger nicht nur seines Landes, sondern der gesamten Erde fühlen, solidarisch denken und handeln und ökologische Kenntnisse sowie praktische Fertigkeiten für das Leben und die Arbeit in seiner Region erwerben.»

Michail Gorbatschow, 2002

Quelle: Michail Gorbatschow, Mein Manifest für die Erde, Campus Verlag 2003, S.75

### 4 QUALITÄT IN DER BILDUNG



Ziel 4 der UN-Agenda 2030 verspricht Bildung und lebenslanges Lernen für alle, doch lässt sich angesichts des Gesamtzusammenhangs der Organisation befürchten, dass es dabei weniger um die Vermittlung echten Wissens, sondern vielmehr um Indoktrinierung geht.

### Mit der Sowjetunion verschmelzen

In ihrem Buch «The Deliberate Dumbing Down of America» (übersetzt etwa: «Die vorsätzliche Verblödung Amerikas») weist die amerikanische Whistleblowerin Charlotte Iserbyt, ehemalige Beraterin des Bildungsminis-

teriums unter Ronald Reagan, nach, dass die Carnegie-Stiftung, die Rockefeller-Stiftung und die Ford-Stiftung das amerikanische Bildungssystem umgestalteten, um kommunistische Ideen in die Köpfe der Amerikaner zu pflanzen. Eine Untersuchungskommission (Reece Committee) des Repräsentantenhauses von 1953 hatte die Steuerbefreiung solcher Stiftungen zum Thema. In einem persönlichen Treffen sagte Rowan Gaither, der Präsident der Ford-Stiftung, zum Vorsitzenden der Kommission Norman Dodd:

«Der Grundsatz, nach dem wir operieren, ist, dass wir unsere finanzielle Macht nutzen, um das Leben in den USA so zu verändern, dass wir bequem mit der Sowjetunion verschmolzen werden können.»<sup>(3)</sup>

Dodd hat dieses Statement mehrfach öffentlich wiederholt, ohne dafür von Gaither verklagt zu werden. Dodd wurde aber mit dem Tode bedroht, wenn er die Untersuchungen nicht abbrechen würde. Tatsächlich wurde die Kommission sabotiert und eingestellt. Einige Ergebnisse konnten aber gerettet werden, so die Feststellung, dass die Rockefeller-Stiftung die Aufgabe erhielt, die Schulbildung in Bezug auf heimische Themen abzuändern, und die Carnegie Stiftung sollte sich um ausenpolitische Themen kümmern.<sup>(4)</sup> (tm/th)



„«Gib uns das Kind für acht Jahre und es wird für immer ein Bolschewik sein.»

Wladimir Lenin

Quelle: Pete Earley, Comrade J, Penguin Books, 2007, S.13

#### Quellen:

1. Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.151
2. unesco.de, Agenda Bildung 2030, abgerufen am: 03.08.2021
3. Charlotte Iserbyt, The Deliberate Dumbing Down of America, 3d Research Co, 1999, S.48
4. Ebenda, S.47

## Gender Mainstreaming zur Geburtenreduktion

Vertreter der Rockefeller-Dynastie treten vor allem in den USA schon seit Jahrzehnten als Befürworter und Geldgeber der «Familienplanung» in Erscheinung, zu deren Methoden ausdrücklich auch die Abtreibung zählt. Wie der Autor Gary Allen berichtete, befürwortete Rockefeller schon in den 70ern eine Bevölkerungspolitik nach kommunistischem Vorbild, wie etwa in Rotchina, wo der Staat entscheidet, wie viele Kinder ein Ehepaar bekommen darf. Allen Ehepaaren, die sich nicht an die behördlich genehmigte Zahl von Geburten halten, drohen schwere Strafen bis hin zu staatlich erzwungenen Abtreibungen und Sterilisationen. Auch in der westlichen Welt gab es bereits ähnliche Vorstöße. So forderte beispielsweise der australische Professor für Geburtshilfe, Barry Walters, eine Strafsteuer in Höhe von jährlich 500 Euro für Ehepaare mit mehr als zwei Kindern, denn jedes neugeborene Baby sei eine potenzielle Quelle für Treibhausgas-Emissionen, die nicht nur durch die Atmung aufträten, «sondern auch durch Verschwendung wertvoller Ressourcen». Darüber hinaus, so Walters weiter, könnte Bürgern, die verhüten oder sich sterilisieren lassen, ein Bonus auf die Einkommenssteuer gewährt werden.<sup>(1)</sup>

Der Schwab nahestehende Club of Rome (Ausgabe 40) plädierte 2016 für die «sanfte» Ein-Kind-Politik in Industrieländern: «Die Autoren schlagen in ihrem Bericht eine schrittweise Erhöhung der Erbschaftsteuer auf bis zu 100 Prozent vor. Ausserdem die Zahlung einer Prämie für Kinderlosigkeit und eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre. Frauen, die in der westlichen Welt nur ein Kind bekommen, sollen ebenfalls eine besondere Förderung erhalten.»<sup>(2)</sup>

### Sterilisation und Abtreibung

Auch im unvollendeten Entwurf der Agenda 21 von 1977 wurde der Kontrolle der Weltbevölkerung entscheidende Bedeutung beigemessen. Das Rockefeller-Strategieprogramm rief zu einer nationalen wie internationalen Politik auf, deren Ziel nicht nur die Stabilisierung, sondern sogar die Reduzierung der Weltbevölkerung sein sollte, und zwar unter anderem durch die Verbreitung von Verhütungsmitteln und Schwangerschaftstests sowie der Einrichtung staatlicher Sterilisations- und Abtreibungskliniken.<sup>(3)</sup>



### Keine Corona-Hilfen für Macho-Betriebe

Die Familienministerin will die Frauenförderung zur Bedingung machen, damit Betriebe Geld aus dem Konjunkturprogramm bekommen

Bild-Schlagzeile vom 30.05.2020

Ziel Nummer 5 der Agenda 2030: «Geschlechtergleichheit»



Foto: Heinrich-Böll-Stiftung ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Joschka\\_Fischer\\_\(42317733261\)\\_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Joschka_Fischer_(42317733261)_(cropped).jpg))  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>

„«Wir sind einfach zu viele geworden, wir Menschen, zu viele und zu mächtig, als dass wir auf die kollektive Daseinsvorsorge durch eine technokratische Administration tatsächlich verzichten könnten.»

Joschka Fischer,  
ehemaliger Aussenminister der BRD

Quelle: Joschka Fischer, Der Umbau der Industriegesellschaft, Eichborn Verlag 1989, S.147

**Aus dieser Aussage Fischers geht hervor, dass die Ideologie der «Grünen» kompatibel ist mit einer technokratischen Planwirtschaft. Man muss annehmen, dass die «kollektive Daseinsvorsorge» durch die technokratischen Herrscher auch die Begrenzung der Fortpflanzung miteinschliesst – so wie es das Rockefeller-Dokument vorsah und wie es in China bereits geschieht. Dass sich am Weltbild der «Grünen» bis heute wenig geändert hat, erkennt man beispielsweise an den schockierenden Aussagen Robert Habecks (siehe S.58).**

Schon in ihrem ersten Entwurf sah die Agenda also eine staatlich-planwirtschaftliche Kontrolle der menschlichen Fortpflanzung vor. Neben der Etablierung von Sterilisation und Abtreibung wurde eine weitere sehr interessante Methode der staatlichen Bevölkerungsplanung genannt: die vorsätzliche Auflösung der Geschlechterrollen, auch bekannt als «Gender Mainstreaming». Dazu hiess es bereits 1977: «Jeder Aufwand sollte unternommen werden, um ein Rollenmodell zu bewerben und zu verbreiten, indem junge Mädchen regelmässig Frauen sehen, die alle Arten von Berufen ausüben, einschliesslich Positionen von Verantwortung und Autorität.»

### Ursprung bei Marx

Die Auflösung der natürlichen und traditionellen Geschlechterrollen, die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Einführung der staatlichen Sozialfürsorge habe, so wird in der «unvollendeten Agenda» ausdrücklich betont, einen indirekt negativen Einfluss auf die Fruchtbarkeit, weshalb diese Massnahmen in weltweitem Rahmen dazu geeignet wären, die Bevölkerungszahlen zu reduzieren. Darüber hinaus soll es laut dem Dokument als positiv dargestellt werden, nicht zu heiraten und keine Kinder zu bekommen, zum Beispiel mit dem







Foto: Phovoir/Shutterstock

## Trotzki, Rockefeller, Agenda 21 und Schwab für die Gleichschaltung von Männern und Frauen!

„«Die Oktoberrevolution hatte sich die Emanzipation der Frau auf ihre Fahne geschrieben [...] Die wahre Emanzipation der Frau ist unvorstellbar [...], ohne die Zerstörung der wirtschaftlichen Einheit der kleinbürgerlichen Familie, ohne die Einführung von vergesellschafteter Nahrungszubereitung und ohne Erziehung.»

Leo Trotzki, kommunistischer Revolutionär

Quelle: Leo Trotzki, «Twenty Years of Stalinist Degeneration», in: Fourth International, Bd. 6, Nr. 3, März 1945



Argument, dass dadurch Freiraum bleibe, sich kreativ auszuleben, anstatt sich mit der Verantwortung einer Familie zu belasten. Die steuerliche Bevorzugung der Familie sei abzuschaffen. <sup>(4)</sup>

Damit man solche Forderungen ideologisch richtig einordnen kann, sollte man wissen, dass die Einbindung der Frau in das Erwerbsleben bereits von Marx und Engels als Vorbedingung für die von ihnen geplante Zerstörung der kleinbürgerlichen Familie genannt wurde, die wiederum das Ende des Privatbesitzes bedeuten würde (Ausgaben 7,12,26).

Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum in der 1992 unterzeichneten Agenda 21 so grosser Wert auf die umfassende Bevorzugung des weiblichen Geschlechts und auf die Einbindung feministischer NGOs in die internationale ökosozialistische Umgestaltung gelegt wird. Neben den zahlreichen Artikeln zur Begünstigung der Frau in allen Politikbereichen findet sich in der Agenda 21 ganz selbstverständlich auch die Forderung nach Einrichtung von Kinderhorten und Kindertagesstätten (36.5., 5.32), denn Hausfrauen gelten als «benachteiligte Bevölkerungsgruppe» (5.21), sowie nach Erhöhung des Anteils der Frauen, «die als Entscheidungsträger, Planer, Manager, Wissenschaftler und technische Berater mit der Konzipierung, Ausarbeitung und Umsetzung einer auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Politik und entsprechender Programme befasst sind» (24.3.a). (tm/tk)

„«Jeder Aufwand sollte unternommen werden, um ein Rollenmodell zu bewerben und zu verbreiten, in dem junge Mädchen regelmässig Frauen sehen, die alle Arten von Berufen ausüben, einschliesslich Positionen von Verantwortung und Autorität.»

Ausschnitt aus dem Rockefeller-Strategieprogramm «Die unvollendete Agenda», 1977

Quelle: Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.29 f.

„«Den Regierungen der einzelnen Länder werden folgende Ziele vorgeschlagen: [...] die Erhöhung des Frauenanteils bei politischen Entscheidungsträgern, Planern, Fachberatern, Managern und Beratern in den Bereichen Umwelt und Entwicklung [...]»

Ausschnitt aus Kapitel 24 der Agenda 21 (Vorgänger der Agenda 2030)

Quelle: agenda21-treffpunkt.de, Kapitel 24, abgerufen am: 24.07.2021

„«Die zehnte Auflage des Global Gender Gap Report aus dem Jahr 2015 brachte zwei beunruhigende Trends zum Vorschein. Erstens: Wenn es so weitergeht wie bisher, wird es weitere 118 Jahre dauern, ehe die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter weltweit verwirklicht sein wird. Zweitens: Es geht nur im Schneckentempo voran, und womöglich ist sogar ein Stillstand eingetreten. Angesichts dessen ist es unabdingbar, die Auswirkungen der Vierten Industriellen Revolution auf die Geschlechterungleichheit näher zu betrachten.»

Klaus Schwab in seinem Buch «Die Vierte Industrielle Revolution» aus dem Jahr 2016, S.66



### Quellen:

1. welt.de, Babysteuern soll den CO2-Ausstoss verringern, 10.12.2007
2. Die Zeit, online, 13.9.2016
3. Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.29
4. Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.11 f. u. 29 f.

## Gender Mainstreaming in weiteren Rockefeller-Dokumenten und 1995 auf der UNO-Weltfrauenkonferenz weltweit eingeführt

Im Jahr 1977 veröffentlichte die Rockefeller-Stiftung unter dem Titel «Die Veränderung der Rolle der Frauen in industrialisierten Gesellschaften» ein Konferenzprotokoll, in dem die Gender-Strategie zur Bevölkerungskontrolle noch detaillierter untersucht wurde als in der «unvollendeten Agenda» und in dem abschliessend ausdrücklich dazu aufgerufen wurde, dass Psychologen und Soziologen das traditionelle Bild der männlichen und weiblichen Rollen verändern müssten. Auch ein im Jahr 1984 ebenfalls von der Rockefeller-Stiftung herausgegebener Bericht unter dem Titel «Der Status von Frauen - ein Überblick über sein Verhältnis zur Fruchtbarkeit und Sterblichkeit» zeigt unmissverständlich auf, dass in Kreisen der internationalen Hochfinanz bereits vor Jahrzehnten nicht nur ein Bewusstsein dafür herrschte, welche langfristigen Auswirkungen die Veränderung der Geschlechterrollen auf die Bevölkerungsentwicklung haben würde, sondern dass diese Veränderung vorsätzlich forciert wurde, um gerade diese Auswirkungen zu erzielen.

Auf der UNO-Weltfrauenkonferenz, die 1995 ausgerechnet in China stattfand, wurde diese Agenda «Gender Mainstreaming» getauft, einhergehend mit einer entsprechenden UN-Resolution. Erfahren Sie darüber mehr in [Ausgabe 26 - Thema: Gender Mainstreaming](#).



## Energieverknappung durch die Agenda 2030

### 7 GÜNSTIGE UND SAUBERE ENERGIE



Ziel Nummer 7 der Agenda 2030: «Günstige und saubere Energie». Das Problem: Die Energiearten, welche die UNO für die Zukunft einfordert, sind weder günstig noch sauber (Ausgaben 9,27,31,40).

Unter Verweis auf die angeblich knapp werdenden Energiereserven, vor allem an Erdöl und Erdgas, forderte das Rockefeller-Strategieprogramm bereits 1977 eine ökologische Energiewende, die – was damals widersinnig erschien – mit dem Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb eines Jahrzehnts eingeleitet werden sollte. Explizit wurde damals gefordert, die zu dieser Zeit aktuelle Entwicklung von Brutreaktoren, besser bekannt als «Schnelle Brüter», einzustellen und jegliche Schritte hin zu einer Plutoniumwirtschaft aufzugeben.<sup>(1)</sup>

Mit derselben Behauptung, mit der die Grünen auch heute noch ihre Forderungen nach allgemeinen Preissteigerungen begründen, wurde in der «unvollendeten Agenda» bereits die Einführung einer Ökosteuer verlangt, denn die Preise für Ener-

gieträger wie zum Beispiel Erdgas seien «unvernünftig niedrig». Daher sei eine steigende Steuer auf fossile Energieträger nötig, die diese so weit verteuere, dass erneuerbare Energien wettbewerbsfähig würden. Die Einnahmen aus dieser Steuer sollten dem Ausbau erneuerbarer Energien zufließen. Ausdrücklich war damals auch schon die Rede vom Aufbau einer dezentralen Biosprit-Erzeugung und von der Nutzung von Solarenergie und Biomasse.<sup>(2)</sup>

Diese Programmpunkte finden sich auch in der Agenda 2030 wieder. So gibt das Unterziel 7.2 vor: «Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen».<sup>(3)</sup> (tk/tm)

#### Quellen:

1. Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.67
2. Ebenda, S.60 f.
3. bundeskanzleramt.gv.at, Ziele der Agenda 2030, abgerufen am: 03.08.2021



### Wussten Sie...

...dass Karenna Aitcheson Gore, die Tochter des berühmten «Umweltschützers» Al Gore, in die Schiff-Familie eingeheiratet hat? Jacob Schiff unterstützte damals die Oktoberrevolution mit erheblichen Finanzmitteln (Ausgabe 41, S.8 f.).<sup>(1)</sup>

...und dass Al Gore vor seiner Karriere als «Umweltschützer» als Anwalt in der Öl-Industrie tätig war? Nämlich für niemand Geringeren als den Sowjet-Verbündeten Armand Hammer (Ausgabe 41, S.46 ff.), mit dem Gore eine enge Freundschaft pflegte.<sup>(2)</sup>

#### Quellen:

1. en.wikipedia.org, Karenna Gore, abgerufen am: 18.06.2021
2. en.wikipedia.org, Armand Hammer, abgerufen am: 29.06.2021

Al Gore und Klaus Schwab, 2015 in Davos







## «Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen»

Unterziel 7.2. der Agenda 2030

Quelle: bundeskanzleramt.gv.at, Ziele der Agenda 2030, abgerufen am: 03.08.2021

«Der Umbau von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien tauscht die Rohstoffe Öl, Gas und Kohle gegen Metalle und Mineralien ein. [...] Rohstoffe, die zum Bau von Photovoltaik-, Wind-, und Wasserkraftanlagen benötigt werden, sind genauso endlich wie Gas, Öl oder Kohle. Das ist auf den ersten Blick wenig überraschend. Weiss man doch, dass Elemente wie Neodym und Selen, die in Solar- und Windanlagen stecken, im wahrsten Sinne des Wortes seltene Erden sind. [...] Im Vergleich zu einem herkömmlichen fossilen Kraftwerk mit 1 Megawatt Leistung benötigt zum Beispiel eine gleich grosse Photovoltaik-Anlage, wie sie in den vergangenen Jahren gebaut wurde, die 15-fache Menge an Zement, 90-mal mehr Aluminium und das 50-fache an Eisen, Kupfer und Glas.»

Das Magazin Wirtschaftswoche 2013

Quelle: wiwo.de, Wann bauen wir das letzte Windrad?, 08.11.2013

### Wirtschafts Woche

«Die Kosten für erneuerbare Energien sinken weiter. In den meisten Fällen ist es jetzt billiger, erneuerbare Energien zu nutzen als fossile Brennstoffe. [...] Experten der Energiebranche sagen, dass der Wechsel zu erneuerbaren Energien nicht mehr aufzuhalten ist.»

Aus einem Artikel auf WEF-Webseite, November 2020

Quelle: weforum.org, Race to zero: This graphic shows the rapidly falling cost of renewables, 10.11.2020

## Die Einschränkung des Individualverkehrs in der Agenda 2030

### 11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN



Ziel Nummer 11 der Agenda 2030: «Nachhaltige Städte und Gemeinden». Ein Euphemismus für die Verunmöglichung des Individualverkehrs.



Angela Merkel, deren Lebenslauf geradezu nach sowjetischer Langzeitstrategie schreitet (siehe S.24 f.), war von 1994 bis 1998 BRD-Umweltministerin und führte in Deutschland exakt den planwirtschaftlichen «Umweltschutz» ein, den die Strategie vorgesehen hatte.

Joschka Fischer, ehemaliger grüner Bundesaussenminister, schrieb 1989 in seinem Buch «Der Umbau der Industriegesellschaft»: «Der Abschied von der Hegemonie des Automobils in den modernen Industriegesellschaften wird allerdings mit der schwierigste Teil einer jeden ökologischen Umweltpolitik werden. [...] Dieser Abschied wird daher schwierig und schmerzhaft und quälend werden, aber er ist nichtsdestotrotz unausweichlich.»<sup>(1)</sup>

Das Rockefeller-Strategieprogramm rief schon 12 Jahre zuvor dazu auf, den Ausbau

des Strassenverkehrsnetzes einzustellen und stattdessen das Eisenbahnnetz sowie den öffentlichen Personennahverkehr auszubauen.<sup>(2)</sup> Wiederzufinden ist diese Forderung in Ziel 11.2 der Agenda 2030: «Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Strassenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern,

Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen.»<sup>(3)</sup>

### Car-Sharing

Wie Joschka Fischer eingangs feststellte, erheben sich gegen die nachhaltige Kollektivierung der Mobilität jedoch grosse Widerstände in der Bevölkerung, sodass dieses Bestreben bisher in keinem westlichen Land durchsetzbar war. Mit diesem Problem setzte sich im Jahr 1997 auch die Arbeitsgruppe «Agenda 21/Nachhaltige Ent-

wicklung» in Angela Merkels Bundesumweltministerium auseinander und schlug vor, unter Zuhilfenahme der Werbung «die gemeinsame Nutzung eines Pkw (Car-Sharing) mit einem so hohen Symbolwert (zum Beispiel ökologische Verantwortung, Gemeinschaftssinn und soziale Kompetenz) zu versehen, dass das Fahren mit dem privaten Pkw demgegenüber in die Nähe eines egoistischen, gemeinschaftsschädigenden Verhaltens gerückt würde». <sup>(4)</sup>

Nach wie vor ist es allerdings nicht gelungen, dem deutschen Volk das Autofahren auszutreiben, trotz der in den vergangenen Jahren enorm gestiegenen Kraftstoffpreise. Den Benzinpreis durch eine starke Besteuerung massiv zu erhöhen – wie die Grünen es seit den 1980er-Jahren fordern –, findet sich ebenso in Rockefellers «unvollendeter Agenda», sowie der Feinstaub, der, anders als der «saure Regen» oder andere Phantombedrohungen von Umwelt und Gesundheit, erst vor wenigen Jahren Einzug in die allgegenwärtige Propaganda gehalten hat. <sup>(5)</sup> In vielen Städten wurden mittlerweile Umweltzonen eingeführt, die je nach Fahrzeugart nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr befahren werden dürfen, womit man dem Ziel, das Auto zu verbieten, zumindest regional einen grossen Schritt nähergekommen ist. (tm/th)

## Angela Merkels Umweltministerium plante schon 1997, das Fahren im «privaten Pkw [...] in die Nähe eines egoistischen, gemeinschaftsschädigenden Verhaltens» zu rücken.



Titelseite der Hamburger Morgenpost vom 06.08.2021

### Quellen:

1. Joschka Fischer, Der Umbau der Industriegesellschaft, Eichborn Verlag, 1989, S.84
2. Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.15 f.
3. bundeskanzleramt.gv.at, Ziele der Agenda 2030, abgerufen am:

- 03.08.2021
4. Nachhaltiges Deutschland, Leitfaden der Bundesregierung, 1997
5. Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.15,66,89

Foto: Martin Kraft, Wikimedia Commons, CC-BY-SA 5.0

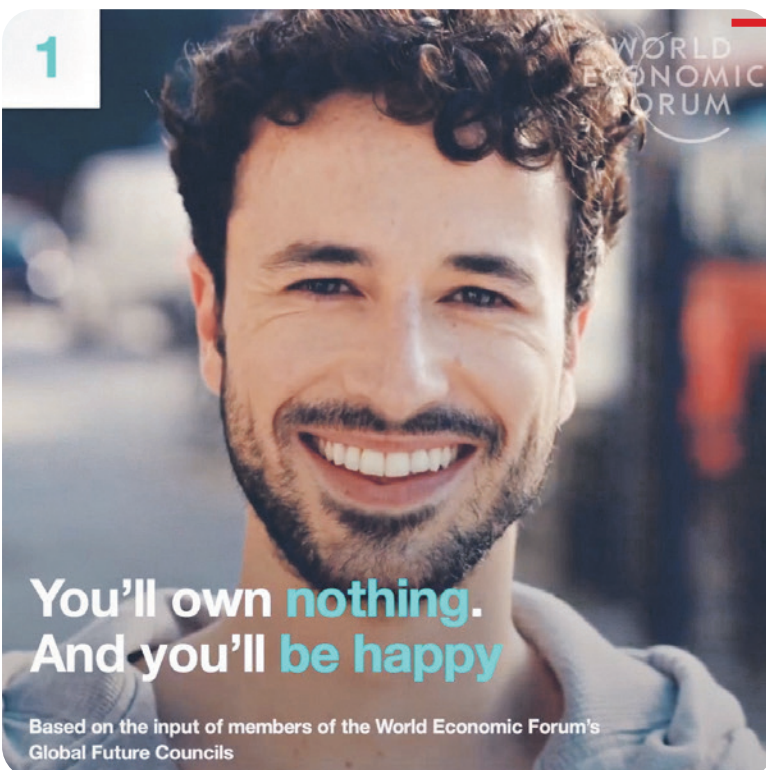
**Michael Müller, ehemaliges Mitglied des Bundestages (SPD)**



In einem Buch mit dem Titel «Wohlstand durch Vermeiden», veröffentlicht 1994 vom früheren Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Michael Müller, das die zu schaffende «Effizienzrevolution» in einem künftig «nachhaltigen» Deutschland beschreibt, heisst es:

„**Statt individuelles Eigentum wird nur ein Nutzungsrecht für die Dienstleistung eines Produkts erworben, zum Beispiel Car-Sharing oder gemeinsamer Waschsalon. Die Möglichkeiten zur gemeinsamen Nutzung sind prinzipiell für alle nur zeitweilig genutzten langlebigen Konsumgüter gegeben, zum Beispiel auch in der Form des Ausleihens oder des Leasings von Werkzeugen, Segeljachten, Rasenmähern etc. [...] Bereits bei der Mehrfachnutzung und beim Recycling werden die Grenzen zwischen Verkauf und individualisiertem Konsum verschoben. Neue Kommunikations-, Vertrags- und Finanzierungsformen werden notwendig, um ein Car-Sharing zu organisieren. Insofern ist die Effizienzrevolution, wie sie hier verstanden wird, in der Regel nicht allein eine technologische Revolution, sondern auch eine Änderung der Lebensstile, die die bisherigen Formen von Nutzung, Eigentum und Besitz tangiert.**»

Quelle: Michael Müller, Peter Hennicke; Wohlstand durch Vermeiden Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1994, S.129



Das WEF-Video «Acht Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030» aus dem Jahr 2016 kündigt an: «Du wirst nichts besitzen und du wirst glücklich sein.» In anderen Worten: Eine Kollektivierung wie im Kommunismus und dem sehr ähnlich, was der SPD-Mann Müller vorgeschlagen hat.

Das Privateigentum abzuschaffen war immer das Ziel der Kommunisten, inzwischen erheben die «Umweltschützer» diese Forderung genauso. Wer die vorangegangenen Seiten aufmerksam gelesen hat, wird sich über die unzähligen Parallelen zwischen Rot und Grün nicht mehr wundern.





„«Der Abschied von der Hegemonie des Automobils in den modernen Industriegesellschaften wird allerdings mit der schwierigsten Teil einer jeden ökologischen Umweltpolitik werden. [...] Dieser Abschied wird daher schwierig und schmerzhaft und quälend werden, aber er ist nichtsdestotrotz unausweichlich.»

Joschka Fischer, 1989

Quelle: Joschka Fischer, Der Umbau der Industriegesellschaft, Eichborn Verlag, 1989, S.84

„«Die Verringerung unserer Abhängigkeit von Benzinautos ist nicht nur besser für den Planeten und unser individuelles Wohlbefinden, sondern ebnet auch den Weg in eine bessere Zukunft für unsere Städte. [...] Wie man die Menschen aus ihren Autos herausbekommt, ist nach wie vor eine globale Herausforderung. Selbst in Städten, in denen der öffentliche Raum und die öffentlichen Verkehrsmittel sicher und zuverlässig sind, kann dies schwierig sein; das gilt besonders für Orte, an denen diese Angebote unsicher, unbezahlbar und unzuverlässig sind. Hier können temporäre Interventionen wie autofreie Tage einen ganz neuen Ansatz für Bewegung und Mobilität eröffnen.»

Marcela Guerrero Casas, Leiterin der NGO «Open Streets» im Oktober 2019 auf der WEF-Webseite

Quelle: weforum.org, This is what happens when cities ban cars from the roads, 28.10.2019



## Auch Teil der Agenda 2030: Weniger Fleischkonsum



Ziel 12 der Agenda 2030: «Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen». Hinter diesem Ziel verbirgt sich u.a. auch der allmähliche Abbau von Fleischkonsum.

Zur «Veränderung der Konsumgewohnheiten», wie in Kapitel 4 der Agenda 21 geregelt und in der Agenda 2030 zu «Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen» umgetauft, gehört auch eine «Änderung der Ernährungsmuster», zumindest nach Ansicht der Arbeitsgruppe «Agenda 21/Nachhaltige Entwicklung» beim Umweltbundesamt. Denn diese hatte in ihrem 1997 veröffentlichten Leitfaden aus Umweltschutzgründen und aus «Solidarität mit den weniger entwickelten Ländern» ausdrücklich eine «Verringerung des nationalen Fleischverbrauches» gefordert. Ziel sei

### PANDEMIEN AUS DEM STALL

#### Zoonose: Coronavirus beweist die Gefahr von Massentierhaltung

Frankfurter Rundschau, 02.12.2020

In der Massentierhaltung entstehen neue Viren, die auf Menschen übergreifen

#### Gefahr aus dem Stall

Jungle World, 08.07.2021

### Multiresistente Keime in der Landwirtschaft

Die nächste Pandemie könnte aus dem Hühnerstall kommen

Deutschlandfunk Kultur, 10.11.2020

#### Drosten betont Tier-Überwachung als Schutz vor neuen Viren

Tagesspiegel, 27.10.2020

**Die herbeigeredete Seuchengefahr (Ausgaben 32,37,38,39) wird mittlerweile vermehrt mit dem Verkauf und dem Konsum von Fleisch verknüpft. Dahinter steckt System, denn die Agenda 2030 will, gemeinsam mit dem Great Reset, genau diesen Fleischkonsum vermindern.**

es, den Fleischverzehr der Deutschen um 30 Prozent, den Eiverbrauch um 20 Prozent und den Milchkonsum um zehn Prozent zu reduzieren. Der dazu erforderliche «Struktur- und Bewusstseinswandel» sollte «verbraucherseitig» durch «Bildung und Kommunikation» erreicht werden.<sup>6)</sup> Mit anderen Worten: Das sonst ja angeblich mündige und souveräne Wahlvolk sollte durch eine entsprechende Umerziehung, die, wie

aus dem Leitfaden mehrmals hervorgeht, ausdrücklich auch über die Werbung zu erfolgen hat, dazu dressiert werden, weniger Fleisch zu essen.

Keine Überraschung, dass diese staatlich verordnete Reduzierung des Fleischkonsums bereits ein Programmpunkt des Rockefeller-Strategieprogramms von 1977 war. Als Massnahmen schlug die «unvollendete Agenda» damals eine Luxussteuer auf

Fleisch und Fertiggerichte sowie eine Kontrolle der Haustierbestände vor. Inzwischen sind solche Steuern Teil der alltäglichen Diskussion und wurden teils sogar schon eingeführt, z.B. in Neuseeland.<sup>(2)</sup> Auch der Rockefeller-Vertraute Maurice Strong hatte den Verzicht auf Fleisch gefordert (siehe S.42).

Da erscheint es folgerichtig, dass medial aufgeblasene «Seuchen» wie die «Schweinegrippe» und «Corona» vermehrt mit dem Verkauf und dem Konsum von Fleisch verknüpft werden. Z.B., wenn Klaus Schwab in seinem Buch «COVID-19: The Great Reset» einen «Experten» anführt, der bemängelt: «Wir töten die Tiere oder sperren sie in Käfige und schicken sie auf Märkte. Wir bringen die Ökosysteme durcheinander und die Viren dazu, sich von ihren natürlichen Wirten zu lösen. Wenn das passiert, brauchen sie einen neuen Wirt. Und oft sind das dann wir.»<sup>(3)</sup> (tk/tm)

**Das WEF-Video  
«Acht Vorhersagen  
für die Welt im  
Jahr 2030» teilt  
dem Zuschauer  
mit: «Du wirst viel  
weniger Fleisch  
essen».**



**Quellen:**

1. Nachhaltiges Deutschland, Leitfaden der Bundesregierung, 1997
2. bwl24.net, Keine Satire: Die Furchtsteuer kommt!, 02.07.2003
3. Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.160

4

WORLD  
ECONOMIC  
FORUM

**You'll eat much less meat**



## Niederlande: Politik besticht Schweinezüchter, damit sie aus der Produktion aussteigen!



**W**ieder ein klares Indiz dafür, dass der Lebensstandard im Westen systematisch herabgesenkt wird: Carola Schouten, die Landwirtschaftsministerin der Niederlande, investierte 180 Millionen Euro, um Schweinezüchtern Geld zu zahlen, damit sie ihre Ställe vollständig abreißen. Als Vorwand nannte sie «Geruchsbelästigungen» durch die Ställe, doch auch «Umweltbelastungen durch Treibhausgasemissionen und Gülle». Das Landwirtschaftsministerium gibt auch offen zu, dass die Fleischproduktion in den Niederlanden dadurch abgesenkt werden wird. Das Wirtschaftsportal «Schweizer Bauer» schrieb 2019 dazu: «Schon jetzt wollen fast 40% der niederländischen Schweinehalter bis zum Jahr 2025 aus der Produktion aussteigen.» Man muss kein Ökonom sein, um zu erkennen, welche Folgen dies haben wird: Eine Erhöhung des Preises für Schweinefleisch und damit eine Senkung des Lebensstandards. Genau das, was sich als Konsequenz aus der Agenda 2030 ergibt. (tk)

Quelle: schweizerbauer.ch, NL: Staat reduziert Schweinebestand, 01.08.2019

## Kollektivierung der Wirtschaft in der Agenda 2030

**D**er Angriff auf das private Unternehmertum ist im Vergleich zu ihrem ursprünglichen Entwurf in den UN-Dokumenten besonders mild formuliert. Die «unvollendete Agenda» von 1977 teilte im Hinblick auf die Wirtschaft ihr Ziel wesentlich deutlicher mit, denn hier wurde ganz unverblümt die Gründung einer wirtschaftlichen Plankommission empfohlen, die unverzüglich durch führende Ver-

treter von Umwelt-NGOs vorbereitet werden sollte. Auf die politischen Verhältnisse in den USA bezogen, sollte diese Plankommission ein umfassendes Vorladungsrecht bekommen und selbst sowohl vom Präsidenten als auch vom Kongress unabhängig sein. Ihre Mitglieder würden nicht vom Volk gewählt, sondern vom Präsidenten mit Zustimmung des Senats für eine 25-jährige oder sogar noch längere Amtszeit ernannt. Damit hätte diese

Plankommission eine ähnliche Stellung und Funktion wie die US-Notenbank Federal Reserve und würde analog zu deren Geld- und Währungspolitik die Wirtschaftspolitik der Nation betreiben, indem sie regelmäßige Volkswirtschaftspläne erstellen und damit die langfristigen Aktivitäten der Regierung koordinieren würde. (tk/tm)

Quelle: Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.136 f.





## ZIEL 12: NACHHALTIGE KONSUM- UND PRODUKTIONSMUSTER SICHERSTELLEN

„Immer wieder gibt der Mensch Geld aus, das er nicht hat, für Dinge, die er nicht braucht, um damit Leuten zu imponieren, die er nicht mag.“

Danny Kaye, Schauspieler, Komiker und Sänger

### Warenfetisch

Als **Warenfetisch** (auch **Warenfetischismus**) bezeichnet **Karl Marx** in seinem Hauptwerk *Das Kapital* (1867) das quasireligiöse **dingliche Verhältnis** zu Produkten, die Menschen in arbeitsteiliger Produktion bzw. **gesellschaftlicher Arbeit** füreinander herstellen.

Wikipedia-Artikel

„Wir sind nicht nur die Opfer des Kapitalismus. Wir sind auch Täter. Wir produzieren jedes Jahr mehr und **kaufen das ganze Zeug**.“

Hartmut Rosa, deutscher Soziologe und Politikwissenschaftler, und offensichtlich Kritiker der freien Marktwirtschaft

Quelle: facebook.com, WDR 5, 30.06.2020



Foto: Heinrich-Böll-Stiftung from Berlin, Deutschland ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hartmut\\_Rosa\\_\(9157015045\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hartmut_Rosa_(9157015045).jpg))  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>

Screenshot von der Webseite 17ziele.de. Ein Projekt der UNO und des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

„Ausserdem werden möglicherweise strenge Umweltstandards zurückgenommen, die als Stolperstein auf dem Weg zu einer raschen wirtschaftlichen Erholung angesehen werden, und Unternehmen und Verbraucher dazu ermutigt, **so viel <Zeug> wie möglich zu produzieren und zu konsumieren**. Die andere Richtung würde der These folgen, dass Unternehmen und Regierungen durch ein neues soziales Gewissen grosser Teile der Bevölkerung ermutigt werden, dass das Leben auch anders aussehen könnte.“

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch *«COVID-19: The Great Reset»*, deutsche Version, 2020, S. 169



Die Geringschätzung und Verächtlichmachung von Konsum, Waren und Produkten haben die Werke von Karl Marx, die Agenda 2030 und der Great Reset gemeinsam. In seinem Hauptwerk *«Das Kapital»* unterstellte Marx der Gesellschaft einen irrationalen *«Warenfetisch»*.

## Keine Wahlen, keine Märkte, kein Besitz, keine Entscheidungsfreiheit

## Die erschreckenden Prognosen eines Konzeptpapiers aus dem Jahr 2017



Das Konzeptpapier *«Smart City Charta»* der deutschen Bundesregierung gibt Einblick in eine dystopische Zukunft, die im Wesentlichen auch der Agenda 2030 und dem Great Reset entspricht.

Bereits im Jahr 2017 skizzierte das dem «Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit» unterstellte «Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung» (BBSR) in seinem Konzeptpapier *«Smart City Charta»*, wie die digitale Zukunft in den Städten Deutschlands aussehen könnte.<sup>(4)</sup> In dem Papier geht es darum, die «Digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig gestalten». Ab Seite 42 beschäftigt sich der finnische Think-Tank-Gründer Roope Mokka mit der Frage, wie ein «hypervernetzter Planet» aussehen könnte. Er beschreibt ein «Internet of NO things», eine noch radikalere Weiterentwicklung des «Internets der Dinge» (Ausgabe 15), das ohne tragbare Geräte auskommt: «Im Durch-

schnitt schauen wir alle sechs Minuten auf unsere Smartphones: Wir unterbrechen das, was wir gerade tun, alle sechs Minuten für Facebook, Snapchat, Instagram, Twitter und Reddit. Dieser Umstand ist natürlich verrückt – vielleicht aber nicht so verrückt, wie zu behaupten, dass wir in zehn Jahren gar nicht mehr auf unsere Smartphones schauen. Genau dies wird jedoch der Fall sein. Und zwar deshalb, **weil Smartphones nicht mehr existieren werden: Ihre Funktionen werden in unsere Umwelt integriert sein – bereits in zehn Jahren.**»

Was «Visionen oder Disruptionen [...] die das <Internet of NO things> mit sich bringen kann» angeht, zählt Roope auf Seite 43 insgesamt sechs Punkte auf, von denen nachfolgend fünf aufgezeigt werden:



### «1. Super resource-efficient society [Super-ressourceneffiziente Gesellschaft]

Eine Gesellschaft, in der kein Gebäude leer steht, sondern die ganze Zeit optimal genutzt wird. [...]»

Also eine Sharing Economy, die, wie in Ausgabe 40 aufgezeigt, nicht entsteht, weil die Bevölkerung ein Bewusstsein für «Nachhaltigkeit» entwickelt, sondern weil sie sich Privateigentum einfach nicht mehr leisten kann. In anderen Worten: Armut und Mangel wird als «ökologisch bewusstes» Lebensgefühl verkauft.



### «2. Post-choice society [Post-Entscheidungs-Gesellschaft]

Künstliche Intelligenz ersetzt Wahl: Wir müssen uns nie entscheiden, einen bestimmten Bus oder Zug zu nehmen, sondern bekommen den schnellsten Weg von A nach B. Wir werden auch nie unsere Schlüssel, Geldbeutel oder Uhren vergessen.»

Wie weit wird diese Zukunftsvision, in der künstliche Intelligenz die eigene Wahl ersetzt, gehen? Dürfen wir uns vielleicht eines Tages gar nicht mehr für irgendetwas entscheiden?

### «3. Post-ownership society [Post-Eigentums-Gesellschaft]

Dank der Information über verfügbare geteilte Waren und Ressourcen macht es weniger Sinn, etwas zu besitzen: Vielleicht wird Privateigentum in der Tat ein Luxus. Daten könnten Geld als Währung ergänzen oder ersetzen.»

Die Verbindung zu den Prognosen des WEF für das Jahr 2030 (siehe S.53) sticht ins Auge: «Du wirst nichts besitzen und du wirst glücklich sein.» Die Abschaffung von Privateigentum ist das zentrale Merkmal des Kommunismus.

«Daten könnten Geld als Währung ergänzen oder ersetzen» scheint ein Euphemismus für ein «Soziales Punktesystem» zu sein, bei dem einem der Anspruch auf Waren und Dienstleistungen zugewiesen wird, je nachdem wie konform man sich verhält.



### «4. Post-market society [Post-Markt-Gesellschaft]

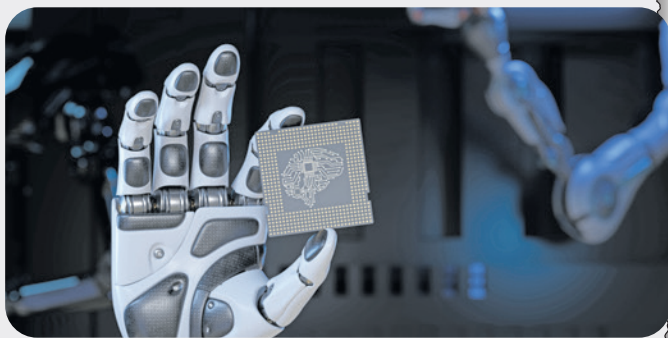
Im Grunde genommen sind Märkte Informationssysteme, die Ressourcen zu teilen. Als Informationssystem funktioniert ein Markt jedoch sehr einfach. Er übermittelt nur, dass eine Person dies oder das gekauft hat; wir wissen aber nicht warum. Künftig können Sensoren uns bessere Daten als Märkte liefern.»



Ohne Märkte und Preise als Signal-Mechanismus für knappe Güter sinkt der Lebensstandard. Das wird uns allerdings als neues, hippes, «nachhaltiges» Lebensgefühl präsentiert.

Da es kein Eigentum mehr geben soll, wird offensichtlich «von oben» bestimmt werden, welche Waren und Dienstleistungen noch zur Verfügung stehen werden. Wie die Erfahrung gezeigt hat, ist es dieses Gesellschaftsmodell, welches im letzten Jahrhundert den Lebensstandard von hunderten Millionen von Menschen herabsenkte, teilweise bis hin zum Hungertod. Da der Normalbürger ohne Privatbesitz nicht unternehmerisch tätig werden kann, können sich Angebot und Nachfrage in diesem Modell auch nicht auf organische Weise ependeln (Preis-Signal) und knappe Güter effizient sowie gerecht zugeteilt werden. In der beschriebenen Zukunftsvision können die «Public Private Partnerships» (PPP, Ausgabe 40) den Preis bestimmen, der, ohne Besitz von Geldmitteln, wahrscheinlich in einem digitalen Punktesystem abgerechnet werden wird. Daten werden Geld als klassisches Tauschmittel (was es durch unser Fiat-Geldsystem sowieso nur noch bedingt ist) endgültig ersetzen (das wird auch in Punkt 3 gesagt). Ergo: Ohne Privatbesitz und freien Markt wird der Mensch zum digitalen Sklaven der PPP, der gläsern ist und ständig durch «Sensoren» überwacht wird. Diese Sensoren sollen in die tiefste Privatsphäre eindringen und unsere innersten Bedürfnisse erkunden. Das soll mit dem «Internet of NO things» so weit gehen, dass der Untertan nicht einmal die Geräte besitzt, mit denen er überwacht wird. Diese werden laut Roope Mokka «in unsere Umwelt integriert sein» (und etwa auch in den Menschen?). Ein technokratisch-marxistischer Albtraum! Offen einsehbar auf der Webseite eines deutschen Bundesministeriums!





### «6. Post-voting society [Post-Wahl-Gesellschaft]

Da wir genau wissen, was Leute tun und möchten, gibt es weniger Bedarf an Wahlen, Mehrheitsfindungen oder Abstimmungen. Verhaltensbezogene Daten können Demokratie als das gesellschaftliche Feedbacksystem ersetzen.»

Unglaublich: Was in dem Punkt vorausgesetzt wird, nämlich genau zu wissen, was die Leute tun und möchten, ist mit einem freiheitlich orientierten System völlig unvereinbar. Die Voraussetzung für die «Post-voting society» ist ein restlos durchleuchteter und in seinen Entscheidungen sowie Gedanken überwachter Bürger, der keinen Einkauf oder Mausklick mehr tätigen kann, ohne dass eine Institution diese generierten Daten auswertet und sie in dessen Profil einbettet. Das durch den Datenkraken gesammelte Wissen über Privatleben, Einstellungen und Vorlieben soll benutzt werden, um die Menschen zu steuern und zu verwalten.

Die im Westen so hochgeschätzte Demokratie ist demnach in den Köpfen der höheren Entscheidungsträger schon längst auf der Abschussliste - nur sagen wollte es uns lange keiner. Heute rückt man allmählich, jedoch behutsam, mit der Wahrheit heraus. Die Abschaffung der Grundrechte durch «Corona» war allem Anschein nach nur ein winziger Vorgeschmack auf die Zukunft. Wie sagte der Grünen-Chef Robert Habeck 2019 doch so passend in einer Talkshow: «Zentralistische Systeme» wie China, in denen der Bürger nichts zu sagen hat, hätten ihre Vorteile. Sie seien «schneller» und «effizienter». <sup>(1)</sup>

Quelle: 1. youtube.com, Robert Habeck - Grüner Autoritarismus voraus? (ZDF-Precht), 21.06.2019

## Fazit

Das gesamte Konzeptpapier und insbesondere die aufgezeigten fünf Punkte gewähren einen Einblick in eine düstere und dystopische Zukunft, in der der Mensch mehr und mehr zum gängelbaren Besitztum herabgewürdigt wird und sich immer weiter vom selbstbestimmten, an freiheitlichen Werten orientierten Leben verabschieden muss. Es ist ein Prozess der Entmenschlichung und die Parallelen zur Agenda 2030 und zum Great Reset sind nicht zu übersehen. (as/tk)

Quelle: 1. bbsr.bund.de, Smart City Charta: Digitale Transformation in den Kommunen nachhaltig gestalten, 2017

## «Du wirst nichts besitzen»:

### Geräte-Vermieter Grover nimmt Kredit über 850 Millionen Euro auf

Die Grover Group (kurz: Grover) ist ein deutsches Unternehmen mit Sitz in Berlin, das über eine Online-Plattform Elektronikgeräte vermietet. Grover kauft Geräte und verleiht sie per Abonnement anschliessend an seine Kunden. Da genau dieses Modell für die Zukunft vorgesehen scheint, überrascht es nicht, dass Finanzinvestoren bei Grover augenscheinlich Schlange stehen. «[Grover holt sich] 850 Millionen Euro Fremdkapital, um sein Portfolio auszubauen und Geräte zu finanzieren. Das Geld stammt vom Londoner Vermögensverwalter Fasana-ra Capital sowie JMS-Capital-Everglen [...]»,



schrub das Online-Portal Gründerszene Ende Juli 2021. <sup>(1)</sup>

Das Unternehmen wächst rasant, doch natürlich könnte Grover ohne die Unterstützung der Hochfinanz, die auch den Great Reset gestaltet hat, niemals expandieren, wie es dies momentan tut. Die Entwicklung ist abzusehen: Banken und ähnliche Finanzinstitutionen bauen wenige Konzerne auf, die eines

Tages monopolistisch Produkte an den Normalbürger verleihen werden, der sich einen Kauf finanziell nicht mehr erlauben können wird. Zudem ist abzusehen, dass sich durch die Monopolisierung die Qualität der Produkte verschlechtern wird, sodass sich ein Kauf sowieso nicht mehr lohnen wird.

Die Banken sitzen dabei am längeren Hebel und entscheiden, ob Grover sich langfristig durchsetzt oder doch durch einen «Konkurrenten» ersetzt wird. (tk)

Quelle: businessinsider.de, Geräte-Vermieter Grover nimmt Kredit über 850 Millionen Euro auf, 29.07.2021



«Volkswagen will mit der milliardenschweren Übernahme des Leihwagenunternehmens Europcar zu einem führenden Mobilitätsanbieter aufsteigen. [...] Kunden wünschten sich zunehmend neue Angebote, beispielsweise Abo- oder Sharing-Modelle als Alternative zum eigenen Auto. [...] Auch andere Automobilunternehmen richten sich auf ein verändertes Nutzungsverhalten vor allem jüngerer Kunden ein, die Autos nicht mehr besitzen, sondern für kurze Zeit mieten oder abonnieren wollen.»

**Frankfurter Allgemeine**  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

FAZ-Online Ende Juli 2021

Quelle: m.faz.net, VW übernimmt Europcar: So will Volkswagen Carsharing profitabel machen, 29.07.2021



«Wir werden in 20 Jahren nur noch mit Sondererlaubnis selbstständig Auto fahren dürfen.»

Angela Merkel, 2017

Quelle: faz.net, Angela Merkel: Autos selbst steuern? - In 20 Jahren nur mit Sondererlaubnis, 11.06.2021

## Finanz-«Heuschrecken» kaufen im grossen Stil Häuser auf

„Investoren wie der BlackRock-Gruppe reicht der Neubausektor nicht aus. Um ihr Geld anzulegen, kaufen sie den Markt gebrauchter Häuser leer, zumindest in den Wachstumsregionen der USA. Und Geld scheint dabei keine Rolle zu spielen. Die Investoren [...] überbieten regelmässig die Schätzwerte der Objekte. [...] Mit der Überbietungsstrategie werfen die «Heuschrecken» alle privaten Interessenten aus dem Rennen, die auf eine Finanzierung angewiesen sind. [...] Hält dieser Trend an, wird ein guter Teil



BlackRock-Büros in New York



BlackRock-Geschäftsführer Larry Fink, 2017 in Davos

des Wohneigentums von Familien der Mittelschicht wegwandern und bei Wall-Street-Firmen landen. Die Bedeutung von Immobilien für den Vermögensaufbau wird entsprechend zurückgehen. Langfristig ist zu befürchten, dass diese Entwicklung auch nach Europa schwappt und diese Anleger stärker in das Klein-Klein-Geschäft mit einzelnen Immobilien drängen. [...] Im Ergebnis wird die Spaltung zwischen denjenigen, die zu den Besitzenden gehören, und denen, die nichts haben, weiter zunehmen.»

*Artikel auf der Focus-Webseite vom 20.06.2021*

Quelle: stern.de, Schock in den USA - Wall-Street-Heuschrecken kaufen alle Einzelhäuser weg, 20.06.2021

Führen wir uns vor Augen: Durch die steigenden Lebenshaltungskosten, die von demselben Machtzirkel, zu dem auch BlackRock gehört, herbeigeführt wurden, sind Menschen gezwungen, ihr Haus zu verkaufen. BlackRock schafft es ohne Probleme, die normalen Hauskäufer zu überbieten, sodass es für den schwindenden Mittelstand immer schwerer wird, überhaupt ein Haus zu kaufen. Das ist nur möglich, weil BlackRock Zugriff auf das Geldmonopol der Zentralbank Federal Reserve hat, die von Leuten gegründet wurde, die auch die Oktoberrevolution finanzierten (Ausgabe 41).

Je weniger Menschen sich ein Haus leisten können oder je mehr Menschen aus ihren Häusern herausgedrängt bzw. herausgekauft werden, desto mehr steigt die Nachfrage nach Miet-Immobilien. Und schon stehen Finanzinvestoren wie BlackRock Gewehr bei Fuss: Sie haben schliesslich bereits eine riesige Anzahl Immobilien aufgekauft, die sie nun vermieten können. Es entsteht eine «Sharing Economy» (Ausgabe 40) bzw. eine «Post-ownership society» (siehe S.57). Wir erinnern uns, dass Bill Gates gleichzeitig Hunderttausende Hektar Land kauft (Ausgabe 40).

Der Besitz wird so kollektiviert, Besitzer enteignet, ohne dass kommunistische Revolutionäre dies mit Waffengewalt durchsetzen müssen. Daher hatte auch Karl Marx die Errichtung einer Zentralbank gefordert (Ausgabe 41, S.9). Das WEF-Video «Acht Vorhersagen für die Welt im Jahr



Das WEF-Video «Acht Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030» aus dem Jahr 2016 kündigt an: «Du wirst nichts besitzen und du wirst glücklich sein.» «Was immer du haben möchtest», fährt der Film fort, «wirst du mieten».

2030» aus dem Jahr 2016 kündigt an: «Du wirst nichts besitzen und du wirst glücklich sein.» «Was immer du haben möchtest», fährt der Film fort, «wirst du mieten». (tk)





## Internationale Umverteilung in der Agenda 2030

### 17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE



Ziel 17 «Partnerschaften zur Erreichung der Ziele» beinhaltet die internationale Umverteilung aus dem Westen in die «Dritte Welt», welche schon Gorbatschow und Sacharow eingefordert hatten.

In Ziel 17 der Agenda 2030 wird unmissverständlich formuliert, dass der Plan nur gelingen kann, wenn die westlichen Industriestaaten «ihre Zusagen im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe voll einhalten». Doch das ist lange nicht das Ende der Fahnenstange. Unterziel 17.7 will «Die Entwicklung, den Transfer, die Verbreitung und die Diffusion von umweltverträglichen Technologien an die Entwicklungsländer zu gegenseitig vereinbarten günstigen Bedingungen, einschliesslich Konzessions- und Vorzugsbedingungen, fördern». <sup>(1)</sup> Das heisst also, der Wohlstand der westlichen Bevölkerung soll global umverteilt werden.

Andrei Sacharow (Ausgabe 41, S.26 ff.) hatte schon 1968 zur «Rettung des «armen» Teiles der Welt» die Einführung einer «Steuer von 20 Prozent», mit der das nationale Einkommen der entwickelten Länder in die Dritte Welt umverteilt wird, angekündigt. <sup>(2)</sup> Es wundert nicht, dass so etwas auch von Michail Gorbatschow verlangt wurde, nämlich «Schuldenerlass, Erleichterung des Zugangs zu den Weltmärkten, Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen und natürlich verstärkte Hilfslieferungen» für die afrikanischen Länder. «Die internationale Gemeinschaft» müsse, so Gorbatschow, eine weltweite Steuerung aufbauen und «so bald wie möglich neue Strategien ausarbeiten, die den besitzlosen, verwundbaren und marginalisierten Völkern, in erster Linie also den afrikanischen, wirtschaftliche Gleichberechtigung einräumen». <sup>(3)</sup>

### Weltsozialismus

Gorbatschow schlug vor, dass ein «Teil der gewaltigen Summen, die die entwickelten Länder für das Wettrüsten ausgegeben haben», in die Dritte Welt transferiert würde (womit er kaum China und Russland meinte). Das entspricht den Forderungen Andrei Sacharows nach einem friedlichen Hineinwachsen in den Weltsozialismus (siehe S.97 ff.). <sup>(4)</sup>

Mit der «Corona-Krise» hat die WHO durch ihr eigenes Handeln eine Hungerkatastrophe in der Dritten Welt herbeigeführt. Diese wird ausgenutzt werden,

um das Agenda-Ziel zu erfüllen und den westlichen Wohlstand verstärkt in die Dritte Welt umzuverteilen. So wird mit der Bereitstellung von Hilfen ein System etabliert, das keine andere Bezeichnung als «Weltsozialismus» verdient. Jeder «Weltbürger» mit höherem Wohlstand wird dazu gezwungen, andere «Weltbürger» mit niedrigerem Wohlstand zu versorgen. Das schafft für beide Seiten kaum Anreize, aus eigener Kraft Vermögen zu erwirtschaften, womit auch die Armut auf beiden Seiten anwächst – typisch Kommunismus eben, nur diesmal auf globaler Ebene. (tm/tk)

### 1 KEINE ARMUT



### 2 KEIN HUNGER



Die ersten beiden Ziele der Agenda 2030 klingen bei oberflächlicher Betrachtung durchaus humanitär und altruistisch. Dahinter steckt jedoch eine Enteignung der Besitzenden in der Ersten Welt, die der Zweiten und Dritten Welt auch kaum etwas nutzt. Sozialistische Umverteilung macht auch im globalen Massstab alle arm – ausser einer kleinen Herrscherkaste an der Spitze.

#### Quellen:

1. bundeskanzleramt.gv.at, Ziele der Agenda 2030, abgerufen am: 03.08.2021
2. Andrei D. Sacharow Wie ich mir die Zukunft vorstelle, Diogenes Verlag, 1968, S.82 ff.
3. Michail Gorbatschow, Mein Manifest für die Erde, Campus Verlag, 2003, S.62 f.
4. Michail Gorbatschow, Meine Vision, Horizonte Verlag, 2. Auflage, 1990, S.130



Unter dem Stichwort «internationale Solidarität» wird im Rahmen der Agenda 2030 eine internationale Umverteilung vorangetrieben. Man könnte auch von einem «Weltsozialismus» sprechen, bei dem jeder «Weltbürger» mit höherem Wohlstand dazu gezwungen wird, andere «Weltbürger» mit niedrigerem Wohlstand zu versorgen.



## United Nations Decade on Biodiversity

Der Zeitraum 2011–2020 wurde von den Vereinten Nationen zur «Dekade der Biodiversität» erklärt. Unter dem Vorwand des Schutzes von Grünflächen wird unternehmerische Freiheit eingeschränkt – zumindest für kleinere und mittlere Betriebe.

### Biodiversität schon in Rockefeller-Dokumenten

Analog zur Agenda 21 wurde in Rio de Janeiro (siehe S.39 ff.) auch die sogenannte Biodiversitäts-Konvention verabschiedet, die zwar viele inhaltliche Übereinstimmungen mit der Agenda 21/2030 aufweist, unter dem Deckmantel des Schutzes der Artenvielfalt jedoch hauptsächlich darauf abzielt, den Privatbesitz von Grund und Boden weltweit schleichend zu verstaatlichen. Ähnlich wie die Agenda 2030 hat auch die Biodiversitäts-Konvention eine lange Vorgeschichte, die in die Kreise der internationalen Hochfinanz zurückreicht, sodass sowohl ihre Methoden als auch ihre Absichten anhand einschlägiger Publikationen eindeutig nachvollzogen werden können. Während die wesentlichen Inhalte der Agenda 21 bereits in der «unvollendeten Agenda» von 1977 zusammengefasst wurden, tauchte das der Biodiversitäts-Konvention zu-

grundlegende Ideengut erstmals im Jahr 1973 in einer Schrift auf, die den Titel «The Use of Land: A Citizens' Policy Guide to Urban Growth» (Die Nutzung von Land: Ein bürgernaher Leitfaden zum Thema Stadtwachstum) trug und die ebenfalls von der Rockefeller-Brothers-Stiftung finanziert wurde. Dabei handelte es sich um den Abschlussbericht einer Arbeitsgruppe, deren Vorsitz Laurence D. Rockefeller innehatte und die vom ersten Chef der amerikanischen Umweltbehörde EPA, William K. Reilly, geleitet wurde.

Auch in der «unvollendeten Agenda» finden sich bereits wesentliche Elemente, die mittlerweile das Grundgerüst der Biodiversitäts-Konvention bilden. So wurde darin zum Beispiel «empfohlen», eine Politik mit dem Ziel zu verfolgen, die «natürliche Diversität» der Landschaft, der Fauna und Flora in grösstmöglichem Ausmass zu schützen. Besondere Anstrengungen müssten unternommen werden, so hiess es, um weite Teile der natürlichen Landschaft zu erhalten, und zwar sowohl in Form von unberührter Wildnis als auch in Form von Nationalparks, Feuchtgebieten, Mehrzweckflächen, Erholungsgebieten, Weideland, Ackerland und schliesslich Stadtgebieten. Die Erhaltung von Lebensräumen zum Zwecke des Artenschutzes sei eine essentielle Voraussetzung für den Schutz der Diversität, weshalb Naturschutzgebiete landesweit und flächendeckend eingerichtet werden müssten.<sup>(1)</sup> Alles Punkte, die sich zunächst vernünftig anhören mögen.

### Verstaatlichung

Im Bericht der Rockefeller-Arbeitsgruppe «The Use of Land» wird jedoch ausdrücklich betont, dass ein solcher flächendeckender «Naturschutz» nur unter der Bedingung möglich wäre, dass langfristig eine andere Haltung im Bezug zu Grund und Boden Verbreitung fände. Wörtlich heisst es: «Wir brauchen eine Landethik,

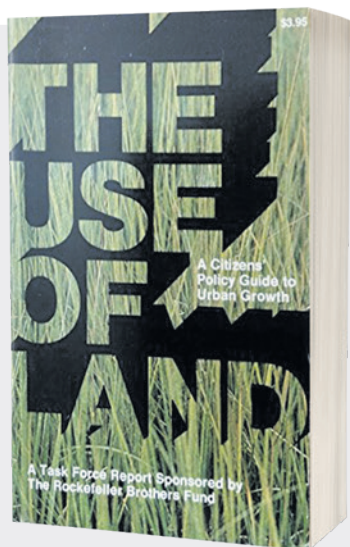


**Ziel 15 der Agenda 2030: «Leben an Land».** Darunter fällt auch die sogenannte «Biodiversität», welche allerdings auch eine eigene Konvention von der UN erhielt.

die das Land als eine Ressource betrachtet, deren falsche Nutzung ebenso schädliche Auswirkungen nach sich ziehen kann wie die Verschmutzung der Luft und des Wassers und die daher einen ähnlichen Schutz rechtfertigt.»<sup>(2)</sup>

Was konkret bedeuten soll, dass ein effektiver Schutz dieser Ressource nicht möglich wäre, ohne eine Veränderung des Rechts auf privaten Grundbesitz. Dieses Recht, das im fünften Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung ausdrücklich gewährleistet ist, auf den sich die amerikanische Justiz in einschlägigen Gerichtsverfahren häufig bezieht, gilt den Verfassern des Rockefeller-Berichts als «veraltet». Stattdessen sollten Grund und Boden grundsätzlich staatlich verwaltet werden.<sup>(3)</sup>

Nach dem bereits bewährten Muster (siehe S.31 ff.) wird dem NGO-Proletariat erneut eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Biodiversitäts-Konvention beigemessen. So heisst es bereits in der Präambel der Konvention, «bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt und der



Das der Biodiversitäts-Konvention zugrundeliegende Ideengut tauchte erstmals im Jahr 1973 in einer Schrift auf, die den Titel «The Use of Land: A Citizens' Policy Guide to Urban Growth» (Die Nutzung von Land: Ein bürgernaher Leitfaden zum Thema Stadtwachstum) trug und die von der Rockefeller-Stiftung finanziert wurde.







→ nachhaltigen Nutzung ihrer Bestandteile» sei eine «internationale, regionale und weltweite Zusammenarbeit zwischen Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen und dem nichtstaatlichen Bereich» zu fördern.

Was dies konkret bedeutet, ist im Rockefeller-Bericht «The Use of Land» nachzulesen. Zu einer Zeit, als die heute aktiven NGOs entweder noch gar nicht existierten oder zumindest noch völlig unbekannt waren, forderte der Bericht die Gründung und Unterstützung entsprechender Umweltschutzorganisationen, die durch private Spenden und staatliche Zuschüsse finanziert werden sollten. Deren Aufgabe sei es, als Anwälte der Umwelt und als Berater von Behörden aufzutreten sowie in Rechtsstreitigkeiten als Sachverständige zur Verfügung zu stehen, wenn es darum geht, die private Nutzung von Grund und Boden einzuschränken.<sup>(4)</sup>

Die Biodiversitäts-Konvention führt zur Einrichtung bestimmter Naturschutzzonen, die laut Forderungen diverser NGOs und auch der UNO in Zukunft weiter ausgebaut werden sollen. Die Folge einer Ausweitung dieser Zonen muss, früher oder später, die Verstaatlichung von Privatbesitz sein. Der wirtschaftliche Niedergang im Westen – verstärkt durch «Corona» – wird dazu führen, dass immer mehr Menschen ihre Häuser verlieren, was den Zielen der Konvention in die Hände spielt.

## Umwelt-Sonderzonen

Ob diese Naturschutzzonen dann überhaupt noch von Menschen betreten werden dürfen, steht auf einem anderen Blatt. In der «unvollendeten Agenda» wurde diesbezüglich gefordert, die Nutzung von Teilen dieser Flächen selbst als Naherholungsgebiete so weit einzuschränken, dass sie mit privaten Kraftfahrzeugen nicht mehr befahren werden dürften und Übernachtungsmöglichkeiten nur ausserhalb der Parks zur Verfügung gestellt würden.<sup>(5)</sup>



**Greta Thunberg** @GretaThunberg · 22. Mai

"Our relationship with nature is broken. But relationships can change. When we protect nature - we are nature protecting itself."

Thank you @MercyForAnimals for sponsoring this film by @tommustill and me.

#ForNature #BiodiversityDay

**Der 22. Mai wurde von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 zum «Weltweiten Tag der Biodiversität» ernannt. Greta Thunberg, die bei Schwabs WEF eine ihrer ersten Reden halten durfte, erinnerte ihre Twitter-Gefolgschaft am 22. Mai dieses Jahres mit einem Post an das von der UN ausgerufen Datum. In einem angehängten Video führte sie – wie Klaus Schwab (Ausgabe 40) – die unbewiesene Behauptung an, die Nutzbarmachung der Natur würde die Zahl der Pandemien erhöhen.**



**Auch Ziel Nummer 13 «Massnahmen zum Klimaschutz» drückt den Lebensstandard des westlichen Normalbürgers nach unten.**

Der Rockefeller-Bericht «The Use of Land» fordert darüber hinaus, die Besucherzahlen streng zu limitieren<sup>(6)</sup>, was Erinnerungen an die aus der Sowjetunion bekannten «geschlossenen administrativ-territorialen Gebilde» weckt, die von der Bevölkerung ohne Sondergenehmigung nicht betreten werden durften. Da viele Naturschutzgebiete in aller Welt mittlerweile zum UNESCO-Welterbe gehören und immer häufiger von internationalen NGOs verwaltet werden, könnte man diese Flächen künftig eher als das Hoheitsgebiet

der entstehenden weltweiten NGO-Rätterepublik betrachten und weniger als herkömmliche Nationalparks im Sinne des Begriffs, denn die nationalstaatliche Souveränität über diese Gebiete wird mit dem Fortschreiten des Biodiversitäts-Prozesses immer weiter schwinden, während gleichzeitig immer grössere Flächen als Naturschutzgebiete beansprucht werden.

Wie der Spiegel im Oktober 2007 berichtete, wurden diesbezügliche Vorschläge schon längst in Deutschland laut. In einer Studie eines Forschungsinstituts wurde empfohlen, die Bewohner spärlich besiedelter Gegenden in den neuen Bundesländern, die ohnehin unter einem starken Bevölkerungsschwund leiden, durch Prämien zum Abwandern zu bewegen und die entvölkerten Landstriche gezielt in Wildnis zurück zu verwandeln.<sup>(7)</sup> (tm/tk)

### Quellen:

1. Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.106
2. William K. Reilly, The Use of Land, The Rockefeller Brothers Fund, 1973, S.7
3. Ebenda, S.23 f.
4. Ebenda, S.24 f.
5. Gerald O. Barney, The Unfinished Agenda, The Rockefeller Brothers Fund, 1977, S.114
6. William K. Reilly, The Use of Land, The Rockefeller Brothers Fund, 1973, S.109 f.
7. Spiegel online, Abzugsprämie soll Dörfer entvölkern, 02.10.2007

„Inzwischen haben immer mehr Wissenschaftler nachgewiesen, dass es tatsächlich die vom Menschen verursachte Zerstörung der **Biodiversität** ist, die als Quelle neuer Viren wie Covid-19 angesehen werden kann.“

„Allein die Landwirtschaft bedeckt mehr als ein Drittel der Landfläche der Welt. Sie ist die Wirtschaftsaktivität, die die Natur am meisten stört.“

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S. 160-161



„Ökonomie und Ökologie müssen zusammen gedacht werden. Und das müssen wir natürlich auch mit Blick auf die **Biodiversität** tun.“



Angela Merkel bei ihrer Rede im Rahmen des 11. Petersberger Klimadialogs am 28. April 2020

Quelle: bundeskanzlerin.de, Rede von Bundeskanzlerin Merkel im Rahmen des XI. Petersberger Klimadialogs am 28. April 2020 (Videokonferenz), 28.04.2020

## Offenes Geheimnis: Die Landwirtschaft in Deutschland wird verunmöglicht!

@agrarheute

### Klimaziele kosten viele Bauern die Existenz - Ist das gewollt?

Artikel auf  
agrarheute.com,  
11.06.2021

„Im Mai hat die Bundesregierung ihre Klimaziele noch einmal deutlich verschärft. Auch die Landwirtschaft kommt nicht ungeschoren davon. [...] Diese hohen Einsparziele sind eigentlich nur auf zwei Wegen möglich: Zum einen durch einen beschleunigten Ausstieg von Landwirten aus der Produktion. Zum anderen auch durch die drastische Reduktion der Tierbestände. [...] Schaut man einmal auf die Zahlen der letzten Jahre, dann ist dieser Prozess schon in vollem Gange. Insbesondere die in Sonntagsreden herbeigewünschten kleinen Höfe steigen seit einiger Zeit reihenweise aus - oder sie geben mindestens die Tierhaltung auf. Der Grund: Tierhalter werden von zwei Seiten in die Zange genommen. Auf der einen Seite drücken die explodierenden Produktionskosten in Verbindung mit der alles vertuernden (und weiter steigenden) CO<sub>2</sub>-Steuer auf die Margen - Auf der anderen Seite machen die immer höheren Auflagen zum Tierwohl und zum Emissionsschutz (auch bei Gülle und Gärresten) den Bauern das Leben schwer. Die dafür nötigen Investitionen können gerade die kleinen Betriebe kaum noch stemmen.«

Aus einem Artikel von Agrarheute, Fachmagazin für Landwirtschaft, 11.06.2021

Quelle: agrarheute.com, Klimaziele kosten viele Bauern die Existenz - Ist das gewollt?, 11.06.2021

Man muss es so deutlich sagen: Die Politik sägt an der Nahrungsversorgung, der Grundlage unseres Lebens! Sie setzt unser aller Leben aufs Spiel! Die Folgen dieser verheerenden Entscheidungen werden die Deutschen noch schmerzhaft zu spüren bekommen!

Deutschlandfunk

„Zwischen Mai 2020 und April 2021 sind die Lebensmittelpreise im Schnitt um 25 Prozent gestiegen - so stark wie seit zehn Jahren nicht. Grund sind logistische Probleme, Mangel an Arbeitskräften und durch den Lockdown gesunkene Einkommen. Die Zahl der Hungernden steigt.«

Der Deutschlandfunk im Juli 2021

Quelle: deutschlandfunk.de, Lebensmittelpreise: Wenn das Essen zu teuer wird, 18.07.2021

Mal wieder legt die Menschheit ihre Hand auf die glühend heiße Herdplatte und wundert sich, dass sie sich verbrennt.

16 FRIEDEN,  
GERECHTIGKEIT UND  
STARKE INSTITUTIONEN



Man kann sich denken, wofür Ziel 16 «Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen» steht: Eine Aufrüstung des Ostblocks bei gleichzeitiger Abrüstung im Westen, genau wie in der sowjetische Langzeitstrategie vorgesehen (Ausgabe 41).







Ziel 3 der Agenda 2030 zielt angeblich auf «Gesundheit und Wohlergehen». Spätestens die vermeintliche «Corona-Pandemie» sollte verdeutlicht haben, dass echte «Gesundheit» und echtes «Wohlergehen» allzu oft inkompatibel sind mit der modernen Schulmedizin. Beweise für diese Behauptung finden Sie in den **Ausgaben 11, 18, 21, 32, 34, 37, 38, 39**.

«Wie viele von Ihnen haben schon mal die auffällige Ähnlichkeit zwischen dem Emblem der Vereinten Nationen und dem der Sowjetunion festgestellt? Sie glauben, das ist ein Zufall? Die Symbolik ist offensichtlich, es sei denn, man ist blind.»

Der KGB-Überläufer Yuri Bezmenov bei einem Vortrag

Quelle: youtube.com, Yuri Bezmenov/ex-KGB propaganda expert warns the world, 15.05.2017



EMBLEM DER SOWJETUNION



EMBLEM DER VEREINTEN NATIONEN

«Nach dem Sieg der Arbeiterklasse [...] wird es in keinem Land mehr soziale, nationale oder andere Ursachen für den Ausbruch eines Krieges geben. Aber das wird erst dann sein, wenn die ganze Welt unter die totale Kontrolle des sozialistisch-kommunistischen Systems gebracht wurde. Die Menschheit wird sich dann zu einer wahren Gemeinschaft gleicher Nationen vereinen.»

Nikita Chruschtschow, von 1953 bis 1964 Parteichef der KPdSU, Schlüsselfigur der sowjetischen Langzeitstrategie (Ausgabe 41, S.21 ff.)

Quelle: Nikita Chruschtschow, Khrushchev Remembers; Little, Brown and Co., Boston, 1970, S.513



## George Soros fordert neue Weltordnung, geführt von China

«Wir brauchen eine neue Weltordnung, an deren Erschaffung China mitwirken muss. Sie müssen das übernehmen und dominieren, so wie die USA den «Washington-Konsens» – die jetzige Ordnung – dominiert. China wird aufsteigen als die Ordnung, die den US-Konsumenten ersetzt.»

George Soros, Milliardär und «Philanthrop», 2009 im Interview mit der Financial Times

Quelle: ft.com, Transcript: George Soros interview, 24.10.2009



«Für den Krieg sind wir bereit, da haben wir alle Vorkehrungen getroffen. Wir haben die Nato, wir haben Divisionen, Jeeps, trainierte Leute. Aber was ist mit Seuchen? Wie viele Ärzte haben wir dafür, wie viel Flugzeuge, Zelte, was für Wissenschaftler? Gäbe es so etwas wie eine Weltregierung, wären wir besser vorbereitet.»

Bill Gates im Interview mit der Süddeutschen Zeitung, Januar 2015

Quelle: sueddeutsche.de, «Den täglichen Tod nehmen wir nicht wahr», 28.01.2015





## EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Nachdem der Sozialist und Milliardär Maurice Strong, der sowohl mit den Rockefellers als auch Klaus Schwab vernetzt war, 1972 in Stockholm die «Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen» geleitet hatte, folgte in den 80er-Jahren der nächste grosse Schritt hin zu einer weltweiten Machtergreifung der Vereinten Nationen unter dem Vorwand, globale Umweltprobleme lösen zu wollen. Die UNO setzte die «Weltkommission für Umwelt und Entwicklung» ein, deren Vorsitz die Vizepräsidentin der Sozialistischen Internationale Gro Harlem Brundtland übernahm und an der erneut Maurice Strong beteiligt war. Diese Kommission veröffentlichte 1987 unter dem Titel «Unsere gemeinsame Zukunft» ein ökosozialistisches Manifest, in dem erstmals das Konzept der «nachhaltigen Entwicklung» definiert wurde, aus dem später die Agenda 21 bzw. Agenda 2030 hervorging. Basis dieses Konzepts war, wie Brundtland freimütig bekannte, das Programm der Sozialistischen Internationale.

Die Arbeit der Brundtland-Kommission diente als Auftakt für eine neue UNO-Konferenz, die ebenfalls von Maurice Strong geleitet wurde: Die «Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung» in Rio 1992. Im Rahmen der Rio-Konferenz griff Strong auf dieselbe zivilisations- und fortschrittsfeindliche Rhetorik zurück, die auch Klaus Schwabs Great-Reset-Buch auszeichnet.

Die zukünftige internationale Verfassung, an der in Rio gearbeitet wurde, trägt seither den offiziellen Arbeitstitel «Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung». Ihr zugrunde liegt die sogenannte «Erd-Charta», die ein gemeinsames Projekt von Michail Gorbatschow und Maurice Strong darstellt. Tausende Vertreter von NGOs, die mit den ideologischen Zielen der UNO übereinstimmten, waren bei der Konferenz anwesend und sollten die dort besprochenen Agenda-Punkte daraufhin verbreiten. Seitdem hat die «nachhaltige Entwicklung», welche, wie schon erwähnt, auf dem Programm der Sozialistischen Internationalen basiert, oberste Priorität für die Vereinten Nationen. Die politischen Zielsetzungen der UN werden der Öffentlichkeit unter dem Namen Agenda 2030 präsentiert, deren Vorgänger Agenda 21 auf der Rio-Konferenz verabschiedet wurde.

Hinter dem Begriff «nachhaltige Entwicklung» verbirgt sich allerdings weder echter Umwelt- noch Klimaschutz (falls es überhaupt möglich ist, das Weltklima zu schützen), sondern pure Planwirtschaft. Da verwundert es nicht, dass der überzeugte Kommunist Michail Gorbatschow an vorderster Front bei der globalen Durchsetzung von «Nachhaltigkeit» beteiligt war, z.B. durch die Erd-Charta. Die angeblichen ökologischen Bedrohungen sind für Gorbatschow der Beweis dafür, dass «alle Staaten wechselseitig voneinander abhängig» seien, weshalb die Welt eine gestärkte UNO brauche, deren «Autorität unanfechtbar» sein müsse. Gorbatschows Schlagwort dafür, welches Klaus Schwab auch in seinem Buch verwendet, lautet «Interdependenz».

Zwar ist die Schrift «Unsere gemeinsame Zukunft» der offizielle Ursprung der Agenda 2030 (was beunruhigend genug ist), ins Auge sticht allerdings auch die Verbindung zu einem noch ursprünglicheren Dokument der internationalen Hochfinanz: 1977 erschien unter dem bezeichnenden Titel «The Unfinished Agenda» (deutsch: Die unvollende-

te Agenda) ein Strategieprogramm, das von der Rockefeller-Brothers-Stiftung finanziert wurde. Der Inhalt dieses Strategieprogramms ist weitgehend identisch mit der 1992 unterzeichneten Agenda 21, jedoch ist die offiziell verabschiedete Version in offenbar vorsätzlich irreführender und in beschwichtigender Weise langatmig, unverständlich und politisch korrekt formuliert, während das Strategieprogramm von 1977 die zugrunde liegenden Motive und Zielsetzungen weitaus offener und unverblümter zu erkennen gibt. Im Wesentlichen geht es darin um die Kontrolle der Weltbevölkerung durch Abtreibung und Sterilisation, die weltweite Rationierung der Lebensmittel- und Trinkwasserversorgung, die massive Beschneidung des Individualverkehrs, die Einschränkung des Konsums und die Einführung von Planwirtschaft. Begründet werden diese Ambitionen mit denselben Unwahrheiten, mit denen auch heute offiziell versucht wird, den Great Reset zu rechtfertigen.

Die unverblühte Forderung zur Einführung einer Planwirtschaft in dem Rockefeller-Dokument wird in der Agenda 2030 sanft umformuliert, um den oberflächlichen Betrachter zu täuschen. Das WEF wurde deutlicher, als es 2016 für das Jahr 2030 ankündigte: «Du wirst nichts besitzen und du wirst glücklich sein.»

Die Parallelen zwischen Great Reset und Agenda 2030 sind unübersehbar. Beide vereint: Die Ablehnung von Privatbesitz, Produktion, Konsum (u.a. von Fleisch) und Wachstum, einhergehend mit der Verherrlichung von Mangel und Armut sowie der Planwirtschaft. Etwas spezifischere gemeinsame Agenda-Ziele sind: Umverteilung (allgemein sowie in die Dritte Welt), Gleichschaltung der Geschlechter, die Bekämpfung des Individualverkehrs, Biodiversität, die Befürwortung erneuerbarer Energien und viele weitere.

Ein BRD-Bundesministerium skizzierte im Jahr 2017 bereits die «Post-Eigentums-» und «Post-Markt-Gesellschaft» der Zukunft. Die dystopische Zukunft, in der Privatbesitz, Marktwirtschaft und ein hoher Lebensstandard der Vergangenheit angehören, nimmt heute schon in jedem Bereich unserer Gesellschaft Formen an. Auch die systematische Senkung des Lebensstandards im Westen kann an zig konkreten Beispielen – wie z.B. Eingriffen in die Landwirtschaft und Fleischproduktion – nachvollzogen werden.

Die Weltbevölkerung wächst durch die Agenda 2030 und den Great Reset allmählich in die neue Art Weltsozialismus hinein, den Gorbatschows Perestroika als Teil der sowjetischen Langzeitstrategie angestrebt hat. Das Ziel, dem Kommunismus nach aussen ein neues, menschlicheres Gesicht zu geben, wurde mit der Agenda 2030 und dem Great Reset mehr als erreicht. Die Maske der Humanität könnte dazu führen, dass der «umgestaltete» (Perestroika = Umgestaltung) Marxismus eine Zerstörungskraft entfalten wird, von der selbst Lenin und Stalin nicht zu träumen wagten.

Die Agenda 2030 untergräbt die Grundvoraussetzungen für eine zivilisierte und wohlhabende westliche Gesellschaft. Dazu gehört auch die Energieversorgung, der wir im nachfolgenden Teil aufgrund der geopolitischen Gegebenheiten nochmals unsere Aufmerksamkeit zollen wollen.





### Auf einen Blick

🔍 **Energiedefizit durch «Nachhaltigkeits»-Agenda in Europa führt zu Abhängigkeit von russischen Öl-, Gas- und Kohleimporten.**

🔍 **Mit Energieimporten kann Wladimir Putin Europa politisch unter Druck setzen.**

🔍 **Klima-Aktivisten untergraben westliche Energiesouveränität und machen sich zu «nützlichen Idioten» der sowjetischen Langzeitstrategie.**

🔍 **«Energiewaffe» wichtiges Druckmittel, um die kommunistische Weltregierung durchzusetzen.**

## Die Abhängigkeit des Westens von russischen Energie-Importen

Schon 1997 bei der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls bemängelten Kritiker, dass die Beschneidung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses und damit der Wirtschaftsleistung die westlichen Unterzeichner-Staaten weit mehr betraf als z.B. China und Russland. Dies wurde damals mit dem unterschiedlichen Entwicklungsniveau der beiden Staaten aus dem Osten erklärt – ein Argument, das heute eigentlich nicht mehr gelten kann.

24 Jahre später ist das Ungleichgewicht noch weit offensichtlicher: Während die deutsche und auch die europäische Wirtschaft vom Klima- und Luftreinhaltungswahn abgewürgt werden, behelligt China und Russland in dieser Sache kein Mensch. Wieder deckt sich die Agenda der UNO mit jener der sowjetischen Langzeitstrategie: Diese sah vor, die Energiesouveränität des Westens zu untergraben und ihn vom kommunistischen Ostblock abhängig zu machen (siehe S.31). Wie wir mittlerweile wissen, besteht dieser Ostblock weiterhin und ist mit China als neuer Weltmacht mächtiger denn je.

### Abhängigkeit bedeutet Unfreiheit

Eine intakte Energieversorgung ist heute für jede zivilisierte Gesellschaft Grundvoraussetzung. Der Alltag, wie wir ihn kennen, funktioniert nur dank ihr. In einer modernen Volkswirtschaft gibt es im Grunde keine Produktionskette, die ohne auskäme, und in den kalten und gemäßigteren Breitengraden ist sie dafür verantwortlich, dass die Wintermonate nicht mehr lebensbedrohlich sind. Kurzum, die Sicherstellung einer reibungslosen und verlässlichen Energiebeschaffung hat oberste Priorität und kann in ihrer Wichtigkeit kaum überschätzt werden. Vergewärtigt man sich, wie zentral sie ist, so ist es geradezu ein Gebot der Vernunft, den eigenen Energiebedarf auf möglichst autarke Art und Weise sicherzustellen oder zumindest über ein breit gefächertes

Netz an austauschbaren Zulieferern zu verfügen. Schlussendlich hängt die nationale Souveränität massgeblich davon ab, bei der Beschaffung dieser wichtigsten aller Ressourcen nicht von wenigen oder gar nur einem einzigen Lieferanten abhängig zu sein, denn Abhängigkeit bedeutet Unfreiheit. Diesen einleuchtenden Grundsatz vor Augen, erschüttert es, wie weit sich die Staaten Europas inzwischen vom ausländischen Energieimport abhängig gemacht haben.

### Europa hängt am Tropf

Schon längst gefährdet der in Angriff genommene Atom- und Kohleausstieg die westeuropäische und insbesondere auch die deutsche Energiesouveränität. Das Setzen auf die im höchsten Masse ineffizienten «erneuerbaren Energiequellen» bedingt die Abhängigkeit von konventionellen Energieimporten: Im Jahr 2019 – das letzte Jahr, für das die offiziellen Daten von Eurostat vorliegen – bezogen die 27 Länder



der Europäischen Union insgesamt über 60% ihres Energiebedarfs aus dem Ausland. Im Euroraum waren es gar mehr als 65%. <sup>(1)</sup> Eine Zahl, die im Zuge der ohnehin zum Scheitern verurteilten und doch auf Biegen und Brechen angeleiteten Energiewende über die letzten Jahrzehnte laufend anstieg und wohl auch in Zukunft noch weiter in die Höhe klettern dürfte. Der Hauptnutznießer des europäischen Energie-Irrsinnskurs ist dabei Russland, welches weiterhin auf herkömmliche Energieträger setzt und diese heute in rauer Menge



Während die Wirtschaftsleistung der westlichen Staaten durch Vorgaben der Agenda 2030 beschnitten wird, steigt China zur neuen Wirtschaftsmacht auf. Spätestens 2038 soll das letzte deutsche Kohlekraftwerk vom Netz, beschloss die Bundesregierung Ende Januar 2020. Der Grund dafür ist der «Klimaschutz». Gleichzeitig sind auf der ganzen Welt rund 1400 Kohlekraftwerke geplant, vor allem in China.

Quellen: Carbonbrief.org; Handelsblatt, Deutschland treibt den Ausstieg voran – doch weltweit boomt die Kohle, 04.10.18

## Wiktor Tschernomyrdin, von 1985 bis 1989 Minister für die Gasindustrie der UdSSR



## Von 1989 bis 1992 Vorsitzender des staatlichen Gaskonzerns Gazprom

Eines von unzähligen Beispielen, wie das Sowjet-System sogar personell weitergeführt wurde. Das ist, als hätte man Hermann Göring nach dem Zweiten Weltkrieg zum Luftfahrtminister der BRD erklärt. Warum wurden die vielen Warnsignale, dass etwas am Narrativ des Untergangs der UdSSR nicht stimmen kann, nie ausreichend thematisiert?

gewinnbringend nach Europa exportiert. Im Jahr 2019 bezog die Europäische Union 46,7% ihres gesamten Festbrennstoffbedarfs (z.B. Kohle), 41,1% des Erdgasbedarfs und 26,9% des benötigten Rohöls aus Russland. <sup>(2)</sup> Das Mass an Absurdität kann dabei getrost als himmelschreiend bezeichnet werden. Schliesslich exportiert Russland fossile Energien in ein Europa, in dem die jahrzehntelang andauernde CO<sub>2</sub>-Indoktrination nun Früchte trägt und sich eine lautstarke Masse von Öko-Sozialisten for-

miert hat, die letztlich nichts anderes tut, als sich tatkräftig dafür einzusetzen, herkömmliche, effiziente Energiequellen aus ihren jeweiligen Ländern zu verbannen. Da aber trotzdem niemand auf den Luxus beheizter Räumlichkeiten und anderer Annehmlichkeiten, die die westliche Zivilisation hervorgebracht hat, verzichten möchte, muss das auftretende Energiedefizit durch Energieimporte kompensiert werden. Paradoxerweise scheint es die Klima-Alarmisten kaum zu interessieren,



Gegner einer Pipeline in Montreal legen den Verkehr lahm, um den Bau derselben zu verhindern. Sie sägen damit an ihrer eigenen Lebensgrundlage, denn ein Mangel an Öl und Gas wäre im eiskalten Kanada innerhalb kürzester Zeit tödlich (siehe S.71).

dass durch diesen Import dann doch wieder die eigentlich verpönten fossilen Energieträger zum Zug kommen, nur sind es jetzt nicht mehr die eigenen.

## Energie als Erpressungs-Waffe

In Relation gesehen sind die finanziellen Verluste, die mit diesem einseitig profitablen Handel einhergehen nur zweitrangig, verglichen mit den negativen geopolitischen Implikationen, die diese Abhängigkeit Europas von Russland mit sich bringt. Wie schon Putins «Chef-Ideologe» Aleksandr Dugin (Ausgabe 41, S.88 ff.) feststellte, ist es für die geopolitische Strategie Russlands von entscheidender Bedeutung, von seinen natürlichen Ressourcen, darunter in erster Linie Gas und Erdöl, rigorosen Gebrauch zu machen, um andere Länder unter Druck zu setzen und sie so zu zwingen, sich Russlands Willen zu beugen. <sup>(3)</sup> Auch Wladimir Putin stellte 2009 fest: «Russland verfügt über grosse Energie- und Mineralressourcen, die als Grundlage für die Entwicklung seiner Wirtschaft und als Instrument zur Umsetzung seiner Innen- und Aussenpolitik dienen. Die Rolle des Landes auf den internationalen Energiemärkten bestimmt in vielerlei Hinsicht seinen geopolitischen Einfluss.» <sup>(4)</sup>

Das primäre Druckmittel des Kremls, um diesen Einfluss auszuüben, ist dabei die Ressource Gas, welche in Millionen europäischen Haushalten zum Heizen und Kochen gebraucht wird. Erdgas eignet sich besonders gut für diesen Zweck, da die Ausweichmöglichkeiten auf alternative Zulieferer bei diesem Rohstoff sehr stark eingeschränkt sind. Bei Rohöl ist das anders, da es auf hoch funktionstüchtigen, globalen Märkten gehandelt wird, und man daher bei einer ausbleibenden Lieferung oder politisch motivierten Preisschwankungen relativ schnell Ersatz beschaffen kann. Aus diesem Grund sind die Gas-Pipelines aus Russland strategischer Dreh- und Angelpunkt sowie politisches Druckmittel.

## Am längeren Hebel

Man hört in diesem Zusammenhang immer wieder die in relativierender Absicht vorgebrachte Erklärung, die europäischen Staaten und Russland stünden als Abnehmer und Lieferant in wechselseitiger Abhängigkeit. Einer kritischen Betrachtung hält dieses Argument aber kaum stand. Die Nachfrage nach Energie ist insbesondere in hoch entwickelten Volkswirtschaften nicht







→ preiselastisch, was, vereinfacht ausgedrückt, bedeutet: Die Nachfrage nach Energie bleibt nahezu ohne Rücksicht auf den Preis konstant. Vor die Wahl gestellt, entweder ein kaltes, dunkles Haus zu haben oder exorbitante Preise zu bezahlen, werden sich die Europäer gezwungenermassen für Letzteres entscheiden. Realistisch gesehen sitzt Russland in dieser Beziehung also klar am längeren Hebel. Diese Abhängigkeit Europas von Russlands Gas-Exporten wird nun ganz aktuell durch die zusätzlich verlegte «Nord Stream 2» Pipeline durch die Ostsee noch weiter zementiert. Aus historischer Sicht ist das scheinbar blinde Vertrauen, welches die europäischen Länder Russland als Energiezulieferer entgegenbringen, eigentlich durch nichts gerechtfertigt. Im Gegenteil, gab es doch in der Vergangenheit mehrere Präzedenzfälle, in denen Russland von seiner «Energiewaffe» Gebrauch machte.

## Die «Energiewaffe» im Einsatz

In einem Bericht, der 2017 vom «Baker Institute» veröffentlicht wurde, identifiziert der Autor mindestens 15 verschiedene Fälle, in denen Russland innerhalb der letzten 25 Jahre versuchte, durch gezielte Manipulation von Energiepreisen oder durch die Manipulation von physischen Rohstoffmengen, Druck auf fremde Länder auszuüben – sehr oft im Zuge politischer Spannungen. In der Studie wird noch vermerkt, dass die tatsächliche Anzahl solcher politisch motivierter Eingriffe in das Energiegeschäft sehr wahrscheinlich um ein Wesentliches höher liegt als die genannte Zahl von 15, da kleinere Unterbrechungen nicht immer gemeldet, sondern stattdessen als «kommerzielle» oder «technische Schwierigkeiten» abgetan werden, auch wenn viele von ihnen politische Untertöne haben.<sup>(5)</sup> Der Schaden, den Russland mit seiner «Energiewaffe» anrichten kann, sollte keinesfalls unterschätzt werden. Jegliche Liefer- und Preisschwankung führt in der Regel zu rasant kletternden Preisen. Als der Kreml im Januar 2009 während des Russland-Ukraine-Streits die Gaslieferungen zeitweilig unterbrach, stiegen die Gas-Preise im Vereinigten Königreich an einem Tag um bis zu 27 Prozent. Die EU hatte damals die Absicht formuliert, sie wolle sich vom russischen Erdgas lösen, doch daraus wurde nichts.<sup>(6)</sup> Heute, über zehn Jahre später, sind die europäischen Länder gebundener und damit verwundbarer als je zuvor.

## Gazprom

Der ausführende Finger am Abzug der russischen «Energiewaffe» ist der Konzern Gazprom, der in vielen Beziehungen weni-

**Die russische Plattform Russia Today, die ein westliches Zielpublikum anspricht, spielt sich als Anwalt der Ureinwohner Amerikas auf, um den Bau einer Pipeline in North Dakota zu boykottieren (Schlagzeile vom 28.10.2016).**

Übersetzung: Bei der Dakota-Pipeline geht es um grosses Geld, nicht um die Rechte der Ureinwohner

---

**‘Dakota pipeline is about big money, not indigenous people rights’**

---

**Russland verbietet 2019 NGO, die sich für die Rechte der Ureinwohner im russischen Norden und Osten starkmacht. (The Moscow Times, 07.11.2019)**

Übersetzung: Russland verbietet Organisation zum Schutz der Rechte arktischer Ureinwohner

---

**“Die Hauptaufgabe [der Zukunft] ist die «Finnlandisierung» von ganz Europa.»**

*Aleksandr Dugin, Putins «Chef-Ideologe» (Ausgabe 41, S.88 ff.) in seinem Buch «Grundlagen der Geopolitik»*

Quelle: Aleksandr Dugin, Foundations of Geopolitics, 1997, S.309



**Der Begriff «Finnlandisierung» tauchte erstmals zur Zeit des Kalten Kriegs auf und beschreibt die Einschränkung der Handlungsfähigkeit eines Staates, der einem übermächtigen, Einfluss nehmenden Nachbarstaat gegenübersteht. Übermacht erlangt das heutige Russland vor allem durch die Abhängigkeit Europas von seiner Gasversorgung.**

ger einer Unternehmung als vielmehr einer politischen Institution gleicht. Gazprom ist eines der weltweit grössten Erdgas- und Erdölförderunternehmen und insgesamt der weltmarktführende Gasexporteur. Vor der Perestroika war die jetzige Firma in der UdSSR ein sogenanntes Branchenministerium, das im Zuge der allgemeinen «Umgestaltung» 1989 zu einem russischen Staatskonzern umgewandelt wurde. Es sagt einiges über die augenauswischende Natur der Perestroika aus, wenn man erfährt, dass der frühere Minister für Erdöl- und Gaswirtschaft in der UdSSR, ein linientreuer Kommunist namens Wiktor Tschernomyrdin, nach der erfolgten Umstrukturierung der Sowjetunion zum ersten geschäftsführenden Vorstandsvorsitzenden des neu entstandenen Konzerns gemacht wurde.<sup>(7)</sup> Die Inszenierung als Unternehmen ist dabei wenig mehr als Fassade: Der russische Staatsapparat hält ca. 40% der Unternehmensaktien und besetzt im Aufsichtsrat die Mehrheit der Sitze, was gerade in Russland mehr als nur Mitspracherecht bedeutet. Das

Netz, das Gazprom umgibt, ist riesig und beinahe unüberschaubar. Gazprom besitzt verschiedene europäische Gasversorgungsunternehmen oder ist in sie involviert, es hält Minderheitsbeteiligungen an Gaspipelines und Speichereinrichtungen in Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien.<sup>(8)</sup> Alles in allem besitzt Gazprom offiziell 61 hundertprozentige Tochtergesellschaften – darunter auch Gazprom-Media, den grössten Medienkonzern Russlands, und mit Gazprombank auch eine der national grössten Banken – weiterhin hält der Konzern bei 45 anderen Unternehmungen die Aktienmehrheit und ist ausserdem an 69 Firmen beteiligt.<sup>(9)</sup>

## Damoklesschwert über Europa

Die Situation, in der sich Europa heute befindet, entstand nicht von selbst. Schlussendlich waren es Maurice Strong, Michail Gorbatschow und die UN, die massgeblich dazu beitrugen, das Märchen vom

menschgemachten Klimawandel weltweit zu verbreiten und damit den Grundstein für die europäische Energiewende zu legen (siehe S.39 ff.). Europa befindet sich heute in einer unangenehmen Lage, in der es auf grundsätzlichste Art und Weise vom russischen Wohlwollen abhängig ist. Die «Energiewaffe» ist scharf und hängt als Damoklesschwert über den Staaten Europas. Ein radikaler Kurswechsel Russlands und Europa fehlt sprichwörtlich ein beträchtlicher Teil des Saftes, der benötigt wird, um Wirtschaft und Gesellschaft gesund halten zu können. Eine Situation, die noch vor wenigen Jahrzehnten völlig undenkbar gewesen wäre und die erst durch die Perestroika möglich wurde. Zu Zeiten der Sowjetunion wäre kein Land Europas auf die absurde Idee gekommen, sich Russland derart auf Gedeih und Verderb auszuliefern. (as)

#### Quellen:

1. ec.europa.eu, Eurostat: Energieabhängigkeit, abgerufen am: 26.07.2021
2. ec.europa.eu, From where do we import energy?, abgerufen am: 26.07.2021
3. John Dunlop, Demokratizatsiya 12.1, Aleksandr Dugin's Foundations of Geopolitics, 31.01.2004
4. jamestown.org, LNG – Russia's New Energy Blackmail Tool, Publication: Eurasia Daily Monitor Volume: 6 Issue: 77, 22.04.2009
5. bakerinstitute.org, Russia's Use of the «Energy Weapon» in Europe, 18.07.2017
6. energyvoice.com, Putin's Russia seen dominating European energy for two decades, 01.03.2017
7. de.wikipedia.org, Gazprom, abgerufen am: 27.07.2021
8. marshallcenter.org, Europe's Dependence on Russian Natural Gas: Perspectives and Recommendations for a Long-term Strategy, 09.2018

#### EU-Importe von Festbrennstoffen (z.B. Kohle), 2019



Quelle: Eurostat

#### Fridays For Future in Berlin, Januar 2019



Wladimir Putin hat so gut wie keine Massnahmen zum «Klimaschutz» eingeführt und setzt weiterhin auf herkömmliche Energieträger, mit denen er Europa beliefern und politisch erpressen kann. Ob die FFF-Demonstranten wissen, dass sie der KGB-Oligarchen-Kaste rund um Putin Milliarden in die Taschen spielen, ihre Zukunft gefährden und dabei nicht einmal das Klima schützen?

**Denken Sie darüber nach: Greta Thunberg und George Soros (siehe S.21 ff.) legen sich zwar rhetorisch hin und wieder mit Wladimir Putin an, erfüllen jedoch mit ihrem Aktivismus die geopolitischen Ziele Russlands!**

### George Soros to Start \$1 Billion School to Fight Nationalists, Climate Change

Bloomberg titelt am 23.01.2020: «George Soros startet mit einer Milliarde Dollar Schule, um Nationalisten und den Klimawandel zu bekämpfen».



Foto: Anders Heilberg ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Greta\\_Thunberg\\_7.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Greta_Thunberg_7.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

„«Mein Name ist Greta Thunberg. Wir leben am Beginn eines Massensterbens. Unser Klima bricht zusammen. Kinder wie ich geben ihre Ausbildung auf, um zu protestieren. Aber wir können es noch schaffen, das zu ändern. Du kannst es immer noch in Ordnung bringen. Um zu überleben, müssen wir aufhören, fossile Brennstoffe zu verbrennen, aber das allein wird nicht genug sein.»

Greta Thunberg in einem Videoclip der amerikanischen Umwelt-NGO «Conservation International», September 2019

Quelle: youtube.com, Nature Now, 19.09.2019





## Die «nützlichen Idioten» Russlands

Die Prägung des Begriffes «nützlicher Idiot» wird Wladimir Lenin zugeschrieben und für die Bezeichnung von Personen verwendet, die ohne ihr Wissen für Zwecke des Kommunismus benutzt werden. Bei nüchterner Betrachtung eine durchaus treffende Beschreibung für die Millionen «Klimaaktivisten», die nun schon seit Jahren auf unüberhörbare Weise für vermeintliche Klimagerechtigkeit Stimmung machen und das nicht nur auf der Strasse. Nach einem regelrechten Marsch durch die Institutionen finden sich diese radikalen Verfechter der wissenschaftlich widerlegten Hypothese vom menschengemachten Klimawandel (Ausgaben 9,27) heute in grosser Anzahl als Einflussfiguren in nahezu jeder akademischen Einrichtung.

Was nahezu keinem Klima-Aktivisten bewusst zu sein scheint, ist die geopolitische Dimension der CO<sub>2</sub>-Debatte. Die «nützlichen Klima-Idioten» scheinen in ihren naiven Forderungen nach radikaler Energiewende völlig zu übersehen, in wessen Dienst sie sich stellen, wenn sie die Wirtschaft ihres eigenen Landes sabotieren. Unwissentlich erfüllen sie die Aufgabe von Fusssoldaten einer knallharten anti-westlichen Agenda.

### Der lachende Dritte

Ein gutes Beispiel für diese Art von nützlicher Idiotie, die speziell in die Hände Russlands spielt, wurde im Jahr 2019 geboten. Damals warf Klimaaktivistin und Sprechpuppe der Hochfinanz, Greta Thunberg (siehe S.31 ff.), gemeinsam mit 15 anderen jungen Klimaaktivisten, Kanada und Norwegen vor, sie würden die Menschenrechte von Kindern verletzen, weil sie sich weigerten, aus der Gas- und Ölförderung auszusteigen. In dem Brief hiess es: «[Kanada] muss die Erschliessung und den Export neuer Öl- und Gasvorkommen beenden und einen Plan zur raschen Stilllegung bestehender Förderfelder aufstellen. Es muss aufhören, kurzfristige wirtschaftliche Gewinne über die Zukunft ihrer Kinder und aller Kinder auf der Welt zu stellen.»<sup>(1)</sup> Nun sind sowohl Kanada als auch Norwegen Länder, deren wirtschaftlicher Wohlstand zu grossen Teilen auf der Förderung von fossilen Brennstoffen beruht, was sie in diesem Sektor zu direkten Konkurrenten Russlands macht. Der Ausstieg aus der Förderung fossiler Energie würde für Kanada und Norwegen eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten. Ausserdem sind beide Länder Paradebeispiele für Gegenden, in denen Menschen ohne die Verwendung von fossilen Brennstoffen als Heizmittel derzeit nicht leben könnten. Also selbst wenn die Öl-



Ein Artikel im renommierten Magazin «The Spectator» titelte im Jahr 2018: «Dank der Anti-Fracking-Lobby kann Grossbritannien nicht auf russisches Gas verzichten». Besagte Anti-Fracking-Lobby wird gleichzeitig zu beträchtlichen Teilen aus Moskau unterstützt, und das sowohl ideologisch als auch monetär (siehe S.72 ff.). Heute ist Grossbritannien von russischen Gas-Importen abhängiger denn je.

und Gasförderung in beiden Staaten stark reduziert oder im härtesten Fall sogar gänzlich eingestellt werden sollte, würde das deswegen noch nichts am inländischen Bedarf nach fossilen Energien ändern – zumindest solange die dort heimischen Menschen es weiterhin vorziehen, im Winter nicht zu erfrieren.

Russland ist der direkte geostrategische und ökonomische Profiteur davon, dass solch extreme Anschuldigungen und Forderungen, wie Thunberg und Co. sie vorbringen, inzwischen ernsthaft diskutiert und teilweise sogar umgesetzt werden. Als lachender Dritter sieht Moskau mit Freude dabei zu, wie seine direkten Konkurrenten mit immer strengeren Gesetzen und Auflagen zu kämpfen haben und zum Teil sogar gänzlich aus dem Energiegeschäft ausscheiden. Das auf diese Weise entstehende Energiedefizit gleicht Russland dann durch Exporte aus und gewinnt so gefährlichen Einfluss in der westlichen Welt. Meist ohne es zu wissen und ohne es zu wollen, spielen auf diese Weise naive Umweltaktivisten dem Kreml in die Hände. Es ist dabei auffällig und ganz gewiss kein Zufall, dass sich Russland, im Gegensatz zur gesamten westli-

chen Welt, nicht mit Klimademonstranten herumschlagen muss, die in vermeintlich guter Absicht die eigene Energiewirtschaft untergraben und zersetzen.

### Propaganda-Kriegsführung

Auch wenn es die Klima-Demonstranten und -Aktivisten nicht wissen: Durch den geschickten Einsatz von Online-Propaganda trägt Russland selbst seinen Teil dazu bei, westliche Umweltaktivisten zu mobilisieren und aufzustacheln. Zu diesem Ergebnis kam ein 2018 veröffentlichter Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Raumfahrt und Technologie des US-Repräsentantenhauses. Der Report zeigte auf, wie russische Agenten soziale Medienplattformen ausgenutzt hatten, um dort gezielt radikale Opposition gegen die aktuelle Energie- und Umweltpolitik in den USA und in Kanada zu mobilisieren. Diese ausländische Einflussnahme hatte speziell bei den NGO-Kampagnen zur Blockierung von kanadischen Öl- und Gasexporten eine beträchtliche Rolle gespielt. Aus Doku-



menten, die von Social-Media-Unternehmen für die Untersuchung zur Verfügung gestellt wurden, geht hervor, dass die einflussnehmenden Accounts auf die «Internet Research Agency» (IRA) rückführbar sind.<sup>(2)</sup> Bei der IRA handelt es sich um ein russisches, von der Regierung gegründetes Unternehmen mit Sitz in St. Petersburg. Es probiert, über den Einsatz von zahlreichen Online-Einflussagenten, die öffentliche Meinung in westlichen Staaten zu Russlands Gunsten zu beeinflussen, unter anderem auch in Bezug auf Fragen zum Thema Klima und Energie (Ausgabe 41, S.109). Der Bericht des US-Ausschusses stellt fest, dass ein jedes Zugeständnis, das die Umweltaktivisten von ihren eigenen Regierungen abpressen konnten, konkurrierenden Ländern zugutekam und den eigenen Ländern massiven Schaden zufügte. Klar und deutlich wird festgehalten: «Der Kreml versucht, [...] «nützliche Idioten» aus ahnungslosen Umweltgruppen und Aktivisten zu machen, um seine Einflussoperationen im Energiebereich zu befeuern. Obwohl dies keine neue Taktik im Spielbuch des Kremls ist, wurde sie angepasst, um modernen technologischen Fortschritten wie dem Internet und den sozialen Medien Rechnung zu tragen. Im Laufe der Geschichte hat der Kreml immer wieder ahnungslose Individuen angeworben und manipuliert, um Propaganda zur Förderung seiner globalen Agenda zu verbreiten.» (as)

#### Quellen:

1. newsweek.com, Greta Thunberg Accuses Canada and Norway of Violating Children's Rights by Prioritizing Economic Gains Over Climate Future, 11.12.2019
2. catalog.library.vanderbilt.edu, Russian attempts to influence U.S. domestic energy markets by exploiting social media: majority staff report/United States House of Representatives, Committee on Science, Space, and Technology, 01.03.2018

Protest gegen eine Gas-Pipeline  
in Toronto im Februar 2020



**EnergyNow.ca**

Breaking News, Data & Events

Repeat After Me: Canada is  
Uninhabitable Without Fossil  
Fuels – David Yager

Der Autor David Yager titelt im Januar 2020 auf der Energie-Webseite «Energynow.ca»: «Sprechen Sie mir nach: Kanada ist ohne fossile Brennstoffe unbewohnbar». Er fährt fort: «Wenn Sie während des ersten grossen Kälteeinbruchs des Jahres in Alberta geblieben sind und noch leben, um diesen Artikel zu lesen, verdanken Sie Ihre Existenz den fossilen Brennstoffen Kohle, Öl und Erdgas. Am Beispiel [der kanadischen Stadt] Red Deer: Vom 12. bis 18. Januar lag die durchschnittliche Tageshöchsttemperatur bei -25,9 °C und die nächtliche Tiefsttemperatur bei -34,7 °C.» Ein Land wie Kanada kann sich nicht einmal kurzweilige Energieengpässe leisten! Es muss daher deutlich gesagt werden: Kanadische «Klima-» und «Umwelt»-Aktivisten spielen mit der Existenz ihrer Mitmenschen und ihrer eigenen.

Quelle: energynow.ca, Repeat After Me: Canada is Uninhabitable Without Fossil Fuels – David Yager, 20.01.2020

Jewgeni Prigoschin, oft als «Putins Koch» bezeichnet, in den 80er-Jahren verwickelt in Prostitutionsskandal mit Minderjährigen



Die «Internet Research Agency» (IRA, Ausgabe 41, S.109) spielt eine wichtige Rolle bei der Online-Mobilisierung gegen Öl-, Kohle- und Gasförderung im Westen. Nach verschiedenen Quellen ist der Restaurantunternehmer und Putin-Vertraute Jewgeni Prigoschin für die direkte Finanzierung der IRA zuständig. Im Rahmen der Perestroika wurden Mafia-Mitglieder rekrutiert, um die russische Wirtschaft zu leiten. Dieser Klientel scheint Prigoschin anzugehören: Er bekannte sich 1981 schuldig, als Teil einer organisierten kriminellen Gruppe Raubüberfälle begangen und Minderjährige in Prostitution verwickelt zu haben. 1990 wurde er aus der Haft entlassen und begann damit, als staatsnaher Unternehmer ein Vermögen zu verdienen.

Quelle: vox.com, Meet the shady Putin cronny funding Russia's troll farm and mercenary army, 26.02.2018





## Propagandakampagne gegen das Fracking

Es gibt heutzutage kaum noch jemanden, der mit dem Wort «Fracking» etwas Positives assoziiert. Wann immer diese Methode der Gasförderung zur Sprache kommt, haben die meisten Menschen unwillkürlich sofort die Bilder von zerstörten Landschaften, ab-

sackenden Böden und verdrecktem Grundwasser vor Augen. Es lässt sich behaupten, dass diese erste, instinktiv negative Assoziation in den häufigsten Fällen nicht das Ergebnis einer reflektierten Meinungsbildung ist, sondern das Produkt einer effizienten Propagandakampagne, mit der man im

Laufe der Jahre immer wieder konfrontiert wurde. Für die meisten ist es eine Überraschung zu erfahren, dass die Technologie des Frackings vielfach auch und gerade von Anhängern der These des menschengemachten Klimawandels befürwortet wird, da sie im Vergleich zu anderen Energieträgern wie etwa Kohle weit weniger CO<sub>2</sub>-intensiv ist und auch die Umweltrisiken in Wahrheit recht überschaubar sind. Stephen Tindale, der von 2000 bis 2005 geschäftsführender Direktor von Greenpeace U.K. war, sagte im Jahre 2016 zum Thema Fracking: «[...] als lebenslanger Verfechter der grünen Sache bin ich überzeugt, dass Fracking nicht das Problem, sondern ein zentraler Teil der Lösung ist [...] wenn Aktivistengruppen wie Greenpeace wirklich der Umwelt helfen wollen, sollten sie aufhören, gegen [Fracking-Projekte] zu protestieren und sie so schnell wie möglich bauen lassen.»<sup>(1)</sup>

Im Grunde kann das Thema Fracking als Beweis dafür herangezogen werden, dass es, anders als behauptet, in der Klimapolitik in Wahrheit nie darum ging, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Denn würde es in erster Linie darum gehen, dann müsste die Technologie des Frackings, bei der Erdgas aus tief im Untergrund liegenden Gesteinsschichten durch das Einspritzen einer Mischung aus Wasser und Chemikalien an die Oberfläche befördert wird, begrüßt und befürwortet werden, denn kaum eine andere Technologie wäre besser dazu geeignet CO<sub>2</sub> einzusparen. Einzig dem raschen Umstieg von Kohle auf durch Fracking gefördertes Erdgas hatten es die Vereinigten Staaten laut ihrer Energieagentur (EIA) zu verdanken, dass sie 2012 die niedrigsten Kohlendioxidemissionen seit 20 Jahren verzeichneten.<sup>(2)</sup>

### Westliches Fracking bedroht Russland

Doch egal, ob man nun glaubt, menschengemachtes CO<sub>2</sub> stehe in einem direkten Zusammenhang mit der Erdtemperatur oder nicht, die Förderung des Schiefergases würde noch einen weiteren, viel wichtigeren Vorteil bieten, hinter dem sich auch die Erklärung dafür findet, warum das Fracking zum Ziel einer solch umfassenden Negativkampagne gemacht wurde: Schiefergasvorkommen existieren in vielen Teilen der Welt, und das geförderte Gas ist gut und günstig. Eine umfassende Nutzung der Technologie würde die westliche Welt viel unabhängiger von ausländischen Energie-Importen



AMERICAN STORY S1 • E10  
**FRACK US: the dangers of gas fracking.**  
20.194 Aufrufe • vor 6 Jahren

RT Documentary  
More films about the USA: <https://rt.com/tags/usa/> All across the USA people are rising up against fracking. They don't believe ...



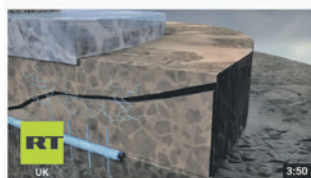
**'Fracking is a truly catastrophic type of production' - President Putin on clean energy**  
28.302 Aufrufe • vor 1 Monat

RT  
The gas coming from Nord Stream2 does not use any fracking to produce and, from an environmental point of view, fracking is a ...



**Tap of Fire: Fracking in Texas risks gas in drinking water**  
64.283 Aufrufe • vor 7 Jahren

RT  
A cozy countryside getaway from the city hustle - an idea ruined for some Americans by the negative effects of a fracking boom.



**Shale gas fracking wasted 'millions of taxpayers' cash', say scientists**  
811 Aufrufe • vor 1 Jahr

RT UK  
Shale gas fracking wasted 'millions of taxpayers' cash', say scientists. Anti-fracking campaigner Joe Boyd and University of ...



**'Don't Frack My Future!' Largest anti-fracking protest hits UK**  
12.059 Aufrufe • vor 7 Jahren

RT  
RT (Russia Today) is a global news network broadcasting from Moscow and Washington studios. RT is the first news channel to ...



**Fracking begins in Lancashire amid protests & environmental concerns**  
943 Aufrufe • vor 2 Jahren

RT UK  
"It's ironic this is going ahead during Green Great Britain Week" says Professor Stuart Haszeldine from The University of ...



**Water pollution connected to fracking**  
6557 Aufrufe • vor 7 Jahren

RT America  
An investigation has begun to shed light on the hazards of hydraulic fracturing - or fracking - across the country. In at least four of ...



**Not For Shale: Anti-fracking protests as Europe drills despite risks**  
13.952 Aufrufe • vor 7 Jahren

RT  
Fracking, a technique designed to recover gas and oil from shale rock, is making more and more enemies around the world.

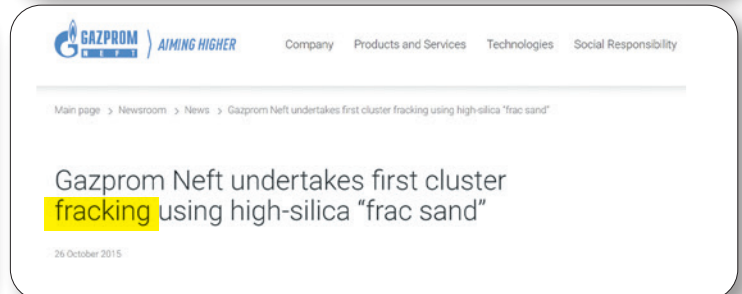
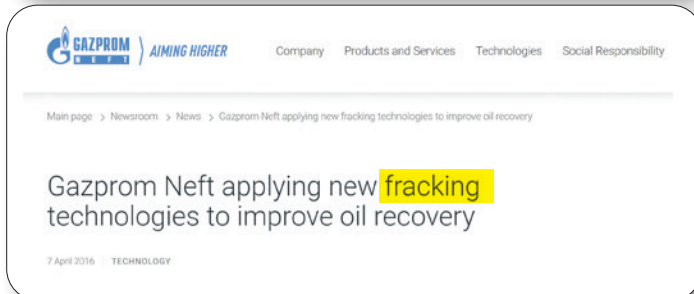
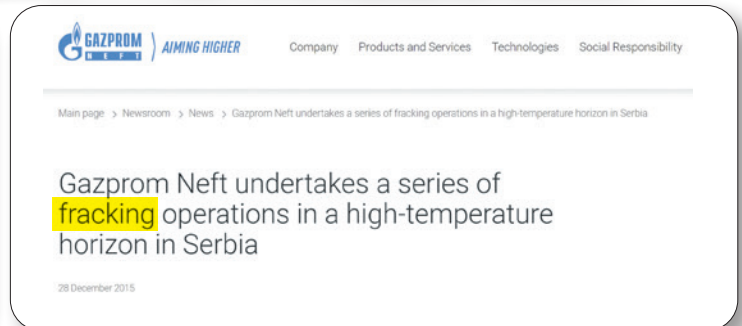
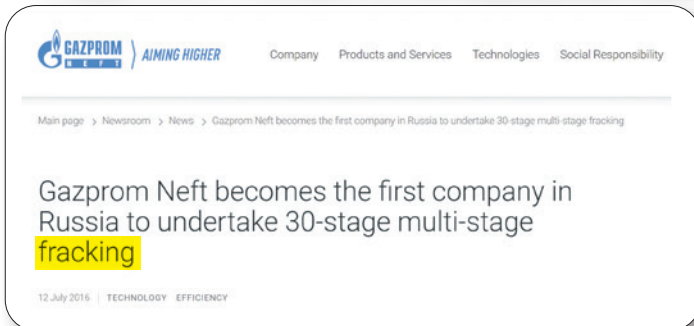
Der staatliche russische Fernsehsender Russia Today produzierte über die letzten Jahre für das westliche Publikum massenweise Anti-Fracking-Propaganda und trug so massgeblich dazu bei, der Technologie einen schlechten Ruf zu verschaffen.

## Offensichtliche Heuchelei: Putin nennt Fracking «barbarisch», doch betreibt es selbst!

„«Die heutigen Technologien zur Förderung von Schieferöl und Schiefergas sind ohne jeden Zweifel [...] barbarisch. [...] Diese Technologien zerstören die Umwelt [...] Trotz aller wirtschaftlichen Vorteile brauchen wir das nicht, und wir werden es nie tun.»

Wladimir Putin auf einer Wirtschaftskonferenz in Moskau, 2019

Quelle: cnbc.com, Russia's Putin says shale oil technologies are «barbaric», 20.11.2019



Auf seiner eigenen Webseite rühmt sich der russische Staats-Konzern Gazprom mit seinen Fracking-Leistungen, während der russische Staat alles Erdenkliche unternimmt, um Fracking im Westen zu verteufeln. Geht es noch dreister?

„«Fracker sind das moralische Äquivalent zu Pädophilen, [denn Fracking] löst Krebs bei Kindern aus.»

Max Keiser, Moderator bei der russischen Nachrichtenplattform Russia Today, 2016

Quelle: thetimes.co.uk, Moscow TV channel faces Ofcom inquiry, 13.09.2016

Lenin sagte einst, man müsse zu «zu jeder Art von Verschlagenheit, Intrige und Kriegslist» greifen, um «sich der Wahrheit zu entziehen». Auch die heutige russische Regierung scheint sich keine moralischen Grenzen zu setzen, wenn es um die Untergrabung westlicher Energiesouveränität geht. Vielleicht sitzt Putin sogar doppelt im Glashaus: Erstens, da Gazprom selbst im Übermass Fracking betreibt. Zweitens soll der (später ermordete) FSB-Agent Alexander Litwinenko behauptet haben, Putin sei ein Pädophiler (Ausgabe 41, S.35).



Foto: Stacy Herbert ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Max\\_Keiser\\_-\\_Omaha\\_Beach.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Max_Keiser_-_Omaha_Beach.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

machen und das ist etwas, was gerade von russischer Seite um jeden Preis verhindert werden muss. Am 19. Juni 2014 verkündete der damalige Generalsekretär der NATO, Anders Fogh Rasmussen, Russland arbeite im Geheimen daran, gegen die drohende Fracking-Energie-Unabhängigkeit Europas mittels einer gross angelegten Desinformationskampagne vorzugehen. Wörtlich sagte Rasmussen: «Ich habe Verbündete getroffen, die berichten können, dass Russland im Rahmen seiner ausgeklügelten Informations- und Desinformationsoperationen aktiv mit sogenannten Nichtregierungsor-

ganisationen – Umweltorganisationen, die gegen Schiefergas arbeiten – zusammenarbeitet, um die Abhängigkeit Europas von importiertem russischen Gas aufrechtzuhalten.»<sup>(3)</sup>

### Horrorgeschichten

Das «Zentrum für Europäische Studien» fand heraus, dass die russische Regierung 95 Millionen Dollar in NGO-Kampagnen gegen Schiefergas investiert hatte. Der staatliche Fernsehsender Russia Today sendete endlose Anti-Fracking-Beiträge, darunter

einen, in dem es hiess, Fracker seien das moralische Äquivalent von Pädophilen. Der US-Direktor der nationalen Nachrichtendienste sagte dazu: «Russia Today strahlt Anti-Fracking-Programme aus, die die Besorgnis der russischen Regierung über die Auswirkungen von Fracking und der US-Erdgasproduktion auf den globalen Energiemarkt und die potenziellen Herausforderungen für die Rentabilität von Gazprom widerspiegeln.»<sup>(4)</sup> Unzählige Horrorgeschichten von gasverseuchtem Lei-







→ tungswasser, gefährlichen Gaslecks und radioaktivem Grundwasser, welche die Folge des Frackings wären, wurden in Umlauf gebracht und von der Allgemeinheit für bare Münze genommen.

Das wissenschaftliche Fundament der Horrorgeschichten erwies sich in den allermeisten Fällen als nicht haltbar, doch der Imageschaden an der Technologie war damit angerichtet und wird so schnell auch nicht wieder verschwinden. Und es blieb nicht nur beim Imageschaden! Unter dem Druck der Umwelt-NGOs sprachen viele Länder Europas und Bundesstaaten der USA gesetzliche Frackingverbote aus und beraubten sich damit selbst einer heimisch förderbaren, sicheren, günstigen und relativ sauberen Energiequelle. Die Doppelseitigkeit Russlands wird dann endgültig offenbar, wenn man erfährt, dass Russlands staatlicher Energiekonzern Gazprom selbst Fracking in grossem Massstab betreibt<sup>(5)</sup>, während zeitgleich Russlands staatlicher Fernsehsender Russia Today dieselbe Technologie im Westen diskreditiert. Auch Putin selbst machte Stimmung gegen das Fracking und log ohne mit der Wimper zu zucken, als er 2019 auf einer Wirtschaftskonferenz in Moskau sagte: «Die heutigen Technologien zur Förderung von Schieferöl und Schiefergas sind ohne jeden Zweifel [...] barbarisch. [...] Diese Technologien zerstören die Umwelt [...] Trotz aller wirtschaftlichen Vorteile brauchen wir das nicht, und wir werden es nie tun.»<sup>(6)</sup> (as)

#### Quellen:

1. heraldsun.com.au, Former Greenpeace boss backs fracking, 20.10.2016
2. project-syndicate.org, A Fracking Good Story, 13.09.2012
3. telegraph.co.uk, Russia in secret Plot against fracking, Nato chief says, 19.06.2014
4. thecritic.co.uk, The plot against fracking: How cheap energy was killed by Green lies and Russian propaganda, 12.2019
5. erdoel-erdgas-deutschland.de, Fracking in Russland - Russland, der stille fleissige Fracker, 19.03.2016
6. cnbc.com, Russia's Putin says shale oil technologies are «barbaric», 20.11.2019



„«Es liegt auf der Hand, dass die westliche Gesellschaft in besonderem Masse mit einem solchen ethnozentrischen Ansatz und <universellen> Ansprüchen behaftet ist, die in ihrer **rassistischen und kolonialistischen** Vergangenheit wurzeln.»

Aleksandr Dugin, Putins «Chef-Ideologe», in einem seiner Bücher

Quelle: Aleksandr Dugin, The Fourth Political Theory, 2012, S.133 (PDF-Version)



Luisa Neubauer und Greta Thunberg  
im Dezember 2019 in Madrid



**Zurecht kann man die Agenda 2030 und den Great Reset, welche die Energiesicherheit Europas zerstören, als Wölfe im Schafspelz bezeichnen - ausgerechnet das Motiv des Original-Wappens der «Fabian Society» (siehe S.76 ff.).**

„«Schliesslich geht es bei der Klimakrise nicht nur um die Umwelt. Sie ist eine Krise der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und des politischen Willens. **Kolonialistische, rassistische** und patriarchalische Unterdrückungssysteme haben sie verursacht und angeheizt. Wir müssen sie alle beseitigen.»

Aus der offiziellen Erklärung «Warum wir wieder streiken» von Fridays For Future, verfasst von Luisa Neubauer und Greta Thunberg

Quelle: project-syndicate.org, Why We Strike Again, 29.11.2019

## Gerhard Schröder als Türöffner für Gazprom in Deutschland

Bei einem deutsch-russischen Gipfeltreffen anno 2002 wurde Gerhard Schröder von Wladimir Putin unmissverständlich klargemacht, was passieren werde, würde Europa Russland nicht den gewünschten Einfluss einräumen. Dann würde Putin «Hindernisse mit Blick auf die Preisstabilität bei Öl- und Gaslieferungen» aufbauen.<sup>(1)</sup> Nun hätte Gerhard Schröder gemäss seinem Amtseid, den Nutzen und das Wohl des deutschen Volkes zu mehren, handeln können. Das hätte bedeutet, Putins Aussage auf diesem Treffen als unmissverständliche Erpressung anzuerkennen, sich daraufhin nicht erpressen zu lassen und auf den Ausbau von zuverlässiger Energieerzeugung im Inland zu setzen.

Wie wir heute wissen, tat Schröder das exakte Gegenteil: Während seine rot-grüne

Koalition die Energiewende einleitete und damit die energiepolitische Verwundbarkeit Deutschlands in nie gekannte Höhen steigerte, wurde kurz vor Schröders Abdankung als Kanzler der Bau von «Nord Stream 1» (Ostsee-Gas-Pipeline von Russland nach Deutschland) in trockene Tücher gebracht. Wenige Monate nach seinem Ausscheiden aus der Politik wurde er dann als Lobbyist und Manager für den Konzern Gazprom tätig, dem 51% von «Nord Stream 1» gehört. Seit September 2017 ist er ausserdem Aufsichtsratschef des russischen Mineralölkonzerns Rosneft, der zu ca. 50% dem russischen Staat gehört.

Schröder machte hinter den Kulissen auch Lobbyarbeit für «Nord Stream 2» (eine weitere Ostsee-Gas-Pipeline, die in derselben Richtung verläuft wie «Nord Stream 1»). Auch der SPD-Wirtschaftsminister Sigmar

Gabriel, der mit Schröder in engem Kontakt stand, unterstützte «Nord Stream 2» zu seiner Amtszeit.<sup>(2)</sup> Eigentlich sollte dies verwundern: Warum sollte man ein Mehr an russischem Gas überhaupt für notwendig halten, wenn man gleichzeitig an einen Erfolg der Energiewende glaubt? Sind die beiden SPD-Politiker nur «nützliche Idioten» (Lenin) oder wissen sie insgeheim, welche Fesseln sie Deutschland damit anlegten? Die jahrzehntealte Rolle der Sozialdemokratie als Türöffner Moskaus scheint sich demnach bis ins Heute fortzusetzen. «Nord Stream 2» soll noch 2021 in Betrieb gehen. (tk)



### Quellen:

de.wikipedia.org, Gerhard Schröder, abgerufen am: 09.08.2021

1. rp-online.de, «Putin fordert gleichberechtigten Platz für Russland in Europa», 09.04.2002

2. tagesspiegel.de, Pipeline Nord Stream 2: Wie Gerhard Schröder als Türöffner für Gazprom agiert, 20.12.2017



### EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Während die westliche Wirtschaft vom «Nachhaltigkeits»-Wahn abgewürgt wird, behelligt China und Russland in dieser Sache kein Mensch. Das deckt sich mit der sowjetischen Langzeitstrategie, die vorsah, die Energiesouveränität des Westens zu untergraben und ihn vom kommunistischen Ostblock abhängig zu machen. Wie wir mittlerweile wissen, besteht dieser Ostblock weiterhin und ist mit China als neuer Weltmacht mächtiger denn je.

Die zum Scheitern verurteilte Energiewende in Europa führt zu einem Energiedefizit, das teils nur durch russische Gas- und Ölimporte kompensiert werden kann. In Relation gesehen sind die finanziellen Verluste, die mit diesem einseitig profitablen Handel einhergehen nur zweitrangig, verglichen mit den negativen geopolitischen Implikationen, die diese Abhängigkeit Europas von Russland mit sich bringt. Es gehört zur Geostrategie Russlands, von seinen natürlichen Ressourcen rigorosen Gebrauch zu machen, um andere Länder unter Druck zu setzen und sie so zu zwingen, sich Russlands Willen zu beugen. Die «Energiewaffe» ist scharf und hängt als Damoklesschwert über den Staaten Europas. Eine Situation, die erst durch die Perestroika ermöglicht wurde. Zu Zeiten der Sowjetunion wäre kein Land Europas auf die absurde Idee gekommen, sich Russland derart auf Gedeih und Verderb auszuliefern.

In ihren naiven Forderungen übersehen die Klima-Aktivistinnen völlig, in wessen Dienst sie sich stellen, wenn sie die Wirtschaft ihres eigenen Landes sabotieren. Unwissentlich erfüllen sie die Aufgabe von Fusssoldaten der sowjetischen Langzeitstrategie. Es ist dabei auffällig und ganz gewiss kein Zufall, dass sich Russland, im Gegensatz zur gesamten westlichen Welt, nicht mit Klimademonstranten herumschlagen muss. Russland und China sollen die USA als Weltmacht ablösen und die kommunistische Weltregierung durchsetzen. Sie brauchen dazu geopolitische Druckmittel und die Energieversorgung ist eines von ihnen.

Mehrere Fälle in der jüngeren Vergangenheit haben gezeigt, dass die russische Regierung die Sabotage der westlichen Energieversorgung propagandistisch wie monetär unterstützt. Sei es durch Kampagnen von Online-Manipulations-Profis, die im Dienst des Kremls stehen; Berichte auf russischen News-Plattformen, die ein westliches Zielpublikum haben; oder durch die direkte finanzielle Unterstützung von Umwelt-NGOs. Vor allem das eigentlich sehr umweltschonende und wenig CO<sub>2</sub>-intensive Fracking, welches sich perfekt eignen würde, Europa und die USA in Sachen Gas auf eigene Beine zu stellen, wird von Russland propagandistisch in die Zange genommen. Unzählige Horrorgeschichten von gasverseuchtem Leitungswasser, gefährlichen Gaslecks und radioaktivem Grundwasser, welche die Folge des Frackings wären, wurden in Umlauf gebracht und von der Allgemeinheit für bare Münze genommen. Unter dem Druck von Umwelt-NGOs und medialen Kampagnen sprachen viele Länder Europas sowie Bundesstaaten der USA gesetzliche Frackingverbote aus und beraubten sich damit selbst einer heimisch förderbaren, sicheren, günstigen und relativ sauberen Energiequelle. Die Doppelzüngigkeit Russlands wird dann endgültig offenbar, wenn man erfährt, dass Russlands staatlicher Energiekonzern Gazprom selbst Fracking in grossem Massstab betreibt.

Dennoch ist es in erster Linie nicht der russische Staat selbst, der die Untergrabung der westlichen Energiesouveränität vorantreibt: Es sind die Verbündeten der sowjetischen Langzeitstrategie im Westen, die mit ihren Stiftungen und NGOs die «Nachhaltigkeits»-Agenda befeuern, die 1992 von der UNO in die Wege geleitet wurde. Zurecht kann man die Agenda 2030 und den Great Reset, welche die Energiesicherheit Europas zerstören, als Wölfe im Schafspelz bezeichnen – ausgerechnet das Motiv des Original-Wappens der «Fabian Society», der wir uns im nächsten Teil der Ausgabe widmen werden.





### Auf einen Blick

► **Fabian Society («Fabier», 1884 in London gegründet) spielt entscheidende Rolle in der kommunistischen Weltbewegung.**

► **Fabier teilen sich Strategie mit Trotzki: Unterwanderung von nicht-sozialistischen Organisationen (Trotzkisten sprechen von «Entrismus»).**

► **Lenin und Trotzki wurden von den Fabiern unterstützt. Da die sowjetische Langzeitstrategie Lenins und Trotskis Konzepte aufgriff, scheint sie damit ursprünglich auf den Ideen der Fabier zu basieren.**

► **Ideologie der Fabier und Schwabs Great Reset kaum zu unterscheiden**

► **Rockefeller-Dynastie unterstützte die Fabier. Einmal mehr sehen wir Hochfinanz und Sozialismus im Verbund.**

► **Labour Party in Grossbritannien (Partei von Gordon Brown und Tony Blair) eine Gründung der Fabier und Jahrzehntlang von sowjetischen Agenten unterwandert**

## Die Fabian Society in Grossbritannien als Teil der sowjetischen Langzeitstrategie

Den Siegeszug seiner Ideologie konnte Karl Marx nicht mehr miterleben, da er 1883 in London verstarb. Im selben Jahr organisierten sich allerdings englische Sozialisten, um sein Werk weiterzuführen. Der in Schottland geborene Amerikaner Thomas Davidson traf sich mit seinem Freund Edward R. Pease in dessen Wohnung, wo man eine neue Basis für sozialistische Denker in Grossbritannien plante, die im Jahr 1884 als «Fabian Society» (folgend als «Fabier» bezeichnet) offiziell entstand. Sofort nach ihrer Gründung begann die Fabian Society aufgrund ihres sozialistischen Ansatzes viele Intellektuelle anzuziehen, darunter George Bernard Shaw, H.G. Wells (siehe S.80 f.), Sidney und Beatrice Webb. Keines der Mitglieder war jemals Teil des «ausgebeuteten» Proletariats gewesen. Die Mitglieder kamen aus der britischen Oberschicht, später sogar aus dem Adel.

George Bernhard Shaw, das vielleicht aktivste Mitglied der Fabian Society, war überzeugter Eugeniker und für seine menschenverachtenden Aussagen bekannt. Menschen, die er selbst als unbrauchbar für die Gesellschaft ansah, meinte er, sollten mit einem humanen und schmerzfreien Gas getötet werden.

Von Anfang an gehörte die Heimlichkeit und Täuschung zum Vorgehen der Fabier. Der Name «Fabian'scher Sozialismus» leitet sich von dem römischen General Quintus Fabius Maximus Verrucosus ab, der sorgfältig geplante Strategien einsetzte, um seine Feinde über längere Zeit langsam zu zermürben. Fabius vermied direkte Konfrontation und war so weitaus erfolgreicher als die Generäle vor ihm. Kaum zu übersehen sind die Parallelen zum antiken chinesischen Militärstrategen Sun Tsu, an dem sich laut Überläufer Golitsyn auch die sowjetische Langzeitstrategie orientierte (Ausgabe 41, S.20 ff.).



### Unterwanderung

Die Fabier organisierten sich mit Absicht nicht als politische Partei, sondern entwickelten die Strategie des sozialistischen Eindringens in Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen und sonstige Organisationen. Man entwickelte nach aussen hin eine Maske der Ehrbarkeit und Seriosität, die den Zugang in die Politik- und Geschäftswelt garantierte, während man Begriffe wie «Sozialismus» in der Öffentlichkeit vermied. Schnell stiegen die Abgesandten der Fabian Society wegen ihrer rhetorischen Fähigkeiten und britischen Manieren in der politischen Hierarchie nach oben. Eine Organisation, die von Fabiern unterwandert wurde, outete sich nicht einen Tag später als «sozialistisch». Im Gegenteil: Von Fabiern eingenommene Organisationen nahmen die von Karl Marx formulierten Begriffe des Klassenkampfes meist nie in den Mund. Lediglich die Agenda der Organisationen tendierte von Jahr zu Jahr mehr in Richtung Sozialismus, ohne

dass sich ein Grossteil der Mitglieder dieses schleichenden Prozesses bewusst wurde. Die Neuausrichtung konnte Jahrzehnte dauern, denn wie auch der römische Feldherr Fabius oder auch Sun Tsu, setzte die Fabian Society auf längere Zeiträume, um ihren Sieg zu erringen. Bände spricht das Original-Wappen der Fabian Society: Ein Wolf im Schafspelz!

### Entrismus

Die Parallelen zu Trotskis Strategien, die ca. zwei Jahrzehnte nach Gründung der Fabian Society entstanden, sind ebenfalls offenkundig. Auch Trotzki wollen bestehende Organisationen unterwandern und sie für die eigenen Zwecke vereinnahmen. Sie legen besonders grossen Wert auf eine gute rhetorische Ausbildung und ein dominantes Auftreten, mit dem sie sich schnell in Schlüsselpositionen bei der zu infiltrierenden Organisation manövrieren. Dafür verwenden sie den Begriff «Entrismus», der auf Wikipedia folgendermassen beschrieben wird:

«Entrismus ist eine von verschiedenen kommunistischen, vor allem von trotzkistischen Organisationen angewandte Taktik des gezielten (mitunter heimlichen) Eindringens in Organisationen, vor allem in Parteien der Arbeiterbewegung, seltener anderer sozialer Bewegungen. Ziel kann dabei sein, von innen heraus Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, die eigene Ideologie zu verbreiten, Mitglieder zu gewinnen, den Kurs der Organisation zu verändern oder auch in Zeiten der Marginalisierung beziehungsweise des Verbots revolutionärer Organisationen nicht vollständig vom politischen Geschehen isoliert zu sein («Überwinterungs-Entrismus») oder eine legale politische Arbeitsmöglichkeit zu haben.»<sup>(1)</sup>

Der Name «Fabian'scher Sozialismus» leitet sich von dem römischen General Quintus Fabius Maximus Verrucosus ab, der sorgfältig geplante Strategien benutzte, um seine Feinde über längere Zeit langsam zu zermürben. Fabius vermied direkte Konfrontation und war so weitaus erfolgreicher als die Generäle vor ihm. Kaum zu übersehen sind die Parallelen zum antiken chinesischen Militärstrategen Sun Tsu, an dem sich laut Überläufer Golitsyn auch die sowjetische Langzeitstrategie orientierte (Ausgabe 41, S.20 ff.).



die (kaum noch konservative) Conservative Party und die von den Fabiern gegründete Labour Party.

Die moderne Labour Party wurde 1918 auf einer von Fabiern dominierten Konferenz in Nottingham erdacht. Der Fabier Sidney Webb war der Architekt ihres neuen Parteiprogramms. Seitdem sind die Fabier aus der Partei nicht mehr wegzudenken. Die zwei letzten Labour-Premiers Tony Blair (siehe S.91 ff.) und Gordon Brown (siehe S.78) sind heute noch Mitglieder der Fabian Society.

## Labour Party

Ein perfektes Beispiel für die Strategie der Fabian Society war die Gründung der sozialistischen Labour Party. Die zwei dominanten politischen Gegenspieler im Grossbritannien des späten 19. Jahrhunderts waren die «Conservatives» und die «Liberals». Ein anderer Name für Konservatismus war im neunzehnten Jahrhundert «Monarchismus». Die Konservativen glaubten an die Tradition und die drei Säulen der Gesellschaft: Monarchie, Familie und Kirche. Sie glaubten, dass der Adel der Arbeiterklasse überlegen war und er das Recht hatte, diese zu regieren. Dennoch befürworteten die «Conservatives» freie Marktwirtschaft mit gewissen Einschränkungen, um den Wohlstand der Nation zu verbessern. Die «Liberals» waren dagegen das, was man heute als «libertär» bezeichnen würde, d.h. sie glaubten, der Staat dürfe sich nicht in das Leben der Menschen einmischen und jeder Bürger Grossbritanniens solle die gleichen Rechte und Möglichkeiten bekommen, sich nach oben zu arbeiten. Ihr Ziel war die vollständige ökonomische, individuelle und politische Freiheit.

Die Fabian Society entschloss sich, die «Liberals» zu infiltrieren und zu einer sozialistischen Partei zu machen. Abgesandte der Fabians drangen alsbald in die Liberal Party ein. Zwar nahmen Mitglieder der Fabier bald Schlüsselpositionen bei den Liberals ein, doch nachdem man sich entschlos-

sen hatte, eine neue Partei namens «Labour Party» zu gründen, sollten die Liberals nicht mehr nach links manövriert, sondern im Kern zerstört werden. Die Strategie der Fabian Society war dabei deckungsgleich mit dem Entrismus der Trotzisten. Trotzisten nutzen eine Organisation aus, solange sie für ihre Ziele nützlich ist, zerstören sie aber, wenn sie nicht mehr gebraucht wird.

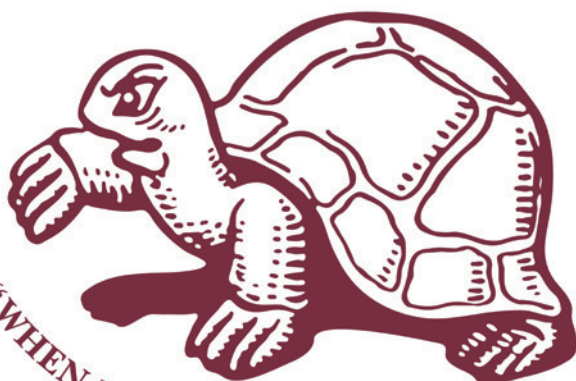
Die Labour Party übernahm im 20. Jahrhundert allmählich die Rolle der freiheitlichen Liberal Party im britischen Parlament. Wie in fast jedem anderen Land Europas ist heute eine wirklich freiheitliche Alternative zur Sozialdemokratie fast nicht existent. Die heutige Liberal Party hat in etwa den Status der FDP in Deutschland und macht auch eine ähnlich marktfeindliche Politik. Das ist das Ergebnis einer Unterwanderung durch die Fabier, die bereits Ende des 19. Jahrhunderts begann. Die zwei grössten Parteien im britischen Parlament sind momentan

## Lenin und Trotzki in London

Die Verbindung der Fabier zu den Trotzisten kommt nicht von ungefähr: Die Fabian Society schickte regelmässig Delegierte zu Treffen der «Zweiten Sozialistischen Internationale» in Paris. Diese Organisation hatte ihre Wurzeln in der von Karl Marx angeregten «Internationalen Arbeiterassoziation», die 1876 aufgelöst wurde. Die Gründung fand nicht zufällig am 14. Juli 1889 statt, exakt hundert Jahre nach der Französischen Revolution. Friedrich Engels, der im Gegensatz zu Marx (†1883) erst 1895 verstarb, koordinierte dieses Treffen von London aus, nahm aber persönlich nicht teil. Die Kommunisten, die 1917 in Russland die Macht ergriffen, sahen sich in der Tradition dieser «Zweiten Sozialistischen Internationale».

1902 floh Leo Trotzki aus Russland, um Wladimir Lenin in London zu besuchen, der ihn dorthin eingeladen hatte. Dort trat er der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) bei, was den Startschuss für seine Karriere als Revolutionär darstellte. Die russischen Kommunisten durften nicht in Russland tagen, also tagten sie in London, ebenfalls nicht zufällig in unmittelbarer Nähe zur Fabian Society. Zu diesem Zeitpunkt nannten sich die Kommunisten noch «Sozialdemokraten».

Die Fabier unterstützten ihre nach aussen hin etwas radikaleren russischen Genossen wo es nur ging, und das schon lange vor der Oktoberrevolution. 1907 fand eine von zahlreichen revolutionären Konferenzen in London statt, bei der die Fabier Gastgeber für Lenin und seine bolschewistische Gefolgschaft spielten. Man traf sich heimlich in der Brotherhood Church in Whitechapel im Osten Londons. Diese Kirche gehörte einer religiösen Sekte namens «Christliche Sozialisten». Dort durften sich Lenin und seine Begleiter drei Tage verstecken, um sich mit Mitgliedern der Fabian Society zu besprechen. George Lansbury, ein führender Fabian'scher Sozialist und



Ein weiteres Symbol der Fabier: Die Schildkröte. Genau wie der römische Feldherr Fabius bzw. Sun Tsu setzte die Fabian Society auf längere Zeiträume, um ihren Sieg zu erringen. Daher die Schildkröte, die für ihr behutsames Tempo, ihre lange Lebenszeit und ihren dicken Schutzpanzer, in dem sie jederzeit verschwinden kann, bekannt ist. Das Bild, welches der offizielle Twitter-Account der Fabian Society 2018 postete, sagt: «Wenn ich zuschlage, dann hart.»





→ Abgeordneter der Labour-Partei von 1912 bis 1940, beschrieb in seinen Memoiren, wie Trotzki u.a. 3000 Pfund Unterstützungsgelder von einem amerikanischen Seifenhersteller namens Josef Fels bekam. Sowohl Lenin als auch Trotzki zeigten ihre Dankbarkeit für Fels, indem sie sein Darlehen 1921 durch die sowjetische Staatskasse zurückzahlten. <sup>(2)</sup> George Lansbury äusserte sich begeistert über die Bolschewiki und schrieb Russland, Grossbritannien und die ganze Welt bräuchten tausende wie Lenin. <sup>(3)</sup> Die Verbindung zwischen der Fabian Society und Lenin geht bis zu den frühen Anfängen der Fabier ins Jahr 1897 zurück, als Lenin Sidney Webbs Fabian'sche Publikation «Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegungen» (History of Trade Unionism) übersetzte. Der Name «Webb» hatte fast mythologisches Prestige in der Russisch-Kommunistischen Partei, da Lenin von Webbs Buch so begeistert war und es jedem Parteimitglied empfahl. Die Fabier nannten die Bolschewisten «Kameraden». <sup>(4)</sup>

## Sozialistische und Vierte Internationale

Die «Kommunistische Internationale», auch «Dritte Internationale» oder «Komintern» genannt, wurde 1919 in Moskau auf Initiative Lenins gegründet. Die Dritte Internationale bezog sich in ihrer Programmatik auf die von Friedrich Engels organisierte «Zweite Sozialistische Internationale» in Paris (siehe S.77), die von den Delegierten der Fabier wesentlich be-



Foto: Copyright World Economic Forum (www.weforum.org), swiss-image.ch/Photo by Remy Steinegger

### Fabier Gordon Brown: «globale Regierung, um das Corona-Virus in den Griff zu bekommen»

Die Worte des ehemaligen britischen Premiers über «Corona» lauteten laut der britischen Zeitung Guardian:

„«Das ist nichts, das ein Land alleine angehen kann. Es muss eine koordinierte globale Antwort geben.»

Es müsse gemäss Brown ein internationaler Befehlshkörper geschaffen werden, um das Virus zu bekämpfen, so der Guardian.

Quelle: theguardian.com, Gordon Brown calls for global government to tackle coronavirus, 26.03.2020

einflusst wurde. Auf dem ersten Komintern-Weltkongress vom 2. bis 6. März 1919 in Moskau waren 51 Delegierte kommunistischer Parteien aus 29 Ländern anwesend. Der Oktoberrevolution sollte eine Weltrevolution oder ein «Weltoktober» folgen, in anderen Worten: die Gründung einer kommunistischen Weltregierung. In diesem Prozess sollte die Komintern als straff organisierte, kommunistische Weltpartei die Koordination und Leitung übernehmen. <sup>(5)</sup>

Während des Zweiten Weltkrieges löste Stalin 1943 die «Dritte Internationale» als Zugeständnis an seine westlichen Alliierten endgültig auf. Er wollte den Kommunismus nationalen Zielen unterwerfen und verfolgte nach seiner Machtübernahme die Trotzkiisten, die einen internationalen Kommunismus forderten. Die «Vierte Internationale» wurde 1938 von Trotzki Verbündeten in Paris gegründet, nachdem Stalin die «Dritte Internationale» aufgelöst

hatte. Trotzki hatte die Sowjetunion 1928 Richtung Mexiko verlassen und wettete aus dem Exil gegen Stalins Verbrecherregime. <sup>(6)</sup>

Nach etwa 100 Jahren scheinen die Sozialisten trotzkiistischer Prägung sich durchgesetzt zu haben und kurz vor der Erfüllung ihres Ziels zu stehen. Trotzki und Lenin waren schon in ihren ersten Planungen klar, dass der russische Sowjetstaat irgendwann verschwinden müsse. Schliesslich gibt es nur zwei Optionen, um den Kommunismus am Leben zu erhalten: Entweder man etabliert eine kommunistische Weltregierung oder man muss die eigene Bevölkerung einsperren. Ein kommunistisches System ist so destruktiv, dass die Bevölkerung, wenn sie die Möglichkeit bekommt auszuwandern, das kommunistische Land in Scharen verlässt, um in einem freieren Land zu leben. Entweder umzäunt man also das Land mit Mauern und Stacheldraht oder man etabliert eine Welt ohne Nationalstaaten und Grenzen, in der das Individuum nicht mehr vor dem Kommunismus flüchten kann, da es keine Alternative mehr gibt. Stalin, der später das Ruder übernahm, entschied sich allerdings für das Einsperren der Bevölkerung, anstatt für Lenins und Trotzki's Weg der Weltrevolution. Trotzkiisten distanzieren sich klar von Stalin, so wie die Sowjetunion es ab Phase 1 der Langzeitstrategie auch tat (Ausgabe 41, S.21).



**Zweite Internationale**  
(Gründung: 1889,  
Auflösung: 1916,  
geprägt von den  
Fabiern)

**Kommunistische Internationale/  
Komintern/Dritte Internationale,**  
Gründung: 1919 in  
der Sowjetunion,  
Auflösung durch  
Stalin: 1943



## Stalin, ein guter Fabier

Trotzki setzte auf Unterwanderung, Geheimhaltung, Spionage, Desinformation, Lügen und Täuschung zur Etablierung einer Weltregierung, exakt wie die Fabier. Doch nur nebenbei: Auch für den Massenmörder Stalin waren die Mitglieder der Fabian Society voll des Lobes. Die Webbs und die Shaws statteten der Sowjetunion in den frühen 1930er-Jahren einen Besuch ab und lobten das mörderische Regime. Sidney und Beatrice Webb schrieben später ein dickes Propaganda-Dokument über die «Errungenschaften» des Sowjet-Kommunismus mit dem Titel «Soviet Communism: A New Civilisation?» («Sowjet-Kommunismus: Eine neue Zivilisation?»). Im Jahr 1948 sagte Shaw, dass Stalin ein guter Fabier sei.<sup>(7)</sup>

Auf Trotzki's, Lenins, Sun Tsus und Fabian'scher Strategie aufbauend, wurden in den 50er-Jahren im innersten Kreis des Politbüros Pläne geschmiedet, die Sowjetunion später wieder aufzulösen und sie in eine grosse Weltregierung zu integrieren. Das geschah in Abstimmung mit den internationalen Sozialisten, die sich inzwischen auf der ganzen Welt verbreitet hatten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1951 in Frankfurt eine neue «Sozialistische Internationale», also die Nachfolgeorganisation der «Zweiten Sozialistischen Internationale» aus dem Jahr 1889, ins Leben gerufen, die ihren Hauptsitz bis heute in London hat. Deren Mitglieder arbeiten auch heute noch bei globalen sozialistischen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union. Z.B. die Ex-WHO-Direktorin und Mit-Urheberin der Agenda 2030, Gro Harlem Brundtland (siehe S.39 ff.), und UN-Generalsekretär António Guterres. Der Bankier David Rockefeller, dessen Familie die Oktoberrevolution mitfinanziert hatte und an der Industrialisierung der Sowjetunion entscheidend beteiligt war (Ausgabe 41), schrieb 1936 übrigens eine Studienarbeit über den Fabian-Sozialismus in Harvard<sup>(8)</sup> und wechselte kurz darauf zur London School of Economics (eine Gründung der Fabier). Die Familie Rockefeller finanzierte von Amerika aus viele Projekte der Fabier.<sup>(9)</sup> (tk)

### Quellen:

1. de.wikipedia.org, Entrismus, abgerufen am: 04.08.2021
2. George Lansbury: My Life, London, 1928, S.246
3. Ebenda, S.247
4. Margaret Cole, Beatrice Webb, Harcourt Brace, N.Y., 1946, S.193
5. de.wikipedia.org, Kommunistische Internationale, 04.08.2021
6. de.wikipedia.org, Vierte Internationale, abgerufen am: 04.08.2021
7. Robert Schediwy, Ein Jahrhundert der Illusionen
8. Robert Schultz, Masters of New York, AuthorHouse, 2010, S.194
9. faz.net, Zwischen nüchterner Wissenschaft und politischem Engagement, 05.12.1995



**Sozialistische Internationale,  
Gründung: 1951, Sitz  
in London, geprägt  
von den Fabiern**



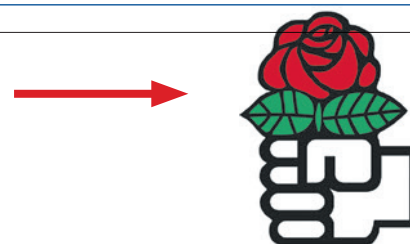
**Trotzki's «Vierte Internationale»,  
Gründung: 1938,  
danach Aufsplitterung  
in verschiedene  
Gruppen**

Die «Zweite Internationale», der Vorgänger der «Komintern/Dritte Internationale», wurde stark von den Fabiern beeinflusst. Anhänger Trotzki's gründeten 1938 die «Vierte Internationale» als Gegenstück zur «Dritten Internationale» in der Sowjetunion, da sie mit Stalins Methoden zur Erreichung des Weltkommunismus nicht einverstanden waren. Nach Auflösung der «Dritten Internationale» 1943 durch Stalin entstand acht Jahre später, 1951, in London (Sitz der Fabier) die «Sozialistische Internationale». Mitglieder sind u.a. Gro Harlem Brundtland (Miturheberin der Agenda 2030) und UN-Generalsekretär António Guterres. Trotzki's «Vierte Internationale» splitterte sich in Untergruppen auf, ohne dass Trotzki's Ideologie dabei verlorenging.

 **Labour**



**Labour**



**Sogar die Rose der Sozialistischen Internationale ziert das alte und neue Parteilogo der britischen Labour Party.**



**Professor der London School of Economics  
(Von Fabiern gegründete Universität) sprach  
von globaler Umstellung zu einer Weltregierung**

Die Elite-Universität «London School of Economics» wurde 1895 von Mitgliedern der Fabian Society ins Leben gerufen. Der dort einst tätige Politik-Professor David Held sagte in einer am 14.04.2009 auf 3Sat ausgestrahlten Sendung:

**«Wir leben in einem geschichtlichen Moment, in dem eine globale Umstellung hin zu einer Weltregierung stattfindet.»**

Quelle: vimeo.com, 3sat-kulturzeit - «Brauchen wir eine neue Weltregierung?» - Henning Burk, Cihan Polat, 2014







## Der Fabier H.G. Wells

In der hohen Politik wird immer wieder auf das Wort «Neue Weltordnung» zurückgegriffen, welches sich ursprünglich u.a. auf das Buch «The New World Order» des englischen Sozialisten H.G. Wells beziehen könnte, das 1940 erschien und die Welt, verwaltet von einer Zentralregierung in den Händen einer auserwählten Superklasse, beschreibt. Also ungefähr das, was der Menschheit wohl auch blühen wird, wenn der Great Reset gelingt.

Wells, der vor allem durch seine Science-Fiction-Romane bekannt wurde, trat 1887 den Fabiern (siehe S.76 ff.) bei. In seinen politischen Publikationen beschrieb er eine Welt aus souveränen Nationalstaaten als eine Welt voller Krieg, Elend und Ausbeutung, die nur durch die Abtretung von Souveränität an eine übergeordnete Organisation gerettet werden könne. Hier ein dazu passendes Zitat aus «The New World Order»:

«Der unabhängige souveräne Staat mit seinem ständigen Kriegspotenzial, bewaffnet mit den Ressourcen moderner mechanischer Schrecklichkeit, ist der eklatanteste und furchterregendste Aspekt dieses Bedürfnisses nach einer einheitlichen, gemeinschaftlichen Kontrolle, die uns davor schützt, dass übergrosse, unabhängige, souveräne, private Geschäftsorganisationen sozial destruktiv werden.»

### Blaupause für die UNO

So forderte H.G. Wells lange vor Gründung der UNO nichts anderes als eine globale Organisation, die sich in jeden Bereich des Bürgers einmischt, um ihn zu seinem Glück zu zwingen. Als Alternative zur bisherigen Ordnung verlangte Wells in «The New World Order» wörtlich den «Weltsozialismus»: «Diese neue und vollständige Revolution, über die wir nachdenken, kann in wenigen Worten definiert werden. [...] Es ist ein ganzzahliger Weltsozialismus, wissenschaftlich geplant und gesteuert [...]». In «The New World Order» verlangte er den «Weltfrieden», der am besten durch eine internationale Institution wie der «League of Nations» (Vorgänger der UNO) durchgesetzt werden sollte.

H.G. Wells kannte Lenin persönlich und besuchte ihn 1920 in Moskau. Um sich die Hände reinzuwaschen, übte er zwar auch Kritik am realen Kommunismus in der Sowjetunion, beschrieb ihn jedoch als Schritt in die richtige Richtung, der mit ein bisschen weniger Extremismus und mehr Fingerspitzengefühl seitens der Führer zum Erfolg hätte führen können. Dementsprechende Verfeinerungen wurden 30 Jahre später bei der sowjetischen Langzeitstrategie umgesetzt. (tk)

Quelle: H.G. Wells: The New World Order, 1940



«Lassen Sie uns die allgemeinen Schlussfolgerungen wiederholen, zu denen uns die vorangegangene Argumentation geführt hat. Die Errichtung eines fortschrittlichen **Weltsozialismus** [...] ist das klare, rationale Ziel vor uns. Nur die wirksame Verwirklichung dieses Ziels kann den Frieden auf Erden herstellen und den gegenwärtigen Marsch der menschlichen Angelegenheiten zu Elend und Zerstörung aufhalten.»

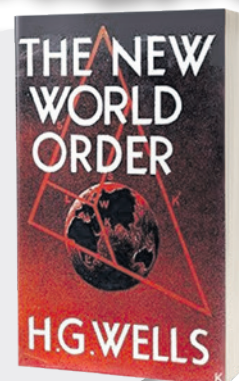
H.G. Wells, Mitglied der Fabian Society, in seinem Buch «The New World Order»

Quelle: H.G. Wells: The New World Order, 1940

«Der unabhängige souveräne Staat mit seinem ständigen Kriegspotenzial, bewaffnet mit den Ressourcen moderner mechanischer Schrecklichkeit, ist der eklatanteste und furchterregendste Aspekt dieses Bedürfnisses nach einer einheitlichen, gemeinschaftlichen Kontrolle, die uns davor schützt, dass übergrosse, unabhängige, souveräne, private Geschäftsorganisationen sozial destruktiv werden.»

H.G. Wells in seinem Buch «The New World Order»

Quelle: H.G. Wells: The New World Order, 1940



Das Buch «The New World Order» des Fabiers H.G. Wells

COVID-19:  
THE GREAT  
RESET

KLAUS SCHWAB  
THIERRY MALLERET

«Unlängst drückte Kevin Rudd, Vorsitzender des Asia Society Policy Institute und ehemaliger Premierminister Australiens, ähnliche Gefühle und insbesondere Sorgen über die «kommende Anarchie nach Covid-19» aus: «Verschiedene Formen eines ungezügelter Nationalismus treten anstelle von Ordnung und Zusammenarbeit. Die chaotische Natur einzelstaatlicher und globaler Reaktionen auf die Pandemie ist daher ein alarmierender Vorgeschmack dessen, was in einem noch grösseren Massstab kommen könnte.»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.119-120

Sowohl Schwab als auch Wells beschreiben eine Welt aus souveränen Nationalstaaten als brandgefährlich. Allein die Abtretung von Souveränität an eine übergeordnete Organisation bringe Ordnung und Sicherheit in das einzelstaatliche Chaos.

„«Das Wachstum kann nicht unendlich steigen.»

„«Wenn das Wachstum am Maximum ist, ist das Festmahl vorbei.»

„«Die neuen Mega-Organisationen **zerstören die Wälder der Welt mit rasanter Geschwindigkeit**, grasen prächtige Weiden ab, brauchen die Bodenschätze auf, töten Wale, Robben und eine Vielzahl seltener und wunderschöner Spezies, zerstören die Moral in jeder Form und verwüsten den Planeten. **Die Institutionen der privaten Aneignung** von Land und natürlichen Ressourcen für die Allgemeinheit und der freien Wirtschaft für Profit, die ein halbwegs erträgliches, stabiles und «zivilisiertes» soziales Leben für alle ausser die am stärksten Verarmten in Europa, Amerika und dem Osten, geschaffen haben, konnten durch die neuen Möglichkeiten ihre ganze Zerstörungskraft entfalten.»

H.G. Wells in seinem Buch «The New World Order»

Quelle: H.G. Wells: The New World Order, 1940



H.G. Wells zu Besuch bei Lenin, 1920



„«Mit der zunehmenden Kritik am Wirtschaftswachstum wird die finanzielle und kulturelle Dominanz der Konsumkultur im öffentlichen und privaten Leben überholt. Dies zeigt sich im verbraucherseitigen Post-Wachstums-Aktivismus in Nischensegmenten, etwa Verbraucher, die für weniger Fleischkonsum oder weniger Flüge kämpfen. Durch die von ihr erzwungene Wachstumsrücknahme hat die Pandemie das Interesse an dieser Bewegung, die das Tempo des Wirtschaftswachstums umkehren möchte, neu entfacht, was mehr als 1.100 Experten aus aller Welt im Mai 2020 zur Veröffentlichung eines Manifests veranlasste, in dem eine Strategie zur Bekämpfung der durch Covid-19 verursachten wirtschaftlichen und humanitären Krise vorgeschlagen wird. In einem offenen Brief fordern sie ein demokratisch «geplantes und zugleich anpassungsfähiges, nachhaltiges und ausgewogenes **Downscaling der Wirtschaft**, das uns in eine Zukunft führt, in der wir mit weniger besser leben können.»

„«Oder wie es David Quammen, der Verfasser von «Spillover: Animal Infections and the Next Human Pandemic» (Spillover-Effekt: Tierinfektionen und die nächste Pandemie beim Menschen) erklärt: «Wir dringen in tropische Wälder und andere wilde Landschaften vor, in denen so viele Tier- und Pflanzenarten vorkommen – und in diesen Kreaturen so viele unbekannte Viren. **Wir fällen die Bäume. Wir töten die Tiere oder sperren sie in Käfige und schicken sie auf Märkte. Wir bringen die Ökosysteme durcheinander** und die Viren dazu, sich von ihren natürlichen Wirten zu lösen. Wenn das passiert, brauchen sie einen neuen Wirt. Und oft sind das dann wir.»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.72-73 u. S.159-160

Auch diese Zitate aus «The New World Order» erinnern eklatant an Schwabs Great Reset. Wachstum und die Nutzbarmachung der Natur werden per se als bössartig respektive gefährlich dargestellt. Schwab ebenso wie Wells unterstellen der Privatwirtschaft, sie sei umweltschädigend und ressourcenfressend. Daraufhin stellen sie ihr planwirtschaftliches Gegenmodell zur Schau. Ironischerweise gesteht H.G. Wells in der Textstelle sogar ein, dass die Marktwirtschaft ein «stabiles und «zivilisiertes» soziales Leben» in Europa geschaffen hatte.

Um den freien Handel zu verunglimpfen, mussten sich die Sozialisten etwas Neues einfallen lassen. So griff Wells anscheinend einfach auf Marx zurück, der behauptet hatte, die «kapitalistische Produktion» störe «den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde» und untergrabe die «Springquellen allen Reichtums» (siehe S.28) – wohlgermerkt, ohne dafür ein logisches Argument zu liefern. Klaus Schwab setzt diese Gedankengänge heute in modernisierter Form fort. Er fügt vor dem Hintergrund der «Corona-Krise» die ebenso unbewiesene Behauptung hinzu, die Privatwirtschaft erhöhe das Seuchenrisiko. (tk)





## Die Labour Party der Fabier und ihre Nähe zur Sowjetunion

Im Jahr 2009 titelte die britische Zeitung Daily Mail: «Wie der Kreml die Labour Partei gekapert hat: Tagebuch eines Kreml-Insiders enthüllt den Einfluss, den die Sowjets auf die Labour-Politiker hatten». Ob «gekapert» die richtige Beschreibung ist, darüber lässt sich streiten, denn die Gründer der Labour Partei (Fabier) als auch die Sowjets verfolgten stets dasselbe Ziel: Den Weltsozialismus. Der Artikel der Daily Mail arbeitet allerdings heraus, wie eng der Kreml und die britischen Sozialisten miteinander verzahnt waren:

«[Der] Führer der Kommunistischen Partei Grossbritanniens stand vor einer Gruppe junger, aufstrebender Linker an der Universität Cambridge. Harry Pollitt sagte zu ihnen: **«Schliesst euch nicht uns an. Arbeitet hart, macht gute Abschlüsse, schliesst euch dem Establishment an und dient unserer Sache von innen.»**»

Exakt die Vorgabe der Fabian Society und des trotzkistischen Entismus (siehe S.76 ff.).

«Es war ein paar Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und sie nahmen Pollitt beim Wort. Innerhalb eines Jahrzehnts ging die Kommunistische Partei unter [...], als Pollitts kluge junge Anhänger **das Establishment infiltrierten**. Bald übten sie erheblichen Einfluss an den Universitäten, im staatlichen Bildungswesen, in den Verlagen, in der juristischen Hierarchie und im öffentlichen Dienst aus. Aber es war in der Politik, wo diese aufstrebenden Mitglieder der Linken ihre grösste Machtbasis aufbauten, sowohl in der Labour Party als auch in der Gewerkschaftsbewegung.

Wie tief die Tentakel des Kommunismus in das Herz der britischen Regierung reichten, wurde jetzt mit dem Auftauchen eines aussergewöhnlichen Tagebuchs von Anatoly Chernyaev, dem Kontaktmann der Sowjetunion mit dem Westen auf dem eisigen Höhepunkt des Kalten Krieges, enthüllt. Akribisch detailliert und von Hand auf liniertem Notizpapier geschrieben, ist das Tagebuch im U.S. National Security Archive ans Licht gekommen. Es erzählt die Geschichte einer «besonderen Beziehung», nicht zwischen Grossbritannien und Amerika – sondern zwischen der britischen Labour Party und den sowjetischen Kommunisten.

Es war eine Beziehung, die mehr als 30 Jahre dauerte, bis zu Margaret Thatchers Antritt als Premierministerin im Jahr 1979 [...]. In der Tat ist eine der schockierendsten von den vielen Enthüllungen des Tagebuchs, wie **die Labour-Führer Michael Foot und Neil Kinnock mit den sowjetischen Kommunisten konspirierten**, um zu versuchen, ihren «gemeinsamen Feind», Margaret Thatcher, zu schlagen.

Aber noch beunruhigender ist vielleicht die Tatsache, dass das Dokument in krassen Details zeigt, wie die politische Ideologie so vieler derer, die uns heute regieren, von dem unsäglichem kommunistischen Credo der Sowjetunion geprägt wurde. Die unangenehme Wahrheit ist, dass viele Minister in der heutigen Regierung [Regierung des Fabiers Gordon Brown] durch die Reihen einer britischen sozialistischen Bewegung aufgestiegen sind, die vom Kreml in Moskau stark beeinflusst – und sogar kontrolliert – wurde.

Swetlana Sawranskaja, Direktorin der Russland-Programme des US-Archivs, beschreibt Chernyaevs Tagebuch als **«die wichtigste**

**Daily Mail**

### How the Kremlin hijacked Labour: Diary of a Kremlin insider reveals the hold Soviets had over Labour politicians

Daily Mail 2009: «Wie der Kreml die Labour Partei gekapert hat: Tagebuch eines Kreml-Insiders enthüllt den Einfluss, den die Sowjets auf die Labour-Politiker hatten»

Quelle zur sowjetischen Politik der letzten 20 Jahre». [...] Chernyaev war [...] Berater von Präsident Michail Gorbatschow. Heute ist er 88 Jahre alt und lebt ausserhalb Moskaus im Verborgenen. Und während viele hochrangige Mitglieder der Labour Party und der Gewerkschaftsbewegung über seine Enthüllungen entsetzt sein werden, ist der alte KGB-Mann selbst erfreut, dass seine Erinnerungen veröffentlicht werden. [...]

Wie die Daily Mail letzten Monat enthüllte, war der Führer der Transportgewerkschaft Jack Jones – der von Premierminister Gordon Brown überschwänglich gelobt wurde, als er im April dieses Jahres starb – ein bezahlter Agent für die UdSSR gewesen.

Im Austausch für Informationen nahm er noch in den 1980er-Jahren Geld von seinem sowjetischen Kontaktmann in London, Oleg Gordievsky, entgegen. Aber das Tagebuch enthüllt, dass **die kuschelige Beziehung zwischen dem Kreml und der Labour Partei viel intensiver war, als man bisher dachte [...]**.

Eine der Schlüsselfiguren in dieser undurchsichtigen Affäre war Ron Hayward, der Generalsekretär der Labour Party zwischen 1972 und 1982, der 1996 starb. Er sagte Chernyaev bei Treffen in Moskau und London, dass er entschlossen sei, eine «echte sozialistische Regierung» für Grossbritannien zu stellen. [...] Aus dem Tagebuch geht klar hervor, dass Hayward ein echtes System nach sowjetischem Vorbild in Grossbritannien anstrebte, mit dem Generalsekretär der Partei (also Hayward selbst) – und nicht einem von den Abgeordneten gewählten Premierminister – an der Spitze. Er bezeichnete sich selbst offen als den «Parteiführer». Genauer gesagt, informierte er die Sowjets, dass er einen Kader von jungen Aktivisten aufbauen wollte, um sich auf die kommunistische Herrschaft vorzubereiten. [...]

Es ist nicht nur die enge Verbindung der Linken mit der Sowjetunion, sondern der nachhaltige Einfluss dieser Verbindung, der uns alle beunruhigen sollte. Einer der klügsten Schützlinge von [Sowjet-Agent] Jack Jones war schliesslich Gordon Brown. Die Entscheidung, [Gordon Brown] seinen ersten und einzigen sicheren Sitz, Dunfermline East, zu geben, wurde von zwei hohen Transportgewerkschafts-Funktionären getroffen – einer von ihnen war Jack Jones, der andere [...] Alec Kitson. Beide waren Freunde des Kremls. Das Mäzenatentum der Gewerkschaft war allgegenwärtig. Neil Kinnock und Tony Blair sowie die Kabinettsminister Margaret Beckett, Harriet Harman und John Reid wurden alle von der Transport-Gewerkschaft gesponsert und machten dank ihr Karriere in der Labour Party.

Die Kontrolle, die die Sowjets über die Labour Party, ihre Führung und aufstrebende Politiker hatten, hat immer noch einen tiefgreifenden Einfluss auf Grossbritannien. Im Spectator heisst es: «In der Tat kann New Labour, das seit 1997 regiert, nicht verstanden werden, wenn man diese kommunistischen Einflüsse nicht in Betracht zieht. Viele der Charakteristika der New-Labour-Regierung – ihr tiefes Misstrauen gegenüber Aussenseitern, ihre strukturelle Feindseligkeit



### Jack Jones

**Einflussreiches Mitglied der Labour Party**

**Vertrauter des späteren Premiers und Fabiers Gordon Brown (siehe S.78)**

**Mittlerweile als Sowjet-Spion enttarnt**

gegenüber demokratischen Debatten, ihre Geheimniskrämerei, ihr Glaube an die Bürokratie; die ihr eigentümliche Vorliebe, Absprachen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu treffen, und ihr rücksichtsloses Vertrauen in eine kleine Gruppe vertrauenswürdiger Aktivisten – resultieren aus der langen Friedensbeziehung mit dem Kreml.»

Doch selbst mit dem Auftauchen dieses Tagebuchs haben wir immer noch kein vollständiges Bild davon, wie tief die gefährliche Moskauer Penetration wirklich ging. Erst wenn mehr Wahrheiten aus Russland durchsickern, werden wir das ganze Ausmass des Verrats erfahren.

Was Harry Pollitt betrifft – den britischen Kommunisten, der eine so wichtige Rolle bei der sowjetischen Infiltration dieses Landes spielte [...] – so ist er in Moskau, wo er zum Helden erklärt wurde, besser bekannt als hier. Im Jahr 1970, einige Jahre nach seinem Tod, gab die UdSSR eine Briefmarke mit Pollitts Bild darauf heraus.

Ein Jahr später, 1971, wurde seine Hingabe für die sowjetische Sache und die Verbreitung des «internationalen Kommunismus» von Moskau weiter gewürdigt. Die sowjetische Marine liess ein neues Schlachtschiff zu Wasser und benannte es nach ihm. In der Zwischenzeit üben seine vielen Jünger in der von ihm geschaffenen fünften Kolonne in Grossbritannien weiterhin ihren bösartigen Einfluss aus.»

Quelle: dailymail.co.uk, How the Kremlin hijacked Labour: Diary of a Kremlin insider reveals the hold Soviets had over Labour politicians, 06.11.2009



Ron Hayward (rechts), Generalsekretär der Labour Party zwischen 1972 und 1982, wollte in Grossbritannien ein System nach sowjetischem Vorbild errichten.



Harry Pollitt, der Führer der Kommunistischen Partei Grossbritanniens, der seine Anhänger aufforderte, das Establishment zu unterwandern, wurde in der UdSSR zum Helden erklärt, inklusive einer Briefmarke mit seinem Bild darauf.



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



1884 wurde die «Fabian Society» (folgend als «Fabier» bezeichnet) in London gegründet. Es handelte sich bei der Organisation um Sozialisten, die zur britischen Oberklasse gehörten. Von Anfang an war Heimlichkeit und Täuschung Teil des Vorgehens der Fabier. Der Name «Fabian'scher Sozialismus» leitet sich von dem römischen General Quintus Fabius Maximus Verrucosus ab, der sorgfältig geplante Strategien benutzte, um seine Feinde über längere Zeit hinweg langsam zu zermürben. Fabius vermied direkte Konfrontation und war so weitaus erfolgreicher als die Generäle vor ihm. Kaum zu übersehen sind die Parallelen zu Lenin, Trotzki und Sun Tsu, auf deren Lehren die sowjetische Langzeitstrategie basiert. Die Fabier organisierten sich mit Absicht nicht als politische Partei, sondern entwickelten die Strategie des sozialistischen Eindringens in Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen und sonstige Organisationen. Eine besondere Ähnlichkeit hatte dieses Vorgehen zu Trotzki's «Entrismus» – ebenfalls ein gezieltes Eindringen und Unterwandern nicht-sozialistischer Organisationen.

Sowohl Lenin als auch Trotzki lebten eine lange Zeit in London und wurden dort von den Fabiern unterstützt. Lenins Kominintern basierte auf der «Zweiten Sozialistischen Internationale» in Paris, die von den Delegierten der Fabier wesentlich beeinflusst wurde. Fabier statteten Lenin sowie Stalin zahlreiche Besuche in der Sowjetunion ab. Das zeigt, dass die britischen Sozialisten keine unbedeutende Randgruppe darstellten, sondern schon in den Anfangszeiten eine entscheidende Rolle in der kommunistischen Weltbewegung spielten. Ihre Strategie ging dem «Entrismus» der Trotzkiisten voraus, wodurch die Schlussfolgerung naheliegt, dass sie den eigentlichen Ursprung der sowjetischen Langzeitstrategie darstellten.

Der Bankier David Rockefeller, dessen Familie die Oktoberrevolution mitfinanziert hatte und an der Industrialisierung der Sowjetunion entscheidend beteiligt war, schrieb 1936 eine Studienarbeit über den Fabian-Sozialismus in Harvard und wechselte kurz darauf zur London School of Economics (eine Gründung der

Fabier). Seine Familie finanzierte von Amerika aus viele Projekte der Fabier. Wieder verknüpfen sich Hochfinanz und Sozialismus zu einer Einheit.

Die Ideologie der Fabier wurde u.a. von H.G. Wells (selbst Mitglied) zu Papier gebracht. In seinem Buch «The New World Order» aus dem Jahr 1940 beschreibt er die Welt, verwaltet von einer Zentralregierung in den Händen einer auserwählten Superklasse. Also ungefähr das, was der Menschheit wohl auch blühen wird, wenn der Great Reset gelingt. Die zahlreichen Überschneidungen zwischen «The New World Order» und Schwabs Buch «COVID-19: The Great Reset» stechen – mal wieder – ins Auge: Die Ablehnung des Nationalismus, ideologischer «Naturschutz», das Pochen auf ein planwirtschaftliches Weltentscheidungs-gremium und vieles mehr. Allerdings verkneift sich Schwab, von einem «Weltsozialismus» zu sprechen, so wie Wells es tat.

Die Fabier gründeten die britische Labour Party, während sie die liberale Partei Grossbritanniens infiltrierten und von innen heraus schwächten. Sie sind bis heute aus der Labour Party nicht mehr wegzudenken. Die zwei letzten Labour-Premiers Tony Blair und Gordon Brown, der 2020 eine Weltregierung forderte, sind heute noch offizielle Mitglieder der Fabier. Doch damit nicht genug: Wie die Daily Mail 2009 berichtete, herrschte jahrzehntelang eine «kuschelige Beziehung zwischen dem Kreml und der Labour Partei», «die vom Kreml in Moskau stark beeinflusst – und sogar kontrolliert – wurde». Sogar Sowjetagenten sassen bei der britischen «Arbeiterpartei» in Führungspositionen. Die Labour-Premiers Gordon Brown und Tony Blair sowie ihre Kabinette entstammten der Zeit, als die Infiltration Moskaus in vollem Gange war. Nur ein winziger Bruchteil dieser Unterwanderung wurde bisher aufgedeckt.

Auch bei der Gründung des IWF und der Installierung des globalen Finanzsystems, dem die Menschheit heute noch unterworfen ist, sollten Marxisten eine entscheidende Rolle spielen. Mehr dazu im nächsten Teil.

► Fortsetzung auf Seite 88





### Auf einen Blick

► In der amerikanischen Kleinstadt Bretton Woods wurde 1944 das internationale Währungssystem für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geplant.

► Zwei Sozialisten als Schlüsselakteure dieses Treffens: Harry Dexter White (Sowjet-Agent) und John Maynard Keynes (Sozialist)

► Ausgerechnet der Sowjet-Agent White machte den US-Dollar zur Weltleitwährung. Wie man feststellen muss, war es dieses Dollarsystem, welches der sowjetischen Langzeitstrategie den Weg ebnete.

► Die IWF-Chefin sprach im Oktober 2020 von einem «neuen Bretton-Woods-Moment», der sich ankündigt. Anzunehmen, dass sie damit das Ende des US-Dollars als Weltleitwährung und eine globale Währungsreform meint.

## Die Gründung des IWF durch Marxisten

Die zwei Weltkriege hatten im Jahr 1944 zu einem Schlüsseltreffen von Finanzministern und Notenbankchefs aus aller Welt in Bretton Woods, einem Stadtteil der beschaulichen US-Kleinstadt Carroll in New Hampshire geführt. Hier trafen sich vom 1. bis 23. Juli die Vertreter von mehr als 40 Staaten, um das weltweite Währungssystem für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu planen. Unter anderem wurde dort der Internationale Währungsfonds (IWF) aus der Taufe gehoben.

Bei den Verhandlungen setzte sich der Vertreter der US-Regierung Harry Dexter White gegen den englischen Vertreter John Maynard Keynes durch. Keynes – ein bekennender Sozialist – hatte vorgeschlagen, eine Weltwährung namens Bancor einzuführen. Die Länder hätten ihre lokalen Währungen in Bancor umtauschen müssen, um untereinander zu handeln. Am Ende hörte man jedoch auf den Vorschlag von Harry Dexter White und entschied, den US-Dollar zur «Weltleitwährung» zu machen. Wer auf dem Weltmarkt tätig werden wollte, musste nun Dollars einsetzen. Das weitete den Machtbereich der USA enorm aus und machte sie zur neuen Supermacht. Was im

ersten Moment widersprüchlich wirken mag, macht im Hinblick auf das Gesamtbild dann doch wieder Sinn: Harry Dexter White, der Mann, der für den Dollar als Weltleitwährung kämpfte, entpuppte sich später als Sowjet-Agent. Ausgerechnet derjenige, der die USA in eine noch stärkere finanzielle Weltmacht verwandelte, war also ein russischer Spion. Deutet dies nicht klar darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt schon andere Interessen über den staatlichen Interessen von Russland und Amerika standen? Heute sehen wir, dass es das US-Dollar-System war, welches den Kommunisten den Weg ebnete.

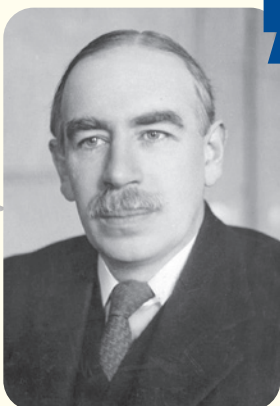
Hinzu kommt, dass Harry Dexter Whites «Gegenspieler» John Maynard Keynes ein von der Fabian Society geprägter Sozialist war (siehe S.76 ff.). Das erklärte Ziel der Fabian Society ist es, Institutionen auf der ganzen Welt zu unterwandern. Der Autor G. Edward Griffin schrieb über den IWF: «Wie die Fabier vorgesehen hatten, darf das Wort «Sozialismus» nicht benutzt werden. Stattdessen werden die Darlehen für staatliche hydroelektrische Projekte, staatliche Ölraffinerien, staatliche Bergwerke und staatliche Stahlwerke vergeben. Sie wandern von den Händen der Politiker und Bürokraten



Der Sowjetagent Harry Dexter White (links) und der Sozialist John Maynard Keynes beim Eröffnungstreffen des IWF-Gouverneursrates in Savannah, Georgia, USA am 08. März 1946.

in die Hände von Politikern und Bürokraten. Stammt das Geld von einer Regierung und geht es zu einer Regierung und wird es von einer Regierung verwaltet, so ist das Ergebnis die Ausweitung des Regierungsbereiches.»<sup>(1)</sup> (tk)

Quelle: 1. G. Edward Griffin: Die Kreatur von Jekyll Island, Rottenburg, Kopp-Verlag, 2006, S.121



John Maynard Keynes

„«Lenin soll erklärt haben, dass der beste Weg zur Vernichtung des kapitalistischen Systems die Vernichtung der Währung sei. Durch fortgesetzte Inflation können Regierungen sich insgeheim und unbeachtet einen wesentlichen Teil des Vermögens ihrer Untertanen aneignen. Auf diese Weise konfiszieren sie nicht nur, sondern sie tun es auch willkürlich, und während viele arm werden, werden einige in der Tat reich. Der Anblick dieser willkürlichen Verschiebung des Reichtums vernichtet nicht nur die Sicherheit, sondern auch das Vertrauen auf die Gerechtigkeit der bestehenden Verteilung des Reichtums. Diejenigen, denen das System über Verdienst und sogar über ihre Erwartung oder ihre Wünsche hinaus Gewinn bringt, werden «Kriegsgewinner» und sind der Bourgeoisie, die durch die Inflation arm geworden ist, nicht weniger verhasst als dem Proletariat. [...] Lenin war gewiss im Recht. Es gibt kein feineres und kein sichereres Mittel, die bestehenden Grundlagen der Gesellschaft umzustürzen, als die Vernichtung der Währung.»

Der Fabian'sche Sozialist John Maynard Keynes, Mitbegründer des IWF, in seiner Abhandlung «The Economic Consequences of the Peace», 1919

«[Der IWF und die Weltbank spielen auf globaler Ebene etwa dieselbe Rolle wie] das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion für den kommunistischen Block spielte. Experten von IWF und Weltbank entscheiden, was mit der Kohleindustrie in Russland zu tun wäre, wie Unternehmen in Südkorea umstrukturiert werden und wie man Unternehmer in Mexiko handhabt. Auch wenn gesagt wird, das seien freie Märkte, hat die Welt in der Praxis noch nie so eine Zentralisierung gesehen.»

*Boris Kagarlitzki, Soziologe und politischer Dissident in der UdSSR*

Quelle: «Socialism and Democracy», Vol. 12, Nr. 1-2, 1998, veröffentlicht von «The Committees of Correspondence»



«Als ich über die dramatischen Veränderungen in der Welt [2020] nachdachte, besuchte ich Bretton Woods in New Hampshire, wo 44 Männer 1944 unseren Gründungsartikel [des IWF] unterzeichneten. [...] Heute stehen wir vor einem **neuen Bretton-Woods-«Moment»**. Einer Pandemie, die bereits mehr als eine Million Menschenleben gekostet hat. Eine wirtschaftliche Katastrophe, die die Weltwirtschaft in diesem Jahr um 4,4% schrumpfen lässt und bis zum nächsten Jahr [2021] schätzungsweise 11 Billionen Dollar an Wirtschaftsleistung vernichten wird. Und unsägliche menschliche Verzweiflung angesichts der enormen Zerrüttung und der zum ersten Mal seit Jahrzehnten steigenden Armut.»

*IWF-Chefin Kristalina Georgieva im Oktober 2020*

Quelle: imf.org, A New Bretton Woods Moment, 15.10.2020

Was meint die IWF-Chefin mit ihrem «neuen Bretton-Woods-«Moment»»? Kriegt das internationale Geldsystem bald auch einen «Reset» verpasst? Im Falle von Bretton Woods 1944 geschah die finanzielle Neugestaltung vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs und eines zerstörten Europas. Anzunehmen, dass bei zunehmender «Krisen»-Situation bald wieder ein neues Geldsystem zur «Rettung» bereitsteht. Die Parallelen zwischen Zweitem Weltkrieg und «Corona-Krise» werden immerhin von Schwab selbst (siehe S.97 ff.) und vielen anderen hochrangigen Entscheidungsträgern gezogen.

## Kündigt Schwab das Ende des US-Dollars als Weltleitwährung an?

So wie der US-Dollar einst von Marxisten zur Leitwährung der Welt gemacht wurde (siehe S.84), könnte er heute auch wieder von anderen Marxisten als Leitwährung abgeschafft werden. Das deutet Klaus Schwab zumindest in seinem Buch an:

### Buchauszug



«Jahrzehntelang genossen die USA mit ihrem Dollar das «exorbitante Privileg» der globalen Leitwährung, ein Status, der lange Zeit «eine Annehmlichkeit imperialer Macht und ein wirtschaftliches Elixier» war. In erheblichem Masse wurden US-amerikanische Macht und Wohlstand durch das weltweite Vertrauen in den Dollar und die Bereitschaft ausländischer Kunden, Dollarreserven zu halten, aufgebaut und gestärkt, meist in Form von US-Staatsanleihen. [...] Seit geraumer Zeit ziehen einige Analysten und politische Entscheidungsträger ein mögliches und schrittweises Ende der Dominanz des Dollars in Betracht. Sie denken nun, dass die Pandemie der Katalysator sein könnte, der ihnen Recht gibt. [...] Ihrer Meinung nach **wird eine unhaltbare Verschuldung das Vertrauen in den US-Dollar untergraben.**

### Buchauszug



Unmittelbar vor der Pandemie machten die US-Verteidigungsausgaben plus Zinsen der Staatsverschuldung plus jährliche Sozialausgaben - Medicare, Medicaid und Sozialversicherung - 112 % der Steuereinnahmen des Bundes aus (gegenüber 95% im Jahr 2017). Dieser unhaltbare Weg wird sich in der Zeit nach der Pandemie, nach den Konjunkturpaketen, noch verschärfen. Dieses Argument deutet darauf hin, dass sich deshalb etwas Grundlegendes ändern muss, entweder durch eine **stark dezimierte geopolitische Rolle** oder eine höhere Besteuerung oder beides. Im gegenteiligen Fall könnte das Defizit einen Schwellenwert erreichen, ab dem ausländische Investoren es nicht länger finanzieren wollen. Schliesslich kann sich der Status einer Leitwährung nicht länger halten als das Vertrauen ausländischer Investoren in die Fähigkeit des Devisenhalters, seine Zahlungen zu leisten.»

China ist der grösste Gläubiger der USA. <sup>(1)</sup> Ob bald ein Zusammenbruch des US-Dollars der «Katalysator» sein wird, der zu einem «neuen Bretton-Woods-«Moment» (siehe oben) führt? Diesmal mit China als tonangebender Nation? Als Sündenbock für den Zusammenbruch des Dollars steht wohl schon das Auslaufmodell «Nationalismus» bereit.







## Buchauszug

COVID-19:  
THE GREAT  
RESET

«Andererseits [...] weisen Skeptiker der Dollar-Dominanz auf die Unvereinbarkeit einer globalen Leitwährung mit dem zunehmenden wirtschaftlichen **Nationalismus** im eigenen Land hin. Auch wenn die US-Notenbank und das US-Finanzministerium den Dollar und sein weltweites einflussreiches Netzwerk effizient managen, betonen Skeptiker, dass die Bereitschaft der US-Regierung, den US-Dollar als geopolitische Waffe einzusetzen (etwa gegen Länder und Unternehmen, die mit dem Iran oder Nordkorea Handel treiben), Besitzer von Dollarreserven unweigerlich zur Suche nach Alternativen veranlassen wird. [...]

Die globale Glaubwürdigkeit der USA hängt zu einem grossen Teil auch von der Geopolitik und der Attraktivität ihres Gesellschaftsmodells ab. Das «exorbitante Privileg» [der Leitwährung] ist eng mit der globalen Macht, der Wahrnehmung der USA als verlässlicher Partner und ihrer Rolle in multilateralen Institutionen verflochten. «Wenn diese Rolle als nicht mehr so sicher und diese Sicherheitsgarantie als nicht mehr so eisern gilt, **weil sich die USA von der globalen Geopolitik zugunsten einer autarkeren Binnenpolitik abkoppeln**, könnte der Sicherheitsbonus des US-Dollars schrumpfen», warnen Barry Eichengreen und Vertreter der Europäischen Zentralbank.»

Das klingt erneut (Ausgabe 41, S.13 f., siehe S.97 ff.) wie eine Drohung: Wenn sich die USA dem globalen Druck nicht beugen, könnte ihr Untergang drohen (anzunehmen, dass er eigentlich schon feststeht).

Schwab spekuliert, wer denn die USA als finanzielle Weltmacht ablösen könnte:

## Buchauszug

COVID-19:  
THE GREAT  
RESET

«Die Hegemonie der USA im globalen Finanzsektor ist nach wie vor stark [...], aber ebenso würden viele Länder die globale Dominanz des Dollars gern anfechten. Kurzfristig gibt es keine Alternativen. Der **chinesische Renminbi (RMB)** könnte eine Option sein, aber erst dann, wenn strenge Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft werden und der RMB zu einer marktbestimmten Währung wird, was in absehbarer Zukunft unwahrscheinlich ist. Das Gleiche gilt für den Euro. Er könnte eine Option sein, aber erst dann, wenn sich die Zweifel an einer möglichen Implosion des Euroraums endgültig zerstreuen, was in den nächsten Jahren ähnlich unwahrscheinlich ist. Eine globale virtuelle Währung ist noch nicht in Sicht, aber es gibt Versuche, **nationale digitale Währungen einzuführen, die letztendlich die Hegemonie des US-Dollars beenden** könnten. Der bedeutendste Versuch wurde Ende April 2020 in China mit einem Test einer nationalen digitalen Währung in vier Grossstädten gestartet. **Bei der Entwicklung einer digitalen Währung in Kombination mit leistungsstarken elektronischen Zahlungsplattformen ist dieses Land dem Rest der Welt um Jahre voraus.** Dieses Experiment zeigt deutlich, dass es Geldsysteme gibt, die sich von den US-Intermediären unabhängig machen möchten und gleichzeitig eine stärkere Digitalisierung ansteuern.» <sup>(2)</sup>

Ein neues Bretton Woods (siehe S.84) mit einer digitalen Weltwährung aus China? Das ist zumindest, wenn wir Schwabs Worte richtig verstehen, die wahrscheinlichste Option für die Zukunft.

Kaum zu übersehen: Es kündigt sich auch ein «Reset» der Finanzen an, der, wie die Vergangenheit gezeigt hat, normalerweise mit einer Wirtschaftskrise oder einem Krieg einhergeht. Der Frage, was genau auf uns zukommen könnte, werden wir uns in Folgeausgaben widmen. (tk)



Grösster Gläubiger der USA

tagesschau.de, 20.11.2020

## China verkauft US-Staatsanleihen

«Eine globale virtuelle Währung ist noch nicht in Sicht, aber es gibt Versuche, nationale digitale Währungen einzuführen, die letztendlich die Hegemonie des US-Dollars beenden könnten.»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.84



REUTERS

«Russlands grösster Kreditgeber, die Sberbank, könnte 2021 eine eigene Kryptowährung namens «Sbercoin» herausgeben, sagte der Vorstandsvorsitzende Herman Gref am Montag. Gref sagte, dass die Sberbank mit JP Morgan zusammenarbeitet, um die Kryptowährung vorzubereiten, und sie im nächsten Jahr in einem «Experiment» einführen könnte.»

Die Nachrichtenagentur Reuters Ende November 2020

Quelle: reuters.com, Russia's Sberbank may issue its own cryptocurrency, says CEO, 30.11.2020

**Wir erinnern uns: Niemand Geringeres als Klaus Schwab wurde von Herman Gref bei der Übung Cyber Polygon 2020 begrüsst (Ausgabe 41, S.6 f.).**

Das WEF-Video  
«Acht Vorhersagen  
für die Welt im Jahr  
2030» aus dem Jahr  
2016 prophezeit: «Die  
USA werden nicht  
mehr die führende  
Supermacht der  
Welt sein» und «eine  
Handvoll Länder wird  
dominieren».



**Falls Sie es aus den Augen verloren haben sollten:  
Das Ende des US-Dollars als Leitwährung, der Untergang  
der USA und der Aufstieg eines kommunistischen Staates  
wie China als ökonomische Weltmacht war das Ziel der  
sowjetischen Langzeitstrategie!**

„Unabhängig davon, ob man die USA <mag> oder nicht, ihr progressiver Rückzug aus der internationalen Szene (eine Art <geopolitischer Entzug>, wie es der Historiker Niall Ferguson bezeichnet) ist mit einem Anstieg der internationalen Unbeständigkeit verbunden. Mehr und mehr Länder, die sich tendenziell auf die vom <Hegemon> USA bereitgestellten globalen öffentlichen Güter (die Sicherheit der Schifffahrtswege, den Kampf gegen internationalen Terrorismus etc.) verlassen, sind nun selbst gefragt. Das 21. Jahrhundert wird höchstwahrscheinlich ein Zeitalter ohne absoluten Hegemon sein, in dem keine Macht eine absolute Dominanz erreicht. Als Ergebnis davon werden Macht und Einfluss chaotisch und in manchen Fällen zähneknirschend neu aufgeteilt werden.»



Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch  
«COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.120

## Zweiter Weltkrieg

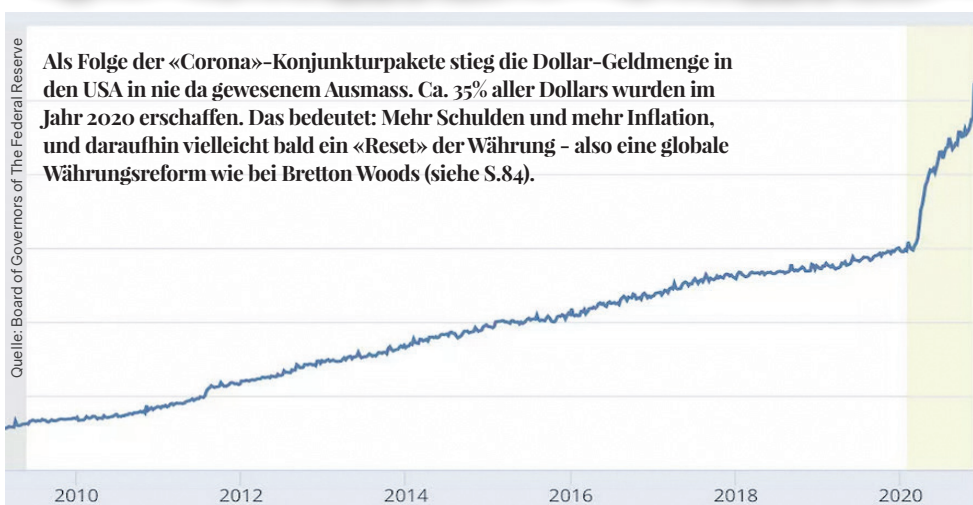


**Bretton Woods  
Konferenz: Umgestaltung  
des Weltfinanzsystems  
durch Marxisten**

**«Krieg gegen Corona»  
(Entscheidungsträger auf  
der ganzen Welt sprechen  
explizit von einem «Krieg»)**



**«neuer Bretton-Woods-  
Moment» (Zitat IWF-  
Chefin): Umgestaltung  
bzw. Reset des  
Weltfinanzsystems durch  
Marxisten?**







## Chinas Krieg gegen Kryptowährungen

«Bei der Entwicklung einer digitalen Währung in Kombination mit leistungsstarken elektronischen Zahlungsplattformen ist [China] dem Rest der Welt um Jahre voraus», schreibt Klaus Schwab in seinem Buch. <sup>(1)</sup> Eine solche «digitale Währung» ist nicht zu verwechseln mit den längst bestehenden privaten und dezentralen digitalen Währungen (Krypto-Währungen). Diese werden seit Jahren in China bekämpft – wohl um den Weg freizumachen für die zentralisierte digitale Währung der chinesischen Zentralbank, in die auch Schwab seine Hoffnungen legt.

China hatte den Handel mit Krypto-Zahlungsmitteln wie dem Bitcoin schon 2017 verboten, als erstes grosses Land weltweit. Das sogenannte Mining aber, also das elektronische Erzeugen von Bitcoins und Co. mit riesigen Computernetzwerken, wurde von Chinas Behörden weiter geduldet. Seit Frühjahr 2021 geht die Staatsführung nun aber auch dagegen vor. In mehreren Landesteilen wurden riesige Rechenzentren abgeschaltet. Zuletzt wurden rund zwei Drittel aller neuen Bitcoins weltweit mit Rechnern in China erzeugt. Dieser Anteil werde nun schnell und deutlich zurückgehen, sagen Analysten. <sup>(2)</sup> (tk)

Quelle:

1. Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.85
2. tagesschau.de, Kampf gegen Krypto-Währungen: China schliesst Rechenzentren, 22.06.2021

## Gründer des IWF steckte auch hinter Morgenthau-Plan



Roosevelts Finanzminister Henry Morgenthau, Verfasser des Morgenthau-Plans, 1943 auf dem Cover des Time-Magazins

Zur Nachhaltigkeits-Agenda der UN (siehe S.39 ff.), an der sich auch der IWF rege beteiligt, gibt es übrigens eine interessante historische Parallele. Schon im Jahr 1944 hatte der US-Finanzminister Henry Morgenthau ein ähnliches Konzept vorgelegt, den nach ihm benannten Morgenthau-Plan. Dieser sah nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter anderem die Demontage der deutschen Industrie, die Stilllegung des deutschen Bergbaus und die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland vor, womit der Lebensstandard des deutschen Volkes so weit abgesenkt werden sollte, dass es nur noch das nackte Überleben hätte fristen können. Obwohl die Siegermächte nach dem Krieg bereits mit dem

Abbau der deutschen Industrie begonnen hatten (siehe Ausgabe 29), wurde der Plan im Jahr 1947 schliesslich doch verworfen, nachdem die US-Regierung realisiert hatte, dass Deutschland nur als Industrieland überleben konnte. Nach den Gebietsverlusten im Osten konnten 70 Millionen Deutsche nicht allein von der Landwirtschaft leben, sodass bei einer Deindustrialisierung des Landes etwa ein Drittel der Bevölkerung hätte verhungern müssen. Ausserdem hätte ein Verlust der deutschen Wirtschaftskraft ganz Europa schwer getroffen, das heute, zu Zeiten der Europäischen Union, mehr denn je von deutschen Transferleistungen abhängig ist.

Interessant sind besonders die Entstehungsgeschichte und der eigentliche Zweck dieses Planes, der nicht nur von Morgenthau stammte, sondern auch von dem Sowjetagenten Harry Dexter White, der den IWF mitgegründet hatte (siehe S.84). Dieser hatte den Morgenthau-Plan im Auftrag Moskaus in der vollen Absicht miterstellt, um damit die Wirtschaft Westeuropas zu zerstören und Europa so für die Übernahme durch den Kommunismus reif zu machen. Vor diesem Hintergrund ist es keinesfalls übertrieben, von der neuen «grünen» Politik als einer Neuauflage des Morgenthau-Plans zu sprechen – mit dem Unterschied, dass die «Nachhaltigkeit» nicht auf Deutschland beschränkt ist, sondern zuerst den Westen und wohl eines Tages die ganze Welt betreffen soll. (tk/tm)

Quelle: de.wikipedia.org, Harry Dexter White, abgerufen am: 17.06.2021



### EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Die zwei Protagonisten bei der Gründung des IWF waren der Fabian'sche Sozialist John Maynard Keynes und der Sowjet-Agent Harry Dexter White. Sie machten den Dollar zur Weltleitwährung, wo man doch eigentlich vermuten müsste, es läge nicht im Sinne von Marxisten die USA zu einer finanziellen Weltmacht zu machen. Heute können wir erkennen, dass diese Entscheidung Teil eines weitsichtigeren Plans war: Es war nämlich das US-Dollar-System, welches den Kommunisten den Weg ebnete und China zur Weltmacht aufbaute. Kein Wunder: Der echte goldgedeckte Dollar war 1944 schliesslich seit mehr als 30 Jahren abgeschafft und durch die «Federal Reserve Note» ersetzt worden. Die Geldproduktion in den USA lag in der Hand des Machtzirkels, der 1917 auch die Oktoberrevolution finanziert hatte. Der Dollar wurde von ihm lediglich als Werkzeug benutzt, um eine sozialistische Weltregierung zu erreichen.

Im Oktober 2020 sprach die IWF-Chefin von einem «neuen Bretton-Woods-Moment». Wie bereits in mehreren Ausgaben

thematisiert wurde, betrachten Schwab und höchste Entscheidungsträger auf der ganzen Welt «Corona» wie einen Krieg, nach dem die Welt gemäss ihren Vorstellungen neu aufgebaut werden soll. Im Falle von Bretton Woods 1944 geschah die finanzielle Neugestaltung vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs und eines zerstörten Europas. Kommt bald nach dem «Krieg gegen Corona» ein «neuer Bretton-Woods-Moment», also eine «Umgestaltung» bzw. ein «Reset» des globalen Finanzsystems, auf uns zu? Auch Klaus Schwab deutet in seinem Buch ein Ende der «Hegemonie des US-Dollars» an und bringt eine digitale Währung aus China ins Spiel.

Diese Währung wäre höchstwahrscheinlich mit einer digitalen Identität verknüpft, die aus der Weltbevölkerung gläserne Bürger machen würde. Diese digitale Identität durfte der Fabier Tony Blair bei der WEF-Übung Cyber Polygon 2020 bewerben. Was die Person Tony Blair so besonders macht, soll im nächsten Teil der Ausgabe thematisiert werden.

► Fortsetzung auf Seite 93

### Auf einen Blick

▶ George W. Bush und sein Vater entstammen einer politischen Strömung, die sich «neokonservativ» nennt.

▶ Irving Kristol, «Vater» (heise.de) der Neokonservativen, war ein Trotzkiist, der zudem von der Rockefeller-Familie finanziell unterstützt wurde.

▶ Wurden die Konservativen in den USA entristisch (siehe S.76 ff.) unterwandert, um sie nachhaltig zu diskreditieren? Tatsächlich zogen die Neokonservativen den Ruf der USA mit ihren verheerenden Kriegen international in den Dreck.

▶ Bei Tony Blair laufen besonders viele Stränge der sowjetischen Langzeitstrategie zusammen: Er ist Fabier (siehe S.76 ff.), Mitglied der Labour Party (siehe S.82 f.), sah Trotzki als Vorbild, führte gemeinsam mit George W. Bush einen verheerenden Krieg und ist in den Great Reset eingebunden.

## Die «konservativen» Kriegs-Trotzkisten

Ein weiteres (zumindest sehr wahrscheinliches) Beispiel für gekannte marxistische Unterwanderung nach dem Modell der Fabian Society (siehe S.76 ff.) und Sun Tsus (Ausgabe 41) bietet George W. Bush, der am 20. Januar 2001 das US-Präsidentenamt übernahm. Bush entstammt wie sein Vater einer politischen Strömung, die sich «neokonservativ» nennt. Irving Kristol, der Spiritus Rector der Neokonservativen, war ein überzeugter Trotzkiist, der eines seiner Essays für die New York Times sogar «Memoiren eines Trotzkiisten» nannte. In den 1960er-Jahren wandte sich der Marxist Kristol mehr und mehr der anderen Seite zu und wurde zu einem der wichtigsten Vertreter des von ihm miterdachten «Neokonservatismus». Heise.de schrieb 2003 über ihn: «Andere sehen in Irving Kristol, dem Herausgeber von Neoconservatism, den Vater der Bewegung [des Neokonservatismus].» <sup>(1)</sup> Die «Neocons» mit dem Außenminister Colin Powell, dem Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, dem stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und dem Vorsitzenden der verteidigungspolitischen Kommission des Pentagon, Richard Perle, platzierten sich nach George W. Bushs Vereidigung im Zentrum der amerikanischen Außenpolitik. «Neocons» dominierten auch den Think-Tank «Project for the New American Century» (PNAC, siehe S.100), in dem schon in den Neunzigern die Kriege gegen Irak und Afghanistan geplant wurden (Ausgabe 10). Das Ergebnis der neokonservativen Politik waren zwei vernichtende «imperialistische» Kriege gegen Irak und Afghanistan. Dazu eine extreme Einschränkung der Bürgerrechte im Inland, die Ausweitung des Polizeistaats, Inflation, Subprime-Krise und steigende Armut. Dies als «marktwirtschaftliche» oder auch nur «konservative» Politik zu bezeichnen, ist absurd. Viel eher kann man von einer mutwilligen Zerstörung Amerikas sprechen.



Der Neokonservatismus gewann in der Person führender Politiker wie Paul Wolfowitz oder Richard Perle prägenden Einfluss auf die Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik unter George W. Bush von 2001 bis 2009. Was jedoch kaum bekannt ist: Der geistige Urvater der Neokonservativen war ein überzeugter Trotzkiist.

### Ein Fall von Entrismus?

Die Präsidenten Ronald Reagan, George H. W. Bush und sein Sohn George W. Bush bekannten sich bereits zum Neokonservatismus und machten ihn zur Leitlinie der republikanischen Partei. Republikaner, die weiterhin auf die strenge Einhaltung der US-Verfassung pochten, wurden mundtot gemacht. Im Juli 2002 erhielt Irving Kristol von George W. Bush die höchste zivile Auszeichnung der USA verliehen, die «Presidential Medal of Freedom». Der Sozialstaat wurde während der republikanischen Legislaturperioden nicht effektiv eingeschränkt und die Verschuldung des US-Haushaltes nahm im Vergleich zu den Demokraten sogar zu. Öffentlich spielten die Republikaner aber weiterhin die Rolle der patriotischen Amerikaner.

Nun muss man eigentlich nur eins und eins zusammenzählen: Der geistige Urvater der Neokonservativen war ein Trotzkiist, wie wir heute wissen. Trotzkiisten unterwandern bestehende Organisationen und geben sich öffentlich nicht als Trotzkiisten aus, wie wir es aus der Vergangenheit wissen. Die unterwanderte Organisation wird entweder von innen heraus zerstört bzw. geschwächt oder man instrumentalisiert sie für die eigenen Zwecke. Ein Ziel dieser Infiltration ist es, die Marktwirtschaft zu diskreditieren.

Auf dem Papier waren die USA unter George W. Bush eine Marktwirtschaft. Gleichzeitig war kein Präsident vor Bush je so erfolgreich darin, den Ruf der USA weltweit in den Dreck zu ziehen. Wie bei Henry Kissinger (Ausgabe 41, S.52 ff.) stellt sich







„«Ich machte meinen Abschluss am City College im Frühjahr 1940, und die höchste Ehre war für mich, dass ich ein angesehenes Mitglied in der Sozialistischen Jugendliga (Vierte Internationale) war. Diese Organisation wurde allgemein und vollkommen richtig als trotzkistisch bezeichnet.»

*Irving Kristol, geistiger Urvater der Neokonservativen, in seinem autobiografischen Essay «Memoiren eines Trotzkisten», 1977*

Quelle: pbs.org, From Memoirs of a Trotskyist by Irving Kristol, abgerufen am: 19.06.2021



Der Trotzkist Irving Kristol erhielt 2002 die Presidential Medal of Freedom durch George W. Bush.

→ also die Frage: War George W. Bush schlicht inkompetent oder wollten er und seine Administration die USA vielleicht von innen heraus zerstören? Warum sollte jemand, dessen Weltbild auf den Ideen eines Trotzkisten aufbaut und der einen anderen Trotzkisten mit einer Medaille auszeichnet, nicht auch trotzkistisch handeln?

## Kapitalismus gleich Krieg?

Der neokonservative Think-Tank «Project for the New American Century» (PNAC) spielte, wie schon erwähnt, eine ausschlaggebende Rolle bei den US-Feldzügen gegen Afghanistan und Irak. 1916 verfasste Lenin in Zürich die Schrift mit dem selbsterklärenden Titel «Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus». Auch der Schriftsteller H.G. Wells aus der Fabian Society (siehe S.80 f.), der 1940 das Buch «The New World Order» (Die Neue Weltordnung) veröffentlichte, argumentierte, der Kapitalismus habe automatisch in den Krieg geführt, da alle Staaten ihren Profit maximieren wollten.

Die Kommunisten stellten die Regel auf, dass sich Kapitalismus zwangsläufig zum Imperialismus entwickeln müsse. Sieht man z.B. die Politik von George W. Bush in diesem Kontext, dann mag man durchaus ein Muster erkennen: Er bezeichnete sich selbst als Kapitalisten, doch diskreditierte gleichzeitig den Kapitalismus mit seinen verheerenden Kriegen. Damit gab er bekennenden Sozialisten Argumente an die Hand, um die Einschränkung des Kapitalismus einzufordern. Eine Art selbsterfüllende Prophezeiung? Das stellt zumindest exakt die Strategie der Trotzkisten dar. Und nicht zu vergessen: Diese trotzkistischen Methoden waren ebenso ein integraler Bestandteil der sowjetischen Langzeitstrategie (Ausgabe 41).

Sowohl Irving Kristol als auch Leo Strauss, der andere Urvater der Neocons, wurden zudem mit Geldern der Rockefellers

## Rockefeller-Mann und US-Strategen Zbigniew Brzezinski bekannte sich zum Marxismus

„«In diesem Sinn hat der Marxismus als ein Mechanismus für den menschlichen <Fortschritt> gedient, auch wenn er in der Praxis oft seinen Idealen nicht gerecht geworden ist. Teilhard de Chardin bemerkt an diesem Punkt, „so monströs es ist, ist nicht der moderne Totalitarismus in Wirklichkeit ein Zerrbild von etwas Grossartigem und damit der Wahrheit sehr nahe?“»



Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater von mehreren US-Präsidenten

Quelle: Zbigniew Brzezinski, Between Two Ages. America's Role in the Technetronic Era, Viking Press, 1970, S. 33 f.

Für Brzezinski war der Marxismus also keine sinnwidrige, menschenverachtende Ideologie, die weit über hundert Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Der «Totalitarismus» in der Sowjetunion sei «in Wirklichkeit ein Zerrbild» einer grossartigen Idee! So wurde bei ihm der «Totalitarismus», nicht der Marxismus, zum Sündenbock für die Verbrechen der Sowjets.

**Man muss die Weltmachtambitionen bestimmter amerikanischer Politikreise nicht unterstützen, um zu sehen, dass mit dem Aufstieg Chinas der Teufel mit zehn Beelzebuben ausgetrieben wird! Wie wir gerade erfahren haben, steckt hinter diesen militaristischen Ambitionen in Wahrheit oft wieder die hässliche Fratze des Marxismus!**

finanziert. Strauss bekam ein Stipendium von der Rockefeller-Stiftung. <sup>(2)</sup> Irving Kristol erhielt von Nelson Rockefellers «Commission on Critical Choices» 100.000 Dollar, um 15 Essays zu schreiben. <sup>(3)</sup> (tk)

### Quellen:

1. heise.de, Die Machtergreifung der Neocons in Washington, 13.08.2003
2. de.wikipedia.org, Leo Strauss, abgerufen am 03.08.2021
3. nytimes.com, Rockefeller to Keep 4 of His Top Aides, 13.12.1973



## Wussten Sie...

...dass zwei absolute Schlüsselfiguren des «Kalten Kriegs» «auf der Seite der USA» Trotzlisten waren?

James Burnham, der in den 1930er-Jahren Mitglied der trotzkistischen «Socialist Workers Party» war, hatte in seinen drei Büchern «The Struggle for the World» (1947), «The Coming Defeat of Communism» (1950) und «Containment or Liberation» (1953) die strategischen Grundlagen des «gegen» die Sowjetunion zu führenden politischen Krieges geschaffen.<sup>(1)</sup>

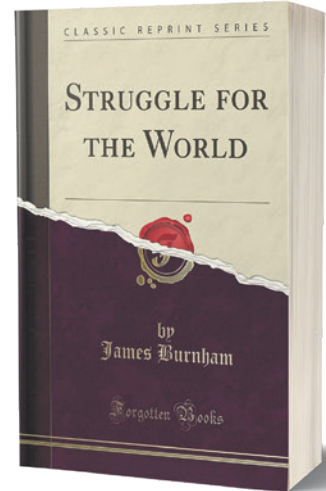
Über Melvin Lasky, Gründer der Zeitung «Der Monat» und in die US-Besatzungsstruktur im Nachkriegsdeutschland eingebunden, soll SED-Spitzenpolitiker Walter Ulbricht gesagt haben: «Das ist der Mann, der den Kalten Krieg begonnen hat.»<sup>(2)</sup> Mehr dazu in Ausgabe 30.

Wie so oft mag das auf den ersten Blick verwirrend scheinen, war die US-Politik damals doch «gegen» die Sowjetunion gerichtet. Aber das Konzept des «Entismus» (trotzkistische Unterwanderung, siehe S.76 ff) liefert eine nachvollziehbare

Erklärung dafür. Heute wird allmählich immer ersichtlicher, dass die USA - 30 Jahre nach Fall der Mauer - nur auf dem Papier die «Gewinner» des «Kalten Kriegs» sind. Der Aufstieg Chinas als ökonomische sowie militärische Macht (mit einem ebenfalls aufgerüsteten Russland im Rücken) sowie der militärische und ökonomische Abstieg Amerikas lassen durchaus vermuten, dass die US-Außenpolitik seit Jahrzehnten Russland und China - und damit dem Marxismus - entristisch den Weg ebnet. (tk)



Melvin Lasky, Schlüsselfigur des Kalten Krieges, ebenfalls ein Trotzlist



Der Trotzlist James Burnham verfasste Grundlagenwerke über den Kalten Krieg und erhielt 1983 von US-Präsident Ronald Reagan die Freiheitsmedaille (Presidential Medal of Freedom), die höchste Auszeichnung, die ein US-Präsident zu vergeben hat.

Quellen:

1. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäusche – Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.243-247
2. bpb.de, Eklat beim Ersten (gesamt-)Deutschen Schriftstellerkongress in Ost-Berlin, 23.04.2012

## Tony Blair: Fabier und Kriegs-Trotzlist bei Cyber Polygon

**T**ony Blair – von 1997 bis 2007 Premierminister Grossbritanniens – ist eine Person, bei der viele Stränge der Langzeitstrategie zusammenlaufen, auch wenn man dies auf den ersten Blick gar nicht erwarten würde. Als erstes wäre seine Partei zu nennen: Die sozialistische Labour Party, deren Beziehungen zur Sowjetunion (siehe S.82 f.) und zur Fabian Society (siehe S.76 ff.) bereits herausgearbeitet wurden. Die Daily Mail schrieb über den ehemaligen Labour-Vorsitzenden Neil Kinnock: «Im Dezember 1984 reiste Kinnock in Begleitung von Charles Clarke und Patricia Hewitt – beide sollten Minister in Blairs Regierung werden – nach Moskau, um Breschnews Nachfolger, den senilen Konstantin Tschernenko, zu treffen.»<sup>(1)</sup>

Kommt hinzu, dass Tony Blair sogar selbst Mitglied der Fabian Society ist. Deren Strategie zeigt wiederum starke Überschneidungen mit jener Trotzlist (siehe S.76 ff.). Zu diesem kommunistischen Massenmörder hat Blair eine ganz besondere Beziehung, wie die britische Zeitung Express 2017 enthüllte: «Der marxistische Revolutionär Trotzlist löste zusammen mit Wladimir Lenin die russische Revolution aus, die zwischen 1917 und 1922 zum Tod von etwa 9 Millionen Menschen durch Terror, Hunger und Krankheiten führte. Der ehemalige Pre-

### Tony Blair

**Mitglied der Labour-Partei (Verbindungen zur Sowjetunion, siehe S.82 f.)**

**Sozialist und Fabier (siehe S.76 ff.)**

**Trotzlist eines seiner Vorbilder**

**In den Great Reset eingebunden**

Blair reveals Russian communist Trotsky 'changed his life' and made him pursue politics

mierminister [Blair] sagte, dass seine Begeisterung [für Trotzlist] entfacht wurde, nachdem er nach einem Auftritt mit seiner Studenten-Rockband Ugly Rumours eine Biografie über Trotzlist gelesen hatte. Er erzählte BBC Radio [...]: «Als ich zurückkam, nahm ich es in

die Hand und begann es zu lesen. Und ich hörte buchstäblich die ganze Nacht nicht auf, es zu lesen. Es hat mir eine andere Welt eröffnet. Ich dachte plötzlich, die Welt ist voll von diesen aussergewöhnlichen Ursachen und Un-



Tony Blair bei Cyber Polygon 2020

Die britische Zeitung Express titelt im August 2017: «Blair enthüllt, dass der russische Kommunist Trotzlist «sein Leben veränderte» und ihn dazu brachte, in die Politik einzusteigen»





→ gerechtigkeiten und hier ist dieser Typ Trotzki, der von all dem so inspiriert war, dass er loszog, um eine russische Revolution zu beginnen und die Welt zu verändern.» Er fügte hinzu: «Es war wie ein Licht, das aufging.»<sup>(2)</sup>

## «Bushs Pudel»

Blicken wir aus dieser Perspektive einmal auf Blairs politisches Vermächtnis, ergeben sich ganz neue Erkenntnisse: Gehörte es vielleicht zu seiner trotzkistischen Strategie, ein zumindest auf dem Papier kapitalistisches Land wie Grossbritannien international zu diskreditieren, indem er dessen Armee in den Irakkrieg führte? Ein Krieg, der sich zu einem humanitären Debakel auswachsen sollte, welches dazu führte, dass die Angreifer in der internationalen Öffentlichkeit aufs Stärkste kritisiert wurden. Blair war als «Bushs Pudel» verrufen<sup>(3)</sup>, da er unkritisch die Einsatzbefehle Washingtons für den Irakkrieg entgegennahm, womit er entscheidend am Tod von hunderttausenden Menschen beteiligt war. Bei Blair sind die Verbindungen zum Trotzkiismus noch offensichtlicher als bei George W. Bush (siehe S.89 ff.), da er seine Begeisterung für den kommunistischen Schlächter offen bekannte. Tarnte sich Blair entristisch (siehe S.76 ff.) als westlicher Kriegstreiber? Ging es in Wahrheit darum, den Westen in einen weiteren sinnlosen Kriegseinsatz zu verwickeln, um Lenins Prophezeiung zu erfüllen, der Imperialismus sei immer die höchste Stufe des Kapitalismus (siehe S.90)?

Heute ist Tony Blair in den Great Reset eingebunden. Die Initiative einer Organisation, die schon 2016 das Ende der USA als Weltmacht angekündigt hat (siehe S.87). Bei dem WEF-Planspiel Cyber Polygon durfte Blair beispielsweise über die Vorzüge einer digitalen Identität sprechen.<sup>(4)</sup> Dabei war Tony Blair in Gesellschaft von russischen Politikern, russischen Banken, KGB-Mitarbeitern wie Wladimir Pozner und einem Klaus Schwab, der seine gute Beziehung zu Putin dort ausdrücklich betonte (Ausgabe 41, S.7). Das zeigt: Unabhängig von ihrer Nationalität bündeln die internationalen Sozialisten beim Great Reset ihre Kräfte, um weiterhin das (oder etwas ähnliche) umzusetzen, was einst von dem wohl glaubwürdigsten Überläufer aller Zeiten – Anatoliy Golitsyn (Ausgabe 41, S.38) – als «so-wjetische Langzeitstrategie» umschrieben wurde. **(ik)**

### Quellen:

1. dailymail.co.uk, How the Kremlin hijacked Labour: Diary of a Kremlin insider reveals the hold Soviets had over Labour politicians, 06.11.2009
2. express.co.uk, Blair reveals Russian communist Trotsky «changed his life» and made him pursue politics, 10.08.2017
3. ft.com, Was Blair Bush's poodle?, 10.05.2007
4. youtube.com, Cyber Polygon 2020 (watch in English), 24.07.2020



**Tony Blair**  
Trotzki brachte  
ihn dazu,  
Politiker zu  
werden.

**George W. Bush**  
Seine neokonservative  
Ideologie wurde von  
einem Trotzkiisten  
erdacht.

Tony Blair wird von George W. Bush 2009 die «Medal of Freedom» verliehen – als Dank für seinen Beistand im Irakkrieg. Blair gab offen zu, dass Trotzki, ihn dazu inspiriert hatte, in die Politik einzusteigen. Der wichtigste geistige Urvater von George W. Bushs neokonservativer Ideologie war ein Trotzkiist.



Eine geläufige Bezeichnung für Tony Blair in Grossbritannien ist «Bliar» – eine Verballhornung seines Namens mit dem englischen Wort für Lügner (liar). Blair verbreitete die Lüge von Massenvernichtungswaffen im Irak, um die Beteiligung der britischen Armee am Irakkrieg zu rechtfertigen.

## I'M SORRY

By Simon Walters

POLITICAL EDITOR

Tony Blair has finally said sorry for the Iraq War – and admitted he could be partly to blame for the rise of Islamic State.

The extraordinary confession by the former Prime Minister comes after 12 years in which he refused to apologise for the conflict.

Blair says he was «naïve» and «did not see the full picture» when he decided to join the US-led coalition against Saddam Hussein.

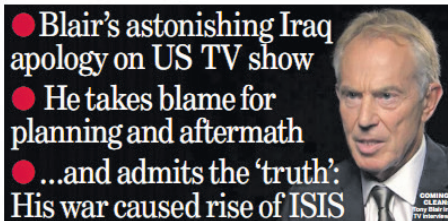
In the exchange, Blair repeatedly says sorry for the conflict and even refers to claims that the invasion was a «war crime» – while denying he caused it.

Blair is asked bluntly in the CNN interview to be straight and say «the Iraq War is a mistake».

The former PM apologises for the fact that the invasion was wrong.

«I am apologising for some of the mistakes in planning and, certainly, for mistakes in our understanding of what

- Blair's astonishing Iraq apology on US TV show
- He takes blame for planning and aftermath
- ...and admits the 'truth': His war caused rise of ISIS



Tony Blair entschuldigte sich im Jahr 2015 für den Irakkrieg, der hunderttausenden Menschen das Leben gekostet hatte. Er sagte sogar, es stecke eine gewisse Wahrheit in dem Vorwurf, dass der Krieg den Aufstieg von ISIS verursacht hatte. Wegen seiner damaligen Entscheidung, die britische Armee in den Auslands-Einsatz zu schicken, ist kaum ein Ex-Politiker in seiner Heimat verhasster als Tony Blair.

Quelle: dailymail.co.uk, «I'm sorry»: Historic moment Tony Blair FINALLY apologises for Iraq War and admits in TV interview the conflict caused the rise of ISIS, 26.10.2015

Bei Tony Blair ist es nicht einmal ein Geheimnis, dass er Trotzki als Vorbild ansieht! Ist es da so weit her geholt zu vermuten, dass Blair – ganz nach Trotzki's Vorgaben (siehe S.76 ff.) – das britische Establishment unterwanderte, es zum Premierminister schaffte und den Westen daraufhin absichtlich durch den sinnlosen, vernichtenden Irakkrieg schwächte sowie international diskreditierte?



## Wussten Sie...

...dass eine Urenkelin Leo Trotzki die Direktorin der US-Behörde «National Institute on Drug Abuse» ist? Nora Volkow ist Amerikas «wichtigste Suchtexpertin» und «gilt als eine der mächtigsten Forscherinnen der USA». Sie «wurde vom amerikanischen Wochenmagazin «Newsweek» zu jenen 100 Menschen gezählt, die die Welt nachhaltig beeinflussen». <sup>(1)</sup>

Nora Volkow setzt sich hauptberuflich mit der Wirkung von Drogen auf die menschliche Psyche auseinander. Dafür steht ihrer Behörde ein jährliches Budget von einer Milliarde US-Dollar zur Verfügung. Das offizielle Ziel der Behörde ist es, Drogensucht einzudämmen oder Menschen mit dem gezielten Einsatz von pharmazeutischen Drogen zu helfen. Dass sich hinter den hehren Losungen von Behörden meist völlig andere und oft schädliche Aktivitäten verbergen, bekommen wir heute besonders in der «Corona-Krise» zu spüren (Ausgaben 32, 33, 38, 39).

Würde man annehmen, seine Urenkelin habe Trotzki's Lehren verinnerlicht, dann läge es auch nicht mehr allzu fern, hinter ihrer Aktivität die entristische (siehe S.76 ff.) Unterwanderung des US-Staatsapparats zu vermuten. Drogen waren immerhin schon ein nützliches Mittel der Subversion in Phase 2 der sowjetischen Langzeitstrategie (Ausgabe 41, S.68). Diese Strategie basiert wohlgernekt u.a. auf Trotzki's Konzepten. (tk)

Quelle: 1. profil.at, Suchtexpertin Nora Volkow über die Generation Ritalin, 11.12.2015



Leo Trotzki's Urenkelin  
Nora Volkow

## Bürgermeister Londons: Moslem und ehemals Vorsitzender der Fabian Society

In London ist 2016 mit Sadiq Khan erstmals ein Moslem Bürgermeister einer EU-Hauptstadt geworden. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit die Bezeichnung «Moslem» in den politischen Gefilden Europas überhaupt noch einen spirituellen Glauben beschreibt und nicht vielmehr eine politische Ideologie zur Destabilisierung des Westens. Erstaunlicherweise sind die Pläne und Strategien vieler islamischer Ideologen nahezu deckungsgleich mit den Schriften kommunistischer Größen wie Mao oder Che Guevara, was nach marxistischer Unterwanderung schreit. Nun war Sadiq Khan ausgerechnet von 2008 bis 2010 Vorsitzender einer Organisation, die sich marxistische bzw. trotzkistische Un-

terwanderung auf die Fahnen geschrieben hat: Der Fabian Society. Bis heute ist er einer ihrer Vize-Präsidenten.

Khan geriet mehrmals in die Kritik, da er die Benachteiligung der britischen Heimatbevölkerung befürwortete. Kurz vor seiner Wahl beschwerte er sich z.B. darüber, dass zu viele weisse Männer im Vorstand der Londoner Verkehrsverwaltung sitzen würden und dass er sich dort mehr ethnische Minderheiten wünsche. <sup>(1)</sup> (tk)

Quellen:

en.wikipedia.org, Sadiq Khan, abgerufen am: 10.08.2021

1. politics.co.uk, Sadiq Khan: There are too many white men on Transport for London, 30.03.2016



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Wie schon erläutert, ist die Unterwanderungsstrategie der Fabian Society nahezu identisch mit dem sogenannten «Entrismus» der Trotzki'sten. Nun war ausgerechnet der vielleicht wichtigste Vordenker einer Ideologie, die die US-Republikaner seit Jahrzehnten dominiert, ein Trotzki'st. Die sogenannten «Neokonservativen» bzw. «Neocons» haben ihre Ursprünge bei den Ideen des New Yorker Trotzki'sten Irving Kristol, dessen Arbeit zum Teil von den Rockefeller's finanziert wurde.

Spielt man einmal die Theorie durch, dass die Neokonservativen eigentlich Trotzki'sten bzw. Marxisten sind, ergibt vieles Sinn: Es gehörte zu Trotzki's Strategie, konservative bzw. «rechte» Organisationen zu unterwandern und sie daraufhin entweder für die kommunistischen Zwecke zu instrumentalisieren oder sie von innen zu zerstören.

Das Ergebnis der neokonservativen Politik waren «imperialistische» Kriege im Nahen Osten, dazu eine extreme Einschränkung der Bürgerrechte im Inland, die Ausweitung des Polizeistaats, Inflation und steigende Armut. Dies als «marktwirtschaftliche» oder auch nur «konservative» Politik zu bezeichnen, ist absurd. Vielmehr kann man von einer mutwilligen Zerstörung Amerikas sprechen.

Kein Präsident vor George W. Bush war je so erfolgreich darin, den Ruf der USA weltweit in den Dreck zu ziehen. Wie bei Henry Kissinger stellt sich also auch die Frage: War George W. Bush schlicht inkompetent oder wollten er und seine Administration die USA vielleicht von innen heraus zerstören? Warum sollte jemand, dessen politisches Weltbild auf den Ideen eines Trotzki'sten aufbaut nicht auch trotzkistisch handeln?

Trotzkismus, Kriegstreiberei, die Fabian Society, die sowjetische Langzeitstrategie und der Great Reset verbinden sich ganz beson-

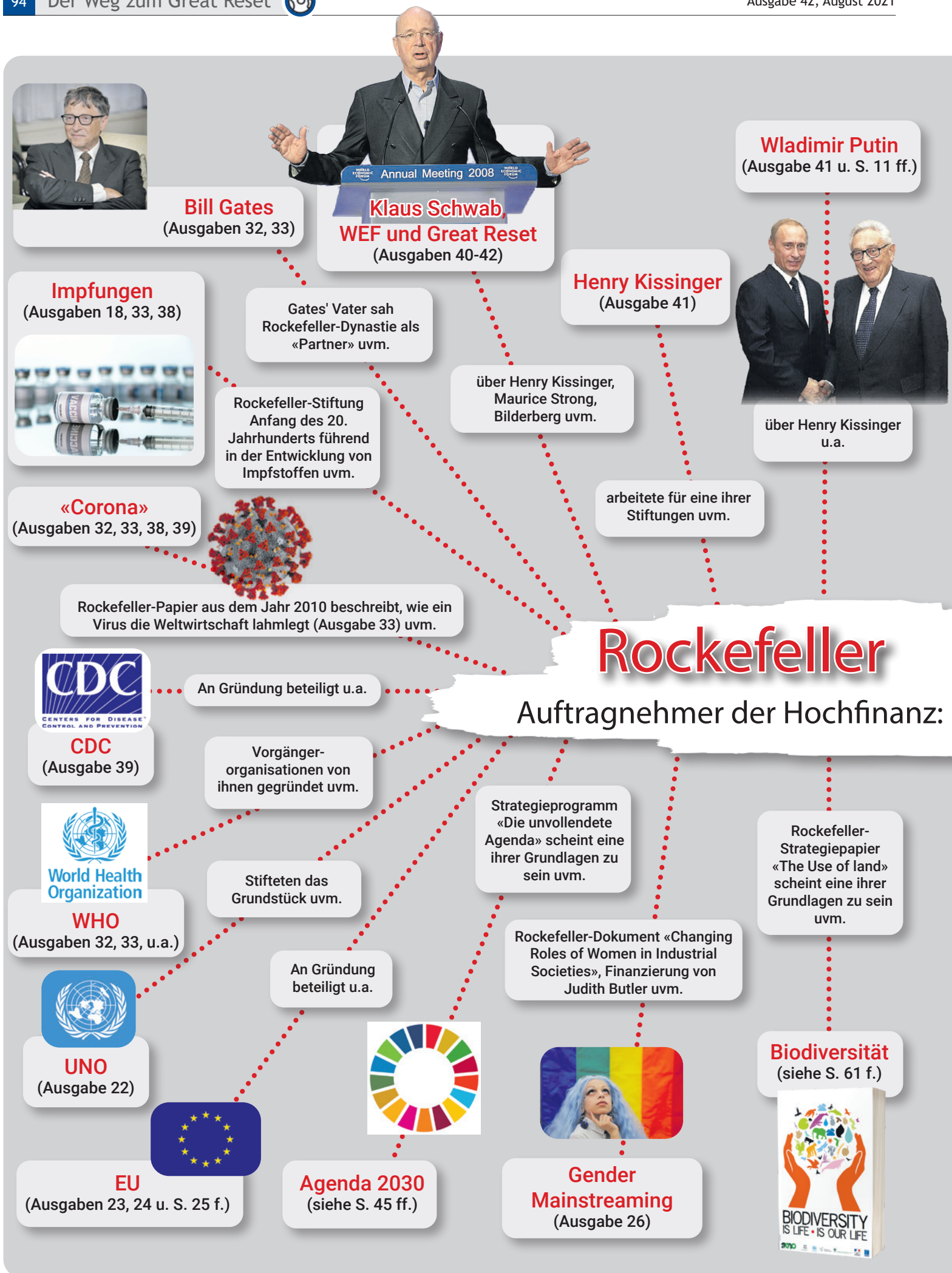
ders in einer Person: Tony Blair. Der Fabier Blair enthüllte, dass der russische Kommunist Trotzki «sein Leben veränderte» und ihn dazu brachte, in die Politik einzusteigen. Im Jahr 2003 war seine Regierung eine der wenigen, die George W. Bush beim Angriff auf den Irak beistanden. Ging es auch Tony Blair, dessen Verbindungen zum Trotzki'stismus noch offensichtlicher sind als bei George W. Bush, in Wahrheit darum, den Westen zu schwächen und ihn in einen weiteren sinnlosen Kriegseinsatz zu verwickeln?

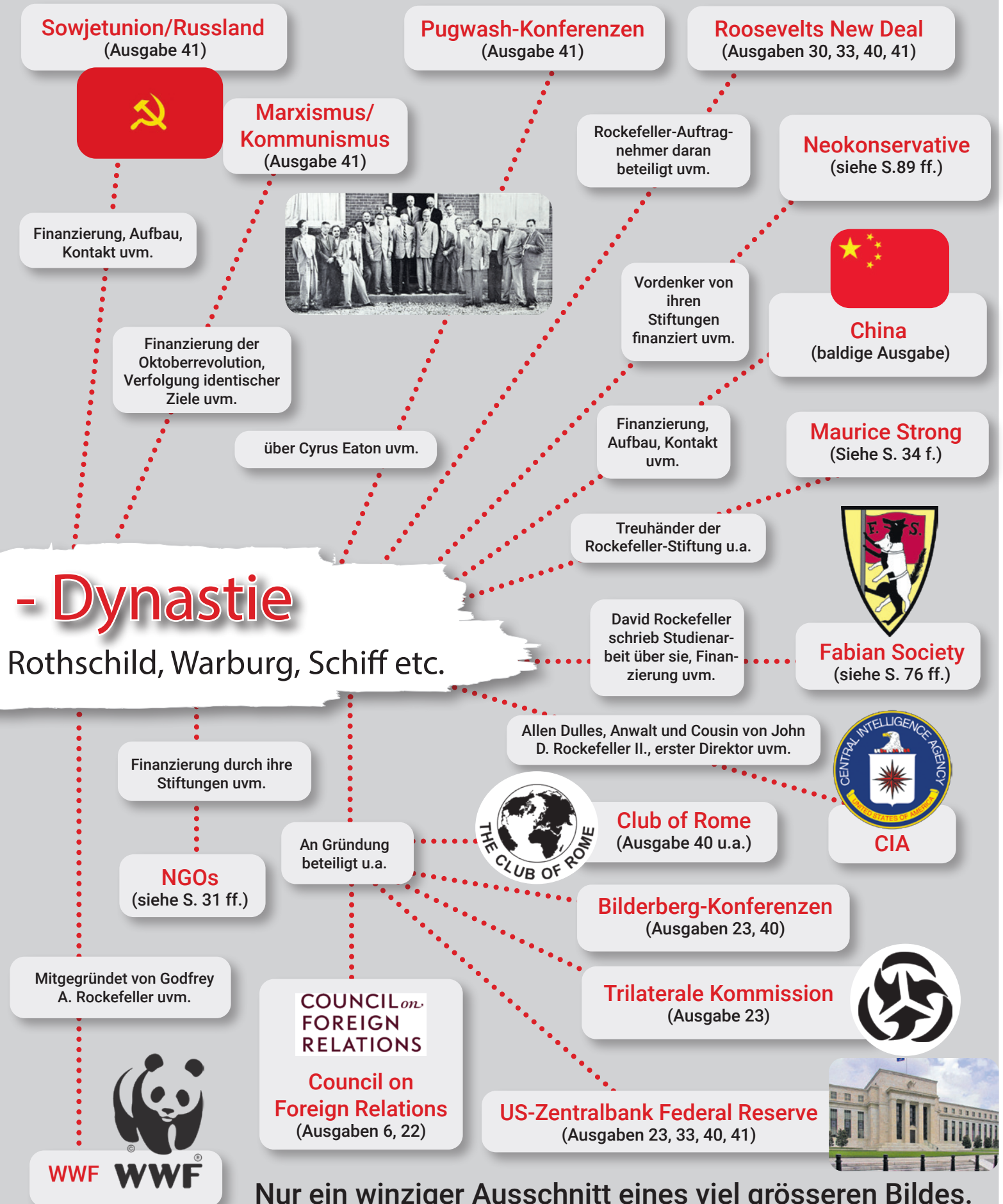
Heute ist Tony Blair in den Great Reset eingebunden. Die Initiative einer Organisation, die schon 2016 das Ende der USA als Weltmacht angekündigt hat. Bei dem WEF-Planspiel Cyber Polygon durfte Blair beispielsweise über die Vorzüge einer digitalen Identität sprechen. Dabei war Tony Blair in Gesellschaft von russischen Politikern, russischen Banken, KGB-Mitarbeitern wie Wladimir Pozner und einem Klaus Schwab, der seine gute Beziehung zu Putin dort ausdrücklich betonte. Das zeigt: Unabhängig von ihrer Nationalität bündeln die internationalen Sozialisten beim Great Reset ihre Kräfte, um weiterhin das (oder etwas ähnliches) umzusetzen, was einst von dem wohl glaubwürdigsten Überläufer aller Zeiten - Anatoliy Golitsyn - als «sowjetische Langzeitstrategie» umschrieben wurde.

Wenn die Durchsetzung des Weltkommunismus auf politischem Wege scheitern würde bzw. wenn sich entsprechender Widerstand aus der Bevölkerung regen würde, sah die sowjetische Langzeitstrategie in Phase 4 ein Rückbesinnen auf Stalins Zeiten ergo militärische Gewalt vor. Mit der Frage, ob eine gewaltsame Eskalation im Westen ansteht oder ob ein «Friedliches Hineinwachsen» in den Great Reset gelingen wird, wird sich der letzte Abschnitt der vorliegenden Doppelausgabe befassen.

►► Fortsetzung auf Seite 106







Nur ein winziger Ausschnitt eines viel grösseren Bildes.  
Mehr dazu in den kommenden Ausgaben!





# Unterwanderung: Rote Lügen in neuem Gewand

Akteure, die die Agenda der sowjetischen Langzeitstrategie fördern, ohne dass man sie als Kommunisten wahrnimmt:

„Lenin hat nie dem Glauben angehängt, der Weg zum Sozialismus verlaufe schnurgerade. Er wusste, wie man die Parolen ändern musste, wenn es das Leben erforderte.“

Michail Gorbatschow, 1987

Quelle: Michail Gorbatschow, Perestroika: Die zweite russische Revolution - Eine neue Politik für Europa und die Welt, 1987, S.119



«Antirassisten»

(Ausgabe 41)



«Umweltaktivisten»

(Siehe S.28 ff.)



Kriegstreiber

(Ausgabe 41 u. S.89 ff.)



«Sozialdemokraten»



Vertreter «konservativer»  
und «christlicher» Parteien

(siehe S.89 ff.)



«Nationalisten»

(Ausgabe 41)



«Die Wirtschaft»

(Ausgaben 40-42)



«Gender-Aktivisten»

(Ausgabe 41 u. S.49 ff.)

und viele mehr...



### Auf einen Blick

- ▶ Schwab, Gorbatschow und Kissinger einig: Krisen unverzichtbar, um ihre Agenda voranzutreiben.
- ▶ Durch eine «transformative Krise» (Schwabs Worte) kann ein altes System abgeschafft und ein neues System eingeführt werden.
- ▶ Eine mögliche «transformative Krise» wäre auch ein gewaltsamer Zusammenbruch oder ein Krieg - oder beides.

▶ Auch im Zweiten Weltkrieg wurde Europa militärisch zerstört, um aus den Trümmern eine neue politische Ordnung zu errichten. Schwab beschreibt Zweiten Weltkrieg als «Transformationskrieg schlechthin».

▶ Aussagen von Schwab, Kissinger und Gorbatschow wirken wie Drohungen, dass es zu «gewaltsamen Erschütterungen wie Kriegen oder gar Revolutionen» (Schwabs Worte) kommen könnte, wenn das «Friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus» (Sacharow) scheitert.

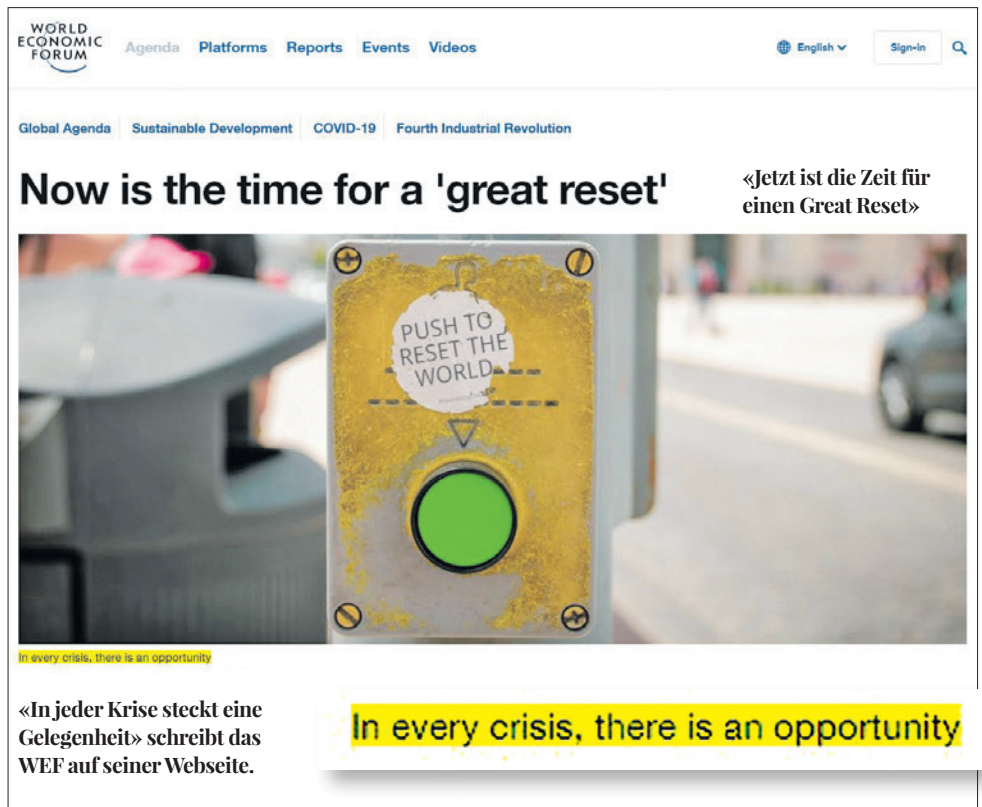
## Schwab und Gorbatschow einig: Globale Krisen als Chancen zur Machtausweitung

Am 10. Dezember 2011 machte Michail Gorbatschow bei der Verleihung des Franz-Josef-Strauss-Preises durch die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung Aussagen von ungeheurer Tragweite. Die Rede lief nachts im Bayerischen Rundfunk, wurde ansonsten aber im Mainstream nicht beachtet. Zuerst plädierte Gorbatschow darin für eine Art Weltregierung, die ja das Endziel der sowjetischen Langzeitstrategie darstellt: «Wir müssen ein System aufbauen, um globale Entscheidungen in einer globalen Welt zu treffen. Dazu bedarf es neuer Systeme, neuer Modelle.» Daraufhin schien er anzudeuten, dass der Errichtung dieses neuen Systems eine Art Krise oder Zusammenbruch vorausgehen könnte: «Aus dem Chaos entstehen neue Formen des Lebens. Und darum: das Chaos ist ein Problem, eine Krise ist ein Problem, aber da sind immer auch Möglichkeiten mit drin, die man unbedingt nutzen sollte.»<sup>(1)</sup>

Auch der KGB-Überläufer Yuri Bezmenov beschrieb die «Krise» als die Stufe der Subversion, in der es darum geht, die Macht an sich zu reißen (Ausgabe 41, S.80).

Obwohl wir in vorangegangenen Ausgaben bereits ausführlich darauf eingegangen sind, dass Krisen (echt oder erfunden) für Machtstrategien unverzichtbar sind und sie jene geradezu herbeisehnen, um ihre Agenda voranzutreiben, wollen wir an dieser Stelle dennoch nicht auf einige vielsagende Auszüge aus Schwabs Buch «COVID-19: The Great Reset» verzichten, die diese Krisen-Strategie auf den Punkt bringen.

Zu den beliebtesten Krisen der Mächtigen gehören Kriege, nach deren Ende eine neue Ordnung auf den Trümmern der alten errichtet werden kann. Und tatsächlich interpretiert Schwab (doch nicht nur er) die «Corona-Krise» als «Krieg» gegen einen «unsichtbaren Feind»:



WORLD ECONOMIC FORUM Agenda Platforms Reports Events Videos

Global Agenda Sustainable Development COVID-19 Fourth Industrial Revolution

### Now is the time for a 'great reset'

«Jetzt ist die Zeit für einen Great Reset»

**PUSH TO RESET THE WORLD**

In every crisis, there is an opportunity

«In jeder Krise steckt eine Gelegenheit» schreibt das WEF auf seiner Webseite.

### Buchauszug



«Dabei suchen wir nach Präzedenzfällen, mit Fragen wie: Ist die Pandemie mit der Spanischen Grippe von 1918 (die in drei Wellen schätzungsweise mehr als 50 Millionen Menschen weltweit getötet hat) vergleichbar? Könnte sie sich wie die Weltwirtschaftskrise gestalten, die 1929 begann? Gibt es Ähnlichkeiten mit dem durch die Terroranschläge am 11. September ausgelösten psychologischen Schock? Gibt es Ähnlichkeiten mit SARS im Jahr 2003 und H1N1 im Jahr 2009 (wenn auch in einem anderen Ausmass)? Haben wir es mit etwas wie der grossen Finanzkrise von 2008, nur viel grösser zu tun? Die richtige, wenn auch unliebsame Antwort auf all diese Fragen lautet nein! Keines dieser Ereignisse entspricht der Reichweite und dem Muster des menschlichen Leids und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, die durch die gegenwärtige Pandemie verursacht werden. Insbesondere die wirtschaftlichen Auswirkungen weisen keine Ähnlichkeit mit anderen Krisen unserer Zeit auf. **Wie viele Staats- und Regierungschefs mitten in der Pandemie gesagt haben, befinden wir uns im Krieg, jedoch mit einem unsichtbaren Feind und natürlich im übertragenen Sinne: «Wenn das, was wir gerade durchmachen, wirklich als Krieg bezeichnet werden kann, dann ist es sicherlich kein typischer Krieg. Denn heute hat die gesamte Menschheit den gleichen Feind.»** [Den spanischen Politiker Javier Solana zitierend].»<sup>(2)</sup>







→ Es ist kein Geheimnis mehr: Schwab und höchste Entscheidungsträger auf der ganzen Welt sehen «Corona» wie einen Krieg, nach dem die Welt gemäss ihren Vorstellungen neu aufgebaut werden soll. Die schrecklichste «Krise» des 20. Jahrhunderts soll laut dem Frontmann des Great Reset auch als Orientierung für das 21. Jahrhundert dienen:

#### Buchauszug



«Dennoch könnte der Zweite Weltkrieg einer der wichtigsten geistigen Anker sein, wenn wir uns damit beschäftigen, was als

Nächstes kommt. **Der Zweite Weltkrieg war der Transformationskrieg schlechthin.** Er löste nicht nur grundlegende Veränderungen der Weltordnung und der Weltwirtschaft aus, sondern brachte auch einen radikalen Wandel gesellschaftlicher Haltungen und Überzeugungen mit sich, der schliesslich den Weg für völlig neue Politiken und sozialvertragliche Regelungen ebnete (wie den Eintritt von Frauen in die Arbeitswelt, bevor sie das Wahlrecht erhielten). Natürlich gibt es grundlegende Unterschiede zwischen einer Pandemie und einem Krieg (auf die wir auf den folgenden Seiten näher eingehen werden) – das Ausmass ihrer **transformativen Kraft** ist jedoch vergleichbar. Beide haben das Potenzial einer **transformativen Krise** von bisher unvorstellbaren Dimensionen. Allerdings müssen wir uns vor allzu schnellen Analogieschlüssen hüten. Selbst im schlimmsten Fall wird Covid-19 weit weniger Menschen töten als die grossen Plagen, einschliesslich der Pest, oder der Zweite Weltkrieg.»<sup>(3)</sup>

Ob Schwabs Lektor das Wort «leider» aus dem letzten Satz herausgestrichen hat? Zumindest klingt er hier fast etwas enttäuscht, dass die «transformativen Krise» nicht noch mehr Menschenleben forderte.

Zweiter Weltkrieg wie «Corona-Krise» waren für Schwab also «transformativ». Auch der Begriff «Transformation» ist in etwa gleichbedeutend mit den Ausdrücken «Perestroika», «Wende» oder «Reset». Eine «transformativen Krise» gestaltet ein altes System in ein neues System um oder ersetzt das alte System gar gleich durch ein neues.



Foto: Michael Schilling  
(<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Michail-Gorbatschow.jpg>) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

„Aus dem Chaos entstehen neue Formen des Lebens. Und darum: das Chaos ist ein Problem, eine Krise ist ein Problem, aber da sind immer auch Möglichkeiten mit drin, die man unbedingt nutzen sollte.“

Michail Gorbatschow, ehemaliger Staatspräsident der Sowjetunion, am 10.12.2011 bei der Verleihung des Franz-Josef-Strauss-Preises durch Hanns-Seidel-Stiftung

Quelle: hss.de, Franz Josef Strauss-Preis 2011 Rede des Preisträgers, 13.03.2012



Das von Schwab angeführte Buch «Krise: Wie Nationen sich erneuern können». Schon der Titel verrät: Grossen «Krisen», die oft das Leben von unzähligen Menschen zerstören oder gar vernichten, wird hier durchaus etwas Positives abgewonnen. Ist das nicht eigentlich pervers?

Die UNO selbst beschreibt die Agenda 2030 (siehe S.45 ff.) übrigens als «Transformation unserer Welt». <sup>(4)</sup>

Dabei wird man den Eindruck nicht los, Schwab würde sich über diese Krisen, die Millionen Menschen den Kopf kosteten oder deren Existenz zerstörten, regelrecht freuen. Als für ihn positives Ergebnis des Zweiten Weltkriegs zieht er ausgerechnet das familienschädigende Auflösen der traditionellen Geschlechterrollen an, welches ein gemeinsamer Nenner von kommunistischer Ideologie, Hochfinanz, Agenda 2030

und Great Reset ist (siehe S.49 ff.). Schwabs Argument, die Welt sei nach dem Zweiten Weltkrieg sozialer geworden, kann man durchaus zustimmen, wenn man unter dem Wort «sozial» sozialistisch versteht – was Schwab allem Anschein nach tut.

Als für ihn wünschenswerte Folgen des Zweiten Weltkriegs hebt er ebenso die gestiegene Bereitschaft zur «internationalen Zusammenarbeit» und die «Schaffung des Wohlfahrtsstaates» hervor:

#### Buchauszug



«Angesichts der Versäumnisse und Schwachstellen im grausamen Tageslicht der Corona-Krise könnten wir zu schnellerem Handeln gezwungen sein, indem wir

**gescheiterte Ideen, Institutionen, Prozesse und Regeln durch neue ersetzen**, die den gegenwärtigen und künftigen Bedürfnissen besser gerecht werden. Das ist die Essenz des Grossen Umbruchs. Könnte die weltweit gemeinsam gemachte Erfahrung der Pandemie dazu beitragen, einige der Probleme zu entschärfen, mit denen wir zu Beginn der Krise konfrontiert waren? Kann aus den Lockdowns eine bessere Gesellschaft hervorgehen? Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Amartya Sen, glaubt das: «Die Notwendigkeit, gemeinsam vorzugehen, kann sicherlich zu einer Wertschätzung der konstruktiven Rolle öffentlichen Handelns führen.» Als Beweis dafür führt er Beispiele wie den **Zweiten Weltkrieg an, als die Menschen die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit begriffen hatten** und Länder wie das Vereinigte Königreich vom Nutzen besser verteilter Lebensmittel und Gesundheitsversorgung (und der letztendlichen **Schaffung des Wohlfahrtsstaates**) überzeugt werden konnten. Jared Diamond, Autor des Buchs «Krise: Wie Nationen sich erneuern können», ist ähnlicher Meinung und hofft, dass die Coronakrise uns zwingen wird, vier existenzielle Gefahren anzugehen, denen wir alle gemeinsam ausgesetzt sind:

1) nukleare Bedrohungen;

„Niemand wird leugnen, dass ein gewisses Mass an Chaos unvermeidbar ist. Aber aus diesem Chaos wird eine Ordnung entstehen, die Ordnung der Revolution, welche die höchste Form des chaotischen, spontanen Volksaufstands ist.“

Wladimir Lenin, 1906

Quelle: Wladimir Lenin, Guerrilla Warfare, Collected Works (Progress Publishers, Moscow, 1965), Vol. 11, S.223



2) Klimawandel;

3) die nicht nachhaltige Nutzung lebenswichtiger Ressourcen wie Wälder, Fisch und Meeresfrüchte, Humusböden und Süßwasser;

und 4) die Folgen der enormen Unterschiede im Lebensstandard zwischen den Völkern der Welt:

«So seltsam das klingen mag, aber die erfolgreiche Lösung der Pandemiekrise kann uns motivieren, uns mit den grösseren Problemen auseinanderzusetzen, vor denen wir bisher zurückgeschreck sind. Wenn die Pandemie in uns letztendlich die Bereitschaft schafft, diese existenziellen Bedrohungen anzugehen, könnte das ein Silberstreifen am Horizont hinter der dunklen Viruswolke sein. Von allen Auswirkungen des Virus könnte sie sich als die wichtigste und nachhaltigste erweisen - und als unser grösster Hoffnungsschimmer.»<sup>(5)</sup>

Was diese «grösseren Probleme» bzw. «transformativen Krisen» meistens auszeichnet ist, dass sie ein globales Problem darstellen, das die Menschheit nur lösen kann, indem sie sich zusammenschliesst. Der «menschgemachte Klimawandel» (Ausgaben 9,27) als auch die «Corona-» (Ausgaben 32,38,39) und «AIDS-Pandemie» (Ausgabe 37) fallen, wie zuvor schon die «Migrations-» (Ausgaben 5,14,19) und «Finanzkrise» oder der «Krieg gegen den Terror» (Ausgaben 8,10) in diese Kategorie: Allesamt sind sie nur durch internationale Kooperation lösbar. Und wenn nötig werden diese «transformativen Krisen» von genau den Leuten herbeigeführt, die sie benötigen. Das wurde schon in zahlreichen Ausgaben aufgezeigt.

Oft zeichnen sich diese globalen «Krisen», wie Klaus Schwab es selbst schreibt, durch «unsichtbare Feinde» aus: Z.B. das Spurengas CO<sub>2</sub> und die nur unter dem Elektronenmikroskop vermeintlich sichtbaren «Viren». Und einen Krieg gegen einen unsichtbaren Feind kann man theoretisch unendlich in die Länge ziehen, denn wer will schon wissen, wann so ein Feind besiegt ist?

Für die Zukunft machte Schwab bei Cyber Polygon 2020 (siehe S.91 f.) unheilvolle Andeutungen in Bezug auf einen weiteren «unsichtbaren Feind»: «Im Vergleich zu einer grossen Cyber-Attacke würde die COVID-19-Krise im Nachhinein als kleine Störung angesehen werden.»<sup>(6)</sup>

Wie bei der Virologie und den Klimawissenschaften handelt es sich auch bei Cybersicherheit um sogenanntes Herrschaftswissen, das sich der unmittelbaren Kontrolle des Normalbürgers entzieht. Würden die Medien beispielsweise berichten, eine kriminelle Gruppe habe das Stromnetz einer Grossstadt lahmgelegt, hätte der Nor-



«Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krise.»

Karl Marx, 1850

Quelle: Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850

«Wie viele Staats- und Regierungschefs mit-ten in der Pandemie gesagt haben, befinden wir uns im Krieg, jedoch mit einem **unsichtbaren Feind** [...]»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.17

COVID-19:  
THE GREAT  
RESET

KLAUS SCHWAB  
THIERRY MALLERET

# DIE ZEIT



Auch die Wochenzeitung ZEIT bezeichnet Corona als «unsichtbaren Feind».



Foto: Presidenza del Consiglio dei Ministri  
([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Giuseppe\\_Conte\\_Official.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Giuseppe_Conte_Official.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

«Wir werden von einem Tsunami überrollt, der – genau wie ein Krieg – die Wirtschaft in Trümmern und die Menschen mit Traumata hinterlässt. [Täglich werden im Fernsehen] Hunderte von Särgen mit den Gefallenen dieses Krieges gegen einen **unsichtbaren Feind** gezeigt.»

Der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte in einem Artikel in der ZEIT vom 02.04.2020

Quelle: zeit.de, Italien an vorderster Front, 02.04.2020

**Einen Krieg gegen einen «unsichtbaren Feind» kann man theoretisch unendlich in die Länge ziehen. Denn wer will schon wissen, wann der Feind besiegt ist?**

malbürger nicht die geringste Möglichkeit, die Täter nachzuverfolgen, da ihm die Mittel dazu fehlen. Der ideale Feind, mit dem man «transformativen Krisen» hervorrufen kann, ist eben der ungreifbare, unsichtbare und daher auch theoretisch ewig bekämpfbare.

Schwab führt «globale Ordnungspolitik»

(Ausgabe 41, S.11 ff.) als einziges Gegenmittel für diese meist entweder erfundenen oder von seinem Machtzirkel selbst erzeugten «Probleme» an:







## Buchauszug

COVID-19:  
THE GREAT  
RESET

«Covid-19 hat uns daran erinnert, dass unsere grössten Probleme die ganze Welt betreffen. Egal ob Pandemien, Klimawandel, Terrorismus oder internationaler Handel: All dies sind globale Probleme, die wir nur kollektiv bewältigen und deren Risiken wir nur kollektiv abschwächen können. [...] Die grossen Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, spielen sich immer öfter ausserhalb der Kontrolle selbst der mächtigsten Nationalstaaten ab. Die Risiken und Probleme, denen wir uns stellen müssen, sind zunehmend globalisiert, voneinander abhängig und miteinander verbunden, während die Kapazitäten der Weltordnungspolitik dazu in gefährlicher Weise versagen, was durch das Wiederaufleben des Nationalismus gefährdet ist. Diese Diskrepanz bedeutet nicht nur, dass die dringendsten globalen Probleme auf stark fragmentierte und damit unzureichende Weise behandelt werden. Sie werden durch dieses Versagen einer sachgerechten Behandlung in der Tat noch verschärft. Anstatt gleich zu bleiben (in Bezug auf das Risiko, das sie darstellen), werden sie aufgeblasen und verstärken am Ende die Zerbrechlichkeit des Systems. [...] Es gibt eine starke Wechselwirkung zwischen dem Versagen der globalen Ordnungspolitik, dem Versagen bei Klimaschutzmassnahmen, dem Versagen der einzelstaatlichen Regierungen (durch das sie eine selbstverstärkende Wirkung erhält), gesellschaftlicher Instabilität und natürlich der Fähigkeit, Pandemien erfolgreich zu bewältigen.»

Die übliche Litanei: Unabhängige Nationalstaaten können laut Schwab also keine globalen Krisen lösen. Wir erinnern uns an Gorbatschows Phrase von der «Interdependenz» (siehe S.43 f.).

Ohne eine «globale Ordnungspolitik» bliebe man «gelähmt»:

## Buchauszug

COVID-19:  
THE GREAT  
RESET

«Kurz ausgedrückt liegt die globale Ordnungspolitik an der Schnittstelle zwischen all diesen anderen Problemen. Es besteht daher die Sorge, dass wir in unseren Versuchen, die globalen Herausforderungen anzugehen und zu bewältigen, ohne eine globale Ordnungspolitik gelähmt bleiben, insbesondere wenn es derart starke Unstimmigkeiten zwischen kurzfristigen, innerstaatlichen Erfordernissen und langfristigen, globalen Herausforderungen gibt. Dies ist eine grosse Sorge in Anbetracht dessen, dass es kein «Komitee zur Rettung der Welt» gibt (der Ausdruck wurde vor über 20 Jahren auf dem Höhepunkt der asiatischen Finanzkrise verwendet).»



Was hinter dem Zweiten (und Ersten) Weltkrieg steckte, erfahren Sie im Dreiteiler «100 Jahre Krieg gegen Deutschland» (Ausgaben 28-30).

## «Der Zweite Weltkrieg war der Transformationskrieg schlechthin.»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.18



## «Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung»

Titel einer Resolution der UN-Generalversammlung, 2015

Quelle: un.org, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015, 21.10.2015

## «Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg markiert die Corona-Virus-Pandemie einen fundamentalen Wendepunkt in unserem globalen Kurs. Obwohl es immer noch früh ist, um die gesamte Auswirkung dieser Pandemie einzuschätzen, wird es jetzt schon sichtbar, dass sie einen katalysatorischen Effekt hat.»

Klaus Schwab bei Cyber Polygon 2020

Quelle: youtube.com, Cyber Polygon 2020 (watch in English), 10:32 – 10:55



Further, the process of transformation, even if it brings revolutionary change, is likely to be a long one, absent some catastrophic and catalyzing event – like a new Pearl Harbor. Domestic politics and

Ausschnitt aus  
«Rebuilding  
America's  
Defenses»

Klaus Schwab benutzt bei Cyber Polygon ausgerechnet einen Begriff, der schon in dem Bericht «Rebuilding America's Defenses» genannt wird. Dieser wurde im September 2000 publiziert und nahm die Ereignisse des 11. Septembers 2001 vorweg (siehe S.89). Hier an Zufall zu glauben, fällt schwer. Davon abgesehen: Wenn Schwab sagt, die vermeintliche Corona-Pandemie habe einen «katalysatorischen Effekt», dann sagt er damit, dass sie Ziele voranbringt, die er seit Langem verfolgt. «Katalysatorisch» ist in etwa gleichzusetzen mit der Formulierung «transformativ», die Schwab mehrmals in seinem Buch verwendet.

Ein «Komitee zur Rettung der Welt» schwebt Schwab vor. Dabei wurde es längst offenkundig, dass er und sein Machtzirkel die grösste Bedrohung für die Welt darstellen. Allein 2020 wurde von ihnen die Wirtschaft auf der ganzen Welt stillgelegt und die Existenzen von Millionen Menschen wurden vernichtet. Danach wurden Pharmafirmen Dutzende Milliarden an Steuergeld zuge-

schohen, um eine mehr als fragwürdige Impfung zu entwickeln (Ausgabe 38). Man hat die Bevölkerung zu allerlei unnötigen Torturen wie Masken, Tests und Impfungen gezwungen, und einen Great Reset eingeleitet, bei dem man allen sieben Milliarden Erdbewohnern vorschreiben will, wie sie zu leben haben. Die Frage ist also viel mehr: Wo ist das «Komitee zur Rettung vor dem WEF»?

## Wir haben bereits in zahlreichen Ausgaben beschrieben, wie Krisen, wenn nötig, selbst herbeigeführt oder erfunden werden, um geopolitische Ziele zu erreichen oder deren Entwicklung zu beschleunigen.



### Buchauszug



«Wenn man das Argument weiter verfolgt, könnte man sogar behaupten, dass der «allgemeine institutionelle Verfall», den Fu-

kuyama in «Political Order and Political Decay» beschreibt, das Problem einer Welt ohne **globale Ordnungspolitik** verstärkt. Er setzt einen Teufelskreislauf in Gang, in dem die Nationalstaaten die grossen Herausforderungen, vor denen sie stehen, unzureichend bewältigen. Dies fördert das Misstrauen der Öffentlichkeit in den Staat, was wiederum dazu führt, dass die Autorität und Ressourcen der Staaten geschwächt werden, was eine noch schlechtere Leistung und Unfähigkeit bzw. den Unwillen zur Folge hat, Probleme der **globalen Ordnungspolitik** zu bewältigen. Covid-19 erzählt gerade eine Geschichte des Versagens der **globalen Ordnungspolitik**. Von Beginn an wurden die internationalen Bemühungen, auf die Pandemie zu reagieren, durch ein Vakuum in der **globalen Ordnungspolitik** untergraben, verstärkt durch die gespannten Beziehungen zwischen den USA und China. Zu Beginn der Krise gab es keine oder eine nur unzureichende **internationale Zusammenarbeit** und selbst dann, als sie am meisten benötigt wurde (zum Höhepunkt der Krise: im zweiten Vierteljahr 2020), glänzte sie durch ihre Abwesenheit. Anstatt eine Reihe weltweit koordinierter Massnahmen auszulösen, führte Covid-19 zum Gegenteil: einer Welle von Grenzschiessungen, Beschränkungen im internationalen Handel und Reiseverkehr, die fast ohne jede Koordination eingeführt wurden, häufige Lieferunterbrechungen bei medizinischem Versorgungsmaterial und die anschliessende Konkurrenz um Ressourcen, die besonders durch verschiedene Versuche mehrerer Nationalstaaten, dringend benötigte medizinische Ausrüstung mit allen Mitteln zu beschaffen, sichtbar wurde. Selbst in der EU entschieden sich die Länder anfangs für den Alleingang.»

Den Alleingang von Nationalstaaten sieht Schwab als grosses Problem. Nur «globale Ordnungspolitik» – ein Euphemismus für Weltregierung – könne die Weltbevölkerung retten. Glücklicherweise habe sich die EU später gefangen und ein riesiges planwirtschaftliches Rettungspaket aufgelegt:

### Buchauszug



«Dies änderte sich später durch die praktische Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten, einen geänderten EU-Haushalt zur Unterstützung der Gesundheitssysteme und gebündelte Forschungsmittel zur Entwicklung von Behandlungen und Impfstoffen. (Und wir haben jetzt ehrgeizige Massnahmen gesehen, die vor der Pandemie unvorstellbar gewesen wären und die die EU möglicherweise zu einer stärkeren Integration treiben, insbesondere der von der Europäischen Kommission vorgeschlagene 750 Mrd. Euro schwere **Wiederaufbaufonds**.) In einem funktionierenden **globalen ordnungspolitischen** Rahmen sollten die Nationen zueinander finden, um einen globalen, koordinierten «Kampf» gegen die Pandemie zu führen. Stattdessen setzte sich die Reaktion «Mein Land zuerst» durch und schwächte die Versuche, die Ausbreitung der ersten Welle der Pandemie zu verhindern. Sie führte auch zu Einschränkungen bei der Verfügbarkeit von Schutzausrüstungen und Behandlungen, was seinerseits die Belastbarkeit der nationalen Gesundheitssysteme untergrub.»

Auch die Besessenheit von dem Motiv eines Wiederaufbaus unterstreicht die Tatsache, dass die globalen «Eliten»

die «Corona-Krise» tatsächlich als eine Art neue Version des Zweiten Weltkriegs verstehen. «Die Kommission hält an einem grünen Wiederaufbau fest», sagte EU-Kommissions-Vizepräsident Frans Timmermans Mitte April 2020. (7) Bei diesem «Wiederaufbau» wird ein System errichtet, das der Agenda 2030 (siehe S.45 ff.) untergeordnet ist und damit den Zielen der Hochfinanz entspricht.

Wie schon an mehreren Stellen zuvor (Ausgabe 40) wird die Rolle der USA von Schwab besonders kritisch gesehen:

### Buchauszug



«Im Fall der Pandemie versagte im Gegensatz zu anderen globalen Krisen der jüngsten Vergangenheit,

wie den Terroranschlägen vom 11. September 2001 oder der Finanzkrise 2008, die **globale Ordnungspolitik** und stellte sich als nicht existent oder dysfunktional heraus. Die USA fuhren damit fort, der WHO Mittel zu entziehen. Unabhängig von der Begründung für diese Entscheidung ist es eine Tatsache, dass dies die einzige Organisation ist, die eine globale Reaktion auf die Pandemie koordinieren kann. Dies bedeutet, dass eine bei weitem nicht perfekte WHO unendlich besser ist als eine nicht existierende, ein Argument, das Bill Gates in einem Tweet auf unschlagbare Weise zusammenfasste: «Ihre Tätigkeit verlangsamt die Ausbreitung von Covid-19 und wenn diese Tätigkeit gestoppt wird, kann sie von keiner anderen Organisation ersetzt werden. Die Welt braucht die WHO jetzt mehr denn je.» (8)







→ Die positive Bezugnahme auf Bill Gates unterstreicht nochmals eindrücklich, dass Schwab sich mit den Superreichen prächtig versteht, während er gleichzeitig gegen die «Reichen» (Mittelstand, «Bourgeoisie») polemisiert (Ausgabe 40).

Dass die USA im Mittelpunkt von Schwabs Kritik steht, ist wohl kaum Zufall, denn diese soll laut WEF ja im Jahr 2030 ihre einflussreiche Stellung in der Welt verloren haben. Damit spielt der Great Reset dem grossen Plan der Sowjets in die Karten, den wir mit dieser Doppel-Ausgabe ausführlich vorgestellt haben. (tk)

#### Quellen:

1. hss.de, Franz Josef Strauss-Preis 2011 - Rede des Preisträgers, 13.03.2012
2. Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.17
3. Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.17-18
4. un.org, Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015, 21.10.2015
5. Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.298-299
6. youtube.com, Cyber Polygon 2020 (watch in English), 15:47-16:34
7. handelsblatt.com, Appell der Wirtschaft: Mehr als 60 Unternehmen fordern Bekenntnis zum Klimaschutz, 26.04.2020
8. Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.132-136

## Mario Monti: Europas Staaten brauchen Krisen, um Souveränität aufzugeben!

Mario Monti war vom 16. November 2011 bis zum 28. April 2013 Ministerpräsident Italiens. Kurz vor seinem Amtsantritt legte er Anfang 2011 entwaffnend ehrlich in einem Vortrag dar, wie man Staaten zur Aufgabe von Souveränität bringt:

„Wir müssen uns nicht darüber wundern, dass Europa schwere Krisen braucht, um vorwärts zu schreiten. Diese Schritte sind per Definition: Aufgabe von Teilen der nationalen Souveränität zugunsten einer übergeordneten Instanz. Es ist klar, dass die politische Klasse, aber auch die Menschen mit ihrer Volksverbundenheit nur dann dazu bereit sein werden, wenn die Kosten, es nicht zu tun, angesichts der Krise zu hoch sein werden. **Wir benötigen Krisen, um vorwärts zu schreiten**, aber wenn die Krisen zu Ende sind, bleibt ein Sediment – Institutionen, Gesetze etc. –, das sich nicht vollständig wieder rückgängig machen lässt.»

Quelle: youtube.com, Mario Monti. Finanza: Comportamenti, Regole, Istituzioni, 22.02.2011



Foto: Zinneke  
([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mario\\_Monti\\_2012-06-27\\_c.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mario_Monti_2012-06-27_c.JPG)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

## Droht uns Klaus Schwab? «Friedliches Hineinwachsen» in den Great Reset oder Zerschlagung des Westens?



Auch der US-Geostratege Henry Kissinger, der jahrzehntelang eng mit den Rockefeller zusammenarbeitete und der Klaus Schwabs Mentor in Harvard war (Ausgabe 41, S.52 ff.), hält mit seiner Ansicht nicht damit hinter dem Berg, dass Krisen (siehe S.97 ff.) der Treibstoff sind, mit dessen Hilfe sich die politischen Entwicklungen zum internationalen Superstaat fortbewegen. Zu Anfang der «Corona-Krise» meldete sich die bald 100 Jahre alte «graue Eminenz» im Wall Street Journal zu Wort. Sein Artikel trägt den Titel «Die Corona-Vi-

rus-Pandemie wird die Weltordnung für immer verändern». Kissingers Credo darin lautet, eine globale «Krise» könne nur durch eine Schwächung der Nationalstaaten und Stärkung globaler Institutionen überwunden werden.<sup>(1)</sup> Das war mal wieder der übliche Tenor, in den auch Klaus Schwab wenig später einstimmt: Eine Verschiebung der Kompetenzen der Nationalstaaten in Richtung überstaatlicher Organisationen.

Ausgerechnet eine spezifische Stelle dieses Artikels, die bereits in Ausgabe 33 angeführt wurde, wird von Schwab in «COVID-19:

The Great Reset» zitiert:

#### Buchauszug



«Die historische Herausforderung für Führungspersonlichkeiten besteht darin, die Krise zu bewältigen und gleichzeitig die Zukunft zu gestalten. **Ein Scheitern könnte die Welt in Brand setzen.**»<sup>(2)</sup>

Man könnte darin durchaus eine implizite Drohung erkennen: Soll die Welt in Flammen aufgehen, wenn der Great Reset



„**«Wir werden eine Weltregierung haben, ob wir sie nun wollen oder nicht. Die Frage ist, ob die Weltregierung durch Übereinkunft oder Unterwerfung erreicht wird.»**

*James Paul Warburg, dessen Familie Lenins Oktoberrevolution finanziert hatte, am 17.02.1950 vor dem US-Senat*

Quelle: Senate Report (Senate Foreign Relations Committee), Revision of the United Nations Charter: Hearings Before a Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Eighty-First Congress, 1950, S.494



**Chinas Präsident Xi Jinping und Russlands Präsident Wladimir Putin 2018 in China. Wären die beiden bereit, den Sozialismus mit militärischen Mitteln weltweit durchzusetzen?**

auf «friedlichem» Wege (also ohne Widerstand der Bevölkerung) scheitert? Oder wird der Reset vielleicht sogar militärisch durchgesetzt, wenn die Völker der Erde keine Lust auf Schwabs planwirtschaftliche Ideen haben? Beim Zweiten Weltkrieg hat es für die Drahtzieher im Hintergrund schliesslich auch funktioniert, Europa wortwörtlich in Schutt und Asche zu legen, um aus den Trümmern eine neue politische Ordnung aufzubauen.

Auch Michail Gorbatschow machte bei der Hanns-Seidel-Stiftung (siehe S.97 f.) Aussagen, die unschwer als Drohung zu verstehen sind: «Wir [Russland] sind bereit, Waffen einzusetzen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Und was bedeutet das: Dritter Weltkrieg.»<sup>(3)</sup>

Der Überläufer Jan Sejna (Ausgabe 41, S.39) berichtete über eine Rede des Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU Konstantin Katuschew vor einer Gruppe tschechoslowakischer Kommunisten. Da-

rin räumte Katuschew ein, dass man nicht sicher vorhersagen könne, in welche Richtung sich das Volk «radikalisieren» werde: Wenn es sich gegen die bestehenden Zustände auflehne, dann könne es ebenso gut «radikal» nach rechts schwenken anstatt weiter nach links.<sup>(4)</sup>

Übertragen auf die aktuelle Situation der Welt bedeutet das, dass es massgeblich von der Obrigkeitshörigkeit der Bevölkerung abhängt, was in Zukunft passieren wird. Ob sich das Volk mit der «neuen Normalität» abfindet und sich den Massnahmen seiner Regierung weiterhin beugt, sodass der Kurs des «Friedlichen Hineinwachsens» in den Great Reset fortgesetzt werden kann, oder ob sich die Bürger dagegen auflehnen, was mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit eine revolutionäre oder militärische Eskalation zur Folge haben wird.

Die sowjetische Langzeitstrategie hat für diesen Fall detaillierte Alternativpläne vorgesehen, um die Gesellschaft zu destabi-

lilisieren und eine politische Krise auszulösen, die auf den bürgerkriegsähnlichen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung zustrebt. Wie der ungarische Historiker Laszlo Révész erklärte, hält die sowjetische Strategie «den Bürgerkrieg nicht in jedem Fall für notwendig, sie gibt dem friedlichen Weg (der friedlichen kommunistischen Machtübernahme) sogar den Vorrang, der jedoch nicht ohne Klassenkampf – das heisst: nicht ohne Enteignung und Liquidierung der «feindlichen Klassen» – möglich ist.» Im kommunistischen Konzept muss ein Bürgerkrieg «dann entfesselt werden», so Révész, «wenn das Bürgertum nicht freiwillig auf seine Machtposition verzichtet.»<sup>(5)</sup> Das «Bürgertum» ist gleichzusetzen mit dem Mittelstand, der momentan im Zuge der «Corona-Krise» und des Great Reset kontrolliert zusammenbricht (Ausgabe 40).

Wie General Sejna erklärte, rechneten die Drahtzieher der sowjetischen Langzeitstrategie damit, dass das «Friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus» (Formulierung von Sacharow) in Deutschland früher oder später eine konservative Gegenreaktion und zwar ausdrücklich mit Unterstützung der Bundeswehr – also einen Militäraufstand – auslösen werde: «In diesem Fall beabsichtigte der Kreml einen solchen Schritt öffentlich als Bedrohung für die Sicherheit Osteuropas zu interpretieren und militärische Massnahmen anzudrohen. Dies wäre auch keine leere Drohung: Die Russen wären tatsächlich bereit, einen lokalen Krieg mit Deutschland zu beginnen, um eine linke Regierung zu unterstützen.»<sup>(6)</sup>

Bleibt zu ergänzen, dass sich diese

„**«Tiefe, existenzielle Krisen ermöglichen jedoch auch mehr Selbstreflexion und bergen das Potenzial für einen Wandel. Die Bruchlinien der Welt – vor allem die sozialen Gräben, mangelnde Gerechtigkeit, fehlende Kooperation, das Versagen von Global Governance und Leadership – sind jetzt offensichtlich wie nie zuvor, und die Menschen spüren, dass die Zeit für einen Paradigmenwechsel gekommen ist. Eine neue Welt wird entstehen, deren Umrisse wir ersinnen und skizzieren müssen»**

*Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.11-12*







Bree Fram, Oberstleutnant der Air Force, Transgender

**Transgender-Leutnants und schwangere Soldatinnen: Die Armeen in Europa und Übersee scheinen dem zum Opfer gefallen sein, was KGB-Überläufer Yuri Bezmenov als «Subversion» beschrieb (Ausgabe 41, S.68 ff.). Ob sie überhaupt nur die geringste Chance gegen knallhart gedrillte Soldaten aus China oder Russland hätten?**



Umstandsuniformen für schwangere Soldatinnen, die bei der Bundeswehr eingeführt wurden.



Bereitschaft der Kommunisten, das Hineinwachsen in den globalen Sozialismus notfalls mit militärischen Mitteln fortzusetzen, auch in Andrei Sacharows (siehe S.21 ff.) Vorgaben wiederfindet, der schrieb, dass es im Fall eines antikommunistischen Militäraufstands «kein anderes Mittel als ein bewaffnetes Eingreifen» geben würde.<sup>(7)</sup> Vor diesem Hintergrund muss man sich fragen, ob auch die seit vielen Jahren betriebene Schwächung der Bundeswehr einer subversiven Strategie entspricht.

Vielleicht rechnen die Drahtzieher tatsächlich damit, irgendwann eine östliche Ordnungsmacht – und wenn, dann zweifellos mit UNO-Mandat – zu Hilfe rufen zu müssen, um ähnlich wie beim Volksaufstand von 1953 die für ihre Grundrechte demonstrierenden Bürger wieder unter Kontrolle zu bekommen.

Wieder mit Bezug auf seinen Mentor Henry Kissinger wirkt auch folgender Auszug aus Schwabs Buch wie eine Drohung, diesmal an die Führer der Nationalstaaten:

#### Buchauszug



«[Der durch Covid-19 ausgelöste gesellschaftliche Umbruch wird] Jahre und möglicherweise Generationen andauern. Die unmittelbarste und offensichtlichste Auswirkung ist, dass viele Regierungen zur Rechenschaft gezogen werden. Dabei richtet sich die Wut vor allem gegen jene Entscheidungsträger und Politiker, deren Reaktion auf Covid-19 unangemessen oder schlecht vorbereitet schien. Wie Henry Kissinger bemerkte: «Der Zusammenhalt und wirtschaftliche Erfolg von Ländern basiert auf dem Glauben, dass ihre Institutionen Katastrophen vorhersehen, ihre Auswirkungen stoppen und die Stabilität wiederherstellen können. Wenn die Covid-19-Pandemie vorbei ist, werden die Institutionen vieler Länder als gescheitert gebrandmarkt sein.»<sup>(8)</sup>

Könnte man das so verstehen, dass Schwab mit Aufständen durch die von seinem Machtzirkel gelenkten NGOs (siehe S.31 ff.) droht, wenn sich die nationalen Staatenlenker

nicht dem Kurs des Great Reset anschließen? Oder gar mit einem Militäreinsatz?

Auch weitere Passagen wirken wie implizite Drohungen, die eine «Revolutionäre Eskalation» anzukündigen scheinen, wenn ein «Friedliches Hineinwachsen» in den Great Reset scheitern sollte:

#### Buchauszug



«Wir stehen jetzt an einem Scheideweg. Ein Weg wird uns in eine bessere Welt führen: integrativer, gerechter und respektvoller gegenüber Mutter Natur. Der andere wird uns in eine Welt führen, die der gleiche, die wir gerade hinter uns gelassen haben – nur schlimmer und ständig von bösen Überraschungen bedroht. Wir müssen also den richtigen Weg wählen.»<sup>(9)</sup>

#### Buchauszug



«In dem Buch Chronik eines angekündigten Todes von Gabriel Garcia Marquez sieht ein ganzes Dorf eine drohende Katastrophe voraus, und doch scheint keiner der Dorfbewohner in der Lage oder willens zu sein, sie zu verhindern, bis es zu spät ist. Wir wollen nicht dieses Dorf sein. **Um ein solches Schicksal zu vermeiden, müssen wir unverzüglich den Großen Umbruch in Gang setzen. Dies ist kein «netter Versuch», sondern eine absolute Notwendigkeit. Wenn es uns nicht gelingt, die tief verwurzelten Missstände in unseren Gesellschaften und Wirtschaftssystemen anzugehen und zu beheben, könnte das Risiko zunehmen, dass wie so häufig in der Geschichte letztlich ein Umbruch durch gewaltsame Erschütterungen wie Kriege oder gar Revolutionen erzwungen wird.** Es ist unsere Pflicht, den Stier bei den Hörnern zu packen. Die Pandemie bietet uns diese Chance: Sie «stellt ein seltenes, aber enges Zeitfenster zum Umdenken, Neuerfinden und Neustarten unserer Welt dar.»<sup>(10)</sup>

Es ist kaum zu übersehen: Schwab übt auf den Leser regelrechten Druck aus, dass es für ihn ungemütlich werden könnte, wenn er sich zur Wehr setzt und der Great Reset auf «friedlichem» Wege scheitert. Anzunehmen, dass Chinas Präsident Xi Jinping und Russlands Präsident Wladimir Putin bereitstehen, um den weltweiten Sozialismus wenn nötig auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Der geografische Weg für den Griff nach Europa wäre durch die «Neue Seidenstrasse» schon geebnet. **(tk)**

#### Quellen:

1. wsj.com, The Coronavirus Pandemic Will Forever Alter the World Order, 03.04.2020  
2. Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.117

3. hss.de, Franz Josef Strauss-Preis 2011 - Rede des Preisträgers, 13.03.2012  
4. Jan Sejna, We will bury you, Sidgwick & Jackson, 1982, S.154  
5. Laszlo Révész, Export der Revolution,

Schweizerisches Ost-Institut, 1971, S.15 f.  
6. Jan Sejna, We will bury you, Sidgwick & Jackson, 1982, S.118  
7. Andrei D. Sacharow, Wie ich mir die Zukunft vorstelle, Diogenes Verlag, 1968, S.27 f.

8. Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.86-87  
9. Ebenda, S.300  
10. Ebenda, S.291-292





„«Wir [Russland] sind bereit, Waffen einzusetzen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Und was bedeutet das: **Dritter Weltkrieg.**»

*Michail Gorbatschow, 2011*

Quelle: hss.de, Franz Josef Strauss-Preis 2011  
- Rede des Preisträgers, 13.03.2012



Foto: World Economic Forum ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Henry\\_Kissinger\\_-\\_World\\_Economic\\_Forum\\_Annual\\_Meeting\\_Davos\\_2008.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Henry_Kissinger_-_World_Economic_Forum_Annual_Meeting_Davos_2008.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>

**» «Die historische Herausforderung für Führungspersönlichkeiten besteht darin, die Krise zu bewältigen und gleichzeitig die Zukunft zu gestalten. Ein Scheitern könnte die Welt in Brand setzen.»**

Henry Kissinger,  
zitiert in Klaus Schwabs Buch  
«COVID-19: The Great Reset»

Quelle: Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.117

„Wenn es uns nicht gelingt, die tief verwurzelten Missstände in unseren Gesellschaften und Wirtschaftssystemen anzugehen und zu beheben, könnte das Risiko zunehmen, dass wie so häufig in der Geschichte letztlich ein Umbruch durch gewaltsame Erschütterungen wie Kriege oder gar Revolutionen erzwungen wird.“

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch  
«COVID-19: The Great Reset», deutsche Version,  
2020, S.291-292







## EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Klaus Schwab, Michail Gorbatschow und Henry Kissinger sind sich einig darin, dass Krisen unverzichtbar sind, um ihre Agenda voranzutreiben. Auch der KGB-Überläufer Yuri Bezmenov beschrieb die «Krise» als die Stufe der Subversion, in der es darum geht, die Macht an sich zu reißen. Zu den beliebtesten Krisen der Mächtigen gehören Kriege, nach deren Ende eine neue Ordnung auf den Trümmern der alten errichtet werden kann, und es ist kein Geheimnis mehr, dass Schwab und höchste Entscheidungsträger auf der ganzen Welt «Corona» wie einen Krieg sehen, nach dem die Welt gemäss ihren Vorstellungen neu aufgebaut werden soll. Es wird dabei auch explizit von einem «Marshallplan», einem «Wiederaufbau» und einem «neuen Bretton-Woods-«Moment»» gesprochen. All dies sind Rückbezüge auf eine «Umgestaltung» der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg. Schwab schreibt selbst: «Der Zweite Weltkrieg war der Transformationskrieg schlechthin.»

Zweiter Weltkrieg sowie auch die «Corona-Krise» waren für Schwab also «transformativ». Auch der Begriff «Transformation» ist in etwa gleichbedeutend mit den Ausdrücken «Perestroika», «Wende» oder «Reset». Eine «transformativ Krise» (Schwabs Worte) gestaltet ein altes System in ein neues System um oder ersetzt das alte System gar gleich durch ein neues. Die UNO beschreibt die Agenda 2030 auch als «Transformation unserer Welt». Es ist stark anzuzweifeln, dass «Corona» die letzte dieser «transformativen Krisen» sein wird.

Wird der Great Reset vielleicht sogar militärisch durchgesetzt, wenn die Völker der Erde keine Lust auf den Weltsozialismus haben? Michail Gorbatschow machte bei der Hanns-Seidel-Stiftung Aussagen, die unschwer als Drohung zu verstehen sind: «Wir [Russland] sind bereit, Waffen einzusetzen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Und was bedeutet das: Dritter Weltkrieg.» Auch zahlreiche Passagen aus Klaus Schwabs Buch wirken wie implizite Drohungen, die eine Eskalation anzukündigen scheinen, wenn ein «Friedliches Hineinwachsen» in den Great Reset scheitern sollte. So schreibt er: «Wenn es uns

nicht gelingt, die tief verwurzelten Missstände in unseren Gesellschaften und Wirtschaftssystemen anzugehen und zu beheben, könnte das Risiko zunehmen, dass wie so häufig in der Geschichte letztlich ein Umbruch durch gewaltsame Erschütterungen wie Kriege oder gar Revolutionen erzwungen wird.»

Sein Mentor Henry Kissinger stösst in dasselbe Horn: «Die historische Herausforderung für Führungspersonlichkeiten besteht darin, die Krise zu bewältigen und gleichzeitig die Zukunft zu gestalten. Ein Scheitern könnte die Welt in Brand setzen.» Genau diese Worte Kissingers werden auch in Schwabs Buch zitiert.

Wie der Überläufer Jan Sejna erklärte, rechneten die Drahtzieher der sowjetischen Langzeitstrategie damit, dass das «Friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus» (Sacharow) in Deutschland früher oder später eine konservative Gegenreaktion auslösen werde: «In diesem Fall beabsichtigte der Kreml einen solchen Schritt öffentlich als Bedrohung für die Sicherheit Osteuropas zu interpretieren und militärische Massnahmen anzudrohen.» Diese Bereitschaft der Kommunisten, das Hineinwachsen in den globalen Sozialismus notfalls mit militärischen Mitteln fortzusetzen, findet sich auch in den Texten des Pseudodissidenten Andrei Sacharow wieder, der schrieb, dass es im Fall eines antikommunistischen Aufstands «kein anderes Mittel als ein bewaffnetes Eingreifen» geben würde.

Das bedeutet, dass es massgeblich von der Obrigkeitshörigkeit der Bevölkerung abhängt, was in Zukunft passieren wird. Ob sich das Volk mit der «neuen Normalität» abfindet und sich den Massnahmen seiner Regierung weiterhin beugt, sodass der Kurs des «Friedlichen Hineinwachsens» in den Great Reset fortgesetzt werden kann, oder ob sich die Bürger dagegen auflehnen, was mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit eine revolutionäre oder militärische Eskalation zur Folge haben wird. Anzunehmen, dass Chinas Präsident Xi Jinping und Russlands Präsident Wladimir Putin bereitstehen, um den weltweiten Sozialismus wenn nötig auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

## Überleitung zu kommenden Ausgaben

Eine schwere Wirtschaftskrise im Westen mit Massenarbeitslosigkeit und Verarmung breiter Bevölkerungskreise sollte gemäss den Planungen der sowjetischen Langzeitstrategie in der vierten und letzten Phase den Weg für die kommunistische Weltregierung ebnen. Wer denkt da nicht an die «Corona-Krise», die vor allem den Westen wirtschaftlich destabilisierte und die in ihrer Struktur zu dem passt, was die Strategen aus dem Politbüro in den 50er-Jahren planten. Als besonders offensichtlich sticht die Rolle der WHO und damit der UNO als Weltentscheidungsgrremium ins Auge, deren «Autorität unanfechtbar» (die Worte Gorbatschows) scheint. Ist die UNO etwa schon die sozialistische Weltregierung zugunsten derer alle Staaten der Welt ihre Souveränität aufgegeben haben? Oder wird eine weitere «transformativ Krise» folgen, um die Macht jener kleinen Clique, die all diese Entwicklungen vorgesehen hat, noch weiter zu zementieren?

Ebenfalls unübersehbar war, dass die Propaganda-Geschichte eines tödlichen Virus, die von dem kommunistischen Regime in China verbreitet wurde, von der WHO sowie westlichen Medien-

anstalten kritiklos übernommen wurde. Offensichtlich zogen die Kommunisten und die «westliche Elite» wieder einmal an einem Strang, um eine zentral organisierte «Gesundheits-Diktatur» aufzubauen.

In einer baldigen Ausgabe werden wir China in den Fokus rücken, denn diesem Staat kommt die offizielle Rolle als neue Weltmacht zu. Dass hinter den Weltmächten jedoch andere Kreise stehen, die die wahre Weltmacht bilden, wurde zwar bereits von uns beleuchtet, dabei kratzten wir bisher aber nur an der Oberfläche. Einer der Gründe dafür war, dass selbst die offensichtlichen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen auf dieser Welt von den meisten Menschen nicht richtig eingeordnet werden. Mit unseren bisher 42 Ausgaben haben wir mittlerweile die nötige Vorarbeit geleistet, um den nächsten Schritt zu gehen: Mit der Frage, was die Macht hinter der Macht für die Welt der Zukunft angedacht hat, werden wir uns in den folgenden Ausgaben weit intensiver beschäftigen, als wir es je zuvor taten. Sie dürfen gespannt sein!

# Great Reset und sowjetische Langzeitstrategie: Zwei vom gleichen Schlag!



- Zielen auf Abschaffung von Privateigentum und Marktwirtschaft ab (Ausgaben 40-42)
- Werden aus dem Hintergrund von anderen Akteuren kontrolliert (Ausgaben 40-42, kommende Ausgaben)
- Wollen eine Art Weltregierung erreichen (Ausgabe 41 und S.43 ff.)
- Wollen nationale Kompetenzen hin zur UNO verlagern (Ausgaben 40-42) und eine Rechenschaftslegung der Nationalstaaten über ihre Umweltpolitik und CO2-Emissionen (siehe S.36)
- Unterstützen die Agenda 2030 (siehe S.45 ff.)
- Das Wort «Perestroika» ist praktisch gleichbedeutend mit «Reset». (Ausgabe 41)
- Russlands Korporatismus nach der «Wende» weist grosse Ähnlichkeit zu den «öffentlich-privaten Partnerschaften» des Great Reset auf. (siehe S.11 ff.)
- Klaus Schwab war höchstpersönlich an der Einführung des neuen korporatistischen Wirtschaftssystems in Russland beteiligt. (siehe S.16 ff.)
- Henry Kissinger spielt bei beiden eine Rolle: Als Mentor von Klaus Schwab und als vielleicht wichtigster Erfüllungsgehilfe der sowjetischen Langzeitstrategie im Westen (Ausgabe 41)
- Weitere Personen mit Nähe zur Sowjetunion mit dem WEF verbunden: Maurice Strong (siehe S.34 ff.), Wladimir Pozner (Ausgabe 41), Wladimir Putin (Ausgabe 41), Tony Blair (siehe S.91 f.) und viele mehr.
- Sind an der Sabotage der westlichen Energieversorgung beteiligt (Ausgabe 40 u. S.31 ff.)
- Sehnen den ökonomischen und sozialen Untergang der USA sowie den Aufstieg Chinas herbei. (Ausgabe 41)
- Verstehen «Krisen» als wichtiges Mittel zur Erreichung ihrer Ziele. (siehe S.97 ff.)
- Textstellen aus Klaus Schwabs Buch «COVID-19: The Great Reset» klingen wie Drohungen, die man ähnlich auch schon von Andrei Sacharow und Michail Gorbatschow vernommen hat. (siehe S.102 ff.)
- Sowjetische Langzeitstrategie sah «Wirtschaftskrise» im Westen in Phase 4 vor, WEF führte diese «Krise» durch Unterstützung der «Corona-Massnahmen» mit herbei. (Ausgaben 40,41)
- Parallelen des Great Reset zur KGB-Propaganda/Subversion im Westen:
  - ♦ Hetze gegen «Reiche» und den Mittelstand (Ausgabe 40)
  - ♦ Verunglimpfung traditioneller Lebensmodelle (Ausgaben 40-42)
  - ♦ Förderung marxistischer «Antirassisten» (Ausgabe 41)
  - ♦ Unterstützung von lebensfeindlichem «Umweltschutz» (Ausgabe 40 u. S.28 ff.)
  - ♦ Unterstützung der Idee des Egalitarismus (Ausgabe 41)
  - ♦ Befürwortung von Zensur (Ausgaben 33,39,41)



# macht UN S I C H T B A R E S

lesen - erkennen - begreifen

## Great Reset Schöne neue Weltordnung

- Was ist der Great Reset
- Parallelen zwischen Schwabs und Marx' Vorstellungen
- Die unheilige Allianz von Staat und Grosskonzernen
- Stakeholder-Kapitalismus
- Schwabs Angriff auf den Mittelstand
- Klaus Schwabs Propaganda-Strategien
- uvm.



Folgen Sie uns zu  
Odysee.com



**CYBER POLYGON:** War es das Event 201 für eine globale «Cyber-Pandemie»?



Mehr als ein tödlicher  
Krieg: Die Kommunistische  
Revolution



Mit einem Abonnement  
ermöglichen Sie  
unabhängigen, werbefreien  
und zeitlosen Journalismus!



Folgen Sie uns auf  
unserem zensurfreien  
Telegramkanal

